



2020



Niedersachsen

Zeichenerklärung

- | | |
|--|--|
| – = Nichts vorhanden | D = Durchschnitt |
| 0 = Mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit | p = vorläufige Zahl |
| . = Zahlenwert unbekannt oder aus Geheimhaltungsgründen nicht veröffentlicht | r = berichtigte Zahl |
| X = Nachweis ist nicht sinnvoll, unmöglich, oder Fragestellung trifft nicht zu | s = geschätzte Zahl |
| ... = Angabe fällt später an | |
| / = Nicht veröffentlicht, weil nicht ausreichend genau oder nicht repräsentativ | dav. = davon. Mit diesem Wort wird die Aufgliederung einer Gesamtmasse in sämtliche Teilmassen eingeleitet |
| () = Aussagewert eingeschränkt, da Zahlenwert statistisch relativ unsicher | dar. = darunter. Mit diesem Wort wird die Ausgliederung einzelner Teilmassen angekündigt |

Änderungen bereits bekanntgegebener Zahlen beruhen auf nachträglichen Berichtigungen.
Abweichungen in den Summen sind in der Regel auf das Runden der Einzelpositionen zurückzuführen.

Qualität

Sollte dem LSN nach Veröffentlichung dieser Publikation ein Fehler bekannt werden, so wird in der Online-Version darauf hingewiesen und der Fehler korrigiert. Die Online-Version finden Sie im Internet unter:
www.statistik.niedersachsen.de > [Veröffentlichungen](#) > [Sonstige Veröffentlichungen](#) > [Niedersachsen-Monitor](#).

Information und Beratung

Auskünfte zu dieser Veröffentlichung unter:
margret.koch-sterrenberg@statistik.niedersachsen.de
Tel.: 0511 9898 - 3111

Auskünfte aus allen Bereichen der amtlichen Statistik unter:
Tel.: 0511 9898 - 1132, 1134
Fax: 0511 9898 - 99 1134
E-Mail: auskunft@statistik.niedersachsen.de
Internet: www.statistik.niedersachsen.de

Herausgeber

Landesamt für Statistik Niedersachsen
Postfach 91 07 64
30427 Hannover

Preis: 12,00 €
Erscheinungsweise: jährlich
Erschienen im Dezember 2020
Titelfotos: pixabay.com
ISSN 1432-5756



PDF-Version und XLSX-Dateien (Tabellen) unter:
www.statistik.niedersachsen.de
> [Veröffentlichungen](#) > [Sonstige Veröffentlichungen](#)
> [Niedersachsen-Monitor](#)

© Landesamt für Statistik Niedersachsen, Hannover 2020.
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt

Einführung.....	5
Die wichtigsten Ergebnisse.....	6
Bevölkerung.....	11
Familie und Beruf.....	19
Erwerbstätigkeit.....	29
Wirtschaft, Einkommen und internationale Verflechtungen.....	37
Finanzen	54
Schulische und berufliche Qualifikation	64
Wissenschaft und Kultur	71
Umwelt und Energie	81
Soziales, Sicherheit.....	90
Gleichstellung von Frauen und Männern	100
Kartenansicht:	
Deutschland und seine Länder	105

Einführung

Der *Niedersachsen-Monitor* trägt mittels eines systematischen Bund-Länder-Vergleichs zur Positionsbestimmung des Landes Niedersachsen bei. Er erscheint mit dieser Ausgabe zum 23. Mal.

Methodische Prämissen und Gliederungsprinzipien:

- Alle 75 Tabellen basieren auf zumeist von der amtlichen Statistik erarbeiteten, öffentlich zugänglichen Informationen. Sie sind nach Sachgebieten geordnet und nach einer einheitlichen Systematik erstellt. Soweit möglich handelt es sich um endgültige Ergebnisse.
- Die Tabellen enthalten hochverdichtete statistische Informationen für die 16 Länder der Bundesrepublik, Deutschland sowie Ost- und Westdeutschland. Unter „Ostdeutschland“ werden in der Regel die Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen verstanden. Die anderen zehn Länder werden als „Westdeutschland“ zusammengefasst.
- Untersuchungsgegenstand ist stets das Land Niedersachsen. Die Daten der anderen Länder dienen im Wesentlichen dazu, Strukturen und Entwicklungen des Landes vergleichend darzustellen und zu untersuchen. Die Entwicklung und Positionierung Niedersachsens wird überwiegend am Bundestrend gemessen und beurteilt. Die Werte für Niedersachsen und Deutschland werden in den Tabellen optisch hervorgehoben und durch Diagramme visualisiert.
- Die Tabellen enthalten immer den aktuellsten für alle Länder vorliegenden Wert – bei Redaktionsschluss war das in dieser Ausgabe meist 2019, sonst 2018 oder früher –, sowie das Vorjahresergebnis und einen Wert, der 5 Jahre zurückliegt. Dies ermöglicht einen kurz- und einen mittelfristigen Vergleich. Es wird davon abgewichen, wenn keine jährlichen Daten vorliegen oder methodische Brüche einen mittelfristigen Vergleich unmöglich machen.
- Die absoluten Zahlen werden ergänzt durch Veränderungsraten, Quoten und Beziehungszahlen. Mit diesen Indikatoren werden die Daten für die Länder und im Zeitablauf vergleichbar. Zahlenwerte in den Tabellen sind ggf. gerundet, die grafische Darstellung erfolgt ohne Rundung. Bei Beziehungszahlen je Einwohnerinnen und Einwohner wird – wenn nicht anders angegeben – der Bevölkerungsstand vom 30.6. des betrachteten Jahres zu Grunde gelegt.
- Am Ende der Kapitel verweisen Informationen auf Quellen sowie Fundstellen für weiterführende Informationen für Deutschland und seine 16 Länder.

Für Niedersachsen wird darüber hinaus in vielen Fällen u. a. auf weiterführende Produkte des LSN mit tieferer Regionalisierung hingewiesen, wie z. B. [Statistische Berichte](#), die [LSN-Online-Regionaldatenbank](#) sowie das im Auftrag des Niedersächsischen Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung bereitgestellte [Online-Regionalmonitoring Niedersachsen](#).

Änderungen gegenüber dem Vorjahr:

- Das Kapitel Familie und Beruf wurde erweitert um Daten zum Internetzugang (T12).
- Die Daten zur schulischen Qualifikation wurden ergänzt um die Frauenanteile der Schulentlassenen nach Abschlussart (T47) sowie um Daten zur beruflichen Qualifikation (T48 Duale Berufsausbildung, T49 Berufliche Aufstiegsfortbildung).

Der Niedersachsen-Monitor 2020 entstand unter der redaktionellen Leitung von Dr. Margret Koch-Sterrenberg. Die Texte wurden erstellt von Sascha Ebigt, Jenny Gentz, Heiko Irps, Dr. Margret Koch-Sterrenberg, Arne Lehmann, Uwe Mahnecke, Sibylle Sauer, Rita Skorka, Carola Steenhoff, Dr. Margot Thomsen und Katja Zielinsky.

Über den hier gebotenen Bund-Länder-Vergleich hinaus stehen im thematisch gegliederten Internetangebot des LSN viele weitere Daten und Analysen für Niedersachsen bereit: <http://www.statistik.niedersachsen.de>.

Die wichtigsten Ergebnisse

Bevölkerung

Niedersachsens Bevölkerungszahl steigt weiter

- Niedersachsens Bevölkerungszahl nähert sich weiter der 8-Millionen-Grenze an. Ende 2019 lebten gut 7,99 Mio. Menschen im Lande und damit 11 160 Personen bzw. 0,1 % mehr als im Vorjahr (Deutschland: knapp +0,2 %).
- Insgesamt gab es von 2014 bis 2019 in Niedersachsen und Deutschland trotz eines Geburtendefizits jedes Jahr einen Bevölkerungsanstieg aufgrund der Zuwanderung aus dem Ausland.

Familie und Beruf

Quoten in der Kindertagesbetreuung steigen – Anteil Privathaushalte mit Internetanschluss über dem Bundesdurchschnitt

- Die Quoten der in einer Kindertageseinrichtung oder öffentlich geförderten Kindertagespflege betreuten Kinder stiegen 2019 in Niedersachsen, blieben jedoch bei der Ganztagsbetreuung unter dem westdeutschen Durchschnitt: Bei den unter 3-Jährigen wurden 32,1 % betreut, ganztätig waren es 13,5 %. Die Ganztagsbetreuung der 3- bis unter 6-Jährigen erreichte eine Quote von 35,2 %.
- Über einen Internetzugang verfügten 2019 in Niedersachsen 92,7 % aller Privathaushalte. Im Ländervergleich wies lediglich das Saarland (93,5 %) einen höheren Anteil auf.

Erwerbstätigkeit

Weniger Minijobs – niedrigere Unterbeschäftigungsquote – Zahl der Erwerbstätigen steigt durchschnittlich

- Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten stieg in Niedersachsen 2019 gegenüber dem Vorjahr um 1,7 %, während die Zahl der Minijobs um 1,7 % sank (Deutschland: +1,6 % und -2,0 %).
- Zugleich ging die Arbeitslosenquote auf 5,0 % und die Unterbeschäftigungsquote auf 7,0 % zurück (Deutschland: 5,0 % bzw. 6,9 %).
- Die Zahl der Erwerbstätigen, die in Niedersachsen arbeiteten, stieg auf fast 4,15 Mio. Personen; der Zuwachs um 0,9 % lag im Bundesdurchschnitt.

Wirtschaft, Einkommen und internationale Verflechtungen

Wirtschaft wächst stärker als im Bundesdurchschnitt

- Die Konjunktur war 2019 weiterhin gut. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg in Niedersachsen im Vergleich zum Vorjahr real um 0,9 % und damit um 0,3 Prozentpunkte stärker als im Bundesdurchschnitt. Das BIP je erwerbstätiger Person lag 2019 bei 74 096 Euro und damit bei 97,6 % des Bundesdurchschnitts.
- Im sekundären Sektor (Produzierendes Gewerbe) sank die Bruttowertschöpfung (BWS) in Niedersachsen 2019 um real 1,1 % und damit weniger als im Bundesdurchschnitt (-2,4 %). Im tertiären Sektor (Dienstleistungsbereiche) konnte die BWS in Niedersachsen real um 1,7 % gesteigert werden; dies entsprach dem Bundesdurchschnitt.

Einkommen und Verdienste steigen, bleiben aber unter dem Bundesdurchschnitt

Die gute Wirtschaftslage schlug sich auch in gestiegenen Einkommen und Verdiensten nieder.

- Das verfügbare Einkommen pro Kopf stieg 2018 in Niedersachsen um gut 560 Euro bzw. 2,6 % auf 21 988 Euro (96,0 % des Bundesdurchschnitts).
- Die Bruttojahresverdienste der abhängig Beschäftigten (ganztätig Vollzeitbeschäftigte) nahmen 2019 gegenüber dem Vorjahr um 3,5 % zu und lagen damit bei 94,5 % des Bundesdurchschnitts.

Finanzen

Ausgaben steigen stärker als Einnahmen – Zinsausgaben sinken deutlich

Auch die Länder und die Kommunen profitierten 2019 von der guten Konjunktur.

- Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Einnahmen in Niedersachsen um 3,5 % auf 6 667 Euro pro Kopf (Deutschland: +3,5 % auf 7 252 Euro pro Kopf) und die Ausgaben um 4,6 % (Deutschland: +5,1 %).
- Der Finanzierungsüberschuss bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt betrug 1,1 % (Deutschland: 0,6 %).
- Der Schuldenstand pro Kopf belief sich auf 8 901 Euro und lag damit über dem bundesweiten Durchschnitt von 8 548 Euro pro Kopf.

Mehr Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss – Hochschulqualifikation stabil

- Die Quote der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss stieg in Niedersachsen 2018 gegenüber dem Vorjahr um 0,5 Prozentpunkte auf 6,4 % (Deutschland: 6,8 %).
- In der beruflichen Bildung verringerte sich 2019 gegenüber 2014 die Zahl der bestandenen Abschlussprüfungen in der Dualen Berufsausbildung um 11,2 % (Deutschland: -9,6 %) und in der Aufstiegsfortbildung um 13,1 % (Deutschland: -8,6 %).
- Die Quote der Studienanfängerinnen und Studienanfänger lag 2018 in Niedersachsen mit 39,9 % weiterhin deutlich unter der bundesweiten Quote von 57,3 %.
- Sowohl die Studierendenzahl als auch die Zahl der Absolventinnen und Absolventen eines Erststudiums verzeichneten Zuwächse.

Schulische und berufliche Qualifikation

Wissenschaft und Kultur

Anteil erneuerbarer Energien höher – Energiebedingte CO₂-Emissionen rückläufig

- Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung lag 2017 in Niedersachsen nach einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 5,1 Prozentpunkte bei 45,3 % (Deutschland: 33,1 %).
- Die energiebedingten CO₂-Emissionen waren 2017 in Niedersachsen mit rund 64,4 Mio. Tonnen um 2,0 % niedriger als im Vorjahr (Deutschland: -2,3 %).
- Der Anteil deutlich geschädigter oder abgestorbener Waldbäume stieg 2019 in Niedersachsen gegenüber 2018 um 7 Prozentpunkte auf 27 % (Deutschland: 36 %).

Umwelt und Energie

Armutsgefährdungsquote steigt – weniger Personen in SGB II-Haushalten

- Die Armutsgefährdungsquote in Niedersachsen stieg 2019 um 1,0 Prozentpunkte auf 16,0 % (Deutschland: 15,9 %; +0,4 Prozentpunkte).
- Hingegen sank die Zahl der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften gegenüber 2018 in Niedersachsen um 5,5 % (Deutschland: -5,4 %).

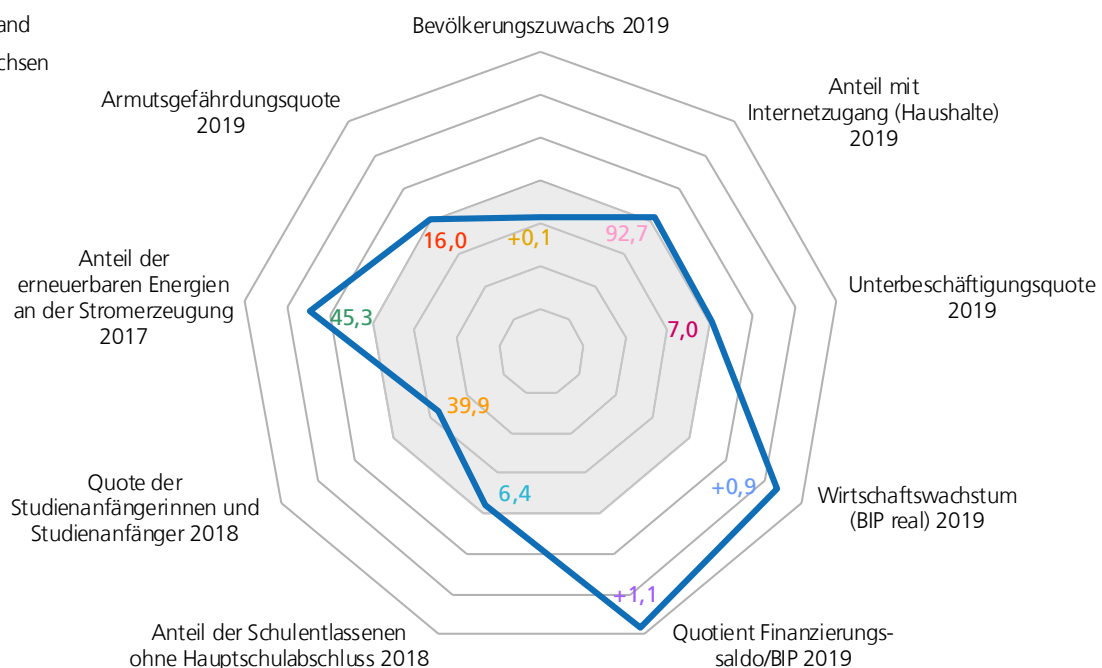
Soziales, Sicherheit

Gleichstellung der Geschlechter geht nur langsam voran

- Der Frauenanteil bei Personen mit Minijobs sank in Niedersachsen 2019 gegenüber 2018 um 0,6 Prozentpunkte auf 61,9 % (Westdeutschland: 62,4 %).
- Bei den Erwerbstätigen in Teilzeit ging der Frauenanteil um 0,2 Prozentpunkte auf 78,8 % zurück (Deutschland: 77,2 %).
- Frauen in Niedersachsen verdienten 2019 im Durchschnitt pro Stunde etwa 20 % weniger als Männer. Der unbereinigte Gender Pay Gap (GPG) lag damit 2 Prozentpunkte unter dem Niveau von 2014 (22 %). In Deutschland insgesamt ergaben sich die gleichen Werte.

Gleichstellung von Frauen und Männern

■ Quoten, Anteile und Veränderungen in Niedersachsen im Vergleich zum Durchschnitt in Deutschland – Prozent –



Zusammenstellung wichtiger Indikatoren

Tabellen-Nr. / Indikator	Jahr	Einheit	Niedersachsen			Alle Länder		Deutschland
			Wert	Verändrg. ¹⁾ ggü. Vorjahr	Position unter 16 Länder ²⁾ 1 ■ = höchster Wert	Höchster Wert	Niedrigster Wert	Wert
Bevölkerung								
T1 Bevölkerungsstand	2019	Anzahl	7 993 608	↗	4 ■■■■	17 947 221	681 202	83 166 711
Anteil der Ausländer/-innen	2019	%	9,7	↗	10 ■■■■■■	19,2	4,7	12,5
T1a Anteil der 65-Jährigen und Älteren	2019	%	22,1	↗	8 ■■■■■■	27,0	18,2	21,8
T2 Lebendgeborene	2019	Anzahl	73 286	↘	4 ■■■■	170 391	7 149	778 090
Lebendgeborene je 1 000 Einwohner/-innen	2019	Anzahl	9,2	→	8 ■■■■■■	11,4	7,6	9,4
Geburtenüberschuss/-defizit je 1 000 Einwohner/-innen	2019	Anzahl	-2,6	↗	9 ■■■■■■	+1,9	-7,1	-1,9
T3 Wanderungssaldo insgesamt	2019	Anzahl	+35 029	↘	4 ■■■■	+58 548	-774	+327 060
Wanderungssaldo insgesamt je 1 000 Einwohner/-innen	2019	Anzahl	+4,4	↘	8 ■■■■■■	+9,1	-1,1	+3,9
T4 Eingebürgerte	2019	Anzahl	10 930	↗	5 ■■■■	30 680	535	128 905
Anteil Eingebürgerte aus EU-Staaten	2019	%	38,8	↗	5 ■■■■	44,2	24,6	35,5
Ausgeschöpftes Einbürgerungspotential	2019	%	3,4	↗	6 ■■■■	4,0	1,9	2,5
Familie und Beruf								
T5 Betreuungsquote unter 3-Jährige	2019	%	32,1	↗	9 ■■■■■■	58,2	28,2	34,3
Ganztagsbetreuungsquote unter 3-Jährige	2019	%	13,5	↗	14 ■■■■■■	51,7	11,0	19,3
Personalschlüssel	2019	Anzahl	3,7	↘	14 ■■■■■■	6,0	3,0	4,2
T6 Ganztagsbetreuungsquote 3- bis unter 6-Jährige	2019	%	35,2	↗	15 ■■■■■■	92,3	25,2	47,0
T8 Erwerbstätige (Wohnort) in Teilzeitarbeit – Frauenanteil	2019	%	78,8	↘	4 ■■■■	81,2	62,2	77,2
T9 Alleinerziehende – Frauenanteil	2019	%	84,2	↗	9 ■■■■■■	86,8	80,5	84,4
T10 Eheschließungen je 10 000 Einwohner/-innen	2019	Anzahl	53,1	↘	4 ■■■■	68,9	32,9	50,1
T11 Ehescheidungen je 10 000 Einwohner/-innen	2019	Anzahl	19,1	↗	5 ■■■■	20,7	15,4	17,9
T12 Haushalte mit Internetzugang	2019	%	92,7	↗	2 ■■■■	93,5	85,3	90,8
Erwerbstätigkeit								
T13 Erwerbstätige (Wohnort) – Selbstständigenquote	2019	%	8,4	↘	14 ■■■■■■	14,4	7,2	9,3
Erwerbstätige – Anteil mit akademischem Abschluss	2019	%	18,8	↗	11 ■■■■■■	40,0	14,3	22,1
T14 Erwerbstätigenquote der Frauen	2019	%	71,9	↗	10 ■■■■■■	76,7	67,8	72,8
Erwerbstätigenquote der Männer	2019	%	80,0	↗	7 ■■■■■■	83,9	75,7	80,5
T15 Sozialvers.-pfl. Beschäftigte (Arbeitsort) insg. (30.6.)	2019	Anzahl	3 007 560	↗	4 ■■■■	6 976 079	334 267	33 407 262
Sozialvers.-pfl. Beschäftigte (Arbeitsort) – Frauenanteil	2019	%	45,8	→	10 ■■■■■■	50,5	44,0	46,2
T16 Ausschl. geringfügig entlohnte Beschäftigte (30.6.)	2019	Anzahl	489 476	↘	4 ■■■■	1 156 154	43 296	4 645 857
Ausschl. geringf. entlohnte Beschäftigte – Frauenanteil	2019	%	61,9	↘	5 ■■■■	64,7	51,4	61,3
T17 Arbeitslosenquote (ziv. Erwerbspers., Jahresdurchschnitt)	2019	%	5,0	↘	12 ■■■■■■	9,9	2,8	5,0
Unterbeschäftigungsquote (ohne Kurzarbeit)	2019	%	7,0	↘	12 ■■■■■■	13,4	4,0	6,9
T18 Arbeitslosenquote von Jugendlichen – Männer	2019	%	5,3	↘	12 ■■■■■■	10,7	2,9	5,1
Arbeitslosenquote von Jugendlichen – Frauen	2019	%	4,0	↘	9 ■■■■■■	7,7	2,0	3,7
Wirtschaft, Einkommen und internationale Verflechtungen								
T19 Veränderung Bruttoinlandsprodukt insgesamt (real)	2019/18	%	+0,9	↘	6 ■■■■	+3,0	-1,3	+0,6
T20 Erwerbstätige (am Arbeitsort) insgesamt (ETR)	2019	in 1 000	4 148	↗	4 ■■■■	9 636	437	45 236
T21 BWS – Anteil der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2019	%	2,0	↗	3 ■■■■	2,6	0,0	0,9
T22 BWS – Anteil im Produzierenden Gewerbe	2019	%	32,6	↘	5 ■■■■	39,1	14,5	29,8
T23 BWS – Anteil der dienstleistenden Wirtschaftsbereiche	2019	%	65,4	↘	14 ■■■■■■	85,5	60,3	69,3
T24 Unternehmensinsolvenzen je 10 000 Unternehmen	2019	Anzahl	53,1	↘	9 ■■■■■■	85,8	30,4	57,2
T25 Lieferungen und Leistungen – KMU-Anteil	2018	%	36,6	↘	9 ■■■■■■	76,1	19,1	36,0
T28 Gästeübernachtungen je 10 000 Einwohner/-innen	2019	Anzahl	58	↗	6 ■■■■	212	30	60
T29 Verfügbares Einkommen je Einwohner/-in	2018	€	21 988	↗	8 ■■■■■■	25 309	19 470	22 899
T30 Verdienstabstand von Frauen zu Männern	2019	%	20	→	8 ■■■■■■	25	3	20
T31 Investitionen Verarb. Gewerbe/Bergbau je tätige Person	2018	€	9 750	↗	13 ■■■■■■	14 478	8 995	10 528
T32 Patentanmeldungen je 100 000 Einwohner/-innen	2019	Anzahl	48	↗	3 ■■■■	137	6	56
T33 Export – Anteil an der deutschen Ausfuhr	2019	%	8,5	↗	4 ■■■■	20,3	0,7	100
T34 Import – Anteil an der deutschen Einfuhr	2019	%	8,6	→	5 ■■■■	22,8	0,6	100
Finanzen (Länder, Gemeinden, -verbände, Sozialvers.)								
T36 Einnahmen je Einwohner/-in	2019	€	6 667	↗	15 ■■■■■■	11 222	6 489	7 252
Steuereinnahmequote	2019	%	69,7	↗	5 ■■■■	73,7	49,5	68,8
T37 Kassenmäßige Steuereinnahmen je Einwohner/-in	2019	€	4 648	↗	9 ■■■■■■	7 065	4 179	4 992
T38 Ausgaben je Einwohner/-in	2019	€	6 240	↗	15 ■■■■■■	11 085	6 108	6 983
T39 Personalausgaben je Einwohner/-in	2019	€	2 750	↗	9 ■■■■■■	3 695	2 433	2 788
Personalausgabenquote	2019	%	44,1	↗	3 ■■■■	45,4	33,3	39,9
T40 Zinsausgaben an den Kreditmarkt je Einwohner/-in	2019	€	164	↘	11 ■■■■■■	946	43	171
T41 Finanzierungssaldo je Einwohner/-in	2019	€	+423	↘	1 ■■■■	+423	-237	+267
T42 Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich je Einw.	2019	€	8 901	↘	9 ■■■■■■	43 921	925	8 548
T43 Länderfinanzausgleich (LFA) u. BEZ der Länder je Einw.	2019	€	150	↘	9 ■■■■■■	1 688	-512	91

Noch: Zusammenstellung wichtiger Indikatoren

Tabellen-Nr. / Indikator	Jahr	Einheit	Niedersachsen			Alle Länder		Deutschland
			Wert	Verändrg. ¹⁾ ggü. Vorjahr	Position unter 16 Länder ²⁾ 1 ■ = höchster Wert	Höchster Wert	Niedrigster Wert	Wert
Schulische und berufliche Qualifikation								
T44 Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss	2018	Anzahl	5 093	↗	4 ■■■	11 522	564	53 603
Anteil Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss	2018	%	6,4	↗	12 ■■■■■■■■	11,5	5,0	6,8
T45 Frühe Schulabgänger/-innen (18 bis unter 25 Jahre)	2019	%	11,9	↗	5 ■■■■	16,0	7,6	10,3
T46 Schulentlassene mit Hochschulreife (ABS, BBS)	2018	Anzahl	32 088	↘	4 ■■■	84 994	2 827	338 688
Abiturientenquote	2018	%	37,4	↗	13 ■■■■■■■■	54,8	32,1	39,9
Studienberechtigtenquote	2018	%	52,0	↘	6 ■■■■	61,2	39,7	50,4
T48 Duale Berufsausbildung – Abschlussprüfungen	2019	Anzahl	40 776	↘	4 ■■■	85 560	4 221	383 292
T49 Berufliche Fortbildung – Abschlussprüfungen	2019	Anzahl	8 733	↘	4 ■■■	23 436	750	90 276
Wissenschaft und Kultur								
T50 Studienanfänger/-innen (1. Semester; am Studienort)	2018	Anzahl	36 319	↘	6 ■■■■	121 799	6 176	511 997
Anteil Studienanfängerinnen	2018	%	51,8	↗	5 ■■■■	53,8	49,7	51,3
Studienanfängerquote (an Geb.jahrgänge; Studienort)	2018	%	39,9	↘	15 ■■■■■■■■	99,9	36,3	57,3
T51 Studierende im Wintersemester	2018	Anzahl	210 114	↗	5 ■■■■	783 208	31 455	2 868 222
Studierende im Wintersemester – Frauenanteil	2018	%	49,1	↗	10 ■■■■■■■■	51,6	46,9	48,9
Studierende – Anteil Bildungsausländer/-innen	2018	%	9,1	↗	13 ■■■■■■■■	17,4	6,4	10,5
T52 Absolventen (Erststudium)	2018	Anzahl	23 777	↗	5 ■■■■	67 657	2 931	303 155
Absolventen (Erststudium) – Frauenanteil	2018	%	53,4	↘	9 ■■■■■■■■	55,9	50,4	53,1
T53 Bestandene Promotionen	2018	Anzahl	2 122	↘	6 ■■■■	5 448	271	27 838
Bestandene Promotionen – Frauenanteil	2018	%	45,1	↘	9 ■■■■■■■■	51,7	42,0	45,2
T54 Professuren an Hochschulen	2018	Anzahl	3 706	↗	5 ■■■■	10 221	504	48 111
Professuren – Frauenanteil	2018	%	26,6	↗	5 ■■■■	32,3	20,5	24,7
T55 Öffentliche Ausgaben für Hochschulen je Studierenden	2016	€	16 100	↘	1 ■	16 100	11 600	13 400
T56 Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) je Einw.	2018	€	1 168	↗	7 ■■■■	2 640	443	1 263
T57 Öffentliche Ausgaben für Kultur (Grundmittel) je Einw.	2015	€	97	↗	12 ■■■■■■■■	283	76	152
Umwelt und Energie ³⁾								
T58 Wasserverbrauch (Haush., Kleingew.) je versorgte Einw.	2016	Liter/Tag	126,9	(((↗)))	5 ■■■■	139,9	90,1	122,7
T59 Aufkommen an Haushaltsabfällen je Einwohner/-in	2018	kg	512	↘	2 ■■	523	334	455
HH.abfälle – getrennte Wertstoffe je Einwohner/-in	2018	kg	164	↘	2 ■■	168	106	146
T60 Primärenergieverbrauch (PEV)	2017	Mio. kWh	367 566	↗	4 ■■■	1 100 909	44 919	3 756 386
Anteil erneuerbarer Energien am PEV	2017	%	19,0	↗	4 ■■■	29,9	4,1	13,3
T61 Stromerzeugung	2017	Mio. kWh	86 336	↗	2 ■■	157 272	7 180	653 700
Anteil Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien	2017	%	45,3	↗	6 ■■■■	71,9	4,8	33,1
T62 Energiebedingte CO ₂ -Emissionen aus PEV je Einw.	2017	t	8,1	↘	7 ■■■■■	22,3	4,6	8,9
T63 Waldzustand – deutliche Kronenverlichtung	2019	%	27	↗	14 ■■■■■■■■	53	27	36
T64 Siedlungs- und Verkehrsfläche	2018	km ²	6 713	↗	3 ■■	8 512	237	49 819
Flächenverbrauch – Siedlungs- und Verkehrsfläche	2015-18	ha/Tag	6,0	↘	x x	x	x	56,0
T65 Ökologisch bewirtschaftete Fläche	2016	1 000 ha	90,5	(((↗)))	5 ■■■■	261,0	0,3	1 161,9
Anteil ökologisch bewirtschafteter Fläche	2016	%	3,5	(((↗)))	16 ■■■■■■■■	17,7	3,5	7,0
Soziales, Sicherheit								
T66 Armutsgefährdungsquote	2019	%	16,0	↗	8 ■■■■■■■■	18,5	12,4	15,9
Armutsgefährdungsquote – Alleinerziehende	2019	%	43,5	↗	5 ■■■■	48,3	29,6	42,7
Armutsgefährdungsquote – Erwerbslose	2019	%	57,5	↗	10 ■■■■■■■■	67,8	49,2	57,9
T67 SGB II-Bedarfsgemeinschaft – Personen je 100 bis 65 J.	2019	Anzahl	8,8	↘	9 ■■■■■■■■	18,6	3,8	8,5
SGB II-Quote – LB Kinder unter 18 Jahren	2019	%	13,1	↘	9 ■■■■■■■■	30,0	5,8	12,9
T68 Mindestsicherungsquote	2018	%	8,9	↘	9 ■■■■■■■■	17,4	4,6	8,7
T69 Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohner/-innen	2019	Anzahl	11,6	↘	2 ■■	12,0	4,1	7,5
T70 Pflegebedürftige – Anteil an der Bevölkerung	2017	%	4,9	(((↗)))	6 ■■■■	5,7	3,1	4,1
T71 Schutzmaßnahmen je 10 000 Kinder und Jugendliche	2019	Anzahl	37	↘	14 ■■■■■■■■	77	17	36
T72 Schwangerschaftsabbrüche je 1 000 Lebendgeborene	2019	Anzahl	112	↘	13 ■■■■■■■■	244	93	130
T73 Straftaten je 100 000 Einwohner/-innen	2019	Anzahl	6 346	↘	10 ■■■■■■■■	14 086	4 615	6 548
Wohnungseinbruchdiebstahl je 100 000 Einw.	2019	Anzahl	118	↘	7 ■■■■	272	33	105
T74 Straßenverkehr – Verunglückte je 100 000 Einw.	2019	Anzahl	529,9	↘	3 ■■	563,8	356,4	466,2

1) Wert-Veränderung: ↗ gleicher Wert, ↗ Anstieg (nicht bewertet), ↘ Rückgang (nicht bewertet), ↗/↘ positiv bewertet, ↗/↘ negativ bewertet, (↘) eingeschränkt vergleichbar, ((↘)) 2-jähriger Vergleich, (((↘))) 3-jähriger Vergleich.

2) Ungewertete Position des Wertes für Niedersachsen im Ländervergleich: 1 ■ = höchster Wert, 16 ■■■■■■■■ = niedrigster Wert; dabei ist zu beachten, dass je nach Indikator ein niedriger oder ein hoher Wert positiv bewertet sein kann, d. h. der höchste Wert kann der schlechteste sein und der niedrigste der beste. Die Positionierung berücksichtigt bei Dezimalzahlen alle Nachkommastellen.

3) Bei den Indikatoren zu T60, T62, T63 sind die Position sowie der höchste und niedrigste Wert unter den verfügbaren Länderwerten ausgewiesen.

Aktuelle Entwicklungen im Jahr 2020

Ab März 2020 wurden die wirtschaftlichen Entwicklungen stark durch die Corona-Pandemie bestimmt, insbesondere die Wirtschaftsleistung sank deutlich:

- Das **Bruttoinlandsprodukt** (BIP) Niedersachsens sank im 1. Halbjahr 2020 gegenüber dem 1. Halbjahr 2019 real um 7,3 % (Deutschland: -6,6 %). Im Ländervergleich war dies der viertstärkste Rückgang; am stärksten sank das BIP im Saarland (-9,5 %).
- Die **Arbeitslosigkeit** lag im Juni 2020 in Niedersachsen bei 6,0 % und damit 1,1 Prozentpunkte höher als ein Jahr zuvor (Deutschland: 6,2 %; +1,3 Prozentpunkte). Die Länderraten reichten von 3,9 % (Bayern) bis 11,6 % (Bremen).
- Die **Unterbeschäftigungsquote** (ohne Kurzarbeit) stieg in Niedersachsen um 0,7 Prozentpunkte auf 7,6 % und in Deutschland um 1,0 Prozentpunkte auf 7,8 %.

Die **Erwerbstätigenzahlen** entwickelten sich im 1. Quartal 2020 noch positiv. Die Zahl der am Arbeitsort gezählten Erwerbstätigen in Niedersachsen stieg gegenüber dem Vorjahr um 0,5 % auf rund 4,13 Mio. Personen (Deutschland: +0,3 %).

Die „**bekämpfte Armut**“, gemessen am Anteil der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften an der Bevölkerung unter 65 Jahren, sank gegenüber dem April des Vorjahres um 0,1 Prozentpunkte. Damit lag die SGB II-Quote in Niedersachsen im April 2020 bei 9,2 %. In Ostdeutschland ging die Quote um 0,4 Prozentpunkte auf 11,5 % zurück, während sie in Westdeutschland unverändert 8,3 % betrug.

Die Quote der in **Kindertageseinrichtungen** betreuten Kinder unter 3 Jahren stieg in Niedersachsen im März 2020 gegenüber dem März des Vorjahres um 0,8 Prozentpunkte auf 32,9 %. (Westdeutschland: 31,0 %; +0,7 Prozentpunkte). In Niedersachsen erhöhte sich in dieser Altersgruppe die Zahl um 1 842 betreute Kinder.

Aktuelle Entwicklungen 2020

Land	Veränderung des BIP (real) – vorläufige Ergebnisse	Erwerbstätige ¹⁾ (am Arbeitsort)	Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen	Arbeitslosenquote	Veränderung der Arbeitslosenquote	Unterbeschäftigungsquote	SGB II-Quote ²⁾	Veränderung der SGB II-Quote	Kindertagesbetreuung von unter 3-Jährigen ³⁾
	1. Hj 2020/ 1. Hj 2019	1. Vj 2020	1. Vj 2020/ 1. Vj 2019	Juni 2020	Juni 2020/ Juni 2019	Juni 2020	April 2020	April 2020/ April 2019	1.3.2020
	%	in 1 000	%		Prozentpunkte	%		Prozentpunkte	%
Baden-Württemberg	-7,7	6 355	+0,1	4,4	+1,4	5,4	5,2	+0,1	30,0
Bayern	-7,0	7 688	+0,3	3,9	+1,3	4,8	4,1	+0,1	29,6
Berlin	-5,1	2 073	+1,7	10,5	+2,7	12,4	17,2	-0,1	44,9
Brandenburg	-4,9	1 117	+0,1	6,5	+0,9	8,1	8,9	-0,6	57,7
Bremen	-8,7	436	+0,2	11,6	+1,6	14,5	19,2	+0,2	29,0
Hamburg	-6,6	1 298	+1,3	8,2	+2,1	10,0	12,8	+0,4	46,7
Hessen	-6,1	3 528	+0,5	5,7	+1,4	7,1	8,6	-0,0	31,9
Mecklenburg-Vorpommern	-5,2	746	+0,2	8,0	+1,3	10,1	10,8	-0,7	57,6
Niedersachsen	-7,3	4 128	+0,5	6,0	+1,1	7,6	9,2	-0,1	32,9
Nordrhein-Westfalen	-6,2	9 613	+0,4	7,9	+1,4	9,8	11,8	-0,1	29,2
Rheinland-Pfalz	-5,7	2 029	-0,1	5,6	+1,3	6,9	7,3	+0,1	31,2
Saarland	-9,5	529	-0,8	7,6	+1,6	9,7	11,4	-0,0	29,8
Sachsen	-6,5	2 050	-0,0	6,3	+1,0	8,0	9,0	-0,5	52,8
Sachsen-Anhalt	-5,2	994	-0,4	8,1	+1,1	10,9	12,5	-0,7	58,3
Schleswig-Holstein	-3,8	1 421	+0,4	6,1	+1,2	7,7	9,8	-0,2	35,2
Thüringen	-6,3	1 032	-0,8	6,3	+1,2	8,0	8,4	-0,4	54,8
Deutschland	-6,6	45 036	+0,3	6,2	+1,3	7,8	8,9	-0,1	35,0
Westdeutschland	-6,7	37 024	+0,3	5,9	+1,3	7,3	8,3	+0,0	31,0
Ostdeutschland	-5,6	8 012	+0,3	7,7	+1,5	9,6	11,5	-0,4	52,7

1) Quelle: Erwerbstätigenrechnung, Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Mai 2020.

2) Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften (einschl. sonstige Leistungsberechtigte, vom Leistungsanspruch ausgeschlossene Personen und Kinder ohne Leistungsanspruch) je Einwohnerinnen und Einwohner im Alter von 0 bis unter 65 Jahren am 31.12.2019.

3) Anteil der betreuten unter 3-Jährigen in öffentlich geförderter Kindertagesbetreuung (einschließlich Kindertagespflege; Stichtag: 1.3.2020) an allen Kindern dieser Altersgruppe zum 31.12.2019.

Bevölkerung

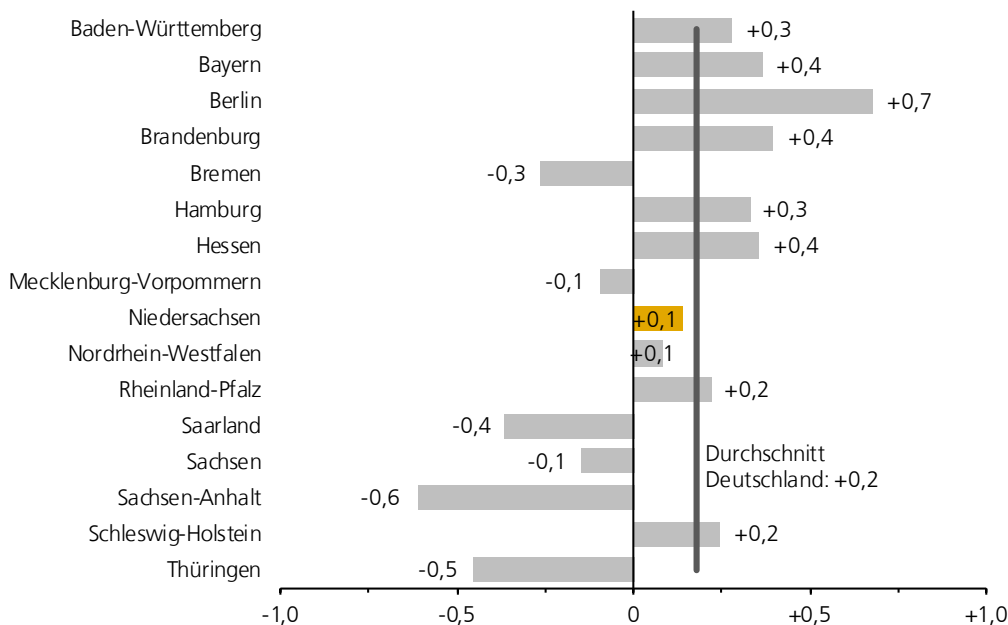
Anstieg der Bevölkerung deutlich geringer als im Vorjahr

Die Bevölkerungszahl Niedersachsens stieg 2019 auf gut 7,99 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner. Im Vergleich zum Vorjahr entsprach dies einem Plus von 11 160 Personen bzw. 0,1 %. Der Anstieg fiel damit deutlich geringer aus als im Vorjahr (2018/17: +19 673 Personen). In Deutschland lebten Ende 2019 insgesamt knapp 83,2 Mio. Menschen; das waren 0,2 % mehr als im Vorjahr.

Bevölkerungszahl
T1

Im Ländervergleich verlief die Bevölkerungsentwicklung unterschiedlich. Besonders stark stieg die Bevölkerungszahl in Berlin (+0,7 %) sowie in Brandenburg, Bayern und Hessen (jeweils +0,4 %). In 6 Ländern ging die Bevölkerungszahl zurück, am stärksten in Sachsen-Anhalt (-0,6 %), Thüringen (-0,5 %) und dem Saarland (-0,4 %). Ein Ost-West-Gefälle bleibt sichtbar: Die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner nahm in Westdeutschland um +0,2 % zu, in Ostdeutschland dagegen nur minimal.

■ Veränderung der Bevölkerung 2019 gegenüber 2018 (jeweils 31.12.) – Prozent –



Im Vergleich 2019 gegenüber 2014 stieg die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner in Niedersachsen um fast 167 000 Personen bzw. 2,1 % an. In Deutschland waren es knapp 1,97 Mio. Personen mehr (+2,4 %).

Durchschnittlich wohnten 2019 in Niedersachsen 168 Einwohnerinnen und Einwohner je Quadratkilometer (Deutschland: etwa 233 Personen). Im Ländervergleich hatte Niedersachsen 2019 weiterhin die niedrigste Bevölkerungsdichte in Westdeutschland (269 Personen). In Ostdeutschland (149 Personen) waren 4 der 5 Flächenländer weniger dicht besiedelt als Niedersachsen.

Bevölkerungsdichte
T1

Jugendanteil und Anteil älterer Menschen leicht über dem Bundesniveau

Jugendanteil
T1a

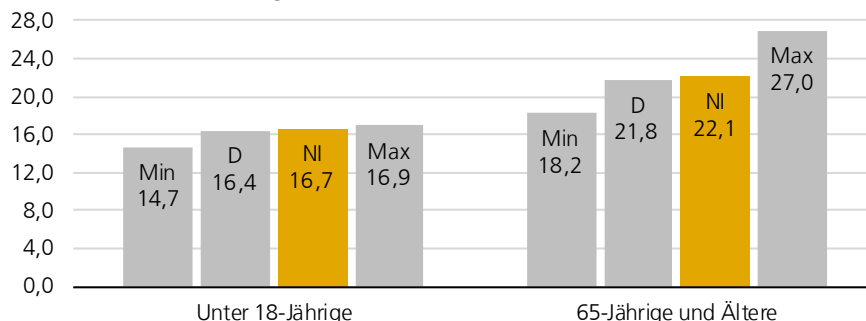
Im Jahr 2019 betrug der Anteil der unter 18-jährigen Kinder und Jugendlichen an der Bevölkerung in Niedersachsen 16,7 % (Deutschland: 16,4 %). Den höchsten Anteil wiesen Baden-Württemberg (16,9 %), Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen (jeweils 16,8 %) auf. Besonders gering war der Anteil der unter 18-Jährigen in Sachsen-Anhalt (14,7 %) und im Saarland (14,8 %). Die Differenz zwischen Westdeutschland (16,6 %) und Ostdeutschland (15,7 %) betrug 0,9 Prozentpunkte.

Anteil Ältere

T1a

Der Anteil der Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter lag 2019 in Niedersachsen bei 22,1 % (Deutschland: 21,8 %). Die Differenz zwischen Westdeutschland (21,1 %) und Ostdeutschland (24,5 %) betrug dabei deutliche 3,4 Prozentpunkte. In den ostdeutschen Flächenländern gehörte ein Viertel und mehr der Bevölkerung zu dieser Altersgruppe. In den Großstädten Hamburg und Berlin waren es hingegen weniger als ein Fünftel (18,2 % bzw. 19,2 %).

■ Anteil der unter 18-Jährigen und der 65-Jährigen und Älteren an der Gesamtbevölkerung 2019 – Prozent –



Durchschnittsalter

T1a

Ende 2018 lag das Durchschnittsalter in Niedersachsen bei 44,6 Jahren (Deutschland: 44,4 Jahre). In Westdeutschland war dies der vierthöchste Wert. Im Ländervergleich waren die ostdeutschen Flächenländer die „ältesten“ (46,8 bis 47,2 Jahre), die Großstadt Hamburg (42,1 Jahre) und Baden-Württemberg (42,2 Jahre) die „jüngsten“ vor Berlin (42,6 Jahre).

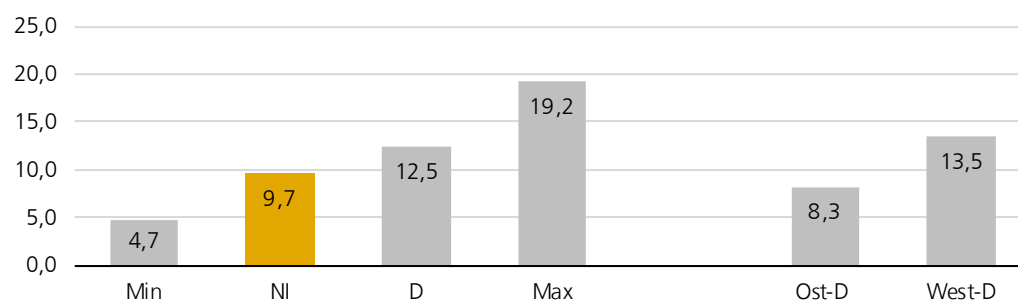
Anteil Ausländerinnen/ Ausländer

T1

Anteil der Ausländerinnen und Ausländer weiter einstellig

In Niedersachsen lebten 2019 laut Bevölkerungsfortschreibung gut 773 000 Ausländerinnen und Ausländer. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung lag mit 9,7 % unter dem westdeutschen Durchschnitt (13,5 %). Berlin wies mit 19,2 % den höchsten Anteil aus, die ostdeutschen Flächenländer die niedrigsten (4,7 % bis 5,2 %). Der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an der Gesamtbevölkerung (am 31.12.) nahm 2019 in allen Ländern zu, bundesweit auf 12,5 %. Dies ist auch mit der gesetzlich festgelegten Verteilung von Asylsuchenden auf die Länder nach dem Königsteiner Schlüssel zu erklären, der sich zu zwei Dritteln nach dem Steueraufkommen und zu einem Drittel nach der Bevölkerungszahl bemisst. Die Aufnahmequote betrug für Niedersachsen 2019 gut 9,4 %.

■ Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an der Gesamtbevölkerung 2019 – Prozent –



EU-Staatsangehörigkeit

T1

Eine Staatsangehörigkeit aus einem anderen EU-Staat wiesen 2019 in Niedersachsen (laut Ausländerzentralregister) 41,6 % aller Ausländerinnen und Ausländer auf. In Bayern (51,1 %) und Baden-Württemberg (49,8 %) verfügte etwa die Hälfte der ausländischen Personen über eine EU-Staatsangehörigkeit; in Sachsen-Anhalt (31,8 %) und den Stadtstaaten Hamburg und Bremen (jeweils 32,3 %) traf dies auf weniger als ein Drittel der Ausländerinnen und Ausländer zu.

Geburten

T2

Weniger Geburten als Sterbefälle

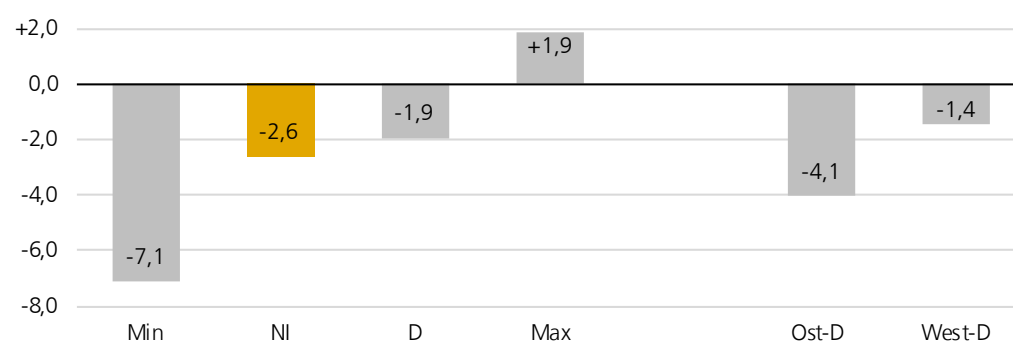
Die Zahl der Lebendgeborenen sank 2019 in Niedersachsen im Vergleich zu 2018 geringfügig um 366 Kinder auf 73 286 Geborene (-0,5 %; Deutschland: -1,2 %). Im mittelfris-

tigen Vergleich zu 2014 stieg die Zahl in Niedersachsen um 10,4 % und damit etwas weniger als im westdeutschen Durchschnitt (11,2 %). In Ostdeutschland sank die Zahl der Geburten in diesem Zeitraum um 0,9 %.

Der Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung war 2019 erneut negativ: In Niedersachsen wurden knapp 21 000 Menschen weniger geboren als gestorben sind. Das Geburtendefizit je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner betrug 2,6 Personen. Das war – zusammen mit Rheinland-Pfalz – das dritthöchste Defizit unter den westdeutschen Ländern (Westdeutschland: -1,4; Ostdeutschland: -4,1). Nur in Hamburg (+1,9) und Berlin (+1,3) ergab sich ein Geburtenüberschuss.

Geburtenüberschuss/-defizit
T2

■ Geburtendefizit/-überschuss je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2019 – Anzahl –



Lebenserwartung Neugeborener unter Bundesdurchschnitt

Lebenserwartung
T1a

Die (Perioden-)Sterbetafeln zeigen modellhaft auf, wie unter den derzeitigen Sterblichkeitsverhältnissen eine fiktive Grundgesamtheit von 100 000 lebend geborenen Mädchen bzw. Jungen im Zeitablauf verstirbt. Dabei handelt es sich um Durchschnittswerte, die vom individuellen Sterberisiko einer Person je nach gesundheitlicher Konstitution und persönlichen Lebensverhältnissen über- oder unterschritten werden können. Die Angabe zur Lebenserwartung Neugeborener gibt an, wie lange sie den aktuellen Lebensverhältnissen entsprechend durchschnittlich leben würden.

Nach den Ergebnissen der Sterbetafel 2016/2018 betrug die Lebenserwartung für Neugeborene in Niedersachsen bei den Mädchen 82,8 Jahre und bei den Jungen 78,1 Jahre (Deutschland: Frauen 83,3 Jahre; Männer: 78,5 Jahre). Die höchste Lebenserwartung bei Geburt wurde für Baden-Württemberg berechnet: für Frauen 84,1 Jahre und für Männer 79,7 Jahre. Die niedrigsten Werte ergaben sich für Frauen im Saarland (82,1 Jahre) und für Männer in Sachsen-Anhalt (76,3 Jahre).

Relativ hohe Zahl an Geburten je Frau (Geburtenziffer)

Geburtenziffer
T2

Die zusammengefasste Geburtenziffer wird zur Beschreibung des aktuellen Geburtenverhaltens herangezogen. Sie gibt an, wie viele Kinder eine Frau im Laufe ihres Lebens bekäme, wenn ihr Geburtenverhalten so wäre wie das aller Frauen von 15 bis 49 Jahren im betrachteten Jahr.

In Niedersachsen und Bremen war 2019 die zusammengefasste Geburtenziffer mit 1,60 Kindern je Frau am höchsten, gefolgt von Brandenburg (1,59) und Baden-Württemberg (1,57). Besonders niedrige Geburtenziffern hatten dagegen Berlin (1,41), das Saarland (1,45) und Hamburg (1,47). Der Durchschnitt in Deutschland lag bei 1,54 Kindern je Frau im Alter von 15 bis 49 Jahren.

Mehr Zuzüge als Fortzüge

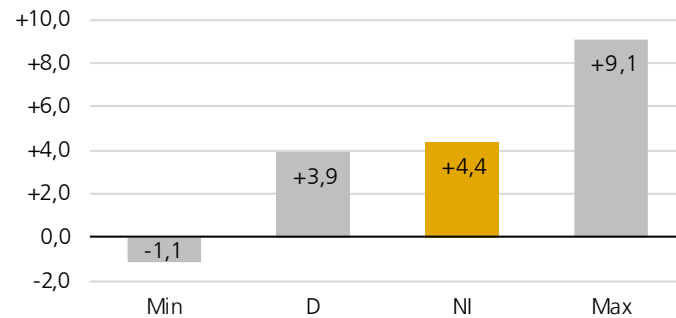
Wanderungssaldo
T3

Im Jahr 2019 sind insgesamt 35 029 Menschen mehr nach Niedersachsen gezogen als aus Niedersachsen fortzogen. Der Wanderungssaldo mit dem Ausland (über die Grenzen des Bundesgebietes) betrug +38 216 und mit den anderen Ländern innerhalb des Bundesgebietes 3 187 Personen. Der Wanderungssaldo mit dem Ausland war in allen Ländern positiv (Deutschland: +327 060 Menschen). Wanderungsgewinne innerhalb des Bundes-

gebietes verzeichneten 7 Länder, darunter insbesondere Brandenburg mit einem Plus von 16 317 Menschen.

Der Wanderungsgewinn je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner fiel 2019 in Niedersachsen mit 4,4 Personen niedriger aus als im Vorjahr (2018: +5,5). Im Ländervergleich war dieser Indikator in Brandenburg (+9,1), Berlin (+6,4) und Schleswig-Holstein (+6,0) besonders hoch. Besonders niedrig war der Wanderungssaldo in Bremen (-1,1), Sachsen-Anhalt (+1,1) und Thüringen (+1,6) (Deutschland: +3,9).

■ **Wanderungssaldo insgesamt je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2019 – Anzahl –**



Insgesamt gab es von 2014 bis 2019 in Niedersachsen und Deutschland trotz eines Geburtendefizits jedes Jahr einen Bevölkerungsanstieg aufgrund des Wanderungsgewinns.

Einbürgerungen

T4

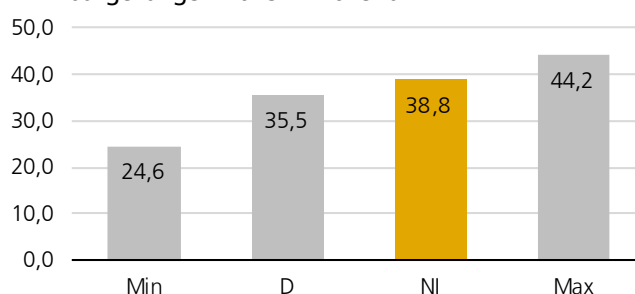
Zahl der Eingebürgerten deutlich angestiegen

Eingebürgerte sind Personen, denen auf Antrag die deutsche Staatsangehörigkeit verliehen wurde. Sie werden zu deutschen Bürgerinnen und Bürgern und verfügen damit über alle staatsbürgerlichen Rechte und Partizipationsmöglichkeiten. Ausländische Staatsangehörige haben einen Anspruch auf Einbürgerung, wenn bestimmte Voraussetzungen vorliegen. Ein Absehen von der Erfüllung einzelner Voraussetzungen ist z. B. bei Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern, Ehegatten und Kindern der einzubürgernden Person sowie Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen möglich. Sofern ein öffentliches Interesse an der Einbürgerung besteht und einige Mindestanforderungen erfüllt sind, kann die Einbürgerungsbehörde der Einbürgerung zustimmen (sogenannte Ermessenseinbürgerung).

Die Zahl der Einbürgerungen in Niedersachsen stieg 2019 gegenüber 2018 deutlich um 29,0 % auf rund 10 930 Personen. Kurz vor dem Brexit stieg die Zahl der Eingebürgerten aus dem Vereinigten Königreich mit 2 216 Personen noch deutlicher als in den Vorjahren; gut Dreiviertel davon wohnten schon 20 Jahre oder länger in Deutschland. Im Durchschnitt der Jahre 2014 bis 2019 wurden gut 8 700 Personen pro Jahr aus Niedersachsen zu Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik Deutschland. Bundesweit erfolgten 2019 gut 128 900 Einbürgerungen und damit 14,7 % mehr als im Vorjahr.

Mehr als ein Drittel der Personen, die 2019 in Deutschland eingebürgert wurden, kamen aus Staaten der Europäischen Union (35,5 %). In Niedersachsen lag der Anteil der Eingebürgerten aus EU-Staaten mit 38,8 % etwas höher; die Spanne reichte in den Ländern von 24,6 % in Sachsen-Anhalt bis 44,2 % in Bayern.

■ **Anteil Einbürgerungen aus EU-Staaten an allen Einbürgerungen 2019 – Prozent –**

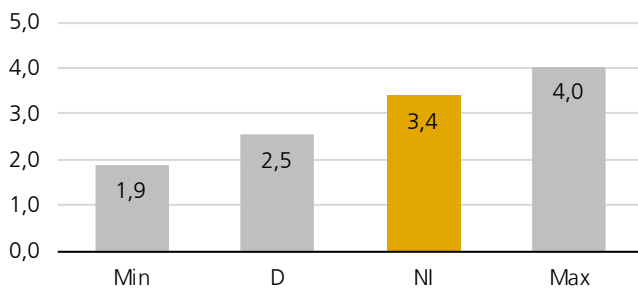


Der Indikator ausgeschöpftes Einbürgerungspotential (aEP) bezieht die Zahl der Einbürgerungen auf die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer mit einer Aufenthaltsdauer von 10 Jahren und mehr. Das aEP ist ein internationaler Indikator vor allem für eine erfolgreiche rechtliche Integration.

In Niedersachsen lag das ausgeschöpfte Einbürgerungspotential 2019 bei 3,4 % und damit über dem bundesweiten Durchschnitt von 2,5 %. Die höchsten Ausschöpfungsquoten erreichten Sachsen und Thüringen (jeweils 4,0 %). Dagegen wurden in Berlin und im Saarland jeweils nur 1,9 % der Ausländerinnen und Ausländer mit einer Aufenthaltsdauer von mindestens 10 Jahren eingebürgert

**Ausgeschöpftes
Einbürgerungspotential**
T4

■ Ausschöpftes Einbürgerungspotential 2019 – Prozent –



Die Niveaus der ausgeschöpften Einbürgerungspotentiale haben sich in den Ländern seit 2014 nicht wesentlich verändert. In Hamburg, Thüringen und Schleswig-Holstein waren die Ausschöpfungsquoten am höchsten und lagen im Durchschnitt der Jahre 2014 bis 2019 bei 3,8 %, 3,5 % bzw. 3,2 %. Besonders niedrige durchschnittliche Quoten erreichten Berlin (1,8 %), Baden-Württemberg und Bayern (jeweils 2,0 %). In Niedersachsen betrug der Durchschnitt 2,8 %, wobei es 2019 gegenüber 2018 einen brexitbedingten deutlichen Anstieg um 0,7 Prozentpunkte gab (s. o.).

Informationen:

Bevölkerungszahlen, Geburten und Sterbefälle, Zu- und Fortzüge:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): [GENESIS-Online](#): Statistiken Bevölkerung (124), Geburten, Geburtenziffer, Sterbefälle (126) und Außenwanderungen (127)
- Statistisches Bundesamt (Destatis): [Bevölkerung Fachserie 1 Reihe 1](#)
- [Regionaldatenbank Deutschland](#): Wanderungsstatistik, Statistik 12711
- [LSN-Onlinedatenbank](#): Bevölkerungsfortschreibung (100), Natürliche Bevölkerungsbewegung (110) und Wanderungsstatistik (120)
- [Regionalmonitoring Niedersachsen](#) > Bevölkerung
- **Ausländerinnen und Ausländer aus dem Ausländerzentralregister**: Statistisches Bundesamt (Destatis): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit - Ausländische Bevölkerung - [Ergebnisse des Ausländerzentralregisters Fachserie 1 Reihe 2](#)
- [LSN-Onlinedatenbank](#): Ausländerzentralregister (105)
- Einbürgerungen: Statistisches Bundesamt (Destatis): Bevölkerung. [Einbürgerungen Fachserie 1 Reihe 2.1](#)
- [Bundesamt für Migration und Flüchtlinge](#)
- [Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung](#): Integration > Migration und Teilhabe > Monitoring
- Landesamt für Statistik Niedersachsen (LSN): Themenbereiche > Analysen > [Integrationsmonitoring Niedersachsen](#)

Autorin: Dr. Margot Thomsen

Tabellen Bevölkerung

1. Bevölkerungsstand und -dichte 31.12.

Land	Einwohner/-innen am 31.12.			Länderanteil	Anteil der Ausländer/ -innen	Anteil EU- Ausländer/ -innen AZR an Ausländer/ -innen AZR ¹⁾	Einwohner/ -innen je qkm ²⁾	Veränderung der Zahl der Einwohner/-innen				
	2014	2018	2019					2019/2014 ³⁾	2019/2018			
	Anzahl							%		Anzahl	%	
Baden-Württemberg	10 716 644	11 069 533	11 100 394	13,3	15,9	49,8	311	+3,6	+0,3			
Bayern	12 691 568	13 076 721	13 124 737	15,8	13,6	51,1	186	+3,4	+0,4			
Berlin	3 469 849	3 644 826	3 669 491	4,4	19,2	39,8	4 118	+5,8	+0,7			
Brandenburg	2 457 872	2 511 917	2 521 893	3,0	5,0	36,4	85	+2,6	+0,4			
Bremen	661 888	682 986	681 202	0,8	18,5	32,3	1 622	+2,9	-0,3			
Hamburg	1 762 791	1 841 179	1 847 253	2,2	16,5	32,3	2 446	+4,8	+0,3			
Hessen	6 093 888	6 265 809	6 288 080	7,6	16,6	44,6	298	+3,2	+0,4			
Mecklenburg-Vorpommern	1 599 138	1 609 675	1 608 138	1,9	4,7	40,3	69	+0,6	-0,1			
Niedersachsen	7 826 739	7 982 448	7 993 608	9,6	9,7	41,6	168	+2,1	+0,1			
Nordrhein-Westfalen	17 638 098	17 932 651	17 947 221	21,6	13,6	38,7	526	+1,8	+0,1			
Rheinland-Pfalz	4 011 582	4 084 844	4 093 903	4,9	11,5	47,1	206	+2,1	+0,2			
Saarland	989 035	990 509	986 887	1,2	11,4	48,2	384	-0,2	-0,4			
Sachsen	4 055 274	4 077 937	4 071 971	4,9	5,1	33,9	221	+0,4	-0,1			
Sachsen-Anhalt	2 235 548	2 208 321	2 194 782	2,6	5,1	31,8	107	-1,8	-0,6			
Schleswig-Holstein	2 830 864	2 896 712	2 903 773	3,5	8,4	36,9	184	+2,6	+0,2			
Thüringen	2 156 759	2 143 145	2 133 378	2,6	5,2	37,6	132	-1,1	-0,5			
Deutschland	81 197 537	83 019 213	83 166 711	100	12,5	43,5	233	+2,4	+0,2			
Westdeutschland	65 223 097	66 823 392	66 967 058	80,5	13,5	44,3	269	+2,7	+0,2			
Ostdeutschland	15 974 440	16 195 821	16 199 653	19,5	8,3	37,8	149	+1,4	+0,0			

1) Die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer am 31.12.2019 nach dem Ausländerzentralregister (AZR) war bundesweit gut 8 % höher als die Zahl nach der Bevölkerungsfortschreibung.

2) Bodenfläche insgesamt am 31.12.2018.

3) Die Ergebnisse der Wanderungsstatistik und als Folge die Entwicklung des Bevölkerungsstandes ab Berichtsjahr 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen, technischer Weiterentwicklungen der Datenlieferungen aus dem Meldewesen an die Statistik sowie der Umstellung auf ein neues statistisches Aufbereitungsverfahren nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

Quelle (EU-Ausländerinnen und -Ausländer): Ausländerzentralregister, Stand zum 31.12.2019

1a. Bevölkerungsstand – Alter 31.12.

Land	Anteil der unter 18- Jährigen	Anteil der 18- bis unter 65-Jährigen	Anteil der 65-Jährigen und Älteren	Anteil der Frauen 15 bis unter 50 Jahre ¹⁾	Jugend- quotient ²⁾	Alters- quotient ³⁾	Durch- schnitts- alter	Durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt	
								Frauen	Männer
								nach Sterbetafel 2016/2018	
							2019		
%						Jahre			
Baden-Württemberg	16,9	62,7	20,4	20,9	31,4	33,6	42,2	84,1	79,7
Bayern	16,5	63,0	20,5	21,0	30,3	33,7	43,8	83,8	79,3
Berlin	16,5	64,3	19,2	23,1	29,1	30,7	42,6	83,2	78,3
Brandenburg	15,8	59,3	24,9	17,4	30,2	43,1	47,1	83,3	77,8
Bremen	16,3	62,6	21,1	21,3	30,4	34,9	43,6	82,5	77,2
Hamburg	16,8	65,0	18,2	23,8	29,6	28,9	42,1	83,4	78,5
Hessen	16,8	62,4	20,8	20,9	31,1	34,4	43,8	83,5	79,2
Mecklenburg-Vorpommern	15,2	59,5	25,3	17,4	29,3	43,7	47,0	83,1	76,8
Niedersachsen	16,7	61,2	22,1	19,9	31,8	37,5	44,6	82,8	78,1
Nordrhein-Westfalen	16,8	62,1	21,2	20,6	31,4	35,3	44,1	82,8	78,2
Rheinland-Pfalz	16,2	61,8	22,0	19,8	30,6	36,8	44,8	83,1	78,6
Saarland	14,8	61,1	24,1	18,9	28,1	40,7	46,3	82,1	77,6
Sachsen	15,8	57,7	26,5	18,0	31,2	47,2	46,8	83,9	78,0
Sachsen-Anhalt	14,7	58,3	27,0	16,9	28,8	47,6	46,8	82,6	76,3
Schleswig-Holstein	16,3	60,6	23,2	19,6	31,4	39,6	45,2	82,8	78,2
Thüringen	15,2	58,6	26,2	17,3	29,7	46,1	47,2	83,0	77,4
Deutschland	16,4	61,8	21,8	20,3	30,8	36,4	44,4	83,3	78,5
Westdeutschland	16,6	62,3	21,1	20,6	31,0	35,0	.	.	.
Ostdeutschland	15,7	59,8	24,5	18,8	29,8	42,1	.	.	.

1) An der weiblichen Bevölkerung.

2) Anzahl der unter 20-Jährigen je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren.

3) Anzahl der 65-Jährigen und Älteren je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren.

2. Lebendgeborene

Land	Lebendgeborene			Lebendgeborene je 1 000 Einwohner/-innen		Geburten- überschuss/ -defizit ¹⁾ je 1 000 Ein- wohner/ -innen	Veränderung der Zahl der Lebendgeborenen		Zusammen- gefasste Geburten- ziffer (TFR) ²⁾
	2014	2018	2019	2014	2019		2019/2014	2019/2018	2019
	Anzahl						%		Anzahl
Baden-Württemberg	95 632	108 919	108 985	9,0	9,8	-0,2	+14,0	+0,1	1,57
Bayern	113 935	127 616	128 227	9,0	9,8	-0,5	+12,5	+0,5	1,55
Berlin	37 368	40 203	39 503	10,9	10,8	+1,3	+5,7	-1,7	1,41
Brandenburg	19 339	19 881	19 329	7,9	7,7	-5,0	-0,1	-2,8	1,59
Bremen	6 211	7 163	7 149	9,4	10,5	-0,8	+15,1	-0,2	1,60
Hamburg	19 039	21 126	20 940	10,9	11,4	+1,9	+10,0	-0,9	1,47
Hessen	54 631	61 012	60 062	9,0	9,6	-1,1	+9,9	-1,6	1,54
Mecklenburg-Vorpommern	12 830	13 032	12 630	8,0	7,8	-5,6	-1,6	-3,1	1,54
Niedersachsen	66 406	73 652	73 286	8,5	9,2	-2,6	+10,4	-0,5	1,60
Nordrhein-Westfalen	155 102	173 150	170 391	8,8	9,5	-2,0	+9,9	-1,6	1,56
Rheinland-Pfalz	33 427	37 647	37 173	8,4	9,1	-2,6	+11,2	-1,3	1,56
Saarland	7 328	8 149	8 006	7,4	8,1	-5,6	+9,3	-1,8	1,45
Sachsen	35 935	35 890	34 491	8,9	8,5	-5,0	-4,0	-3,9	1,56
Sachsen-Anhalt	17 064	17 410	16 618	7,6	7,6	-7,1	-2,6	-4,5	1,56
Schleswig-Holstein	22 793	25 236	24 653	8,1	8,5	-3,6	+8,2	-2,3	1,54
Thüringen	17 887	17 437	16 647	8,3	7,8	-5,9	-6,9	-4,5	1,56
Deutschland ³⁾	714 927	787 523	778 090	8,8	9,4	-1,9	+8,8	-1,2	1,54
Westdeutschland	574 504	643 670	638 872	8,8	9,6	-1,4	+11,2	-0,7	1,56
Ostdeutschland	140 423	143 853	139 218	8,8	8,6	-4,1	-0,9	-3,2	1,56

1) Anzahl der Lebendgeborenen minus Anzahl der Gestorbenen.

2) Total fertility rate (TFR) ist die Summe der altersspezifischen Geburtenziffern für die Altersjahre 15 bis 49. Eine altersspezifische Geburtenziffer zeigt die Relation zwischen der Zahl der von Müttern eines bestimmten Alters geborenen Kinder und der Zahl aller Frauen dieses Alters; Ostdeutschland ohne Berlin.

3) Ab 2016: Gesamtzahl der Lebendgeborenen sowie Gesamtzahl der Sterbefälle einschließlich der Fälle mit unbestimmtem Geschlecht.

3. Wanderungssaldo

Land	Wanderungssaldo insgesamt (Zuzüge - Fortzüge)			Davon		Wanderungssaldo insgesamt je 1 000 Einwohner/-innen			Veränderung des Wanderungssaldos insgesamt	
				über die Grenzen des Bundes- gebietes	innerhalb des Bundes- gebietes					
	2014	2018	2019			2014	2018	2019	2019/2014 ¹⁾	2019/2018
	Anzahl									
Baden-Württemberg	+89 606	+50 907	+37 782	+46 663	-8 881	+8,4	+4,6	+3,4	-51 824	-13 125
Bayern	+92 707	+86 366	+58 548	+55 245	+3 303	+7,3	+6,6	+4,5	-34 159	-27 818
Berlin	+37 113	+29 435	+23 231	+30 104	-6 873	+10,8	+8,1	+6,4	-13 882	-6 204
Brandenburg	+18 014	+21 062	+22 914	+6 597	+16 317	+7,3	+8,4	+9,1	+4 900	+1 852
Bremen	+5 070	+3 361	-774	+1 173	-1 947	+7,7	+4,9	-1,1	-5 844	-4 135
Hamburg	+13 376	+7 979	+5 003	+4 864	+139	+7,6	+4,4	+2,7	-8 373	-2 976
Hessen	+52 522	+29 843	+28 517	+31 826	-3 309	+8,7	+4,8	+4,5	-24 005	-1 326
Mecklenburg-Vorpommern	+8 486	+7 659	+8 043	+4 229	+3 814	+5,3	+4,8	+5,0	-443	+384
Niedersachsen	+54 376	+43 524	+35 029	+38 216	-3 187	+7,0	+5,5	+4,4	-19 347	-8 495
Nordrhein-Westfalen	+93 627	+52 471	+47 256	+52 914	-5 658	+5,3	+2,9	+2,6	-46 371	-5 215
Rheinland-Pfalz	+27 320	+22 505	+20 416	+17 925	+2 491	+6,8	+5,5	+5,0	-6 904	-2 089
Saarland	+3 078	+2 056	+2 162	+3 357	-1 195	+3,1	+2,1	+2,2	-916	+106
Sachsen	+23 402	+17 987	+15 612	+11 293	+4 319	+5,8	+4,4	+3,8	-7 790	-2 375
Sachsen-Anhalt	+4 269	+1 759	+2 428	+5 215	-2 787	+1,9	+0,8	+1,1	-1 841	+669
Schleswig-Holstein	+22 796	+18 207	+17 521	+10 294	+7 227	+8,1	+6,3	+6,0	-5 275	-686
Thüringen	+4 721	+4 559	+3 372	+7 145	-3 773	+2,2	+2,1	+1,6	-1 349	-1 187
Deutschland	+550 483	+399 680	+327 060	+327 060	x	+6,8	+4,8	+3,9	-223 423	-72 620
Westdeutschland	+454 478	+317 219	+251 460	+262 477	x	+7,0	+4,8	+3,8	-203 018	-65 759
Ostdeutschland	+96 005	+82 461	+75 600	+64 583	x	+6,0	+5,1	+4,7	-20 405	-6 861

1) Einschließlich unbekanntes Ausland sowie einschließlich Herkunfts-/Zielgebiet "ungeklärt" und "ohne Angabe". Die Ergebnisse der Wanderungsstatistik ab Berichtsjahr 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen, technischer Weiterentwicklungen der Datenlieferungen aus dem Meldewesen an die Statistik sowie der Umstellung auf ein neues statistisches Aufbereitungsverfahren nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

4. Einbürgerungen

Land	Eingebürgerte ¹⁾			Anteil Eingebürgerte aus EU-Staaten	Eingebürgerte je 1 000 Ausländer/-innen 31.12.		Ausge- schöpftes Einbürgere- rungspotential ²⁾	Veränderung der Zahl der Eingebürgerten	
	2014	2018	2019		2014	2019		2019/2014	2019/2018
	Anzahl		%		Anzahl			%	
Baden-Württemberg	16 804	16 285	19 110	31,5	12	10	2,1	+13,7	+17,3
Bayern	13 159	18 060	20 975	44,2	9	11	2,6	+59,4	+16,1
Berlin	6 539	6 500	6 830	32,5	13	8	1,9	+4,5	+5,1
Brandenburg	836	800	1 040	40,9	12	8	3,4	+24,4	+30,0
Bremen	1 583	1 580	1 785	28,3	16	13	3,3	+12,8	+13,0
Hamburg	6 492	5 770	5 840	28,9	25	18	3,8	-10,0	+1,2
Hessen	12 677	12 520	13 780	36,6	15	12	2,6	+8,7	+10,1
Mecklenburg-Vorpommern	489	440	535	32,7	11	7	3,1	+9,4	+21,6
Niedersachsen	7 722	8 470	10 930	38,8	14	13	3,4	+41,5	+29,0
Nordrhein-Westfalen	27 738	27 650	30 680	32,6	13	11	2,3	+10,6	+11,0
Rheinland-Pfalz	5 566	5 655	6 065	38,5	16	12	3,0	+9,0	+7,3
Saarland	1 150	1 105	1 035	41,1	13	8	1,9	-10,0	-6,3
Sachsen	1 093	1 645	2 090	31,6	9	10	4,0	+91,2	+27,1
Sachsen-Anhalt	579	655	710	24,6	9	6	3,0	+22,6	+8,4
Schleswig-Holstein	2 868	2 700	3 425	39,0	17	13	3,7	+19,4	+26,9
Thüringen	513	640	790	25,3	9	7	4,0	+54,0	+23,4
Deutschland	108 422	112 340	128 905	35,5	13	11	2,5	+18,9	+14,7
Westdeutschland	95 759	99 795	113 625	36,0	13	12	x	+18,7	+13,9
Ostdeutschland	10 049	10 680	11 995	32,1	12	8	x	+19,4	+12,3

1) Aus Datenschutzgründen sind die Absolutwerte ab 2018 jeweils auf ein Vielfaches von 5 gerundet. Angaben für Deutschland einschließlich Einbürgerungen im Ausland lebender Personen (2014: 2 614 Personen, 2018: 1 850 Personen, 2019: 3 280 Personen).

2) Das ausgeschöpfte Einbürgerungspotential (aEP) bezieht die Einbürgerungen im Inland auf die seit mindestens 10 Jahre im Inland lebende ausländische Bevölkerung zum 31.12. des Vorjahres.
Quelle (Ausländerinnen und Ausländer): Ausländerzentralregister, Stand zum 31.12.2019

Familie und Beruf

Das Thema Familie und Beruf steht seit längerem im öffentlichen Fokus. Es wurden eine Reihe staatlicher, kommunaler und politischer Maßnahmen getroffen, die insbesondere auf die frühkindliche Betreuung abzielen. Zu nennen ist hier unter anderem der seit 2013 bestehende gesetzliche Anspruch auf frühkindliche Förderung in einer Kindertageseinrichtung oder Tagespflege ab dem vollendeten ersten Lebensjahr (vgl. § 24 SGB VIII). Je nach beruflicher Situation und persönlichen Lebensumständen sind Eltern auf eine Ganztagsbetreuung ihrer Kinder angewiesen. Der gesetzliche Mindestanspruch auf Kinderbetreuung in Kindertagesstätten umfasst in Niedersachsen vier Stunden an fünf Tagen in der Woche (vgl. § 8 KiTaG).

Kindertagesbetreuung der unter 3-Jährigen: Betreuungsquoten steigen weiter

Die Betreuungsquote zeigt den Anteil der betreuten Kinder einer Altersgruppe. Bei der Ganztagsbetreuung besteht eine vertraglich vereinbarte Betreuungszeit von mehr als 7 Stunden je Betreuungstag.

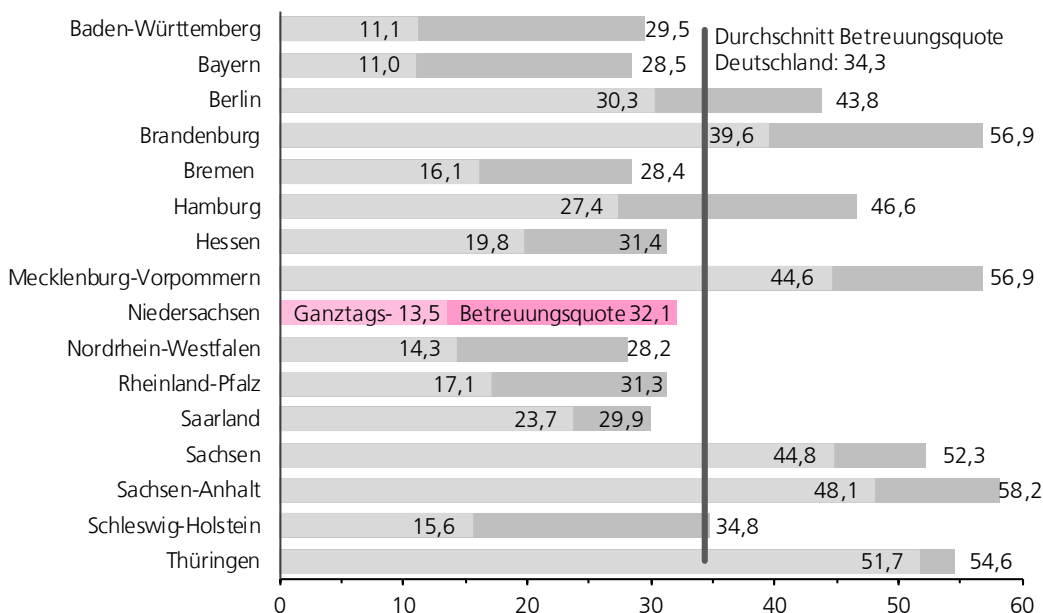
In Niedersachsen wurden zum Stichtag am 1. März 2019 insgesamt 72 011 Kinder unter 3 Jahren in einer Kindertageseinrichtung oder öffentlich geförderten Kindertagespflege betreut. Gegenüber dem Vorjahr waren das 3 835 Kinder mehr (+5,6 %), die eine Kinderkrippe bzw. Tagespflegeeinrichtung besuchten. Im Ländervergleich war das die viertgrößte Steigerung bei der Zahl betreuter Kinder unter 3 Jahren nach Hamburg (+7,1 %), Bayern (+6,2 %) und dem Saarland (+5,9 %). Im Bundesdurchschnitt lag der Anstieg bei 3,7 %.

Die Betreuungsquote, bezogen auf alle gleichaltrigen Mädchen und Jungen, betrug 2019 in Niedersachsen 32,1 % und stieg damit um 1,2 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr. Dennoch ist das im Jahr 2013 politisch formulierte Ziel von 35 % noch nicht erreicht. Die Quote lag 1,8 Prozentpunkte über dem Schnitt der westdeutschen Länder (30,3 %), aber deutlich unter der Quote der ostdeutschen Länder, in denen 52,1 % der Kinder unter 3 Jahren in Kinderkrippen oder Tagespflegeeinrichtungen betreut wurden. Im Bundesdurchschnitt wurden 2019 mehr als ein Drittel der Kinder unter 3 Jahren (34,3 %) betreut.

Kindertagesbetreuung der unter 3-Jährigen

T5

■ Betreuungsquote für Kinder unter 3 Jahren 2019 und darunter Ganztagsbetreuungsquote – Prozent –



Ganztagsbetreuung der unter 3-Jährigen

T5

Auch die Ganztagsbetreuungsquote der unter 3-Jährigen hat sich 2019 in Niedersachsen um 0,5 Prozentpunkte auf 13,5 % weiter erhöht und nähert sich dem westdeutschen Durchschnitt von 14,3 % (Ostdeutschland: 41,4 %, Deutschland: 19,3 %). Die Quote ist jedoch im Ländervergleich nach Bayern (11,0 %) und Baden-Württemberg (11,1 %) die niedrigste.

Personalschlüssel

T5

Personalschlüssel unverändert

Das in Deutschland angestrebte Betreuungsverhältnis von maximal 3 Kindern unter 3 Jahren (Personalschlüssel 3,0) je pädagogischer Vollzeitstelle hat 2019 nur Bremen erreicht. In Niedersachsen hat sich mit rechnerisch 3,7 Kindern je vollzeittätiger Person gegenüber dem Vorjahr eine leichte Verbesserung ergeben (2018: 3,8). Damit lag Niedersachsen näher am empfohlenen Personalschlüssel als der Bundesdurchschnitt (4,2 Kinder je pädagogischer Vollzeitstelle). Niedersachsen kann seit 2013 eine stetige Annäherung an das Zielverhältnis von 1:3 verzeichnen.

Ganztagsbetreuung der 3- bis unter 6-Jährigen

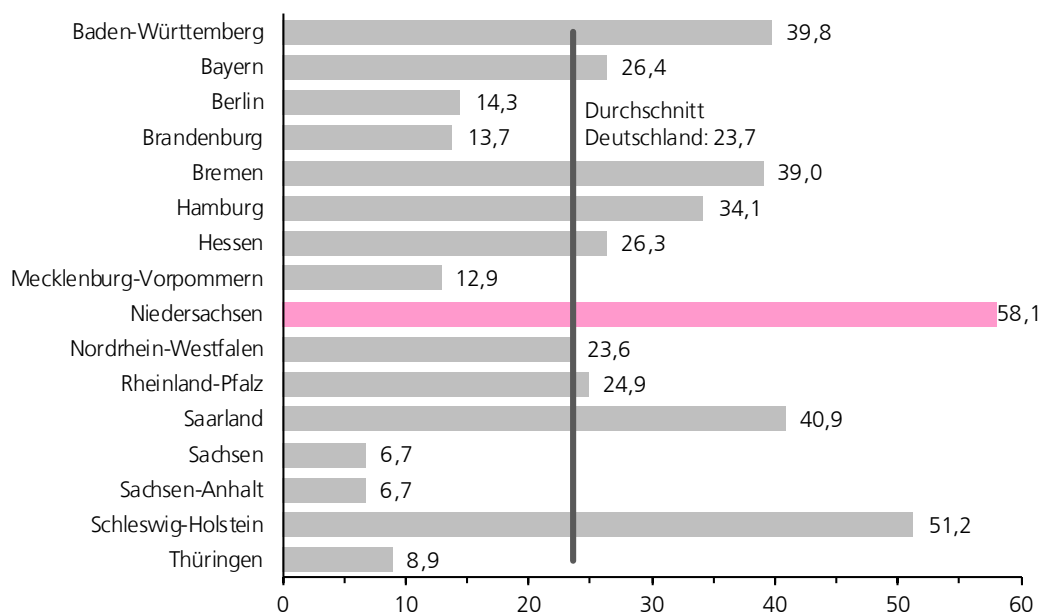
T6

Ganztagsbetreuung der 3- bis unter 6-Jährigen deutlich gestiegen

In Niedersachsen wurden 2019 insgesamt 76 217 Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren mit mehr als 7 Stunden Betreuung pro Betreuungstag gezählt, das entspricht einer Ganztagsbetreuungsquote von 35,2 % (Deutschland: 47,0 %). Damit wurden in dieser Altersgruppe 8 941 Kinder mehr ganztags betreut als noch ein Jahr zuvor. Das entsprach einem Anstieg von 13,3 % gegenüber 2018 und war der höchste im Ländervergleich (Bundesdurchschnitt: +4,5 %).

Auch im mittelfristigen Ländervergleich 2019 gegenüber 2014 wies Niedersachsen den höchsten Wert in der Veränderung der Ganztagsbetreuung auf. Die Steigerung von 58,1 % innerhalb von 5 Jahren deutet auf einen kontinuierlichen Ausbau der Ganztagsbetreuung in Niedersachsen hin. Dennoch hatte Niedersachsen weiterhin die zweitniedrigste Ganztagsbetreuungsquote nach Baden-Württemberg (2019: 25,2 %).

Veränderung der Zahl der ganztätig betreuten 3- bis unter 6-jährigen Kinder 2019 gegenüber 2014 – Prozent –



Elterngeldbezug

T7

Elterngeldbezug: Positive Auswirkungen des ElterngeldPlus

Eine weitere staatliche Maßnahme zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist die Weiterentwicklung des Elterngeldes. Das Basis-Elterngeld entspricht bei Erwerbstätigen etwa zwei Dritteln des Nettogehaltes und kann für bis zu 14 Monate bezogen werden. Elterngeld wird vom Tage der Geburt bis zum Ende des 14. Lebensmonats an Mütter und Väter ausgezahlt, um das fehlende Einkommen während der Betreuungszeit des Kindes auszugleichen. Seit der Einführung des ElterngeldPlus im Jahr 2015 können Elterngeldbezüge für ein Elternteil bis zu 32 Monate andauern (für beide Elternteile maximal bis zu 36 Monaten) und von den Elternteilen flexibler gestaltet werden.

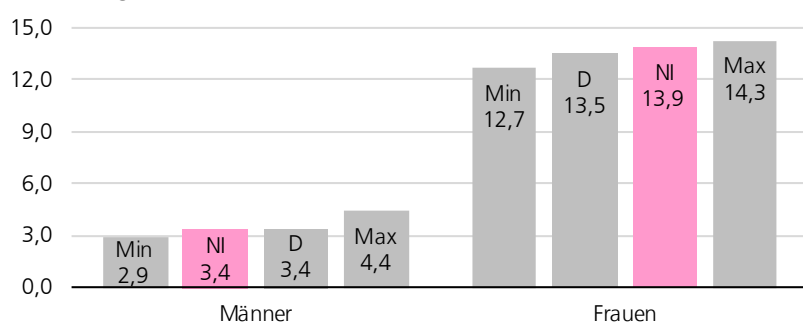
Der Leistungsbezug von Elterngeld für 2017 geborene Kinder endete 2020 in Niedersachsen für 95 641 Eltern. Gegenüber 2014 (für 2012 geborene Kinder) stieg die Zahl der beendeten Bezüge um 26,8 % (Bundesdurchschnitt: +23,5 %). Der Väteranteil stieg in Nie-

dersachsen in diesem Zeitraum um 6,5 Prozentpunkte und lag 2020 bei mehr als einem Viertel (28,0 %). In Sachsen war der Väteranteil 2020 mit 34,4 % am höchsten; im Saarland lag er mit 22,4 % am niedrigsten (Bundesdurchschnitt: 29,1 %).

Der Anteil der Mütter und Väter, die vor der Geburt erwerbstätig waren, stieg für ab dem Jahr 2017 geborene Kinder bundesweit und auch in Niedersachsen weiter an. Unter denjenigen, die im Jahr 2017 Eltern wurden, waren 68,9 % der weiblichen Leistungsbeziehenden vor der Geburt des Kindes erwerbstätig (Deutschland: 71,3 %); bei den Männern waren es 90,0 % (Deutschland: 92,4 %).

Durch die Einführung des ElterngeldPlus im Jahr 2015 wurden weitere Impulse für eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf gegeben. Beide Elternteile zusammen können für Kinder, die ab 1. Juli 2015 geboren wurden, bis zu 36 Monate Elterngeld beziehen und in Teilzeit berufstätig sein. Dies wirkte sich auf die durchschnittliche Bezugsdauer beider Geschlechter positiv aus. Vor der Einführung des ElterngeldPlus betrug für Mütter von 2014 geborenen Kindern die durchschnittliche Bezugsdauer 11,6 Monate und für Väter 3,1 Monate. Die durchschnittliche Bezugsdauer von Müttern, die 2017 ein Kind bekamen, stieg um 2,3 Monate (auf 13,9 Monate). Bei den Vätern stieg die durchschnittliche Bezugsdauer im gleichen Zeitraum um 0,3 Monate auf 3,4 Monate. Damit entsprach die durchschnittliche Bezugsdauer von Elterngeld in Niedersachsen bei den Männern dem Bundesdurchschnitt, bei den Frauen lag diese Bezugsdauer um 0,4 Monate über dem Bundesdurchschnitt.

■ Durchschnittliche Bezugsdauer von Elterngeld durch Männer und Frauen für 2017 geborene Kinder (bis März 2020) – Monate –



Teilzeitbeschäftigung weiter steigend

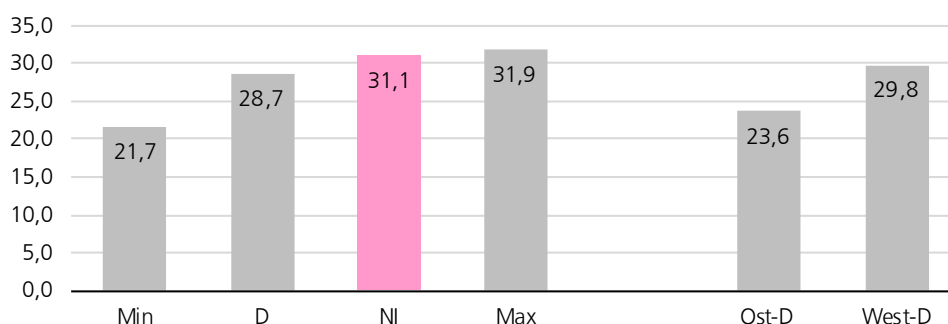
Teilzeitbeschäftigung

T8

Als Teilzeitbeschäftigte werden im Mikrozensus alle Personen gezählt, die bis zu 31 Stunden pro Woche arbeiten – ohne Auszubildende. Ab dem Jahr 2017 werden hierzu nur noch Personen in Privathaushalten befragt (ohne Gemeinschaftsunterkünfte, z. B. Alten- und Pflegeheime).

Die Anzahl der Erwerbstätigen in Teilzeit betrug 2019 in Niedersachsen 1,2 Mio. Damit ist die Zahl der Teilzeitarbeitskräfte gegenüber dem Vorjahr um 3,3 % gestiegen. Im mittelfristigen Vergleich 2019 gegenüber 2014 betrug der Zuwachs 9,5 %. Der Anteil der Teilzeiterwerbstätigen an allen Erwerbstätigen lag 2019 bei 31,1 % und ist gegenüber dem Vorjahr (30,5 %) ebenfalls gestiegen. Im Ländervergleich reichten die Werte von 21,7 % und 31,9 %, wobei die niedrigsten Anteile in den 5 ostdeutschen Flächenländern und Berlin festzustellen waren (Deutschland: 28,7 %).

■ Anteil Erwerbstätige in Teilzeitarbeit an allen Erwerbstätigen 2019 – Prozent –



Teilzeitarbeit ist weiterhin überwiegend von Frauen geprägt. In Niedersachsen waren 2019 etwa 4 von 5 Teilzeitarbeitskräften Frauen (78,8 %). Ihr Anteil war in den letzten Jahren jedoch leicht rückläufig (2014: 80,4 %). In den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg arbeitete ein vergleichsweise höherer Anteil Männer in Teilzeit, gefolgt von den ostdeutschen Ländern. In Berlin betrug der Anteil der Frauen in Teilzeit lediglich 62,2 %. Im Bundesdurchschnitt waren es 77,2 % (Ostdeutschland: 70,6 %; Westdeutschland: 78,4 %).

Alleinerziehende

T9

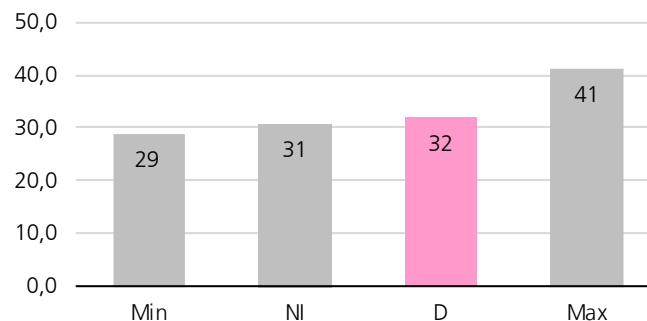
Mehr Alleinerziehende

Die Zahl der Alleinerziehenden belief sich 2019 in Niedersachsen auf rund 240 000 Personen. Das waren 1,1 % bzw. etwa 2 000 Personen mehr als im Vorjahr. Den kurzfristig stärksten Anstieg im Ländervergleich gab es in Hamburg (+14,2 %), den stärksten Rückgang in Brandenburg (-5,5 %). Kleinere Schwankungen können bei der Datenbasis des Mikrozensus auch stichprobenbedingt sein. Im Bundesdurchschnitt hoben sich die unterschiedlichen Entwicklungen auf Länderebene beinahe auf, der Anstieg 2019 zu 2018 betrug 1,0 %.

Mehr als 4 von 5 Alleinerziehenden waren 2019 in Niedersachsen Frauen (84,2 %). Ihr Anteil ist mittelfristig gegenüber 2014 weiter gestiegen (+0,4 Prozentpunkte). Im Bundesdurchschnitt war der Anteil der Frauen an allen Alleinerziehenden 2019 auf ähnlichem Niveau (84,4 %) wie in Niedersachsen.

Bezogen auf die Gesamtbevölkerung kamen 2019 auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner in Niedersachsen 31 Alleinerziehende; bundesweit waren es durchschnittlich 32 (Ostdeutschland: 36; Westdeutschland: 31). Weniger Alleinerziehende je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner als in Niedersachsen gab es nur in Bayern und Baden-Württemberg (jeweils 29). Die höchsten Werte verzeichneten die Stadtstaaten Berlin (41) und Hamburg (39).

■ Alleinerziehende je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2019 – Anzahl –



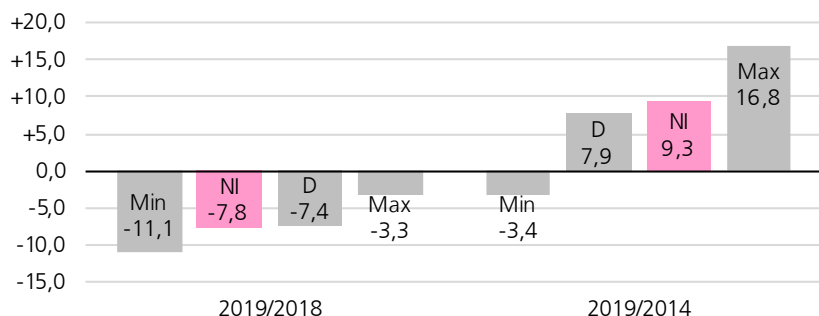
Eheschließungen

T10

Kurzfristig weniger Eheschließungen

Die Zahl der Eheschließungen sank in Niedersachsen 2019 gegenüber dem Vorjahr um -7,8 % auf 42 418. Auch alle anderen Länder verzeichneten eine rückläufige Zahl der Eheschließungen um bundesweit durchschnittlich 7,4 %. Der Rückgang kann teilweise auf die geänderte Gesetzeslage zurückgeführt werden: Seit dem 1. Oktober 2017 haben auch gleichgeschlechtliche Paare das Recht auf eine zivilrechtliche Eheschließung. In der Erfassung der Daten wurden Eheschließungen zwischen Personen gleichen Geschlechts aus dem 4. Quartal 2017 statistisch dem Jahr 2018 zugeordnet. Dadurch sind die Werte für 2018 leicht überhöht. Darüber hinaus kann angenommen werden, dass es 2018 zu einem gewissen Nachholeffekt bei gleichgeschlechtlichen Paaren kam, welcher sich 2019 wieder abschwächte. Im 5-Jahresvergleich 2019 gegenüber 2014 stieg die Zahl der Eheschließungen in Niedersachsen deutlich um 9,3 % (Deutschland: +7,9 %).

■ **Veränderung der Zahl der Eheschließungen 2019 gegenüber 2018 und gegenüber 2014 – Prozent –**



Bezogen auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner wurden in Niedersachsen 2019 rechnerisch 53,1 Ehen geschlossen. Dies war ebenfalls weniger als noch 2018 (57,6), aber mehr als 2014 (49,6). Wie in den letzten Jahren wies Mecklenburg-Vorpommern im Ländervergleich den höchsten Wert auf (2019: 68,9) und Hamburg den niedrigsten (2019: 32,9). Für die regionale Zuordnung einer Eheschließung ist allerdings nicht der Wohnort der Eheleute maßgeblich, sondern der Ort der Eheschließung. Häufig sind touristisch beliebte Reiseziele auch bei Paaren beliebte Orte zur Eheschließung, was die regionale Verteilung der Werte beeinflusst.

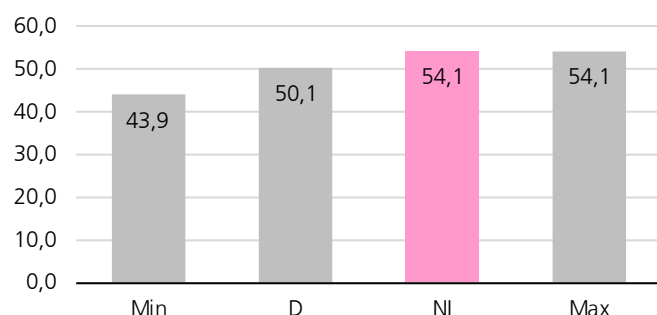
Zahl der Scheidungen nahezu konstant

Ehescheidungen
T11

Insgesamt wurden 2019 in Niedersachsen 15 275 Scheidungen registriert. Dies ist ein leichter Anstieg um 0,6 % bzw. 89 Scheidungen gegenüber dem Vorjahr. Im mittelfristigen Vergleich zu 2014 ging die Zahl dagegen um -8,9 % zurück (Deutschland: -10,3 %). Eine Tendenz zu weniger Scheidungen zeigte sich mittelfristig in allen Ländern. Auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen 2019 in Niedersachsen rechnerisch 19,1 Scheidungen (Bundesdurchschnitt: 17,9). Das waren ebenfalls weniger als noch 2014 (Niedersachsen: 21,5; Deutschland: 20,5).

Bei mehr als jeder zweiten Scheidung in Deutschland waren 2019 minderjährige Kinder betroffen (50,1 %). Der Anteil von 54,1 % in Niedersachsen stellte wie im Vorjahr den höchsten Wert unter allen Ländern dar.

■ **Anteil Ehescheidungen von Paaren mit minderjährigen Kindern an allen Ehescheidungen 2019 – Prozent –**



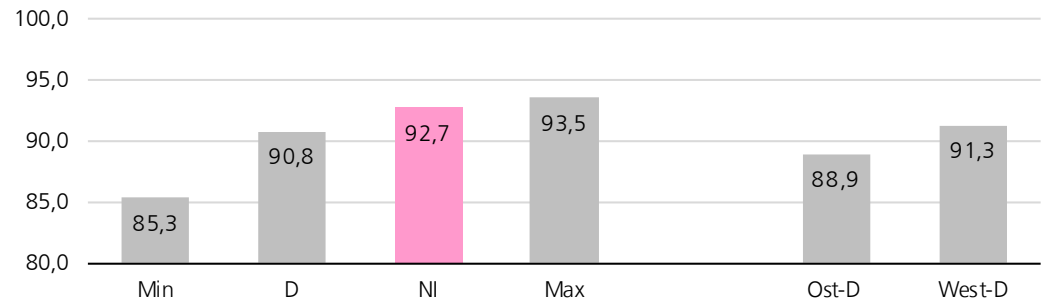
Überdurchschnittlicher Anteil privater Haushalte mit Internetzugang

Internetzugang
T12

Die Erhebung über Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) wird seit 2002 jährlich in den Ländern der Europäischen Union durchgeführt. Die Erhebung dient dazu, ein vollständiges Bild der Verbreitung und Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien zu erstellen sowie die Entwicklung der Informationsgesellschaft und deren Einfluss auf soziale und wirtschaftliche Prozesse zu verfolgen. Bundesweit nehmen ca. 12 000 Haushalte an der Erhebung teil, in Niedersachsen sind es mehr als 1 000 Haushalte. Die Teilnahme der Haushalte an der IKT-Erhebung ist bis einschließlich 2020 freiwillig. Die Erhebung wird ab 2021 in den Mikrozensus integriert.

92,7 % aller niedersächsischen Privathaushalte verfügten 2019 über einen Internetzugang mit einer festen und/ oder mobilen Verbindung. Damit lag Niedersachsen im Ländervergleich über dem bundesdeutschen Durchschnitt von 90,8 %. Lediglich das Saarland (93,5 %) wies einen höheren Anteil privater Haushalte mit Internetzugang auf; die wenigsten Haushalte mit Internetzugängen verzeichnete Brandenburg (85,3 %).

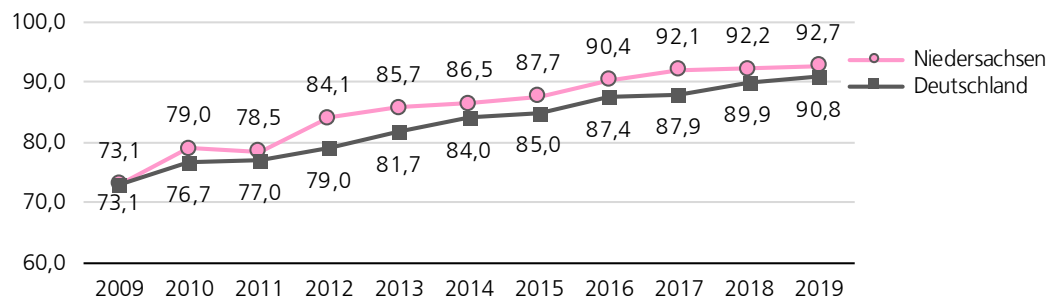
■ Anteil der privaten Haushalte mit Internetzugang insgesamt 2019 – Prozent –



Der Anteil aller Haushalte mit Breitbandanschluss lag 2019 in Niedersachsen bei 92,1 %, also nur 0,6 Prozentpunkte niedriger als der Anteil mit Internetzugang insgesamt (Deutschland: 89,9 %). Zu den Breitbandverbindungen zählen zum Beispiel DSL, Kabel und Satellit (feste Breitbandverbindung) und UMTS, HSDPA und LTE (mobile Breitbandverbindung).

Mittelfristig im Vergleich 2019 zu 2014 stieg der Anteil der Privathaushalte in Niedersachsen mit Internetzugang um 6,2 Prozentpunkte (Deutschland: +6,8 Prozentpunkte). Unabhängig von der tatsächlichen Nutzung stieg der Anteil der Privathaushalte mit Internetzugang insbesondere in den Jahren 2009 bis 2017 um 19,0 Prozentpunkte, seit 2017 aber nur noch um 0,6 Prozentpunkte. In Deutschland stieg der Anteil von 2009 bis 2019 kontinuierlich um 17,7 Prozentpunkte.

■ Anteil der privaten Haushalte mit Internetzugang 2009 bis 2019 – Prozent –



Informationen:

- **Kinderbetreuung:** Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Soziales – Kindertagesbetreuung – [Karten zur Statistik der Kindertagesbetreuung](#) sowie [Regionaldatenbank Deutschland](#) (22543 Statistik der öffentlich geförderten Kindertagespflege)
- **Regionalmonitoring Niedersachsen:** Soziales > Betreuung und Pflege
- Das niedersächsische Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (KiTaG) § 8 Absatz II, § 21
- Das **Achte Buch Sozialgesetzbuch – Kinder und Jugendhilfe (SGB VIII)** § 24
- **Elterngeldstatistik:** Statistisches Bundesamt (Destatis): Soziales – [Eltern- und Kindergeld](#) – Beendete Leistungsbezüge jährlich: Statistik zum Elterngeld
- **Familien und Erwerbstätigkeit nach Familientypen:** LSN: Themenbereich Haushalte und Familien, Mikrozensus und freiwillige Haushaltsbefragungen – [Tabellen - Mikrozensus](#)
- **Eheschließungen:** [Regionaldatenbank Deutschland](#) (12611 Statistik der Eheschließungen)
- [LSN Onlinedatenbank](#) (130 Eheschließungen)
- **Ehescheidungen:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [GENESIS-Online](#) (12631 Statistik rechtskräftiger Urteile in Ehesachen)
- [LSN Onlinedatenbank](#) (140 Ehescheidungen)
- **Internetzugang:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [Wirtschaftsrechnungen](#) – Private Haushalte in der Informationsgesellschaft (IKT) (Fachserie 15 Reihe 4) sowie [GENESIS-Online: Statistiken 63931 Informations- und Kommunikationstechnologien \(IKT\)](#)
- LSN: [Informations- und Kommunikationstechnologien \(IKT\)](#)

Autorinnen: Jenny Gentz, Rita Skorka, Carola Steenhoff

Tabellen Familie und Beruf

5. Kindertagesbetreuung von unter 3-Jährigen

Land	Betreute Kinder ¹⁾			Betreuungsquote ²⁾			Ganztags- betreuungs- quote	Personal- schlüssel ³⁾	Veränderung der Zahl der betreuten Kinder	
	2014	2018	2019	2014	2018	2019			2019/2014	2019/2018
	Anzahl			%					Anzahl	%
Baden-Württemberg	76 295	93 412	96 465	27,8	29,1	29,5	11,1	3,1	+26,4	+3,3
Bayern	88 700	103 194	109 549	27,1	27,5	28,5	11,0	3,7	+23,5	+6,2
Berlin	46 984	51 809	51 951	46,0	43,9	43,8	30,3	5,6	+10,6	+0,3
Brandenburg	33 164	36 063	36 529	57,8	56,4	56,9	39,6	5,5	+10,1	+1,3
Bremen	4 447	5 783	5 851	26,9	28,4	28,4	16,1	3,0	+31,6	+1,2
Hamburg	21 939	26 785	28 699	43,0	44,0	46,6	27,4	4,5	+30,8	+7,1
Hessen	45 078	55 523	57 749	28,8	30,6	31,4	19,8	3,8	+28,1	+4,0
Mecklenburg-Vorpommern	21 562	22 995	22 825	56,1	56,4	56,9	44,6	6,0	+5,9	-0,7
Niedersachsen	52 830	68 176	72 011	27,9	30,9	32,1	13,5	3,7	+36,3	+5,6
Nordrhein-Westfalen	104 781	139 784	147 171	23,8	27,2	28,2	14,3	3,7	+40,5	+5,3
Rheinland-Pfalz	29 617	34 877	35 933	30,6	30,9	31,3	17,1	3,7	+21,3	+3,0
Saarland	5 646	7 003	7 415	27,0	28,6	29,9	23,7	3,9	+31,3	+5,9
Sachsen	52 297	57 382	58 186	49,9	50,9	52,3	44,8	5,8	+11,3	+1,4
Sachsen-Anhalt	29 677	31 222	31 488	58,3	57,1	58,2	48,1	5,7	+6,1	+0,9
Schleswig-Holstein	20 290	25 648	26 860	30,3	33,7	34,8	15,6	3,7	+32,4	+4,7
Thüringen	27 443	29 903	29 745	52,4	54,0	54,6	51,7	5,4	+8,4	-0,5
Deutschland	660 750	789 559	818 427	32,3	33,6	34,3	19,3	4,2	+23,9	+3,7
Westdeutschland	449 623	560 185	587 703	27,4	29,4	30,3	14,3	.	+30,7	+4,9
Ostdeutschland	211 127	229 374	230 724	52,0	51,5	52,1	41,4	.	+9,3	+0,6

1) Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung besuchen, sowie Kinder in Kindertageseinrichtungen. Stichtag: 1.3.

2) Die Betreuungsquote bezieht sich auf 100 Kinder gleichen Alters am 31.12. des jeweiligen Vorjahres.

3) Der Personalschlüssel gibt die Anzahl der Kinder an, die rechnerisch von einer pädagogisch vollzeittätigen Person betreut werden.

6. Ganztägige Kindertagesbetreuung von 3- bis unter 6-Jährigen

Land	Ganztägig betreute Kinder ¹⁾			Ganztagsbetreuungsquote ²⁾			Veränderung der Zahl der ganztägig betreuten Kinder	
	2014	2018	2019	2014	2018	2019	2019/2014	2019/2018
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	55 750	73 815	77 928	19,8	24,6	25,2	+39,8	+5,6
Bayern	103 506	125 835	130 793	31,6	35,7	36,1	+26,4	+3,9
Berlin	59 154	65 514	67 628	61,0	60,9	61,8	+14,3	+3,2
Brandenburg	37 738	41 259	42 905	61,4	63,0	64,6	+13,7	+4,0
Bremen	5 293	7 106	7 359	32,7	38,9	38,8	+39,0	+3,6
Hamburg	20 572	25 521	27 596	42,8	47,6	50,1	+34,1	+8,1
Hessen	74 205	87 285	93 756	46,8	51,4	53,6	+26,3	+7,4
Mecklenburg-Vorpommern	26 513	28 625	29 920	65,9	69,6	71,7	+12,9	+4,5
Niedersachsen	48 219	67 276	76 217	24,3	31,9	35,2	+58,1	+13,3
Nordrhein-Westfalen	188 561	223 731	233 084	41,6	46,4	47,1	+23,6	+4,2
Rheinland-Pfalz	47 088	55 906	58 806	48,0	52,5	53,4	+24,9	+5,2
Saarland	9 154	12 032	12 896	42,6	52,1	54,6	+40,9	+7,2
Sachsen	83 289	91 583	88 909	79,3	82,4	82,5	+6,7	-2,9
Sachsen-Anhalt	42 195	44 210	45 032	80,4	80,6	81,6	+6,7	+1,9
Schleswig-Holstein	18 645	26 443	28 187	26,1	35,4	37,1	+51,2	+6,6
Thüringen	47 864	51 219	52 124	91,1	91,8	92,3	+8,9	+1,8
Deutschland	867 746	1 027 360	1 073 140	41,7	46,1	47,0	+23,7	+4,5
Westdeutschland	534 622	704 950	746 622	34,1	39,4	40,5	+39,7	+5,9
Ostdeutschland	279 167	322 410	326 518	72,6	74,0	73,9	+17,0	+1,3

1) Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung oder eine Ganztagschule besuchen, sowie in Kindertageseinrichtungen, die mehr als 7 Stunden pro Betreuungstag betreut werden. Stichtag: 1.3.

2) Die Betreuungsquote bezieht sich auf 100 Kinder gleichen Alters am 31.12. des jeweiligen Vorjahres.

7. Elterngeld – Beendete Leistungsbezüge

Land	Beendete Leistungsbezüge Elterngeld – insgesamt ¹⁾			Veränderung der Zahl beendeter Bezüge – insgesamt	Anteil beendete Bezüge		Anteil der Beziehenden, die vor der Geburt des Kindes erwerbstätig waren		Durchschnittliche Bezugsdauer ¹⁾		
	für 2012 geb. Kinder	für 2016 geb. Kinder	für 2017 geb. Kinder		Männer		Frauen	Männer	Frauen		
					für 2012 geb. Kinder	für 2017 geborene Kinder					
						2014	2019	bis März 2020	2020/2014	2014	bis März 2020
Anzahl			%					Monate			
Baden-Württemberg	116 274	142 688	146 730	+26,2	25,2	30,5	95,1	72,6	2,9	13,5	
Bayern	143 459	172 312	176 321	+22,9	27,8	32,3	95,0	75,6	2,9	13,2	
Berlin	43 376	52 750	53 430	+23,2	26,8	31,2	89,3	68,3	4,3	12,8	
Brandenburg	23 504	27 881	27 994	+19,1	24,7	31,1	92,7	79,0	3,1	12,8	
Bremen	6 409	8 222	8 558	+33,5	19,2	25,7	84,7	55,2	4,4	13,7	
Hamburg	22 063	27 657	27 974	+26,8	25,6	30,2	94,0	72,5	3,5	12,7	
Hessen	63 188	75 291	76 868	+21,6	22,8	27,6	91,6	68,9	3,6	13,5	
Mecklenburg-Vorpommern	15 254	16 943	16 881	+10,7	20,3	26,9	91,6	75,8	3,2	12,8	
Niedersachsen	75 417	94 132	95 641	+26,8	21,5	28,0	90,0	68,9	3,4	13,9	
Nordrhein-Westfalen	165 789	205 565	210 286	+26,8	18,3	25,6	90,4	67,4	4,0	13,8	
Rheinland-Pfalz	36 643	45 999	46 970	+28,2	20,2	26,1	90,6	67,4	3,2	14,3	
Saarland	7 787	9 981	10 075	+29,4	16,1	22,4	90,9	62,2	3,4	13,8	
Sachsen	46 872	53 353	53 621	+14,4	28,1	34,4	93,8	79,4	3,1	13,5	
Sachsen-Anhalt	19 502	22 629	22 890	+17,4	19,1	27,4	90,3	72,6	3,6	13,3	
Schleswig-Holstein	26 145	30 606	31 069	+18,8	20,0	26,2	89,8	73,5	3,9	13,7	
Thüringen	22 677	25 413	25 397	+12,0	25,8	32,5	92,4	77,7	3,0	13,9	
Deutschland	834 359	1 011 422	1 030 705	+23,5	23,3	29,1	92,4	71,3	3,4	13,5	
Westdeutschland	663 174	812 453	830 492	+25,2	22,8	28,5	
Ostdeutschland	171 185	198 969	200 213	+17,0	25,3	30,3	

1) Mit der Einführung des ElterngeldPlus im Jahr 2015 können Elterngeldbezüge für ein Elternteil bis zu 32 Monate andauern (für beide Elternteile maximal bis zu 36 Monaten). Elterngeldbezüge können mehrfach zwischen den Elternteilen wechseln.

8. Erwerbstätige (am Wohnort)¹⁾ in Teilzeitarbeit²⁾

Land	Erwerbstätige in Teilzeitarbeit insgesamt			Darunter Frauenanteil an Erwerbstätige in Teilzeitarbeit insgesamt			Anteil der Erwerbstätigen in Teilzeitarbeit an allen Erwerbstätigen	Veränderung der Anzahl der Erwerbstätigen in Teilzeitarbeit insgesamt	
	2014	2018	2019	2014	2018	2019		2019/2014	2019/2018
	Anzahl in 1 000			%					
Baden-Württemberg	1 592	1 683	1 692	79,9	78,7	78,9	29,4	+6,3	+0,5
Bayern	1 792	1 885	1 928	81,9	80,8	81,2	28,2	+7,6	+2,3
Berlin	449	487	488	62,7	62,2	62,2	26,7	+8,5	+0,1
Brandenburg	261	266	268	75,0	75,8	75,1	22,2	+2,4	+0,6
Bremen	96	104	101	72,1	71,0	69,7	31,9	+4,3	-3,3
Hamburg	245	243	257	69,8	72,3	72,3	27,0	+4,9	+5,6
Hessen	857	926	940	77,1	76,5	76,1	30,4	+9,6	+1,4
Mecklenburg-Vorpommern	161	174	175	75,8	73,4	72,7	23,7	+8,7	+0,5
Niedersachsen	1 098	1 164	1 202	80,4	79,0	78,8	31,1	+9,5	+3,3
Nordrhein-Westfalen	2 326	2 521	2 574	79,5	78,2	77,5	30,4	+10,7	+2,1
Rheinland-Pfalz	567	622	621	80,8	78,7	78,9	30,9	+9,5	-0,1
Saarland	126	144	138	79,0	79,7	78,7	29,8	+9,3	-4,2
Sachsen	426	439	446	74,7	73,3	72,5	23,1	+4,6	+1,6
Sachsen-Anhalt	225	208	215	77,8	75,4	74,5	21,7	-4,1	+3,7
Schleswig-Holstein	401	427	437	78,1	75,2	76,4	31,1	+9,2	+2,5
Thüringen	220	222	230	75,9	75,3	74,1	22,7	+4,4	+3,8
Deutschland	10 842	11 515	11 710	78,4	77,3	77,2	28,7	+8,0	+1,7
Westdeutschland	9 099	9 719	9 889	79,6	78,4	78,4	29,8	+8,7	+1,7
Ostdeutschland	1 742	1 796	1 821	72,3	71,1	70,6	23,6	+4,5	+1,4

1) 2016 Umstellung auf eine neue Mikrozensus-Stichprobe. Ab 2017 nur noch Bevölkerung in Privathaushalten (ohne Gemeinschaftsunterkünfte). Dadurch ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit den Vorjahren eingeschränkt.

2) Ohne Auszubildende; Teilzeit definiert als bis zu 31 geleisteten Arbeitsstunden pro Woche.

Quelle: Mikrozensus

9. Alleinerziehende¹⁾

Land	Alleinerziehende			Darunter Frauen			Allein- erziehende je 1 000 Einwohner/ -innen	Veränderung der Zahl der Alleinerziehenden	
	2014	2018	2019	2014	2019			2019/2014	2019/2018
	Anzahl in 1 000			%	Anzahl in 1 000	Anzahl		%	
Baden-Württemberg	329	325	315	84,1	83,7	264	29	-4,3	-3,0
Bayern	397	375	373	84,1	83,9	313	29	-6,1	-0,4
Berlin	155	143	148	87,5	86,0	127	41	-4,3	+3,8
Brandenburg	101	93	88	86,4	85,1	75	36	-12,7	-5,5
Bremen	28	24	24	85,5	80,5	19	35	-14,7	+0,6
Hamburg	70	62	71	88,7	86,2	61	39	+1,4	+14,2
Hessen	197	199	197	85,7	84,1	166	32	-0,1	-0,7
Mecklenburg-Vorpommern	61	57	55	88,4	85,1	47	35	-10,8	-3,5
Niedersachsen	238	238	240	83,8	84,2	202	31	+0,9	+1,1
Nordrhein-Westfalen	577	548	561	85,3	85,2	478	32	-2,8	+2,3
Rheinland-Pfalz	134	119	123	82,7	81,2	100	31	-7,8	+3,7
Saarland	34	33	34	81,1	83,6	28	34	-1,5	+0,5
Sachsen	137	126	136	84,6	84,4	115	34	-1,0	+8,2
Sachsen-Anhalt	81	77	79	88,3	86,8	69	37	-2,4	+3,3
Schleswig-Holstein	90	89	88	85,6	84,6	75	31	-1,9	-0,6
Thüringen	82	75	75	85,3	82,2	61	36	-8,9	-0,5
Deutschland	2 712	2 580	2 606	85,1	84,4	2 199	32	-3,9	+1,0
Westdeutschland	2 095	2 010	2 026	84,6	84,2	1 705	31	-3,3	+0,8
Ostdeutschland	617	570	580	86,6	85,0	493	36	-6,0	+1,9

1) 2016 Umstellung auf eine neue Mikrozensus-Stichprobe. Seit 2017 wird die Frage nach unverheirateten Paaren im Haushalt mit Auskunftspflicht erhoben. Die Anzahl der nachgewiesenen unverheirateten Paare ist dadurch leicht gestiegen, während die durch den Mikrozensus erfasste Anzahl der Alleinerziehenden zurückgegangen ist. Dadurch ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit den Vorjahren eingeschränkt.

Quelle: Mikrozensus

10. Eheschließungen

Land	Eheschließungen insgesamt			Eheschließungen je 10 000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Eheschließungen	
	2014 ¹⁾	2018 ²⁾	2019	2014	2018	2019	2019/2014	2019/2018
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	50 751	58 417	54 613	47,6	52,9	49,3	+7,6	-6,5
Bayern	62 327	72 798	68 501	49,3	55,8	52,3	+9,9	-5,9
Berlin	13 373	15 660	14 602	38,9	43,2	40,0	+9,2	-6,8
Brandenburg	12 812	15 440	14 203	52,3	61,6	56,4	+10,9	-8,0
Bremen	2 800	3 360	3 117	42,6	49,4	45,6	+11,3	-7,2
Hamburg	6 142	6 274	6 065	35,1	34,2	32,9	-1,3	-3,3
Hessen	28 009	32 704	30 152	46,2	52,3	48,0	+7,7	-7,8
Mecklenburg-Vorpommern	10 678	12 274	11 084	66,8	76,3	68,9	+3,8	-9,7
Niedersachsen	38 792	45 990	42 418	49,6	57,6	53,1	+9,3	-7,8
Nordrhein-Westfalen	82 322	96 643	89 476	46,8	53,9	49,9	+8,7	-7,4
Rheinland-Pfalz	19 627	22 654	20 826	49,1	55,6	50,9	+6,1	-8,1
Saarland	4 702	5 363	4 804	47,5	54,1	48,6	+2,2	-10,4
Sachsen	17 883	20 586	18 302	44,2	50,5	44,9	+2,3	-11,1
Sachsen-Anhalt	10 146	11 370	10 217	45,3	51,4	46,4	+0,7	-10,1
Schleswig-Holstein	15 922	19 527	18 602	56,4	67,5	64,1	+16,8	-4,7
Thüringen	9 666	10 406	9 342	44,8	48,5	43,7	-3,4	-10,2
Deutschland	385 952	449 466	416 324	47,7	54,2	50,1	+7,9	-7,4
Westdeutschland	311 394	363 730	338 574	47,9	54,5	50,6	+8,7	-6,9
Ostdeutschland	74 558	85 736	77 750	46,8	53,0	48,0	+4,3	-9,3

1) Bis 2017 ohne Eheschließungen zwischen Personen gleichen Geschlechts.

2) Einschließlich Eheschließungen zwischen Personen gleichen Geschlechts aus dem 4. Quartal 2017 (geänderte Gesetzeslage ab 01. Oktober 2017).

11. Ehescheidungen

Land	Ehescheidungen insgesamt			Darunter von Paaren mit minderjährigen Kindern ¹⁾	Ehescheidungen je 10 000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Ehescheidungen	
	2014	2018	2019		2014	2018	2019	2019/2014	2019/2018
	Anzahl		%		Anzahl		%		
Baden-Württemberg	20 328	18 344	18 956	50,2	19,0	16,6	17,1	-6,7	+3,3
Bayern	24 463	22 464	22 317	50,0	19,4	17,2	17,0	-8,8	-0,7
Berlin	6 405	5 342	5 898	45,4	18,6	14,7	16,1	-7,9	+10,4
Brandenburg	4 887	4 212	4 424	43,9	19,9	16,8	17,6	-9,5	+5,0
Bremen	1 382	1 181	1 106	47,5	21,0	17,4	16,2	-20,0	-6,4
Hamburg	3 265	2 802	3 079	48,2	18,7	15,3	16,7	-5,7	+9,9
Hessen	13 149	11 949	12 021	50,9	21,7	19,1	19,2	-8,6	+0,6
Mecklenburg-Vorpommern	3 054	2 858	2 837	48,8	19,1	17,8	17,6	-7,1	-0,7
Niedersachsen	16 776	15 186	15 275	54,1	21,5	19,0	19,1	-8,9	+0,6
Nordrhein-Westfalen	39 489	34 602	33 800	50,4	22,4	19,3	18,9	-14,4	-2,3
Rheinland-Pfalz	9 022	8 025	8 008	47,6	22,6	19,7	19,6	-11,2	-0,2
Saarland	2 133	1 910	1 985	50,3	21,6	19,2	20,1	-6,9	+3,9
Sachsen	6 928	6 141	6 283	52,0	17,1	15,1	15,4	-9,3	+2,3
Sachsen-Anhalt	4 199	3 479	3 546	53,0	18,8	15,7	16,1	-15,6	+1,9
Schleswig-Holstein	6 686	6 036	6 010	48,2	23,7	20,9	20,7	-10,1	-0,4
Thüringen	4 033	3 535	3 465	49,4	18,7	16,5	16,2	-14,1	-2,0
Deutschland	166 199	148 066	149 010	50,1	20,5	17,9	17,9	-10,3	+0,6
Westdeutschland	136 693	122 499	122 557	50,4	21,0	18,4	18,3	-10,3	+0,0
Ostdeutschland	29 506	25 567	26 453	48,6	18,5	15,8	16,3	-10,3	+3,5

1) Paare, die zum Zeitpunkt der rechtskräftigen Scheidung mindestens ein gemeinsames minderjähriges Kind hatten.

12. Ausstattung der privaten Haushalte mit Internetzugang und Breitbandanschluss

Land	Haushalte mit Internetzugang insgesamt ¹⁾			Darunter Haushalte mit Breitbandanschluss ²⁾	Darunter Verbindungsarten für den Internetzugang insgesamt von zu Hause aus		Hochgerechnete private Haushalte ³⁾	Veränderung Haushalte mit Internetzugang insgesamt	
					mit fester Verbindung	mit mobiler Verbindung			
	2014	2018	2019					2019/2014	2019/2018
	%						Anzahl in 1 000	Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	83,5	89,4	90,3	89,6	85,6	65,2	5 192	+6,8	+0,9
Bayern	84,1	88,9	91,7	90,8	86,4	69,6	6 293	+7,6	+2,8
Berlin	86,8	90,7	90,3	90,2	86,6	68,2	2 004	+3,5	-0,4
Brandenburg	77,4	84,6	85,3	82,0	78,7	59,0	1 250	+7,9	+0,7
Bremen	(88,3)	86,0	(92,3)	(92,3)	(82,4)	(71,2)	362	.	.
Hamburg	89,4	91,1	87,3	87,3	81,8	63,3	991	-2,1	-3,8
Hessen	85,7	91,6	92,2	90,8	87,7	64,0	3 041	+6,5	+0,6
Mecklenburg-Vorpommern	77,9	88,7	90,0	87,5	81,4	69,5	821	+12,1	+1,3
Niedersachsen	86,5	92,2	92,7	92,1	87,8	69,3	3 900	+6,2	+0,5
Nordrhein-Westfalen	84,2	90,1	90,9	90,3	85,4	70,3	8 705	+6,7	+0,8
Rheinland-Pfalz	84,4	90,0	90,3	88,7	84,7	66,4	1 938	+5,9	+0,3
Saarland	83,6	93,7	93,5	93,0	90,4	(65,7)	490	+9,9	-0,2
Sachsen	77,3	86,0	86,9	84,8	77,8	62,4	2 137	+9,6	+0,9
Sachsen-Anhalt	81,6	88,2	91,8	90,8	82,1	66,7	1 146	+10,2	+3,6
Schleswig-Holstein	88,3	92,9	92,7	92,2	90,1	68,1	1 439	+4,4	-0,2
Thüringen	83,6	92,5	90,5	90,3	82,9	67,9	1 091	+6,9	-2,0
Deutschland	84,0	89,9	90,8	89,9	85,3	67,5	40 802	+6,8	+0,9
Westdeutschland	84,9	90,3	91,3	90,5	86,2	68,0	32 353	+6,4	+1,0
Ostdeutschland	81,0	88,3	88,9	87,4	81,6	65,3	8 449	+7,9	+0,6

1) Feste und/oder mobile Verbindung; unabhängig davon, ob der Zugang tatsächlich genutzt wird.

2) Feste Breitbandverbindung (z. B. DSL, Kabel, Satellit) und/oder mobile Breitbandverbindung (z. B. UMTS, HSDPA, LTE).

3) In der Erhebung werden rund 12 000 private Haushalte in Deutschland schriftlich befragt. Die Ergebnisse dieser Stichprobe werden auf Basis des Mikrozensus auf alle privaten Haushalte hochgerechnet.

Quelle: Europäische Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien

Erwerbstätigkeit

Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt weiter positiv

In Niedersachsen und Deutschland stiegen 2019 gegenüber dem Vorjahr die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt, die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und die Erwerbstätigenquote. Zugleich ging die Arbeitslosenquote insgesamt und bei Jugendlichen zurück, ebenso wie die Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten. Wie in den Jahren zuvor entwickelte sich der Arbeitsmarkt 2019 weiter positiv.

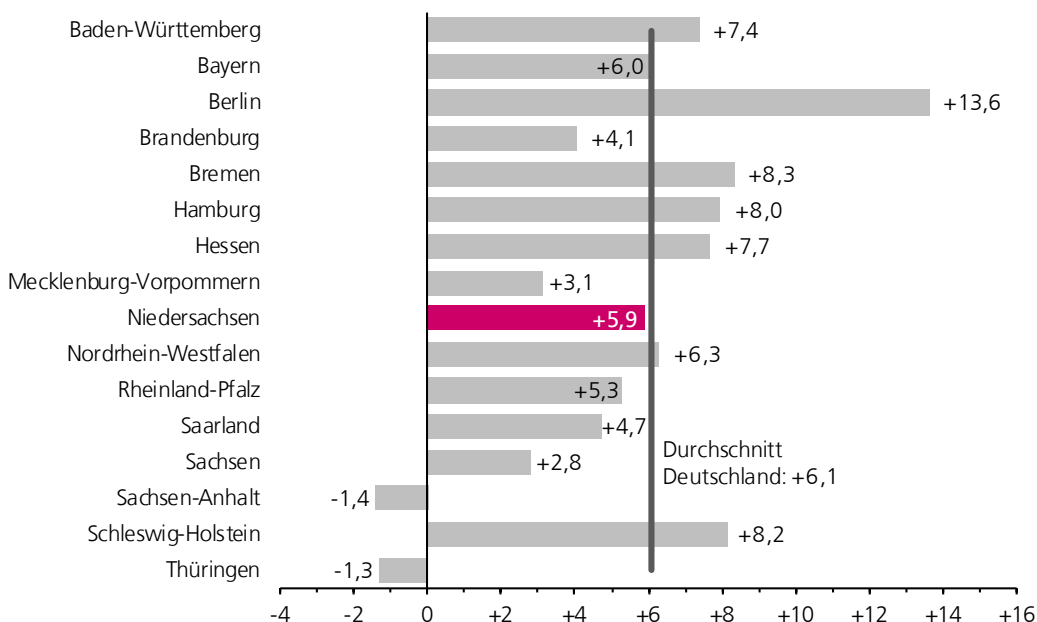
Die Ergebnisse zu den Erwerbstätigen am Wohnort (T13, T14) auf Basis des Mikrozensus 2018 und 2019 sind aufgrund methodischer Änderungen in der Datenbasis nur eingeschränkt vergleichbar mit den Vorjahren. Als Erwerbstätige gelten Personen (15 Jahre und älter), die mindestens 1 Stunde gegen Entgelt einer beruflichen Tätigkeit nachgehen.

Zahl der Erwerbstätigen erreicht 4-Millionen-Marke

Erwerbstätige
(Wohnort) T13

Erstmals waren 2019 gut 4,0 Mio. Personen in Niedersachsen erwerbstätig (Ergebnisse des Mikrozensus). Im Vergleich zu 2018 nahm die Zahl der (am Wohnort gezählten) Erwerbstätigen um etwa 46 000 Personen bzw. 1,2 % zu. Im mittelfristigen Vergleich 2019 gegenüber 2014 gab es einen Zuwachs um 5,9 %. Insgesamt gab es 2019 in Deutschland knapp 42,4 Mio. Erwerbstätige, das waren rund 483 900 (+1,2 %) mehr als 2018 und 6,1 % mehr als 2014. Der Frauenanteil an den Erwerbstätigen lag 2019 in Niedersachsen unverändert bei 46,4 %; in Deutschland stieg der Anteil geringfügig auf 46,7 % (+0,1 Prozentpunkte).

Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen am Wohnort 2019 gegenüber 2014 – Prozent –



Quote der Selbstständigen sinkt weiter

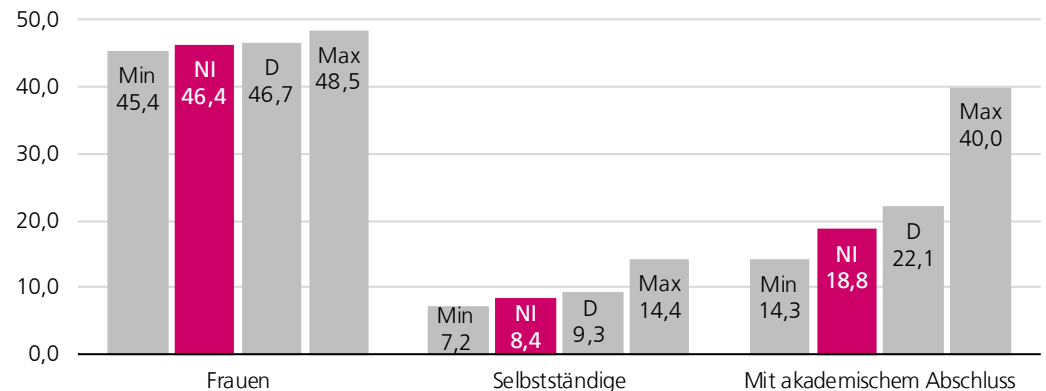
Selbstständige
T13

Der Anteil der selbstständig Erwerbstätigen an allen Erwerbstätigen sank 2019 in Niedersachsen auf 8,4 %; die Quote der Selbstständigen war damit 0,4 Prozentpunkte niedriger als 2018 und 1,2 Prozentpunkte niedriger als 2014. Diese Entwicklung entsprach dem Bundestrend. Die Selbstständigenquote lag 2019 bundesweit bei 9,3 %. Im Ländervergleich hatte Niedersachsen zusammen mit Mecklenburg-Vorpommern den zweitniedrigsten Wert vor Sachsen-Anhalt (7,2 %). Die höchsten Quoten erreichten die Stadtstaaten Berlin (14,4 %) und Hamburg (11,6 %).

Anteil der Hochqualifizierten steigt langsamer als im bundesweiten Durchschnitt

Im Jahr 2019 hatten in Niedersachsen 18,8 % der Erwerbstätigen einen akademischen Abschluss, d. h. einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluss oder eine Promotion. Dieser Anteil entsprach einem Anstieg um 1,8 Prozentpunkte gegenüber 2014. In Deutschland stieg der Anteil der Hochqualifizierten in diesem Zeitraum um 2,4 Prozentpunkte auf 22,1 %. Grundsätzlich steigt der Anteil Hochqualifizierter vor allem durch den Eintritt junger Erwerbstätiger in den Arbeitsmarkt, die zumeist ein höheres Qualifikationsniveau aufweisen als die älteren bzw. aus dem Erwerbsleben ausscheidenden Beschäftigten.

■ Anteile an allen Erwerbstätigen 2019 – Frauen, Selbstständige, Personen mit akademischem Abschluss – Prozent –

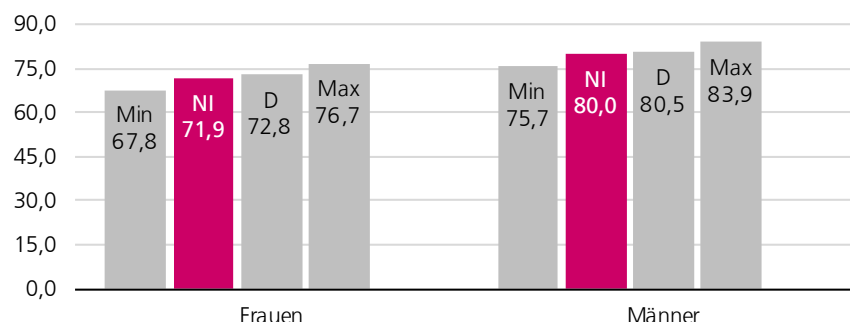


Die geschlechterspezifischen Erwerbstätigenquoten nähern sich mittelfristig an

Für die Berechnung der Erwerbstätigenquote wird die Zahl der Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren zur gleichaltrigen Gesamtbevölkerung in Beziehung gesetzt.

Etwa 3 von 4 Einwohnerinnen und Einwohnern im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) waren 2019 in Deutschland und Niedersachsen erwerbstätig. Die geschlechterspezifischen Erwerbstätigenquoten unterschieden sich in Niedersachsen um 8,1 Prozentpunkte (Deutschland: 7,7 Prozentpunkte). Den geringsten Niveauunterschied erreichte 2019 Brandenburg mit lediglich 2,8 Prozentpunkten. Die größten Unterschiede gab es in Rheinland-Pfalz und Hessen mit 9,1 Prozentpunkten.

■ Erwerbstätigenquoten der Frauen und Männer (15 bis unter 65 Jahre) 2019 – Prozent –



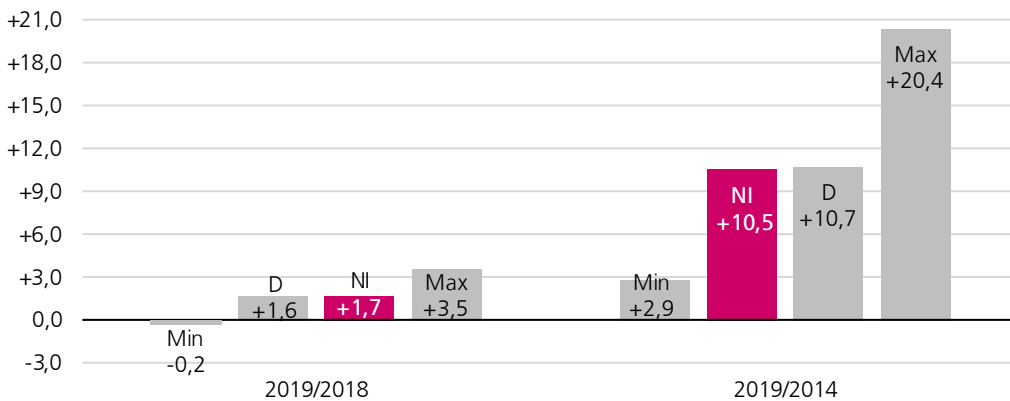
Die Erwerbstätigenquote der Frauen lag 2019 in Niedersachsen mit 71,9 % um 3,1 Prozentpunkte höher als 2014. Die Erwerbstätigenquote der Männer war mit 80,0 % deutlich höher, stieg mittelfristig jedoch nur um 2,2 Prozentpunkte. In Deutschland insgesamt stiegen die Quoten mittelfristig stärker, um 3,5 Prozentpunkte für Frauen und um 2,7 Prozentpunkte für Männer.

Erstmals 3,0 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Beschäftigte
(Arbeitsort) T15

Die Zahl der (am Arbeitsort gezählten) sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Niedersachsen erreichte 2019 erstmals die 3-Millionen-Marke; gegenüber dem 30.6. des Vorjahres stieg die Zahl um knapp 50 800 Beschäftigte auf 3,0 Mio. Dies entsprach einem Anstieg von 1,7 % gegenüber dem Vorjahr und gegenüber 2014 einem Plus von mehr als einem Zehntel (10,5 %). Kurz- und mittelfristig entsprach der Anstieg etwa dem Durchschnitt in Deutschland. Langfristig, 2019 gegenüber 2010, stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Niedersachsen damit um mehr als ein Fünftel (+21,3 %) bzw. um mehr als eine halbe Million (Deutschland: +19,5 % bzw. gut 5,4 Mio.).

■ Veränderung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (am Arbeitsort) 2019 gegenüber 2018 und 2014 – Prozent –



Der Anteil der Frauen an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten lag seit 2016 in Niedersachsen konstant bei 45,8 % und blieb damit weiter leicht unter dem Deutschlandwert (2019: 46,2 %). Während der Frauenanteil in Westdeutschland 2019 bei 45,5 % lag, waren die Geschlechteranteile in Ostdeutschland immer noch fast ausgeglichen (48,9 %), obwohl der Frauenanteil mittelfristig um 0,8 Prozentpunkte sank.

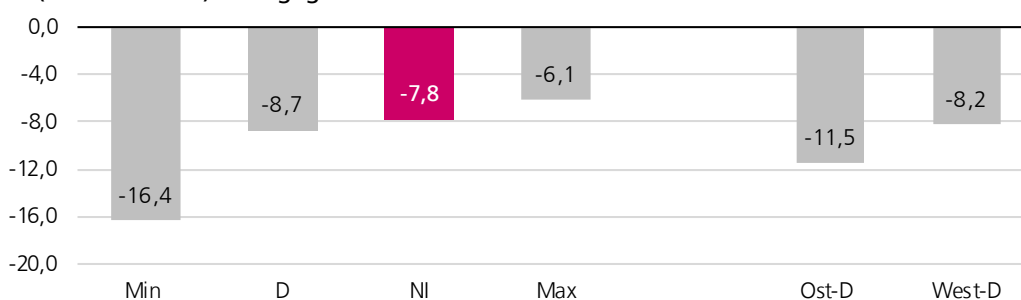
Zahl der Minijobs weiter gesunken

Minijobs
T16

Eine geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das aus dem sogenannten Minijob erzielte Arbeitsentgelt regelmäßig 450 Euro im Monat nicht überschreitet. Die geringfügig entlohnnten Beschäftigten werden hier ohne Beschäftigte im Nebenjob ausgewiesen. Kurzfristig Beschäftigte fallen bei dieser Betrachtung nicht unter die geringfügig entlohnnten Beschäftigten.

Am 30.06.2019 gingen in Niedersachsen knapp 489 500 Personen ausschließlich einer geringfügig entlohnnten Beschäftigung nach. Der Rückgang um 1,7 % gegenüber dem Vorjahr war etwas geringer als im Bundesdurchschnitt (-2,0 %). Die Zahl der „Minijobberinnen und Minijobber“ reduzierte sich in Niedersachsen gegenüber 2014 um 7,8 % (Westdeutschland: -8,2 %). In den ostdeutschen Ländern sank die Zahl mittelfristig um 11,5 %.

■ Veränderung der Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnnten Beschäftigten (am Arbeitsort) 2019 gegenüber 2014 – Prozent –



Der Anteil der Frauen an allen ausschließlich geringfügig entlohnnten Beschäftigten lag 2019 in Niedersachsen mit 61,9 % knapp unter dem Durchschnitt der westdeutschen Länder (62,4 %). Im ostdeutschen Arbeitsmarkt gab es 2019 hingegen kaum noch geschlechterspezifische Unterschiede, der Frauenanteil betrug durchschnittlich 53,6 %.

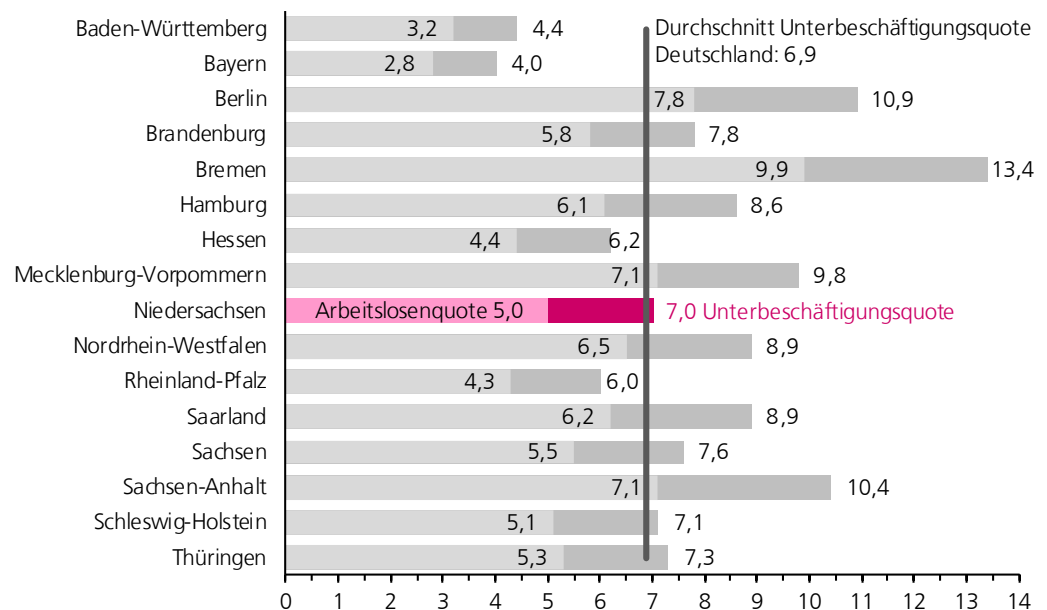
Arbeitslosenquote weiter gesunken ...

Bei der Arbeitslosenquote wird die Zahl der Arbeitslosen in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen im Jahresdurchschnitt ausgewiesen.

In Niedersachsen waren 2019 im Jahresdurchschnitt gut 218 100 Personen arbeitslos gemeldet. Die Zahl der Arbeitslosen sank gegenüber dem Vorjahr um 4,3 % und damit etwas stärker als im bundesweiten Durchschnitt (3,1 %). Mittelfristig gegenüber 2014 sank die Arbeitslosenquote in Niedersachsen (-18,5 %) und Deutschland (-21,8 %) etwa um ein Fünftel, in den ostdeutschen Flächenländern sogar um mehr als ein Drittel.

Die Arbeitslosenquote in Niedersachsen ging 2019 auf 5,0 % zurück (2018: 5,3 %) und lag damit auf dem bundesdurchschnittlichen Niveau. Im Ländervergleich hatten die Stadtstaaten Bremen (9,9 %) und Berlin (7,8 %) die höchsten Quoten, Bayern (2,8 %) und Baden-Württemberg (3,2 %) die niedrigsten.

■ **Unterbeschäftigungsquote (ohne Kurzarbeit) und darunter Arbeitslosenquote (Jahresdurchschnitte) 2019 – Prozent –**



Im mittelfristigen Vergleich 2019 gegenüber 2014 gab es in den westdeutschen Ländern einen Rückgang um 1,2 Prozentpunkte und in den ostdeutschen Ländern um 3,4 Prozentpunkte. Die Arbeitslosenquoten in Ost- und Westdeutschland näherten sich 2019 damit bis auf 1,7 Prozentpunkte an.

Unterbeschäftigungsquote

... Unterbeschäftigungsquote weniger zurückgegangen als Arbeitslosenquote

Einige Personengruppen werden in der Arbeitslosenstatistik nicht als arbeitslos gezählt, obwohl sie in der Regel trotzdem ein geregeltes Beschäftigungsverhältnis suchen (z. B. Teilnehmende an einer Trainingsmaßnahme). Ein möglichst umfassendes Bild über das tatsächliche Ausmaß an fehlender Beschäftigung liefert ergänzend zur Arbeitslosenquote die von der Bundesagentur für Arbeit berechnete Unterbeschäftigungsquote (ohne Kurzarbeit). Als unterbeschäftigt gelten zusätzlich zu den registrierten Arbeitslosen auch Personen, die im Sinne des SGB III nicht als arbeitslos gezählt werden, weil sie an einer Maßnahme der Arbeitsmarktpolitik teilnehmen oder sich in einem arbeitsmarktpolitischen Sonderstatus befinden. Die Unterbeschäftigungsquote ist somit höher als die Arbeitslosenquote.

Die Unterbeschäftigungsquote lag 2019 in Niedersachsen bei 7,0 %. Die Differenz zur Arbeitslosenquote stieg leicht auf 2,0 Prozentpunkte. Es befinden sich also weiterhin anteilig ähnlich viele Menschen in einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme oder einem Sonderstatus wie im Vorjahr. Im Bundesdurchschnitt sank die Unterbeschäftigung 2019 auf 6,9 %; die Differenz zur Arbeitslosenquote reduzierte sich auf 1,9 Prozentpunkte.

Im Vergleich 2019 zu 2014 ist die Unterbeschäftigungsquote in allen Ländern gesunken: in Niedersachsen um 1,2 Prozentpunkte. Im Durchschnitt betrug der Rückgang in Westdeutschland 1,1 Prozentpunkte und in Ostdeutschland 3,9 Prozentpunkte.

■ Veränderung der Arbeitslosenquote und der Unterbeschäftigungsquote 2019 gegenüber 2014 – Prozentpunkte –



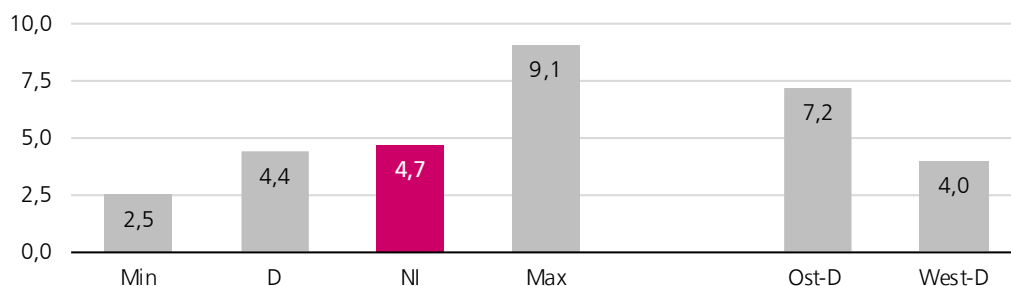
Jugendarbeitslosigkeit gesunken

Jugendarbeitslosigkeit
T18

Im Jahresdurchschnitt 2019 waren in Niedersachsen gut 22 400 Menschen unter 25 Jahren arbeitslos gemeldet, dies waren 4,2 % weniger als im Vorjahr. Die Zahl der erwerbsfähigen Jugendlichen, denen der Einstieg in die Arbeitswelt nicht gelang, veränderte sich in den Ländern mittelfristig zwischen -34,8 % und +0,5 %. Im Vergleich zu 2014 verringerten sich die Zahlen bundesweit um etwa ein Fünftel (-20,5 %) und in Niedersachsen um 15,6 %.

Die Arbeitslosenquote Jugendlicher sank 2019 in Niedersachsen auf 4,7 % und im Bundesdurchschnitt auf 4,4 %. In den westdeutschen Ländern lagen die Jugendarbeitslosenquoten zwischen 2,5 % (Baden-Württemberg und Bayern) und 9,1 % (Bremen), in den ostdeutschen Ländern zwischen 6,1 % und 8,7 %.

■ Arbeitslosenquote von Jugendlichen unter 25 Jahren (Jahresdurchschnitt) 2019 – Prozent –



In allen Ländern waren die Arbeitslosenquoten der männlichen 15- bis unter 25-Jährigen höher als die der weiblichen. In Niedersachsen betrug die Differenz 1,3 Prozentpunkte (Deutschland: 1,4 Prozentpunkte). Die Spanne reichte von 0,8 Prozentpunkten in Baden-Württemberg bis 3,3 Prozentpunkten in Berlin und Bremen.

Informationen:

- **Erwerbstätigkeit:** LSN –Themen – Haushalte und Familien - Mikrozensus: Tabellen: [Bevölkerung und Erwerbstätige](#)
- **Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [GENESIS-Online Datenbank](#): Statistik 13111 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Quelle: Bundesagentur für Arbeit
- [Regionaldatenbank Deutschland](#) – Arbeitsmarkt: 13111 Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit
- [Regionalmonitoring Niedersachsen](#) – Arbeit und Beschäftigung
- **Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte:** Bundesagentur für Arbeit: [Geringfügig entlohnte Beschäftigte nach Wohn- und Arbeitsort. Deutschland nach Kreisen und Gemeinden](#)
- **Arbeitslosigkeit:** Bundesagentur für Arbeit: [Arbeitslose nach Rechtskreisen \(Jahreszahlen\)](#)
- Bundesagentur für Arbeit: [Arbeitslose und Unterbeschäftigung](#) sowie [Migration und Arbeitsmarkt](#)
- [Regionalmonitoring Niedersachsen](#) – Arbeit und Beschäftigung

Autorin: Dr. Margret Koch-Sterrenberg

Tabellen Erwerbstätigkeit

13. Erwerbstätige¹⁾ (am Wohnort)

Land	Erwerbstätige insgesamt			Darunter				Veränderung Erwerbstätige insgesamt	
				Frauenanteil	Selbst- ständigen- quote	Mit akademischem Abschluss ²⁾			
						Anteil an Erwerbs- tätigen	Veränderung des Anteils		
	2014	2018	2019					2019/2014	2019/2018
Anzahl in 1 000			%			Prozent- punkte	%		
Baden-Württemberg	5 577	5 907	5 987	46,2	8,7	23,0	+3,0	+7,4	+1,4
Bayern	6 677	6 995	7 076	46,5	9,8	22,3	+2,4	+6,0	+1,1
Berlin	1 644	1 844	1 868	47,4	14,4	40,0	+6,8	+13,6	+1,3
Brandenburg	1 196	1 246	1 244	47,8	9,8	19,3	+1,5	+4,1	-0,2
Bremen	307	330	332	45,4	8,6	24,6	+0,8	+8,3	+0,8
Hamburg	907	966	979	48,5	11,6	33,3	+3,1	+8,0	+1,4
Hessen	2 990	3 166	3 220	46,4	9,8	25,0	+2,3	+7,7	+1,7
Mecklenburg-Vorpommern	738	744	761	47,3	8,4	16,4	+1,7	+3,1	+2,3
Niedersachsen	3 794	3 971	4 017	46,4	8,4	18,8	+1,8	+5,9	+1,2
Nordrhein-Westfalen	8 285	8 724	8 807	46,5	8,7	20,9	+1,9	+6,3	+1,0
Rheinland-Pfalz	1 986	2 058	2 090	46,3	8,7	19,6	+2,3	+5,3	+1,5
Saarland	457	481	478	46,0	8,5	18,4	+3,2	+4,7	-0,5
Sachsen	1 931	1 966	1 985	47,3	9,8	20,1	+1,2	+2,8	+1,0
Sachsen-Anhalt	1 042	1 020	1 027	47,1	7,2	14,3	-0,7	-1,4	+0,6
Schleswig-Holstein	1 355	1 436	1 465	47,2	10,0	18,7	+1,5	+8,2	+2,1
Thüringen	1 056	1 041	1 042	47,1	8,7	17,6	+2,1	-1,3	+0,1
Deutschland	39 942	41 895	42 379	46,7	9,3	22,1	+2,4	+6,1	+1,2
Westdeutschland	32 335	34 033	34 452	46,5	9,1	21,9	+2,3	+6,5	+1,2
Ostdeutschland	7 607	7 861	7 927	47,4	10,3	23,2	+2,8	+4,2	+0,8

1) 2016 Umstellung auf eine neue Mikrozensus-Stichprobe. Ab 2017 nur noch Bevölkerung in Privathaushalten (ohne Gemeinschaftsunterkünfte). Dadurch ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit den Vorjahren eingeschränkt.

2) Hochschul- und Fachhochschulabschluss sowie Promotion, ohne Abschlüsse an Berufsakademien.

Quelle: Mikrozensus

14. Erwerbstätigenquoten¹⁾

Land	Erwerbstätigenquote der Frauen (15 bis unter 65 Jahre)			Erwerbstätigenquote der Männer (15 bis unter 65 Jahre)			Veränderung der Erwerbstätigenquote			
							Frauen	Männer	Frauen	Männer
	2014	2018	2019	2014	2018	2019	2019/2014		2019/2018	
	%						Prozentpunkte			
Baden-Württemberg	72,0	74,2	74,8	81,0	82,7	83,3	+2,8	+2,4	+0,6	+0,6
Bayern	72,7	74,7	75,8	82,0	83,6	83,9	+3,1	+1,9	+1,1	+0,3
Berlin	66,8	71,3	71,8	71,0	77,2	78,0	+5,0	+6,9	+0,5	+0,8
Brandenburg	72,5	76,4	76,6	76,3	78,1	79,4	+4,2	+3,2	+0,3	+1,4
Bremen	65,3	67,9	67,8	71,1	74,8	75,7	+2,6	+4,6	-0,0	+0,9
Hamburg	70,9	73,1	74,3	78,1	79,7	79,6	+3,4	+1,5	+1,2	-0,1
Hessen	68,1	70,8	71,4	77,6	79,2	80,5	+3,3	+3,0	+0,6	+1,3
Mecklenburg-Vorpommern	69,3	71,8	73,3	72,6	74,5	76,5	+4,1	+3,9	+1,5	+2,0
Niedersachsen	68,7	71,4	71,9	77,9	79,1	80,0	+3,1	+2,2	+0,5	+0,9
Nordrhein-Westfalen	65,3	68,4	69,0	75,7	77,0	78,0	+3,8	+2,4	+0,6	+1,0
Rheinland-Pfalz	68,9	71,2	71,8	78,7	79,9	81,0	+2,9	+2,3	+0,6	+1,1
Saarland	63,8	69,9	69,4	75,2	77,0	77,7	+5,6	+2,6	-0,4	+0,7
Sachsen	72,1	75,8	76,7	76,8	80,2	80,7	+4,6	+3,9	+0,9	+0,5
Sachsen-Anhalt	70,7	72,8	74,0	74,1	77,0	77,4	+3,3	+3,3	+1,1	+0,4
Schleswig-Holstein	69,9	72,0	73,3	77,6	79,2	81,4	+3,5	+3,8	+1,3	+2,2
Thüringen	72,6	75,0	76,1	77,3	79,2	79,0	+3,5	+1,6	+1,1	-0,2
Deutschland	69,3	72,1	72,8	77,8	79,7	80,5	+3,5	+2,7	+0,7	+0,8
Westdeutschland	69,1	71,7	72,4	78,5	80,0	80,9	+3,3	+2,4	+0,7	+0,8
Ostdeutschland	70,5	73,9	74,7	74,7	78,0	78,8	+4,2	+4,1	+0,8	+0,7

1) 2016 Umstellung auf eine neue Mikrozensus-Stichprobe. Ab 2017 nur noch Bevölkerung in Privathaushalten (ohne Gemeinschaftsunterkünfte). Dadurch ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit den Vorjahren eingeschränkt.

Quelle: Mikrozensus

15. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (am Arbeitsort)

Land	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt (30.6.)			Darunter Frauen	Anteil der Frauen			Veränderung insgesamt	
	2014 ¹⁾	2018	2019		2014	2018	2019	2019/2014	2019/2018
	Anzahl				%				
Baden-Württemberg	4 266 473	4 673 437	4 748 861	2 138 598	45,0	45,0	45,0	+11,3	+1,6
Bayern	5 065 510	5 598 946	5 702 850	2 603 857	45,6	45,6	45,7	+12,6	+1,9
Berlin	1 269 425	1 476 248	1 527 912	756 380	51,1	49,9	49,5	+20,4	+3,5
Brandenburg	795 910	849 148	854 164	410 450	48,4	48,0	48,1	+7,3	+0,6
Bremen	306 431	330 390	334 267	147 062	43,9	43,9	44,0	+9,1	+1,2
Hamburg	892 600	974 482	996 031	461 917	46,6	46,5	46,4	+11,6	+2,2
Hessen	2 360 270	2 584 005	2 630 864	1 191 490	45,4	45,3	45,3	+11,5	+1,8
Mecklenburg-Vorpommern	549 500	574 586	578 848	292 361	51,6	50,8	50,5	+5,3	+0,7
Niedersachsen	2 722 506	2 956 773	3 007 560	1 378 243	45,3	45,8	45,8	+10,5	+1,7
Nordrhein-Westfalen	6 285 566	6 852 557	6 976 079	3 153 991	44,8	45,2	45,2	+11,0	+1,8
Rheinland-Pfalz	1 321 636	1 411 523	1 435 337	666 625	46,2	46,5	46,4	+8,6	+1,7
Saarland	372 592	389 131	391 368	178 133	44,3	45,4	45,5	+5,0	+0,6
Sachsen	1 511 613	1 607 704	1 617 162	782 526	49,0	48,6	48,4	+7,0	+0,6
Sachsen-Anhalt	773 625	799 074	799 399	391 615	49,6	49,1	49,0	+3,3	+0,0
Schleswig-Holstein	897 211	984 620	1 000 213	477 406	47,7	47,7	47,7	+11,5	+1,6
Thüringen	782 202	805 987	804 770	387 934	48,5	48,2	48,2	+2,9	-0,2
Deutschland ²⁾	30 174 505	32 870 228	33 407 262	15 419 171	46,2	46,2	46,2	+10,7	+1,6
Westdeutschland	24 490 795	26 755 864	27 223 430	12 397 322	45,4	45,5	45,5	+11,2	+1,7
Ostdeutschland	5 682 275	6 112 747	6 182 255	3 021 266	49,7	49,1	48,9	+8,8	+1,1

1) Daten nach einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit 2017.

2) Einschließlich Beschäftigten, die keinem Land zuzuordnen waren, sowie ohne Angabe des Landes.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit – Beschäftigungsstatistik, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach ausgewählten Merkmalen (Quartalszahlen), Nürnberg, Datenstand Januar 2020; Beschäftigte nach dem Arbeitsort (Zeitreihe Quartalszahlen), Nürnberg, Datenstand Juli 2020

16. Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte (am Arbeitsort)

Land	Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte (ohne Beschäftigte im Nebenjob) insgesamt (30.06.)			Darunter Frauen	Anteil der Frauen			Veränderung insgesamt	
	2014 ¹⁾	2018	2019		2014 ¹⁾	2018	2019	2019/2014	2019/2018
	Anzahl				%				
Baden-Württemberg	730 707	681 699	669 187	420 284	65,5	63,3	62,8	-8,4	-1,8
Bayern	791 503	758 320	743 119	480 528	67,7	65,2	64,7	-6,1	-2,0
Berlin	152 871	142 644	139 906	75 070	55,0	54,0	53,7	-8,5	-1,9
Brandenburg	99 906	89 240	88 718	47 667	55,4	53,5	53,7	-11,2	-0,6
Bremen	49 517	44 638	43 296	25 044	60,3	58,3	57,8	-12,6	-3,0
Hamburg	110 123	102 694	99 756	58 585	60,3	59,2	58,7	-9,4	-2,9
Hessen	391 486	369 892	363 019	223 220	64,1	62,0	61,5	-7,3	-1,9
Mecklenburg-Vorpommern	68 681	62 658	61 949	31 854	54,1	51,5	51,4	-9,8	-1,1
Niedersachsen	530 700	497 985	489 476	303 014	65,8	62,5	61,9	-7,8	-1,7
Nordrhein-Westfalen	1 282 378	1 182 485	1 156 154	719 188	64,9	62,6	62,2	-9,8	-2,2
Rheinland-Pfalz	269 722	258 141	250 302	157 137	65,9	62,9	62,8	-7,2	-3,0
Saarland	71 697	66 226	64 109	39 450	65,5	61,7	61,5	-10,6	-3,2
Sachsen	177 887	156 180	153 568	82 893	57,5	54,1	54,0	-13,7	-1,7
Sachsen-Anhalt	88 192	74 941	73 758	40 153	58,7	55,0	54,4	-16,4	-1,6
Schleswig-Holstein	182 500	172 727	169 020	99 274	62,5	59,4	58,7	-7,4	-2,1
Thüringen	87 209	80 235	79 494	42 723	57,4	54,1	53,7	-8,8	-0,9
Deutschland ²⁾	5 086 521	4 741 926	4 645 857	2 846 690	64,2	61,7	61,3	-8,7	-2,0
Westdeutschland	4 410 333	4 134 807	4 047 438	2 525 724	65,3	62,9	62,4	-8,2	-2,1
Ostdeutschland	674 746	605 898	597 393	320 360	56,4	53,8	53,6	-11,5	-1,4

1) Daten nach einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit 2017.

2) Einschließlich Beschäftigten, die keinem Land zuzuordnen waren, sowie ohne Angabe des Landes.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort nach dem Geschlecht, Hannover, Juli 2020

17. Arbeitslose und Arbeitslosenquote (Jahresdurchschnitte)

Land	Arbeitslose			Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen			Unterbeschäftigungsquote (ohne Kurzarbeit)	Veränderung der Arbeitslosenzahl	
	2014	2018	2019	2014	2018	2019		2019/2014	2019/2018
	Anzahl			%					
Baden-Württemberg	230 372	195 128	196 950	4,0	3,2	3,2	4,4	-14,5	+0,9
Bayern	264 603	214 017	211 965	3,8	2,9	2,8	4,0	-19,9	-1,0
Berlin	202 927	156 230	152 565	11,1	8,1	7,8	10,9	-24,8	-2,3
Brandenburg	124 628	83 669	76 888	9,4	6,3	5,8	7,8	-38,3	-8,1
Bremen	37 091	34 904	35 702	10,9	9,8	9,9	13,4	-3,7	+2,3
Hamburg	73 663	65 589	64 774	7,6	6,3	6,1	8,6	-12,1	-1,2
Hessen	184 378	154 337	149 812	5,7	4,6	4,4	6,2	-18,7	-2,9
Mecklenburg-Vorpommern	93 067	64 993	58 485	11,2	7,9	7,1	9,8	-37,2	-10,0
Niedersachsen	267 624	227 834	218 123	6,5	5,3	5,0	7,0	-18,5	-4,3
Nordrhein-Westfalen	763 213	650 768	635 486	8,2	6,8	6,5	8,9	-16,7	-2,3
Rheinland-Pfalz	115 741	98 764	97 717	5,4	4,4	4,3	6,0	-15,6	-1,1
Saarland	36 911	32 233	32 854	7,2	6,1	6,2	8,9	-11,0	+1,9
Sachsen	187 494	126 311	116 051	8,8	6,0	5,5	7,6	-38,1	-8,1
Sachsen-Anhalt	125 559	88 106	80 608	10,7	7,7	7,1	10,4	-35,8	-8,5
Schleswig-Holstein	100 957	85 053	79 678	6,8	5,5	5,1	7,1	-21,1	-6,3
Thüringen	90 160	62 145	59 065	7,8	5,5	5,3	7,3	-34,5	-5,0
Deutschland	2 898 388	2 340 082	2 266 720	6,7	5,2	5,0	6,9	-21,8	-3,1
Westdeutschland	2 074 553	1 758 627	1 723 059	5,9	4,8	4,7	6,5	-16,9	-2,0
Ostdeutschland	823 835	581 455	543 661	9,8	6,9	6,4	8,9	-34,0	-6,5

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit – Arbeitslose nach Rechtskreisen (Jahreszahlen), Februar 2020; Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, April 2020

18. Arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren (Jahresdurchschnitte)

Land	Arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren			Arbeitslosenquote von Jugendlichen unter 25 Jahren bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen ¹⁾				Veränderung der Zahl der arbeitslosen Jugendlichen	
				Insgesamt		Männer	Frauen		
	2014	2018	2019	2018	2019		2019/2014	2019/2018	
	Anzahl			%					
Baden-Württemberg	19 660	17 537	17 909	2,5	2,5	2,9	2,1	-8,9	+2,1
Bayern	25 906	21 027	20 788	2,5	2,5	2,9	2,0	-19,8	-1,1
Berlin	16 805	12 701	12 468	8,5	8,0	9,6	6,3	-25,8	-1,8
Brandenburg	8 666	5 768	5 647	7,0	6,5	7,3	5,5	-34,8	-2,1
Bremen	3 474	3 246	3 492	8,6	9,1	10,7	7,4	+0,5	+7,6
Hamburg	5 656	5 285	5 203	5,3	5,1	6,1	4,0	-8,0	-1,5
Hessen	17 543	15 494	14 975	4,6	4,3	4,9	3,6	-14,6	-3,3
Mecklenburg-Vorpommern	7 461	5 613	5 171	9,7	8,5	9,7	7,2	-30,7	-7,9
Niedersachsen	26 592	23 438	22 447	4,9	4,7	5,3	4,0	-15,6	-4,2
Nordrhein-Westfalen	71 475	57 035	55 119	5,6	5,4	6,1	4,5	-22,9	-3,4
Rheinland-Pfalz	12 138	10 184	10 041	4,1	4,0	4,6	3,4	-17,3	-1,4
Saarland	3 486	2 702	2 771	5,1	5,2	6,2	4,0	-20,5	+2,6
Sachsen	13 357	9 858	9 540	6,6	6,1	6,9	5,2	-28,6	-3,2
Sachsen-Anhalt	9 256	7 068	6 956	9,1	8,7	9,5	7,7	-24,8	-1,6
Schleswig-Holstein	10 632	8 503	7 936	5,1	4,7	5,5	3,8	-25,4	-6,7
Thüringen	6 192	4 885	4 920	6,2	6,1	6,7	5,3	-20,5	+0,7
Deutschland	258 301	210 342	205 384	4,6	4,4	5,1	3,7	-20,5	-2,4
Westdeutschland	196 564	164 451	160 682	4,1	4,0	4,6	3,3	-18,3	-2,3
Ostdeutschland	61 737	45 891	44 702	7,7	7,2	8,2	6,1	-27,6	-2,6

1) Der entsprechenden Altersgruppe.

Quelle: Sonderauswertungen der Statistik der Bundesagentur für Arbeit – Bestand Arbeitslose und Arbeitslosenquoten in der Altersgruppe 15 bis unter 25 Jahre nach Geschlecht, Hannover, Juli 2015/Juli 2019/Juli 2020

Wirtschaft, Einkommen und internationale Verflechtungen

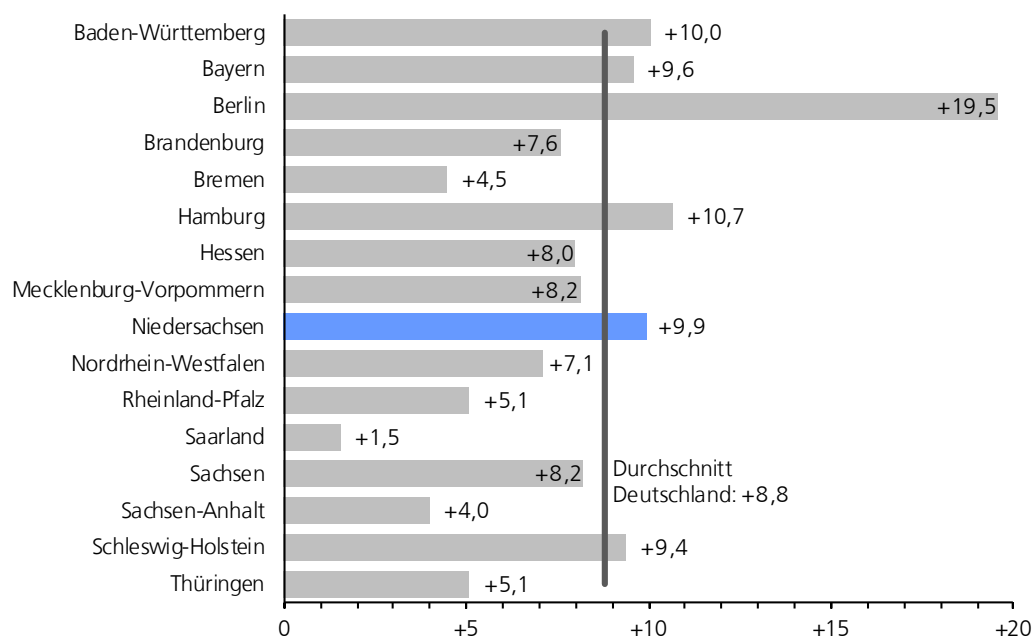
Wirtschaftsleistung wächst überdurchschnittlich

Bruttoinlandsprodukt
(BIP) T19

Im Jahr 2019 wurde in Niedersachsen ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Höhe von rund 307 Mrd. Euro erwirtschaftet. Dies waren real 0,9 % mehr als im Vorjahr. Die niedersächsische Wirtschaft wuchs damit 2019 um 0,3 Prozentpunkte stärker als der Bundesdurchschnitt. Die höchsten Zuwachsraten des BIP erzielten Berlin (3,0 %) und Hamburg (2,2 %).

In den letzten 5 Jahren stieg das BIP in Niedersachsen nominal um rund 48 Mrd. Euro. Das entsprach einer realen Veränderung von +9,9 % gegenüber 2014. Im selben Zeitraum wuchs das BIP in Deutschland um 8,8 %, wobei die Zuwachsraten in den Ländern zwischen 1,5 % und 19,5 % lagen.

■ Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (real) 2019 gegenüber 2014 – Prozent –



Das BIP für Deutschland lag 2019 bei rund 3,44 Billionen Euro. Der Anteil Niedersachsens an der gesamten deutschen Wirtschaftsleistung betrug 8,9 %. Die höchsten Anteile am gesamtdeutschen BIP erwirtschafteten Nordrhein-Westfalen mit 20,7 %, gefolgt von Bayern mit 18,4 % und Baden-Württemberg mit 15,3 %.

Die Wirtschaftsleistung der niedersächsischen Erwerbstätigen betrug 2019 pro Kopf 74 096 Euro, im Bundesdurchschnitt waren es 75 927 Euro. Das höchste Bruttoinlandsprodukt je erwerbstätiger Person erzielte Hamburg mit 95 286 Euro, das niedrigste Thüringen mit 61 047 Euro.

BIP je Erwerbstätigen
T19

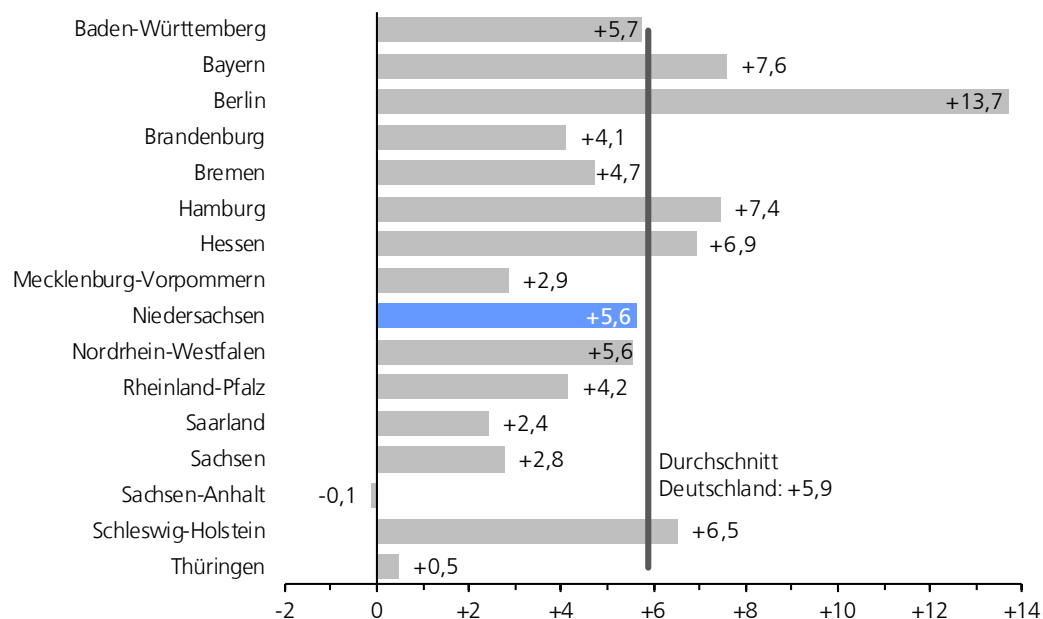
Zahl der Erwerbstätigen steigt durchschnittlich

Erwerbstätige
(Arbeitsort) T20

Der Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (AK ETR) berechnet die Zahl aller Erwerbstätigen am Arbeitsort auf Basis diverser Datenquellen.

Die Zahl der Erwerbstätigen, die in Niedersachsen arbeiteten, stieg 2019 um 0,9 % auf fast 4,15 Mio. Personen. Das Wachstum lag damit im Bundesdurchschnitt (+0,9 %). Im mittelfristigen Vergleich von 2019 zu 2014 lag der Anstieg in Niedersachsen mit 5,6 % knapp unter dem bundesweiten Durchschnitt (+5,9 %).

■ **Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort 2019 gegenüber 2014**
– Prozent –



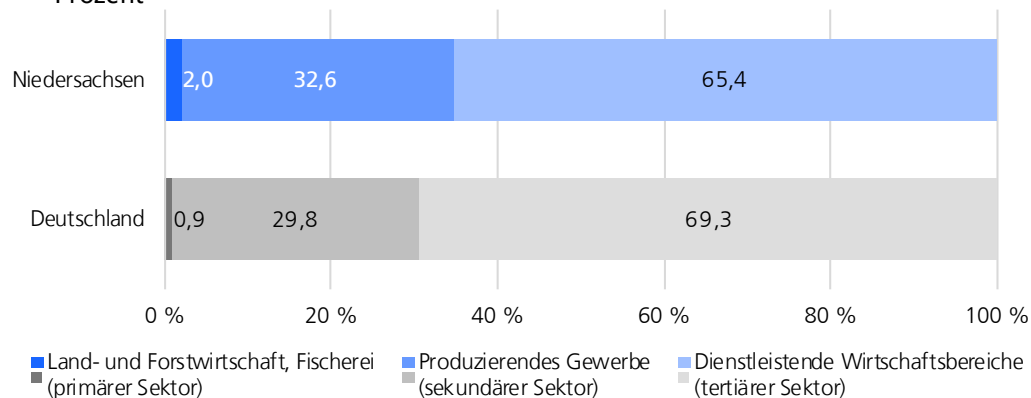
Der Schwerpunkt der Erwerbstätigkeit liegt sowohl in Niedersachsen als auch bundesweit im Dienstleistungssektor: 2019 waren hier rund 73,7 % der Erwerbstätigen in Niedersachsen tätig, 23,8 % arbeiteten im Produzierenden Gewerbe und 2,4 % in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei.

Bruttowertschöpfung (BWS)
T21-23

Bruttowertschöpfung im Dienstleistungsbereich nimmt zu

Die Gesamt-Bruttowertschöpfung (BWS) Niedersachsens wurde 2019 überwiegend im Dienstleistungsbereich (65,4 %) und zu knapp einem Drittel im Produzierenden Gewerbe (32,6 %) erzielt. Der Anteil der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (primärer Sektor) betrug zwar nur 2,0 %, Niedersachsen hatte mit 20,5 % der gesamtdeutschen BWS in diesem Wirtschaftssektor 2019 jedoch im Ländervergleich den höchsten Anteil vor Bayern (19,5 %).

■ **Anteile der Wirtschaftssektoren an der gesamten Bruttowertschöpfung 2019**
– Prozent –

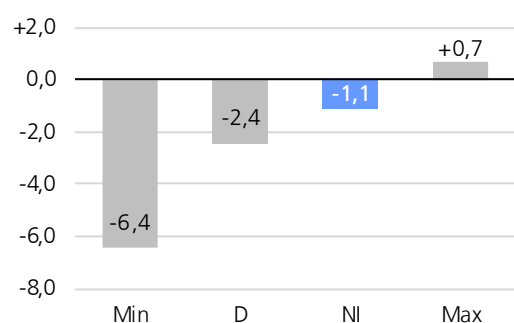


BWS Produzierendes Gewerbe
T22

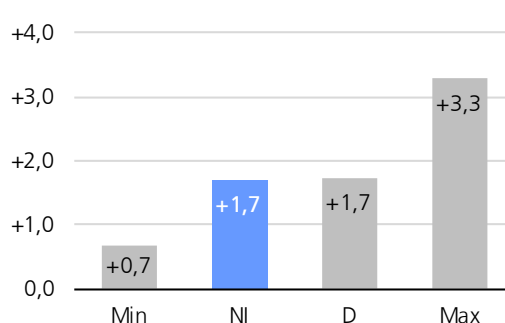
Im sekundären Sektor (Produzierendes Gewerbe) sank die BWS in Niedersachsen gegenüber dem Vorjahr um real 1,1 %. Dieser Rückgang war aber geringer als im Bundesdurchschnitt (-2,4 %).

Gegenüber 2014 ist der Anteil an der gesamten Wertschöpfung im Produzierenden Gewerbe in Niedersachsen um 1,7 Prozentpunkte gestiegen. Zur gesamtdeutschen Bruttowertschöpfung des Produzierenden Gewerbes trug Niedersachsen mit 9,8 % den viertgrößten Anteil bei.

■ Veränderung der Bruttowertschöpfung (real) im Produzierenden Gewerbe 2019 gegenüber 2018 – Prozent –



■ Veränderung der Bruttowertschöpfung (real) im Dienstleistungsbereich 2019 gegenüber 2018 – Prozent –



Im tertiären Sektor (dienstleistende Wirtschaftsbereiche) konnte die BWS 2019 in Niedersachsen real um 1,7 % gesteigert werden; dies entsprach dem Bundesdurchschnitt. Zur gesamtdeutschen BWS dieses Sektors trug Niedersachsen mit 8,4 % den fünftgrößten Anteil bei.

BWS dienstleistende Wirtschaftsbereiche
T23

Zahl der Unternehmensinsolvenzen sinkt weiter

Im Jahr 2019 ging die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Niedersachsen um 8,2 % auf 1 490 zurück. Im Bundesdurchschnitt sank die entsprechende Zahl um 2,9 % gegenüber dem Vorjahr. Im Vergleich zu 2014 wurden 2019 in Niedersachsen fast ein Drittel (31,8 %) weniger insolvente Unternehmen gezählt, im gesamten Bundesgebiet waren es 22,2 % weniger.

Unternehmensinsolvenzen
T24

Umsatzanteil der kleinen und mittleren Unternehmen am Gesamtumsatz leicht gesunken

Der Anteil des Umsatzes der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) mit Lieferungen und Leistungen von weniger als 50 Mio. Euro an den Lieferungen und Leistungen aller Unternehmen ist 2018 im Vorjahresvergleich in Niedersachsen leicht auf knapp 220 Mrd. Euro gesunken. Der KMU-Anteil am Umsatz sank um 0,1 Prozentpunkte auf 36,6 % und lag damit über dem Bundesdurchschnitt von 36,0 %.

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU)
T25

Die Kleinstunternehmen mit weniger als 2 Mio. Euro Umsatz aus Lieferungen und Leistungen, worunter in Niedersachsen etwa 93 % der KMU fallen, hatten am Umsatz aller Unternehmen einen Anteil von 11,6 % (Deutschland: 11,6 %). In den ostdeutschen Ländern war dieser Anteil mit 19,4 % fast doppelt so hoch wie in Westdeutschland (10,7 %).

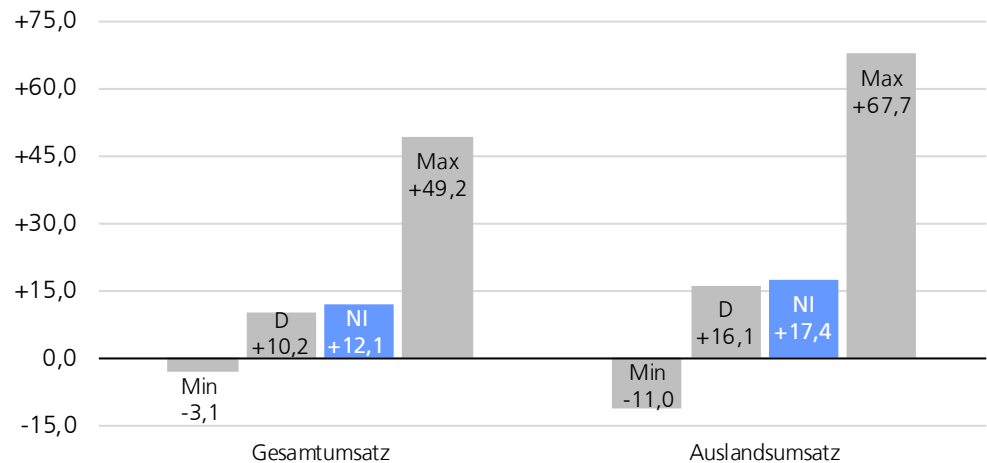
Umsatzsteigerung im Verarbeitenden Gewerbe und im Bauhauptgewerbe

Der Umsatz im Wirtschaftsbereich Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden stieg in Niedersachsen 2019 um 1,1 % auf rund 220,3 Mrd. Euro. Im Bundesdurchschnitt gab es einen Rückgang um 0,4 %. Im Vergleich zu 2014 legte der Umsatz in Niedersachsen um 12,1 % zu und lag damit über dem Umsatzplus in Deutschland insgesamt (+10,2 %). Die größte Steigerung, allerdings bei deutlich geringeren Absolutwerten, erzielte Bremen (+49,2 %) in diesem Zeitraum.

Umsatz Verarbeitendes Gewerbe
T26

Von den Gesamtumsätzen wurden 2019 im niedersächsischen Verarbeitenden Gewerbe und Bergbau 47,1 % im Auslandsgeschäft erzielt. Gegenüber dem Vorjahr sank der Auslandsumsatz um 0,1 %. Für Deutschland (Anteil 48,8 %) gab es beim Auslandsumsatz einen Zuwachs von 0,3 %.

■ Veränderung des Gesamt- und Auslandsumsatzes im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2019 gegenüber 2014 – Prozent –



Im Fünfjahresvergleich 2019 zu 2014 erhöhte sich der Auslandsumsatz des niedersächsischen Verarbeitenden Gewerbes um 17,4 % und damit stärker als im Bundesdurchschnitt (16,1 %).

Der Wert für den Auslandsumsatz im niedersächsischen Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden ist deutlich höher als der Exportwert in der Außenhandelsstatistik. Im Gegensatz zur Außenhandelsstatistik, in der der Exportwert einer Ware dem Land zugerechnet wird, in dem sie die letzte wesentliche Bearbeitung erfahren hat, sind im oben genannten Auslandsumsatz auch Warenumsätze (z. B. Handelswaren) enthalten, deren Ursprungsland nicht Niedersachsen ist.

Umsatz Bauhauptgewerbe
T27

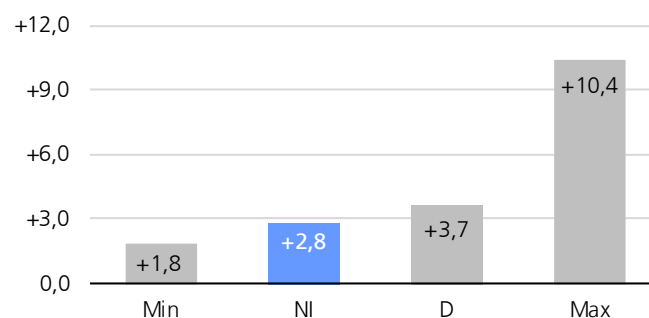
Im niedersächsischen Bauhauptgewerbe lag die Veränderung des Umsatzes 2019 im Vergleich zum Vorjahr bei +9,7 % und damit über dem Bundesdurchschnitt von +8,1 %. Mit einem Anteil am Bundeswert von 11,3 % hatte Niedersachsen 2019 das viertstärkste Bauhauptgewerbe nach Bayern, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. Im Zeitraum 2014 bis 2019 stieg der Umsatz in Niedersachsen um 36,6 % (Bundesdurchschnitt: +41,4 %).

Gästeübernachtungen
T28

Wieder neuer Rekord bei Gästeübernachtungen

Auch im Jahr 2019 war Niedersachsen vor allem für inländische Gäste ein attraktives Reiseziel, die Übernachtungszahlen erreichten erneut einen Rekord. Es wurden insgesamt 46,2 Millionen Übernachtungen in Niedersachsen gebucht und damit nochmals 2,8 % mehr als 2018. Deutschlandweit stieg die Zahl der Gästeübernachtungen mit 3,7 % noch stärker.

■ Veränderung der Zahl der Gästeübernachtungen 2019 gegenüber 2018 – Prozent –



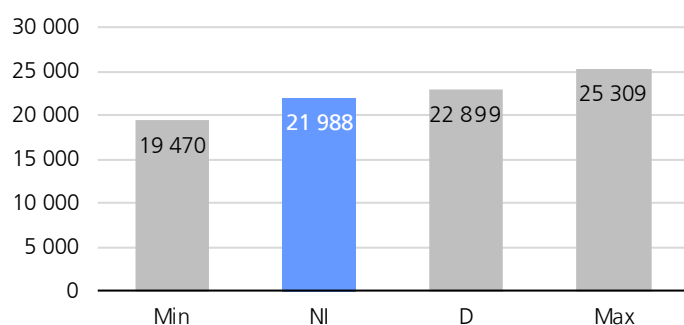
Etwa jede elfte Übernachtung (8,7 %) in Niedersachsen entfiel auf einen Gast aus dem Ausland, im gesamten Bundesgebiet war es fast jede fünfte (18,1 %). Den höchsten Anteil an ausländischen Gästeübernachtungen hatte Berlin mit 45,4 %.

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer von Gästen in Niedersachsen lag 2019 unverändert zum Vorjahr bei 3,0 Tagen. Damit stand Niedersachsen an dritter Stelle unter den Ländern, lediglich in den benachbarten Küstenländern Mecklenburg-Vorpommern (4,1 Tage) und Schleswig-Holstein (4,0 Tage) blieben die Gäste länger. In der Positionierung der 3 Länder spiegelt sich der höhere Anteil der Gäste, die an den Küsten und insbesondere auf den Inseln wie z. B. auf Norderney, Amrum oder Rügen längere Urlaube verbrachten.

Verfügbares Einkommen und Verdienste weiter gestiegen

Die anhaltend gute Wirtschaftslage schlug sich auch in gestiegenen Einkommen und Verdiensten nieder. Die niedersächsischen Einwohnerinnen und Einwohner hatten pro Kopf 2018 durchschnittlich ein verfügbares Einkommen in Höhe von 21 988 Euro (Einkommen inkl. Sozialleistungen nach Abzug von direkten Steuern und Sozialversicherungsabgaben). Gegenüber dem Vorjahr war dies ein Plus von 2,6 %. Das verfügbare Einkommen in Deutschland lag bei 22 899 Euro pro Kopf und stieg um 3,2 %. Im Zeitraum 2013 bis 2018 lag der Anstieg in Niedersachsen mit 12,3 % unter dem Bundesdurchschnitt von 12,8 %.

■ Verfügbares Einkommen je Einwohnerin und Einwohner 2018 – Euro –



Bei den Bruttojahresverdiensten der Vollzeitbeschäftigten im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich in Niedersachsen war 2019 ein Plus von 3,5 % gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Das lag über dem Bundesdurchschnitt von +2,9 %. Der Bruttojahresverdienst inkl. Sonderzahlungen betrug 2019 in Niedersachsen 49 879 Euro und lag damit etwa 2 900 Euro unter dem Bundesniveau (52 803 Euro).

Hinsichtlich der Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern war 2019 im Vergleich zu 2014 eine geringe Annäherung festzustellen. 2019 entsprach der Bruttojahresverdienst von Frauen in Niedersachsen 83,7 % des Verdienstes der Männer. Dies waren 2,5 Prozentpunkte mehr als 2014. Beim Verdienstabstand gemessen am Bruttostundenverdienst ohne Sonderzahlungen (Voll- und Teilzeit) gab es keine Veränderung: Frauen verdienten 2019 in Niedersachsen demnach ebenso wie im Vorjahr rund 20 % weniger als die Männer. Diese Entwicklung des sog. unbereinigten Gender Pay Gap war im Bundesdurchschnitt (20 %) fast identisch. (Für nähere Informationen zum Verdienstabstand zwischen den Geschlechtern siehe Kapitel Gleichstellung.)

Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe steigen kräftig

Im Vergleich zum Vorjahr stiegen 2018 die Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden in Niedersachsen kräftig um 10,0 %. In Deutschland gab es ein Investitionsplus von 8,2 %.

Bezogen auf den für einen Vergleich der Investitionen aussagekräftigeren Zeitraum von 2013 bis 2018 stiegen die Investitionen in Niedersachsen um 3,9 %. Bundesweit wuchsen sie dagegen um 20,7 %.

Verfügbares
Einkommen
T29

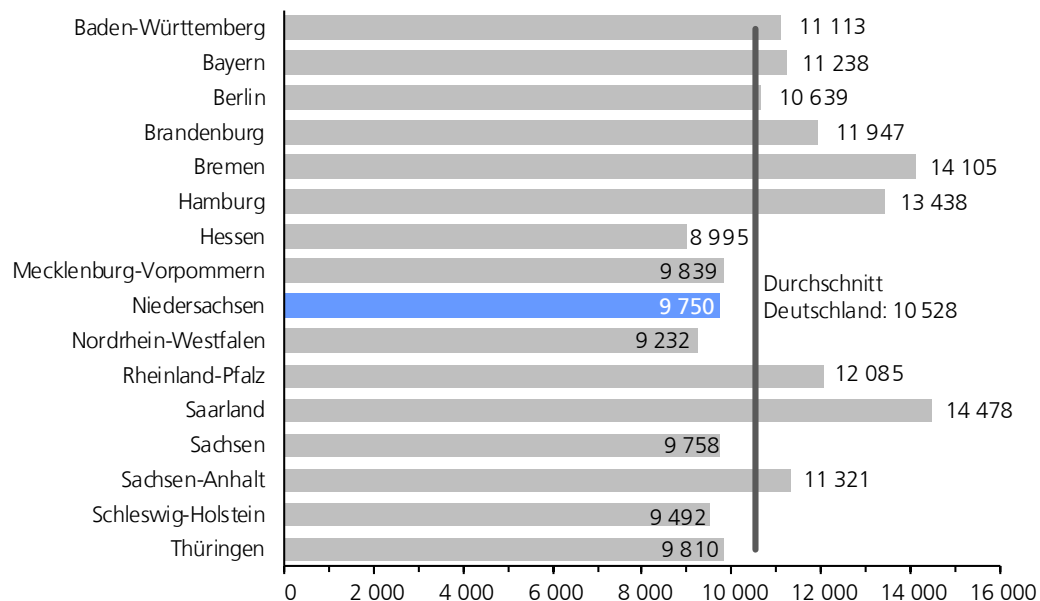
Bruttojahresverdienste
T30

Verdienstabstand
(Gender Pay Gap) T30

Investitionen Verarbeitendes Gewerbe
T31

■ Investitionen je tätige Person 2018 – Euro –

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden



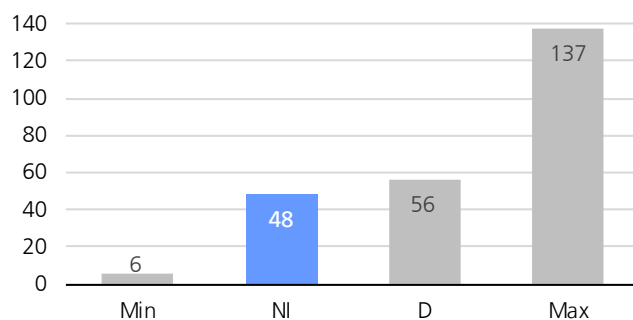
Patentanmeldungen

T32

Mehr Patentanmeldungen

Die Zahl der Patentanmeldungen stieg in Niedersachsen im Jahr 2019 im Vergleich zu 2018 um 6,6 %. In Deutschland insgesamt stagnierte diese Zahl. Bei der Gesamtzahl der Patentanmeldungen lag Niedersachsen 2019 mit 3 847 Patentanmeldungen unverändert an vierter Stelle

■ Patentanmeldungen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2019 – Anzahl –



Exporte

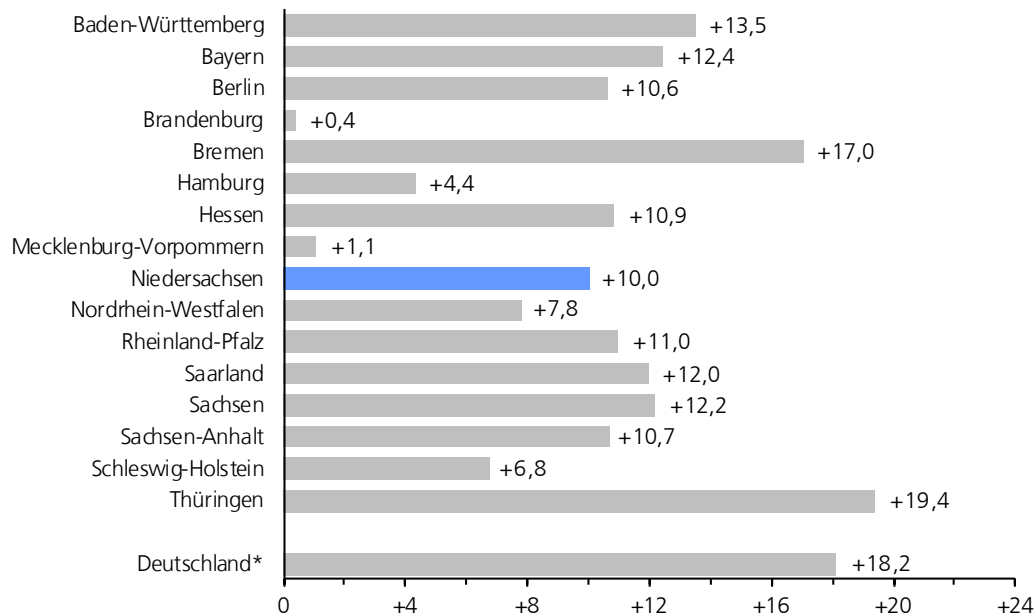
T33

Rückgang der Exporte ...

Der Wert der Ausfuhren aus Niedersachsen verminderte sich 2019 erneut. Mit einem Rückgang von 0,5 % fiel dieser jedoch geringer aus als im Vorjahr (-2,2 %). Auf Bundesebene gab es 2019 einen Ausfuhrzuwachs von 0,8 %. Die niedersächsische Wirtschaft exportierte Waren im Wert von 85,4 Mrd. Euro ins Ausland, was einem Anteil von 8,5 % an der den Ländern zuordnungsfähiger Ausfuhr entsprach.

Im Vergleich der Jahre 2019 und 2014 konnte Niedersachsen den Wert der exportierten Waren um 10,0 % steigern, wobei die Spanne in den Ländern zwischen von +0,4 % bis 19,4 % reichte. Deutschland (einschließlich Waren ausländischen Ursprungs und regional nicht zuordnungsfähiger Exporte) erreichte einen Zuwachs von 18,2 %.

■ Veränderung der Ausfuhren 2019 gegenüber 2014 – Prozent –



*Deutschland einschließlich Waren ausländischen Ursprungs und regional nicht zuordnungs-fähiger Exporte.

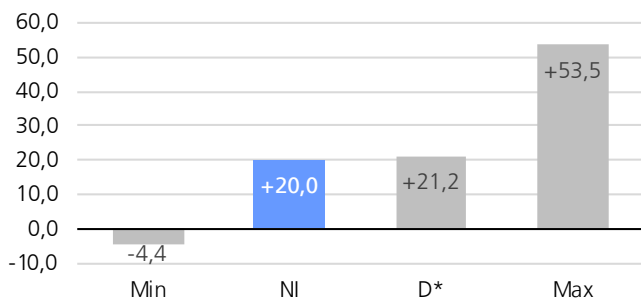
... und Zunahme der Importe

Importe
T34

Beim Wert der Einfuhren verzeichnete Niedersachsen 2019 einen Anstieg um 2,3 %. Der Wert der importierten Waren betrug rund 92,3 Mrd. Euro. In Deutschland veränderte sich der Wert der Importe gegenüber 2018 weniger deutlich (+1,4 %).

Im Zeitraum 2014 bis 2019 stieg der Wert importierter Waren nach Niedersachsen um 20,0 %, der Wert für Deutschland wuchs um 21,2 %.

■ Veränderung der Einfuhren 2019 gegenüber 2014 – Prozent –



*Deutschland einschließlich regional nicht zuordnungs-fähiger Importe.

Der Anteil Niedersachsens an der gesamtdeutschen Einfuhr lag 2019 bei 8,6 %. Hauptabnehmer der nach Deutschland importierten Güter waren Nordrhein-Westfalen (22,8 %), Bayern (17,7 %) und Baden-Württemberg (17,0 %).

Internationale Kapitalverflechtung niedersächsischer Investoren steigt an

Direktinvestitionen
T35

Ein weiterer Aspekt der globalen wirtschaftlichen Verflechtung sind neben den Im- und Exporten die Direktinvestitionen. Laut den Erläuterungen der Deutschen Bundesbank gibt die Statistik zur Bestandserhebung über Direktinvestitionen „Auskunft über die Kapitalbeziehungen aus Beteiligungen von Inländern an Unternehmen im Ausland bzw. von Ausländern an Unternehmen in Deutschland zu einem festen Zeitpunkt“. In der Bestandserhebung werden die Direktinvestitionsbestände (Saldo der Forderungen und Verbindlichkeiten) gemäß international harmonisierter Berechnungsvorgaben dargestellt.

Der Bestand unmittelbarer Auslandsdirektinvestitionen betrug 2018 in Niedersachsen rund 70,0 Mrd. Euro. Der Wert der Investitionen, die niedersächsische Investoren im Ausland getätigt haben, stieg damit gegenüber 2017 um 1,1 %. Deutschlandweit lag der Wertzuwachs im Bestand der Auslandsdirektinvestitionen bei 5,0 %.

Der Bestand unmittelbarer Direktinvestitionen ausländischer Investoren im Inland betrug 2018 in Niedersachsen fast 33,9 Mrd. Euro. Im Vergleich zu 2017 war das ein Zuwachs um 10,4 %. In Deutschland stieg der Bestand 2018 gegenüber dem Vorjahr um 3,2 %.

Informationen:

BIP, BWS und Einkommen:

- Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (VGRdL)
- Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (AK ETR)
- LSN: Themenbereich: Konjunktur, VGR - Übersicht
- [Regionalmonitoring Niedersachsen](#) > Wirtschaft
- **Verdienste:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [Arbeitnehmerverdienste \(Fachserie 16 Reihe 2.3\)](#)
- Statistisches Bundesamt (Destatis): [GENESIS-Online](#): Vierteljährliche Verdiensterhebung, Statistik 62321
- LSN: Themen: Verdienste und Arbeitskosten – [Verdienste in Niedersachsen](#) Vierteljährliche Verdiensterhebung (VVE)
- **Unternehmensinsolvenzen:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [Unternehmen und Arbeitsstätten. Insolvenzverfahren \(Fachserie 2 Reihe 4.1\)](#)
- LSN: Statistische Berichte Niedersachsen [D III 1 Insolvenzverfahren](#)
- Statistisches Bundesamt (Destatis): [GENESIS-Online](#): **Verarbeitendes Gewerbe**, Statistiken 42 bzw. Jahresbericht für Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe, Statistik 42271
- Statistisches Bundesamt (Destatis): [GENESIS-Online](#): **Bauhauptgewerbe**: Statistiken 44 bzw. Betriebe, Tätige Personen, Entgelte, Umsatz im Bauhauptgewerbe, Statistik 44111
- **Gästeübernachtungen:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [Monatserhebung im Tourismus \(Fachserie 6 Reihe 7.1\)](#)
- [LSN-Onlinedatenbank](#): Statistische Erhebung 736 – Monatserhebung im Tourismus
- [Regionalmonitoring Niedersachsen](#) > Wirtschaft – Tourismus
- **Patentanmeldungen:** [Deutsches Patent- und Markenamt](#): Jahresbericht 2019, München 2020
- **Ein- und Ausfuhren:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [GENESIS-Online](#): Außenhandel, Statistik 51
- **Direktinvestitionen:** Deutsche Bundesbank: [Direktinvestitionsbestände nach Bundesländern](#)

Autor: Heiko Irps

Tabellen Wirtschaft, Einkommen und internationale Verflechtungen

19. Bruttoinlandsprodukt¹⁾

Land	Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen			Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen			Veränderung des Bruttoinlandsprodukts insgesamt (real)	
	2014	2018	2019	2014	2018	2019	2019/2014 ²⁾	2019/2018
	Mio. €			€			%	
Baden-Württemberg	442 683	513 438	524 325	73 293	80 981	81 984	+10,0	+0,1
Bayern	534 066	616 674	632 897	74 366	80 609	81 916	+9,6	+0,5
Berlin	118 519	145 547	153 291	65 397	72 186	74 239	+19,5	+3,0
Brandenburg	63 742	71 903	74 330	58 824	64 006	65 853	+7,6	+0,8
Bremen	29 798	32 835	33 623	71 344	75 288	76 643	+4,5	+0,2
Hamburg	103 431	118 912	123 270	86 028	93 318	95 286	+10,7	+2,2
Hessen	253 765	285 833	294 477	76 739	81 703	83 319	+8,0	+1,1
Mecklenburg-Vorpommern	39 407	44 684	46 567	53 530	59 120	61 366	+8,2	+1,5
Niedersachsen	259 058	297 301	307 036	65 981	72 343	74 069	+9,9	+0,9
Nordrhein-Westfalen	617 470	694 839	711 419	67 644	72 757	73 832	+7,1	+0,2
Rheinland-Pfalz	127 528	143 655	145 003	64 898	70 626	70 842	+5,1	-1,3
Saarland	33 254	35 710	36 253	63 782	66 833	67 862	+1,5	-0,6
Sachsen	109 328	124 374	128 097	54 401	60 360	61 967	+8,2	+0,5
Sachsen-Anhalt	56 318	61 755	63 545	55 967	61 375	63 244	+4,0	+0,2
Schleswig-Holstein	82 868	94 670	97 762	61 714	66 826	68 359	+9,4	+1,1
Thüringen	56 197	62 240	63 866	53 983	59 398	61 047	+5,1	+0,2
Deutschland	2 927 430	3 344 370	3 435 760	68 524	74 561	75 927	+8,8	+0,6
Westdeutschland	2 483 921	2 833 867	2 906 065	70 904	76 915	78 161	+8,6	+0,4
Ostdeutschland	443 509	510 503	529 695	57 681	63 733	65 633	+10,2	+1,3

1) Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom August 2019/Februar 2020; die Daten sind nicht mit Ergebnissen früherer Veröffentlichungen vergleichbar.

2) Eigene Berechnungen, beruhend auf den Ergebnissen des Arbeitskreises "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" (VGRdL).

20. Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder¹⁾

Land	Erwerbstätige (am Arbeitsort) insgesamt			Anteil der Wirtschaftsbereiche			Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen	
				Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Produ- zierendes Gewerbe	Dienst- leistungen		
	2014	2018	2019	2019			2019/2014 ²⁾	2019/2018
	Anzahl in 1 000			%				
Baden-Württemberg	6 040	6 340	6 387	1,1	31,1	67,8	+5,7	+0,7
Bayern	7 182	7 650	7 727	1,6	27,4	71,0	+7,6	+1,0
Berlin	1 812	2 016	2 061	0,0	11,1	88,9	+13,7	+2,2
Brandenburg	1 084	1 123	1 128	2,5	22,2	75,2	+4,1	+0,4
Bremen	418	436	437	0,1	18,9	81,0	+4,7	+0,3
Hamburg	1 202	1 274	1 292	0,2	12,6	87,3	+7,4	+1,4
Hessen	3 307	3 498	3 536	0,7	21,0	78,2	+6,9	+1,1
Mecklenburg-Vorpommern	736	756	757	3,0	19,2	77,9	+2,9	+0,2
Niedersachsen	3 926	4 110	4 148	2,4	23,8	73,7	+5,6	+0,9
Nordrhein-Westfalen	9 128	9 550	9 636	0,8	22,3	76,9	+5,6	+0,9
Rheinland-Pfalz	1 965	2 034	2 047	2,0	25,4	72,6	+4,2	+0,6
Saarland	521	534	534	0,4	26,0	73,6	+2,4	-0,1
Sachsen	2 010	2 061	2 065	1,3	26,8	71,9	+2,8	+0,2
Sachsen-Anhalt	1 006	1 006	1 005	2,0	26,0	72,1	-0,1	-0,1
Schleswig-Holstein	1 343	1 417	1 430	2,2	19,8	78,0	+6,5	+1,0
Thüringen	1 041	1 048	1 046	1,7	29,9	68,3	+0,5	-0,2
Deutschland	42 721	44 854	45 236	1,3	24,1	74,5	+5,9	+0,9
Westdeutschland	35 032	36 844	37 173	1,3	24,7	74,1	+6,1	+0,9
Ostdeutschland	7 689	8 010	8 063	1,4	21,7	76,8	+4,9	+0,7

1) Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom Mai 2020; die Daten sind nicht mit Ergebnissen früherer Veröffentlichungen vergleichbar.

2) Eigene Berechnungen, beruhend auf den Ergebnissen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (ETR).

21. Bruttowertschöpfung (BWS) der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei¹⁾

Land	Bruttowertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei in jeweiligen Preisen			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbs- tätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2014	2018	2019	2014	2019			2019/2014 ²⁾	2019/2018
	Mio. €			%			€	%	
Baden-Württemberg	2 435	2 769	2 797	0,6	0,6	10,2	39 214	-2,0	-1,7
Bayern	5 125	5 239	5 335	1,1	0,9	19,5	42 644	-10,7	-0,7
Berlin	6	8	9	0,0	0,0	0,0	13 005	+16,2	+2,6
Brandenburg	1 324	1 038	1 077	2,3	1,6	3,9	38 201	-32,0	+0,1
Bremen	37	26	24	0,1	0,1	0,1	70 322	-49,1	-6,5
Hamburg	67	89	100	0,1	0,1	0,4	43 907	+8,4	+2,6
Hessen	988	1 081	1 062	0,4	0,4	3,9	40 721	-5,2	-1,2
Mecklenburg-Vorpommern	1 338	943	1 081	3,8	2,6	4,0	48 634	-39,3	+8,4
Niedersachsen	5 278	4 983	5 601	2,3	2,0	20,5	55 484	-21,2	+2,7
Nordrhein-Westfalen	3 276	3 237	3 702	0,6	0,6	13,6	46 570	-17,3	+2,7
Rheinland-Pfalz	1 824	2 361	2 274	1,6	1,7	8,3	55 285	-0,9	-7,9
Saarland	72	70	66	0,2	0,2	0,2	28 240	-21,9	-5,6
Sachsen	1 130	997	1 058	1,1	0,9	3,9	39 679	-26,4	+1,3
Sachsen-Anhalt	1 378	1 093	1 175	2,7	2,1	4,3	58 462	-34,6	+1,0
Schleswig-Holstein	1 310	990	1 147	1,8	1,3	4,2	36 066	-34,5	+7,4
Thüringen	891	782	802	1,8	1,4	2,9	43 981	-25,8	-1,3
Deutschland	26 480	25 706	27 311	1,0	0,9	100	45 747	-18,2	+0,4
Westdeutschland	20 413	20 845	22 109	0,9	0,8	81,0	45 978	-13,9	+0,0
Ostdeutschland	6 067	4 861	5 202	1,5	1,1	19,0	44 793	-32,3	+1,9

1) Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom August 2019/Februar 2020; die Daten sind nicht mit Ergebnissen früherer Veröffentlichungen vergleichbar.

2) Eigene Berechnungen, beruhend auf den Ergebnissen des Arbeitskreises "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" (VGRdL).

22. Bruttowertschöpfung (BWS) im Produzierenden Gewerbe¹⁾

Land	Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe in jeweiligen Preisen			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbs- tätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2014	2018	2019	2014	2019			2019/2014 ²⁾	2019/2018
	Mio. €			%			€	%	
Baden-Württemberg	153 733	185 032	184 420	38,6	39,1	20,0	92 525	+10,4	-2,7
Bayern	161 061	185 702	185 967	33,5	32,6	20,2	87 926	+5,6	-2,5
Berlin	16 421	19 203	19 954	15,4	14,5	2,2	87 159	+9,2	+0,5
Brandenburg	15 059	17 287	17 418	26,2	26,0	1,9	69 669	+5,1	-2,7
Bremen	7 041	8 107	8 072	26,2	26,7	0,9	97 373	+5,4	-3,0
Hamburg	15 350	18 114	18 579	16,5	16,7	2,0	114 766	+11,8	-0,3
Hessen	56 549	63 137	64 021	24,8	24,1	7,0	86 207	+3,3	-1,3
Mecklenburg-Vorpommern	7 643	9 494	9 960	21,5	23,8	1,1	68 842	+16,5	+0,7
Niedersachsen	72 042	88 630	90 121	30,9	32,6	9,8	91 251	+16,0	-1,1
Nordrhein-Westfalen	155 139	174 480	173 462	27,9	27,1	18,8	80 809	+3,1	-3,2
Rheinland-Pfalz	38 676	43 915	42 219	33,7	32,3	4,6	81 361	-0,8	-6,4
Saarland	10 757	11 037	10 716	35,9	32,8	1,2	77 123	-8,2	-5,1
Sachsen	30 367	35 587	36 034	30,9	31,2	3,9	65 161	+7,2	-1,9
Sachsen-Anhalt	16 102	17 814	18 198	31,8	31,8	2,0	69 957	+2,8	-1,2
Schleswig-Holstein	18 141	21 527	21 997	24,3	25,0	2,4	77 854	+11,3	-1,2
Thüringen	16 649	19 355	19 669	32,9	34,2	2,1	62 837	+7,7	-1,2
Deutschland	790 728	918 422	920 807	30,0	29,8	100	84 323	+6,8	-2,4
Westdeutschland	688 487	799 682	799 574	30,8	30,6	86,8	87 192	+6,7	-2,6
Ostdeutschland	102 241	118 740	121 233	25,6	25,4	13,2	69 285	+7,3	-1,2

1) Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom August 2019/Februar 2020; die Daten sind nicht mit Ergebnissen früherer Veröffentlichungen vergleichbar.

2) Eigene Berechnungen, beruhend auf den Ergebnissen des Arbeitskreises "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" (VGRdL).

23. Bruttowertschöpfung (BWS) der dienstleistenden Wirtschaftsbereiche¹⁾

Land	Bruttowertschöpfung der dienstleistenden Wirtschaftsbereiche in jeweiligen Preisen			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbs- tätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2014	2018	2019	2014	2019			2019/2014 ²⁾	2019/2018
	Mio. €			%			€	%	
Baden-Württemberg	242 353	274 658	284 798	60,8	60,3	13,3	65 758	+9,3	+1,8
Bayern	314 602	364 504	378 453	65,4	66,4	17,6	68 985	+11,5	+1,9
Berlin	90 268	111 884	118 034	84,6	85,5	5,5	64 318	+21,1	+3,3
Brandenburg	41 001	46 439	48 419	71,5	72,4	2,3	56 929	+9,4	+1,9
Bremen	19 747	21 442	22 173	73,6	73,3	1,0	62 377	+3,8	+1,3
Hamburg	77 696	88 902	92 293	83,4	83,2	4,3	81 710	+10,0	+2,6
Hessen	170 913	193 235	200 014	74,8	75,4	9,3	72 323	+9,2	+1,8
Mecklenburg-Vorpommern	26 495	29 810	30 880	74,7	73,7	1,4	52 168	+7,7	+1,5
Niedersachsen	155 894	174 169	180 682	66,8	65,4	8,4	59 109	+7,7	+1,7
Nordrhein-Westfalen	397 457	448 132	463 278	71,5	72,3	21,6	62 524	+8,4	+1,4
Rheinland-Pfalz	74 306	83 116	86 043	64,7	65,9	4,0	57 871	+7,8	+1,4
Saarland	19 108	21 057	21 855	63,8	67,0	1,0	55 618	+6,7	+1,7
Sachsen	66 924	75 440	78 225	68,0	67,8	3,6	52 588	+8,8	+1,5
Sachsen-Anhalt	33 219	36 717	37 832	65,5	66,1	1,8	52 216	+5,8	+0,7
Schleswig-Holstein	55 150	62 753	64 864	73,9	73,7	3,0	58 134	+9,4	+1,6
Thüringen	33 050	35 923	37 023	65,3	64,4	1,7	51 786	+4,2	+0,8
Deutschland	1 818 185	2 068 182	2 144 866	69,0	69,3	100	63 582	+9,6	+1,7
Westdeutschland	1 527 228	1 731 968	1 794 453	68,3	68,6	83,7	65 183	+9,2	+1,7
Ostdeutschland	290 957	336 214	350 413	72,9	73,5	16,3	56 477	+11,7	+2,0

1) Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom August 2019/Februar 2020; die Daten sind nicht mit Ergebnissen früherer Veröffentlichungen vergleichbar.

2) Eigene Berechnungen, beruhend auf den Ergebnissen des Arbeitskreises "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" (VGRdL).

24. Unternehmensinsolvenzen

Land	Unternehmensinsolvenzen			Unternehmens- insolvenzen je 10 000 Unternehmen ¹⁾		Veränderung der Zahl der Unternehmens- insolvenzen	
	2014	2018	2019	2014	2019 ²⁾	2019/2014	2019/2018
	Anzahl			%			
Baden-Württemberg	1 796	1 945	1 819	40,1	40,2	+1,3	-6,5
Bayern	2 947	2 444	2 623	48,9	42,6	-11,0	+7,3
Berlin	1 305	1 364	1 382	90,1	85,8	+5,9	+1,3
Brandenburg	544	418	382	59,1	41,6	-29,8	-8,6
Bremen	273	231	186	121,5	82,7	-31,9	-19,5
Hamburg	1 035	676	746	113,3	80,0	-27,9	+10,4
Hessen	1 492	1 403	1 371	60,6	55,0	-8,1	-2,3
Mecklenburg-Vorpommern	308	248	263	55,7	47,3	-14,6	+6,0
Niedersachsen	2 186	1 623	1 490	79,6	53,1	-31,8	-8,2
Nordrhein-Westfalen	7 823	5 575	5 351	117,0	80,3	-31,6	-4,0
Rheinland-Pfalz	971	722	701	62,7	45,1	-27,8	-2,9
Saarland	322	263	285	92,4	83,0	-11,5	+8,4
Sachsen	1 082	812	685	72,2	46,7	-36,7	-15,6
Sachsen-Anhalt	573	481	457	86,3	71,2	-20,2	-5,0
Schleswig-Holstein	987	768	787	87,1	67,7	-20,3	+2,5
Thüringen	441	329	221	58,5	30,4	-49,9	-32,8
Deutschland	24 085	19 302	18 749	74,3	57,2	-22,2	-2,9
Westdeutschland	19 832	15 650	15 359	74,7	57,2	-22,6	-1,9
Ostdeutschland	4 253	3 652	3 390	72,8	57,3	-20,3	-7,2

1) Ohne steuerpflichtige Unternehmen mit Umsätzen unter 17 500 Euro.

2) Bezogen auf die Zahl der Unternehmen im Jahr 2018.

25. Umsatzsteuerpflichtige kleine und mittlere Unternehmen (KMU)¹⁾

Land	KMU insgesamt	Darunter Kleinst- unternehmen	Lieferungen und Leistun- gen aller Unternehmen	Darunter Lieferungen und Leistun- gen der KMU	KMU-Anteil			Anteil der Kleinst- unternehmen	Veränderung des KMU-Anteils					
					an Lieferungen und Leistungen aller Unternehmen									
					2018				2013	2017	2018	2018/2013	2018/2017	
					Anzahl		Mio. €		%					
Baden-Württemberg	450 032	417 082	1 161 808	360 023	33,2	31,4	31,0	9,3	-6,6	-1,4				
Bayern	613 985	574 697	1 143 926	431 584	39,2	38,3	37,7	12,4	-3,9	-1,5				
Berlin	160 614	152 476	256 149	89 963	36,4	36,9	35,1	13,3	-3,6	-4,8				
Brandenburg	91 580	86 561	88 010	53 651	61,6	61,4	61,0	22,9	-1,0	-0,7				
Bremen	22 294	20 175	72 645	24 777	32,3	33,4	34,1	7,7	+5,6	+2,1				
Hamburg	92 641	85 531	402 108	76 767	16,6	19,4	19,1	5,4	+14,9	-1,8				
Hessen	248 406	232 440	502 080	176 608	35,5	35,1	35,2	11,5	-1,1	+0,3				
Mecklenburg-Vorpommern	55 557	52 149	46 539	35 399	72,3	75,1	76,1	29,3	+5,2	+1,3				
Niedersachsen	279 521	259 204	599 501	219 680	37,8	36,7	36,6	11,6	-3,0	-0,2				
Nordrhein-Westfalen	663 211	616 356	1 562 255	522 743	34,4	34,2	33,5	10,1	-2,6	-2,2				
Rheinland-Pfalz	154 996	145 761	243 063	102 979	43,8	41,2	42,4	14,9	-3,2	+2,8				
Saarland	34 201	31 629	77 755	26 279	36,6	34,2	33,8	10,9	-7,7	-1,2				
Sachsen	146 504	137 881	150 537	93 152	67,1	65,6	61,9	21,6	-7,7	-5,6				
Sachsen-Anhalt	64 052	59 890	71 276	43 193	60,5	62,6	60,6	21,2	+0,1	-3,3				
Schleswig-Holstein	115 783	108 519	179 285	80 718	47,0	46,0	45,0	15,3	-4,2	-2,1				
Thüringen	72 485	67 961	65 840	47 670	77,3	73,5	72,4	24,5	-6,3	-1,6				
Deutschland	3 265 862	3 048 312	6 622 777	2 385 186	36,9	36,5	36,0	11,6	-2,4	-1,4				
Westdeutschland	2 675 070	2 491 394	5 944 427	2 022 158	34,8	34,4	34,0	10,7	-2,3	-1,1				
Ostdeutschland	590 792	556 918	678 350	363 028	56,4	55,8	53,5	19,4	-5,1	-4,0				

1) KMU = Unternehmen bis unter 50 Mio. Euro Jahresumsatz; Kleinstunternehmen: bis unter 2 Mio. Euro Jahresumsatz.

26. Gesamtumsatz und Auslandsumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden			Gesamt- umsatz je Beschäftigten	Anteil Auslands- umsatz am Gesamtumsatz	Veränderung des Auslandsumsatzes		Veränderung des Gesamtumsatzes	
	2014	2018	2019			2019/2014	2019/2018	2019/2014	2019/2018
	Mio. €			€	%				
Baden-Württemberg	328 262	370 702	369 855	277 289	55,2	+14,6	+0,3	+12,7	-0,2
Bayern	328 578	376 054	381 868	287 234	54,3	+23,3	+4,0	+16,2	+1,5
Berlin	24 150	25 978	26 875	302 269	55,7	+15,6	+2,9	+11,3	+3,5
Brandenburg	26 031	27 043	27 271	265 694	30,8	+15,0	+8,2	+4,8	+0,8
Bremen	23 474	37 294	35 032	669 149	63,1	+67,7	-6,7	+49,2	-6,1
Hamburg	79 154	79 746	78 296	860 770	31,7	+22,2	-0,5	-1,1	-1,8
Hessen	112 152	121 350	123 633	299 585	54,7	+18,6	+4,4	+10,2	+1,9
Mecklenburg-Vorpommern	14 009	14 912	15 185	232 637	35,1	+23,3	+13,0	+8,4	+1,8
Niedersachsen	196 428	217 867	220 287	380 926	47,1	+17,4	-0,1	+12,1	+1,1
Nordrhein-Westfalen	337 698	357 840	351 895	278 502	44,6	+7,8	-1,1	+4,2	-1,7
Rheinland-Pfalz	90 487	105 856	98 286	326 729	54,4	+11,2	-9,2	+8,6	-7,2
Saarland	26 376	28 420	27 276	311 380	49,5	+9,9	-4,8	+3,4	-4,0
Sachsen	60 917	68 631	67 562	232 829	36,7	+8,5	-2,3	+10,9	-1,6
Sachsen-Anhalt	41 747	43 004	42 898	318 500	30,1	+12,0	+1,3	+2,8	-0,2
Schleswig-Holstein	38 623	36 998	37 419	276 889	37,3	-11,0	-3,3	-3,1	+1,1
Thüringen	32 054	36 340	36 162	205 444	35,1	+29,5	+2,7	+12,8	-0,5
Deutschland	1 760 139	1 948 035	1 939 801	301 100	48,8	+16,1	+0,3	+10,2	-0,4
Westdeutschland	1 561 231	1 732 126	1 723 848	308 675	50,3	+16,2	+0,2	+10,4	-0,5
Ostdeutschland	198 908	215 908	215 954	251 779	36,6	+15,0	+2,1	+8,6	+0,0

27. Umsatz im Bauhauptgewerbe (Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen)

Land	Umsatz im Bauhauptgewerbe			Anteil am Bundesgebiet		Umsatz je Beschäftigten	Veränderung des Umsatzes	
	2014	2018	2019	2014	2019		2019/2014	2019/2018
	Mio. €			%		€	%	
Baden-Württemberg	8 601	12 708	14 131	13,0	15,2	215 826	+64,3	+11,2
Bayern	13 748	17 924	18 615	20,8	20,0	191 271	+35,4	+3,9
Berlin	2 068	3 445	3 480	3,1	3,7	239 237	+68,2	+1,0
Brandenburg	2 487	2 858	3 265	3,8	3,5	190 207	+31,3	+14,2
Bremen	396	756	659	0,6	0,7	207 202	+66,7	-12,8
Hamburg	1 429	1 847	1 942	2,2	2,1	276 020	+35,9	+5,2
Hessen	4 078	4 850	5 330	6,2	5,7	153 302	+30,7	+9,9
Mecklenburg-Vorpommern	1 194	1 483	1 799	1,8	1,9	176 172	+50,7	+21,3
Niedersachsen	7 701	9 594	10 523	11,7	11,3	193 576	+36,6	+9,7
Nordrhein-Westfalen	10 145	12 963	14 290	15,4	15,3	185 637	+40,9	+10,2
Rheinland-Pfalz	3 158	3 959	4 219	4,8	4,5	193 223	+33,6	+6,6
Saarland	755	980	967	1,1	1,0	185 044	+28,1	-1,3
Sachsen	4 220	5 683	6 037	6,4	6,5	177 375	+43,1	+6,2
Sachsen-Anhalt	2 120	2 495	2 783	3,2	3,0	161 426	+31,3	+11,5
Schleswig-Holstein	1 799	2 382	2 834	2,7	3,0	178 112	+57,6	+19,0
Thüringen	2 039	2 339	2 349	3,1	2,5	159 034	+15,2	+0,4
Deutschland	65 937	86 271	93 224	100	100	190 227	+41,4	+8,1
Westdeutschland	51 809	67 962	73 511	78,6	78,9	192 388	+41,9	+8,2
Ostdeutschland	14 128	18 305	19 713	21,4	21,1	182 580	+39,5	+7,7

28. Gästeübernachtungen (einschließlich Campingplätze)

Land	Gästeübernachtungen insgesamt			Darunter von Gästen aus dem Ausland	Über- nachungen insg. je 10 000 Einw.	Durchschnittliche Aufenthaltsdauer ¹⁾		Veränderung der Zahl der Gästeübernachtungen insgesamt	
	2014	2018	2019			2014	2019	2019/2014	2019/2018
	Anzahl in 1 000					%	Anzahl	Tage	
Baden-Württemberg	49 126	54 880	57 187	21,4	52	2,5	2,5	+16,4	+4,2
Bayern	85 226	98 700	100 911	20,7	77	2,6	2,5	+18,4	+2,2
Berlin	28 689	32 872	34 124	45,4	93	2,4	2,4	+18,9	+3,8
Brandenburg	11 936	13 547	13 975	7,6	56	2,7	2,7	+17,1	+3,2
Bremen	2 289	2 590	2 816	18,9	41	1,9	1,9	+23,0	+8,7
Hamburg	12 008	14 530	15 427	24,6	84	2,0	2,0	+28,5	+6,2
Hessen	31 180	34 741	35 614	22,9	57	2,3	2,2	+14,2	+2,5
Mecklenburg-Vorpommern	28 723	30 905	34 117	3,2	212	4,0	4,1	+18,8	+10,4
Niedersachsen	40 423	44 954	46 228	8,7	58	3,1	3,0	+14,4	+2,8
Nordrhein-Westfalen	47 924	51 927	53 260	20,9	30	2,3	2,2	+11,1	+2,6
Rheinland-Pfalz	21 138	22 605	23 019	23,2	56	2,6	2,5	+8,9	+1,8
Saarland	2 921	3 158	3 216	15,6	33	3,0	2,9	+10,1	+1,8
Sachsen	18 899	20 087	20 751	10,6	51	2,6	2,4	+9,8	+3,3
Sachsen-Anhalt	7 433	8 235	8 645	6,7	39	2,5	2,4	+16,3	+5,0
Schleswig-Holstein	26 347	34 453	35 975	6,2	124	3,9	4,0	+36,5	+4,4
Thüringen	9 794	9 858	10 350	6,1	48	2,7	2,6	+5,7	+5,0
Deutschland	424 056	478 041	495 616	18,1	60	2,6	2,6	+16,9	+3,7
Westdeutschland	318 583	362 537	373 654	18,4	56	2,6	2,5	+17,3	+3,1
Ostdeutschland	105 473	115 503	121 962	17,3	75	2,8	2,8	+15,6	+5,6

1) Rechnerischer Wert Übernachtungen/Ankünfte pro Person.

29. Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohnerin und Einwohner¹⁾

Land	Verfügbares Einkommen je Einwohner/-in			Deutschland = 100 ²⁾			Veränderung je Einwohner/-in	
	2013	2017	2018	2013	2017	2018	2018/2013 ²⁾	2018/2017
	€			Messzahl			%	
Baden-Württemberg	22 366	24 202	24 892	110,2	109,1	108,7	+11,3	+2,9
Bayern	22 419	24 451	25 309	110,4	110,2	110,5	+12,9	+3,5
Berlin	18 239	20 249	20 972	89,9	91,3	91,6	+15,0	+3,6
Brandenburg	17 951	19 906	20 475	88,4	89,7	89,4	+14,1	+2,9
Bremen	19 496	20 712	21 481	96,0	93,3	93,8	+10,2	+3,7
Hamburg	22 783	24 245	25 029	112,2	109,3	109,3	+9,9	+3,2
Hessen	21 128	23 117	23 943	104,1	104,2	104,6	+13,3	+3,6
Mecklenburg-Vorpommern	16 869	18 891	19 470	83,1	85,1	85,0	+15,4	+3,1
Niedersachsen	19 571	21 424	21 988	96,4	96,6	96,0	+12,3	+2,6
Nordrhein-Westfalen	19 811	21 547	22 294	97,6	97,1	97,4	+12,5	+3,5
Rheinland-Pfalz	20 324	22 277	23 197	100,1	100,4	101,3	+14,1	+4,1
Saarland	18 912	20 346	20 277	93,2	91,7	88,5	+7,2	-0,3
Sachsen	17 758	19 689	20 335	87,5	88,7	88,8	+14,5	+3,3
Sachsen-Anhalt	17 119	19 134	19 528	84,3	86,2	85,3	+14,1	+2,1
Schleswig-Holstein	20 386	22 299	22 833	100,4	100,5	99,7	+12,0	+2,4
Thüringen	17 323	19 307	19 793	85,3	87,0	86,4	+14,3	+2,5
Deutschland	20 298	22 189	22 899	100	100	100	+12,8	+3,2
Westdeutschland	20 949	22 809	23 547	103,2	102,8	102,8	+12,4	+3,2
Ostdeutschland	17 651	19 640	20 231	87,0	88,5	88,3	+14,6	+3,0

1) Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2019.

2) Eigene Berechnungen, beruhend auf den Ergebnissen des Arbeitskreises "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" (VGRdL).

30. Durchschnittliche Bruttoverdienste von Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich

Land	Bruttojahresverdienste von Vollzeitbeschäftigten ¹⁾			Bruttojahresverdienst (Vollzeitbeschäftigte) von Frauen in Prozent des Verdienstes von Männern ¹⁾		Verdienstabstand von Frauen zu Männern (alle Beschäftigte) gemessen am Bruttostundenverdienst (unbereinigter Gender Pay Gap) ²⁾			Veränderung der Bruttojahres- verdienste ¹⁾
	2014	2018	2019	2014	2019	2014	2018	2019	
	€			%					
Baden-Württemberg	50 090	55 533	56 644	75,0	77,0	27	26	25	+2,0
Bayern	49 417	54 904	56 396	78,6	80,7	25	24	23	+2,7
Berlin	44 350	50 742	53 432	86,8	85,9	14	14	14	+5,3
Brandenburg	36 631	40 564	42 480	94,1	97,8	7	2	3	+4,7
Bremen	47 747	51 364	53 221	77,5	79,3	25	22	23	+3,6
Hamburg	52 950	57 437	60 010	78,5	79,6	22	20	20	+4,5
Hessen	52 199	57 782	59 024	79,8	83,1	24	23	22	+2,1
Mecklenburg-Vorpommern	33 870	38 774	39 854	94,2	96,9	8	6	6	+2,8
Niedersachsen	43 822	48 183	49 879	81,2	83,7	22	20	20	+3,5
Nordrhein-Westfalen	48 814	52 070	53 439	82,0	83,7	23	22	21	+2,6
Rheinland-Pfalz	45 572	49 412	50 557	81,5	83,7	21	19	19	+2,3
Saarland	44 802	47 908	48 937	80,5	83,6	23	23	21	+2,1
Sachsen	35 272	41 192	42 183	91,2	92,8	11	11	10	+2,4
Sachsen-Anhalt	34 962	40 450	41 620	93,5	97,9	5	3	3	+2,9
Schleswig-Holstein	42 315	46 214	47 559	83,7	86,6	17	15	14	+2,9
Thüringen	34 816	39 409	40 396	95,7	95,5	8	9	8	+2,5
Deutschland	46 575	51 331	52 803	80,7	83,0	22	21	20	+2,9
Westdeutschland ³⁾	48 425	53 054	54 550	79,9	81,9	24	22	21	+2,8
Ostdeutschland ⁴⁾	35 215	40 334	41 534	93,3	95,5	9	7	7	+3,0

1) Einschließlich Sonderzahlungen.

2) Verdienststrukturerhebungen 2010 und 2014 fortgeschrieben mit Ergebnissen der Vierteljährlichen Verdiensterhebung.

3) Einschließlich Berlin.

4) Ohne Berlin.

31. Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Investitionen in Sachanlagen im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden				Veränderung der Investitionen	
	insgesamt			je tätige Person		
	2013	2017	2018		2018/2013	2018/2017
	Mio. €			€	%	
Baden-Württemberg	11 156	13 631	14 685	11 113	+31,6	+7,7
Bayern	11 046	14 087	14 967	11 238	+35,5	+6,2
Berlin	798	884	997	10 639	+24,9	+12,7
Brandenburg	1 125	1 181	1 224	11 947	+8,8	+3,7
Bremen	1 009	549	732	14 105	-27,4	+33,3
Hamburg	1 116	1 057	1 186	13 438	+6,3	+12,2
Hessen	3 449	3 309	3 738	8 995	+8,4	+13,0
Mecklenburg-Vorpommern	347	508	619	9 839	+78,4	+21,8
Niedersachsen	5 362	5 067	5 572	9 750	+3,9	+10,0
Nordrhein-Westfalen	9 521	11 273	11 584	9 232	+21,7	+2,8
Rheinland-Pfalz	3 017	3 018	3 575	12 085	+18,5	+18,4
Saarland	999	927	1 283	14 478	+28,5	+38,5
Sachsen	3 445	2 625	2 788	9 758	-19,1	+6,2
Sachsen-Anhalt	1 346	1 509	1 501	11 321	+11,5	-0,5
Schleswig-Holstein	840	1 110	1 254	9 492	+49,3	+13,0
Thüringen	1 319	1 577	1 726	9 810	+30,8	+9,4
Deutschland	55 877	62 310	67 432	10 528	+20,7	+8,2
Westdeutschland	47 515	54 029	58 578	10 551	+23,3	+8,4
Ostdeutschland	8 379	8 284	8 855	10 377	+5,7	+6,9

32. Patentanmeldungen

Land	Patentanmeldungen insgesamt			Patentanmeldungen je 100 000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Patentanmeldungen insgesamt	
	2014	2018	2019	2014	2018	2019	2019/2014	2019/2018
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	14 535	14 586	15 230	136	132	137	+4,8	+4,4
Bayern	15 539	14 920	14 064	123	114	107	-9,5	-5,7
Berlin	869	721	678	25	20	19	-22,0	-6,0
Brandenburg	326	289	294	13	12	12	-9,8	+1,7
Bremen	143	136	142	22	20	21	-0,7	+4,4
Hamburg	807	860	736	46	47	40	-8,8	-14,4
Hessen	2 042	1 614	1 536	34	26	24	-24,8	-4,8
Mecklenburg-Vorpommern	169	145	89	11	9	6	-47,3	-38,6
Niedersachsen	3 138	3 608	3 847	40	45	48	+22,6	+6,6
Nordrhein-Westfalen	7 119	6 847	7 022	40	38	39	-1,4	+2,6
Rheinland-Pfalz	1 032	910	830	26	22	20	-19,6	-8,8
Saarland	222	175	215	22	18	22	-3,2	+22,9
Sachsen	966	596	667	24	15	16	-31,0	+11,9
Sachsen-Anhalt	227	205	193	10	9	9	-15,0	-5,9
Schleswig-Holstein	462	474	493	16	16	17	+6,7	+4,0
Thüringen	559	546	598	26	25	28	+7,0	+9,5
Deutschland	48 155	46 632	46 634	60	56	56	-3,2	+0,0
Westdeutschland	45 039	44 130	44 115	69	66	66	-2,1	-0,0
Ostdeutschland	3 116	2 502	2 519	20	15	16	-19,2	+0,7

Quelle: Deutsches Patent- und Markenamt

33. Ausfuhr

Land	Ausfuhr (Spezialhandel)			Anteil an der deutschen Ausfuhr 2019 ²⁾	Veränderung der Ausfuhren	
	2014	2018	2019 ¹⁾		2019/2014	2019/2018
	Mio. €			%		
Baden-Württemberg	180 729	203 004	205 114	20,3	+13,5	+1,0
Bayern	168 589	190 518	189 567	18,8	+12,4	-0,5
Berlin	13 307	14 634	14 719	1,5	+10,6	+0,6
Brandenburg	13 230	12 912	13 283	1,3	+0,4	+2,9
Bremen	17 325	21 439	20 274	2,0	+17,0	-5,4
Hamburg	51 258	52 470	53 500	5,3	+4,4	+2,0
Hessen	58 474	64 512	64 827	6,4	+10,9	+0,5
Mecklenburg-Vorpommern	7 170	7 214	7 249	0,7	+1,1	+0,5
Niedersachsen	77 583	85 745	85 350	8,5	+10,0	-0,5
Nordrhein-Westfalen	179 687	196 158	193 688	19,2	+7,8	-1,3
Rheinland-Pfalz	48 126	59 891	53 413	5,3	+11,0	-10,8
Saarland	13 743	15 752	15 392	1,5	+12,0	-2,3
Sachsen	35 907	40 486	40 286	4,0	+12,2	-0,5
Sachsen-Anhalt	14 995	16 560	16 599	1,6	+10,7	+0,2
Schleswig-Holstein	19 632	21 322	20 964	2,1	+6,8	-1,7
Thüringen	12 987	15 469	15 507	1,5	+19,4	+0,2
Deutschland ³⁾	1 123 746	1 317 440	1 327 772	100	+18,2	+0,8
Westdeutschland	815 145	910 810	902 089	89,3	+10,7	-1,0
Ostdeutschland	97 596	107 275	107 642	10,7	+10,3	+0,3

1) Vorläufige Werte, Stand: August 2020.

2) Anteilsberechnung der Länder nur auf Basis der regional zuordnungsfähigen Werte.

3) Einschließlich Waren ausländischen Ursprungs und regional nicht zuordnungsfähiger Exporte.

34. Einfuhr

Land	Einfuhr (Generalhandel)			Anteil an der deutschen Einfuhr 2019 ²⁾	Veränderung der Einfuhren	
	2014	2018	2019 ¹⁾		2019/2014	2019/2018
	Mio. €				%	
Baden-Württemberg	145 435	178 259	183 164	17,0	+25,9	+2,8
Bayern	150 304	188 784	190 457	17,7	+26,7	+0,9
Berlin	9 911	13 976	15 210	1,4	+53,5	+8,8
Brandenburg	18 236	19 603	18 634	1,7	+2,2	-4,9
Bremen	13 522	15 997	18 680	1,7	+38,1	+16,8
Hamburg	70 595	67 302	67 490	6,3	-4,4	+0,3
Hessen	80 343	99 975	102 670	9,6	+27,8	+2,7
Mecklenburg-Vorpommern	5 284	6 593	6 652	0,6	+25,9	+0,9
Niedersachsen	76 883	90 169	92 263	8,6	+20,0	+2,3
Nordrhein-Westfalen	206 329	241 013	245 243	22,8	+18,9	+1,8
Rheinland-Pfalz	31 994	45 515	39 387	3,7	+23,1	-13,5
Saarland	12 642	14 357	15 181	1,4	+20,1	+5,7
Sachsen	20 616	24 742	26 909	2,5	+30,5	+8,8
Sachsen-Anhalt	16 043	19 163	18 133	1,7	+13,0	-5,4
Schleswig-Holstein	19 963	22 108	23 221	2,2	+16,3	+5,0
Thüringen	8 666	11 253	11 564	1,1	+33,4	+2,8
Deutschland ³⁾	915 559	1 094 769	1 109 651	100	+21,2	+1,4
Westdeutschland	808 010	963 478	977 757	91,0	+21,0	+1,5
Ostdeutschland	78 755	95 329	97 103	9,0	+23,3	+1,9

1) Vorläufige Werte, Stand: August 2020.

2) Anteilsberechnung der Länder nur auf Basis der regional zuordnungsfähigen Werte.

3) Spezialhandel; Einschließlich regional nicht zuordnungsfähiger Importe.

35. Bestand unmittelbarer Direktinvestitionen¹⁾

Land	Bestand unmittelbarer inländischer Direktinvestitionen im Ausland (31.12.)			Veränderung	Bestand unmittelbarer ausländischer Direktinvestitionen im Inland (31.12.)			Veränderung
	2013	2017	2018 ²⁾	2018/2017	2013	2017	2018 ²⁾	2018/2017
	Mio. €			%	Mio. €			%
Baden-Württemberg	161 553	249 026	245 647	-1,4	83 070	100 905	95 531	-5,3
Bayern	204 720	256 314	256 147	-0,1	105 448	139 445	172 954	+24,0
Berlin	-2 463	16 224	33 849	+108,6	25 573	30 023	30 903	+2,9
Brandenburg	2 755	4 970	4 846	-2,5	1 126	4 288	2 614	-39,0
Bremen	1 226	2 888	3 206	+11,0	3 689	2 791	2 827	+1,3
Hamburg	44 784	49 609	52 315	+5,5	65 567	61 578	67 558	+9,7
Hessen	160 485	200 366	231 486	+15,5	113 617	157 084	153 889	-2,0
Mecklenburg-Vorpommern	508	333	123	-63,1	5 052	5 845	6 827	+16,8
Niedersachsen	61 741	69 197	69 962	+1,1	23 170	30 718	33 898	+10,4
Nordrhein-Westfalen	230 035	260 086	269 383	+3,6	198 291	173 871	162 534	-6,5
Rheinland-Pfalz	36 007	46 378	53 537	+15,4	12 096	13 591	15 193	+11,8
Saarland	2 390	3 193	3 302	+3,4	1 659	1 635	1 798	+10,0
Sachsen	1 275	1 914	1 640	-14,3	5 452	5 286	5 295	+0,2
Sachsen-Anhalt	4 392	3 343	3 885	+16,2	3 112	3 288	3 573	+8,7
Schleswig-Holstein	3 420	11 305	5 037	-55,4	11 945	11 943	10 719	-10,2
Thüringen	791	1 964	1 985	+1,1	1 641	1 870	1 911	+2,2
Deutschland³⁾	913 621	1 177 110	1 236 351	+5,0	660 509	744 161	768 024	+3,2
Westdeutschland	906 361	1 148 362	1 190 022	+3,6	618 552	693 561	716 901	+3,4
Ostdeutschland	7 258	28 748	46 328	+61,2	41 956	50 600	51 123	+1,0

1) Der Bestand der unmittelbaren Direktinvestitionen ist ein Saldo aus Forderungen und Verbindlichkeiten. Berechnung gemäß der neuen OECD Benchmark Definition of Foreign Direct Investment durchgeführt.

2) Vorläufige Angaben.

3) Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Deutsche Bundesbank (Stand Juni 2020)

Für den Ländervergleich werden die betrachteten Finanzgrößen der Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherungen (unter Aufsicht des jeweiligen Landes) zusammengefasst. Die Darstellung umfasst die öffentlichen Gesamthaushalte mit Kern- und Extrahaushalten.

Extrahaushalte sind öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (FEU), die gemäß dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) zum Staatssektor gehören. Als FEU gelten Einheiten, an denen die öffentliche Hand zu mindestens 50 % über das Nennkapital oder das Stimmrecht beteiligt ist (öffentliche Kontrolle). FEU bilden jedoch keine Extrahaushalte, wenn sie sich zu mindestens 50 % durch eigene Gebühren, Beiträge u. ä. finanzieren, wie beispielsweise kommunale Versorgungsunternehmen. Diese sogenannten Marktproduzenten gehören gemäß ESGV nicht zum Staatssektor.

Kernhaushalte Unmittelbare Haushalte der Länder, Kommunen und Sozialversicherungen	Extrahaushalte Öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (FEU des Staatssektors)
Öffentlicher Gesamthaushalt	

In den Tabellen 36 bis 42 ist der öffentliche Gesamthaushalt zusammengefasst für die Länder und deren zugehörige Gemeinden/Gemeindeverbände dargestellt. Die Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin weisen keine kommunale Ebene auf, so dass hier die öffentlichen Gesamthaushalte der Länderebene ausgewiesen werden. Tabelle 43 bildet hingegen den Finanzausgleich zwischen den Ländern, respektive zwischen Bund und Ländern ab.

Im Folgenden werden für die Einnahmen und Ausgaben die sogenannten bereinigten Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben herangezogen. Diese enthalten keine besonderen Finanzierungsvorgänge wie beispielsweise Kreditaufnahmen und -tilgungen. Darüber hinaus werden die Zahlungen innerhalb der finanzstatistischen Aggregate (z. B. Zahlungen zwischen Land und Kommunen) herausgerechnet.

Einnahmen der Gesamthaushalte

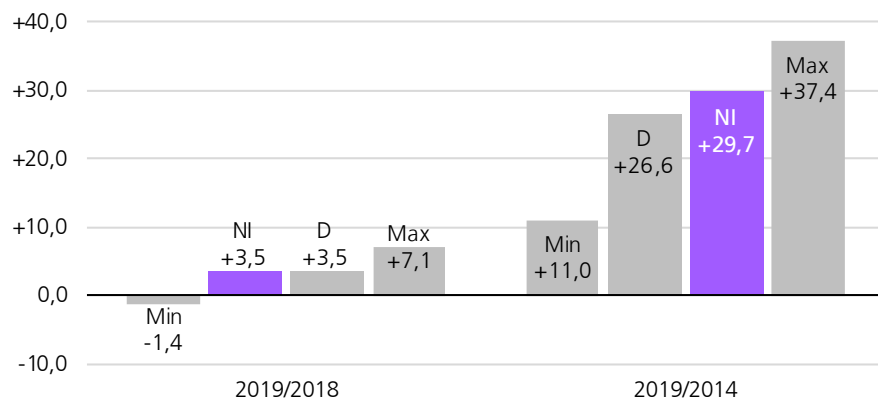
T36

Einnahmen und Steuereinnahmen weiterhin im Wachstum

Im Jahre 2019 stiegen die Einnahmen der öffentlichen Gesamthaushalte von Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen gegenüber dem Vorjahr in allen Ländern mit Ausnahme von Hamburg an. Im Bundesdurchschnitt belief sich das Wachstum auf 3,5 % auf nunmehr 7 252 Euro pro Kopf. In Niedersachsen wuchsen die Einnahmen ebenfalls um 3,5 % auf 6 667 Euro pro Kopf. Neben dem Rückgang um 1,4 % in Hamburg traten die geringsten Zuwächse für die Gesamthaushalte in Berlin (+1,1 %) und Sachsen (+1,7 %) auf. Die höchsten Zuwächse erreichten das Saarland (+7,1 %), Nordrhein-Westfalen und Bremen (jeweils +4,6 %). Über die höchsten Pro-Kopf-Einnahmen verfügten 2019 wie in den Vorjahren die Stadtstaaten Hamburg (11 222 Euro), Bremen (10 002 Euro) und Berlin (8 745 Euro). Die geringsten Pro-Kopf-Einnahmen erzielten Rheinland-Pfalz (6 489 Euro) und Niedersachsen (6 667 Euro).

Im mittelfristigen Vergleich 2019 gegenüber 2014 fielen Schleswig-Holstein und Hamburg mit einem Wachstum der Einnahmen von 37,4 % bzw. 35,9 % auf, wohingegen Sachsen lediglich Zuwächse von 11,0 % verzeichnen konnte. In Niedersachsen stiegen die Einnahmen im gleichen Zeitraum um 29,7 % (Bundesdurchschnitt: +26,6 %).

Veränderung der Einnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen (Kernhaushalte und Extrahaushalte) 2019 gegenüber 2018 und 2014 – Prozent –



Die Steuereinnahmequote ist in Tabelle 36 als Quotient der kassenmäßigen Steuereinnahmen und der Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushaltes dargestellt. Demnach bezogen 2019 die öffentlichen Gesamthaushalte in Niedersachsen 69,7 % ihrer Einnahmen aus Steuererträgen. Damit lag Niedersachsen leicht über dem Bundesdurchschnitt von 68,8 %. Während die öffentlichen Haushalte in Baden-Württemberg 73,7 % der Einnahmen aus Steuern generierten, lag der Anteil in Bremen lediglich bei 49,5 %.

Steuereinnahmequote

T36

In allen Ländern verbuchten die öffentlichen Gesamthaushalte 2019 eine Zunahme der Steuererträge. Bundesweit wuchsen die Steuereinnahmen um 3,7 % auf 4 992 Euro pro Kopf. Niedersachsen erreichte bei den Steuereinnahmen mit einem Wachstum von 5,3 % (auf 4 648 Euro pro Kopf) überdurchschnittliche Zuwächse. Die höchsten Zuwächse hatten Rheinland-Pfalz (+7,2 %) und Mecklenburg-Vorpommern (+5,9 %), die geringsten Bremen (+0,8 %) und Baden-Württemberg (+1,2 %). Im Vergleich 2019 gegenüber 2014 konnten die Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände bundesweit ihre Einnahmen aus Steuern um 31,9 % steigern. Niedersachsen verbuchte hier ein leicht überdurchschnittliches Plus von 32,8 %.

Steuereinnahmen

T37

Der Quotient aus Steuereinnahmen und Bruttoinlandsprodukt (BIP) vermittelt einen Überblick über das Volumen der Steuereinnahmen in Relation zur Wirtschaftsleistung. Bei der Betrachtung dieser Quote 2019 im Ländervergleich ist auffällig, dass die Stadtstaaten Bremen (10,1 %) und Hamburg (10,6 %) die geringsten Quoten aufwiesen und die wirtschaftsschwächeren Länder Brandenburg (14,6 %), Sachsen-Anhalt (14,5 %) und Mecklenburg-Vorpommern (14,4 %) die höchsten. Niedersachsen lag mit einem Wert von 12,1 % genau im Bundesdurchschnitt.

Quotient Steuereinnahmen/BIP

T37

Ausgabenentwicklung der öffentlichen Gesamthaushalte uneinheitlich

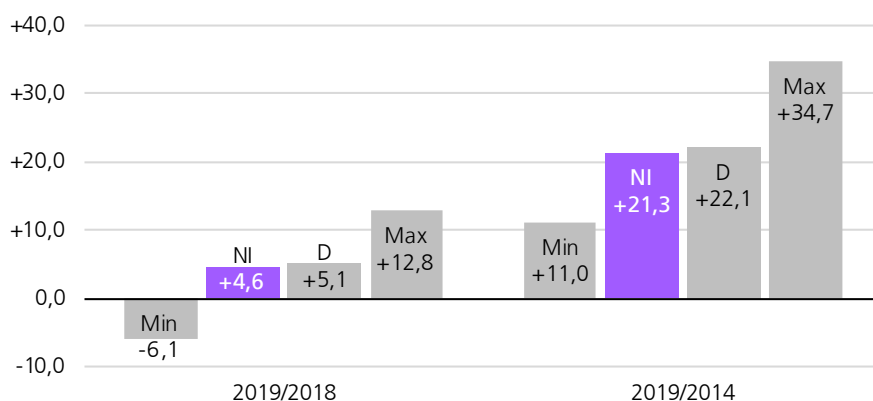
Pro Kopf beliefen sich die Ausgaben der öffentlichen Gesamthaushalte 2019 im Bundesdurchschnitt auf 6 983 Euro. Die mit Abstand höchsten Ausgaben pro Kopf wurden in den Stadtstaaten Hamburg (11 085 Euro), Bremen (9 687 Euro) und Berlin (8 426 Euro) getätigt, die geringsten in Rheinland-Pfalz (6 108 Euro), Niedersachsen (6 240 Euro) und Thüringen (6 323 Euro).

Ausgaben der Gesamthaushalte

T38

Die Veränderungsdaten gegenüber dem Vorjahr zeigten zwischen den Ländern deutliche Unterschiede. Bundesweit betrug 2019 das Ausgabenwachstum der Länder, Kommunen und Sozialversicherungen 5,1 %, in Niedersachsen 4,6 %. Die Ausgaben der öffentlichen Gesamthaushalte stiegen am stärksten in Brandenburg (+12,8 %) und Bayern (+10,1 %). In Schleswig-Holstein (-6,1 %) und Hamburg (-5,3 %) waren die Ausgabenvolumen sogar rückläufig. Im Vergleich der Jahre 2014 und 2019 wuchsen die Ausgaben der Gesamthaushalte bundesweit um 22,1 %, in Niedersachsen um 21,3 %. Die höchsten Zuwächse verzeichneten Hamburg (34,7 %), Bayern (34,5 %) und Schleswig-Holstein (34,3 %), die geringsten das Saarland (11,0 %) und Rheinland-Pfalz (12,1 %).

Veränderung der Ausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen (Kernhaushalte und Extrahaushalte) 2019 gegenüber 2018 und 2014 – Prozent –



Quotient Ausgaben/BIP

T38

Im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung (BIP) sind die Ausgaben in den ostdeutschen Ländern im Durchschnitt höher (21,9 %) als in den westdeutschen Ländern (16,4 %). In allen ostdeutschen Ländern lag diese Quote über 20 %. Die geringsten Quoten wurden in den wirtschaftsstarken westdeutschen Flächenländern Baden-Württemberg (14,2 %), Bayern (15,8 %) und Hessen (16,1 %) verzeichnet. Für Niedersachsen liegt dieser Wert mit 16,2 % unter dem Durchschnitt der westdeutschen Länder und dem Bundesdurchschnitt (16,9 %).

Personalausgaben

T39

Wachstum der Personalausgaben

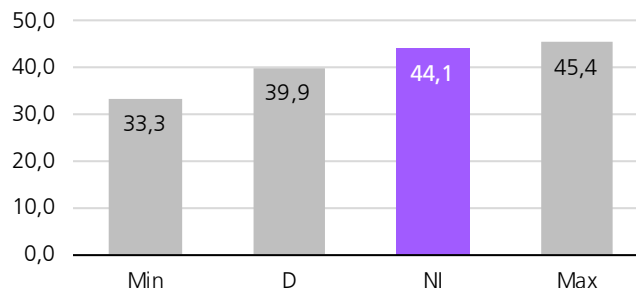
Die Ausgaben der öffentlichen Gesamthaushalte der Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherungen für Personal stiegen 2019 bundesweit um 5,1 % gegenüber dem Vorjahr. Das Wachstum entsprach damit dem der gesamten Ausgaben. In Niedersachsen stiegen die Personalausgaben mit 5,2 % stärker als die Ausgaben insgesamt (+4,6 %). Im Vergleich 2019 gegenüber 2014 war bei diesem Ausgabenposten bundesweit ein Wachstum um 22,2 % zu verzeichnen, in Niedersachsen um 23,0 %, was dem Durchschnitt der westdeutschen Länder entsprach.

Personalausgabenquote

T39

Bundesweit verwendeten Länder, Kommunen und Sozialversicherungen 39,9 % der Ausgaben für Personal. Niedersachsen lag hier mit 44,1 % über dem Durchschnitt. Höhere Personalausgabenquoten wurden nur für Rheinland-Pfalz (45,4 %) und für das Saarland (45,1 %) berechnet. Den niedrigsten Wert wies Hamburg (33,3 %) auf.

■ Personalausgabenquote der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen (Kernhaushalte und Extrahaushalte) 2019 – Prozent –



Zinsausgaben

T40

Zinsausgaben weiter deutlich rückläufig

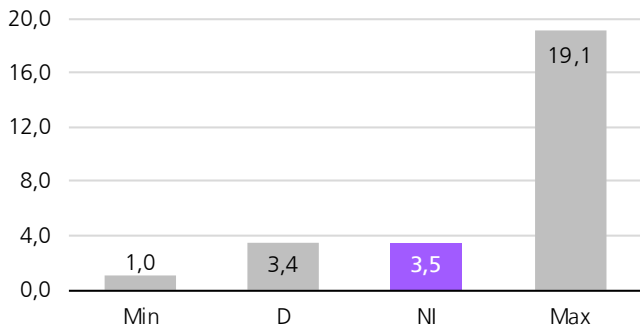
Die bundesweiten Ausgaben für Zinsen der öffentlichen Gesamthaushalte der Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherungen sanken 2019 gegenüber dem Vorjahr wiederum deutlich um 8,9 %. In allen Ländern außer Bremen waren die Zinsausgaben rückläufig. Im mittelfristigen Vergleich 2019 gegenüber 2014 belief sich der Rückgang bundesdurchschnittlich auf 35,2 %. In Niedersachsen gingen die Ausgaben für Zinsen gegenüber dem Vorjahr um 7,8 % zurück (mittelfristig um 31,0 %). Ursächlich dürfte hier vor allem ein weiterhin niedriges Zinsniveau sein. Die deutlichsten Senkungen der Zinsausgaben 2019 im Vorjahresvergleich wurden für Sachsen (19,1 %) und Rheinland-Pfalz (14,7 %) errechnet, in Bremen wuchs dieser Ausgabenposten um 2,3 %. Pro Kopf gaben die öffentlichen Gesamthaushalte bundesweit durchschnittlich 171 Euro für Zinsen aus; in Niedersachsen waren es 164 Euro.

Zins-Steuer-Quote

T40

Die Zins-Steuer-Quote als Quotient aus Zinsausgaben und Steuereinnahmen weist über die Länder eine große Streuung auf. Sachsen und Bayern verwendeten lediglich 1,0 % bzw. 1,1 % der Steuererträge auf die Zinszahlungen, Bremen hingegen 19,1 %. Für Niedersachsen lag die Zins-Steuer-Quote mit 3,5 % leicht über dem bundesweiten Durchschnitt (3,4 %).

Zins-Steuer-Quote 2019 – Prozent –



Erneut positiver Finanzierungssaldo

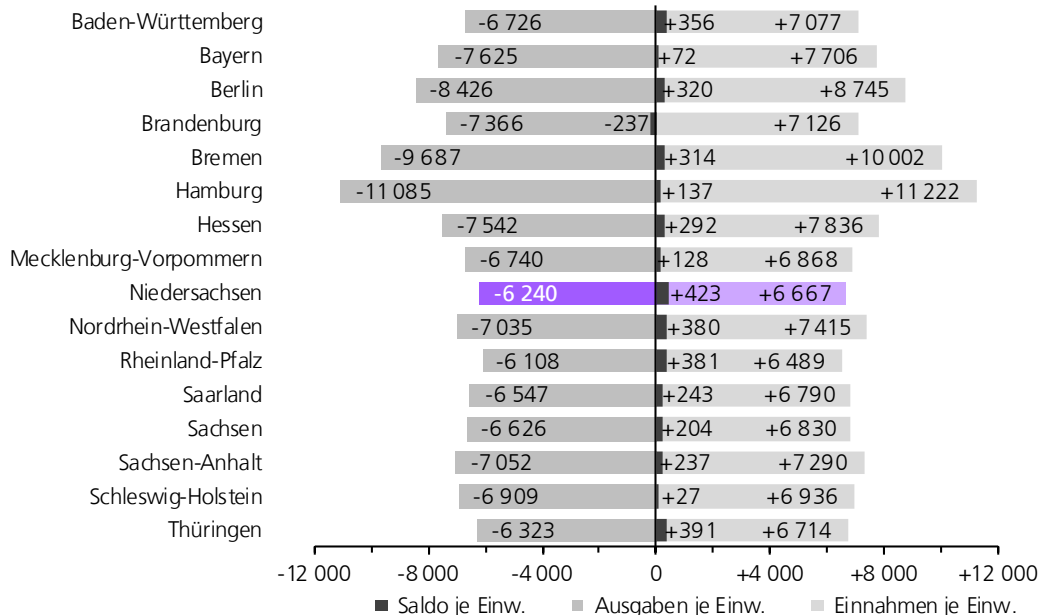
Finanzierungssaldo

T41

Der Finanzierungssaldo wird berechnet als Differenz der bereinigten Einnahmen und bereinigten Ausgaben zuzüglich des „Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen“.

Die öffentlichen Gesamthaushalte der Länder, Kommunen und Sozialversicherungen erzielten 2019 in 15 der 16 Länder Finanzierungsüberschüsse (mehr Einnahmen als Ausgaben). Bundesweit betrug der Finanzierungsüberschuss aller öffentlichen Gesamthaushalte pro Kopf gerechnet 267 Euro. Nur in Brandenburg gab es ein Finanzierungsdefizit (pro Kopf 237 Euro mehr Ausgaben als Einnahmen). Die höchsten Überschüsse pro Kopf wurden in Niedersachsen (423 Euro), Thüringen (391 Euro) und Rheinland-Pfalz (381 Euro) erwirtschaftet. In Niedersachsen wiesen die öffentlichen Gesamthaushalte damit das fünfte Jahr in Folge einen Überschuss aus.

Ausgaben, Einnahmen und Finanzierungssaldo der Länder und Kommunen (Kernhaushalte und Extrahaushalte) je Einwohnerin und Einwohner 2019 – Euro –



Um einen weiteren Vergleich der Finanzierungssaldi zwischen den Ländern zu ermöglichen, kann der Quotient aus dem Finanzierungssaldo und der Wirtschaftsleistung (BIP) herangezogen werden. Bundesweit belief sich der Finanzierungsüberschuss der Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherungen 2019 auf 0,6 % des Bruttoinlandsproduktes (Vorjahr 0,9 %). Die höchsten Quoten gemessen am BIP hatten Thüringen (1,3 %), Niedersachsen und Rheinland-Pfalz (jeweils 1,1 %); die niedrigsten Brandenburg (0,8 % bei Finanzierungsdefizit) sowie Bayern und Schleswig-Holstein (jeweils 0,1 %).

Quotient Finanzierungssaldo/BIP

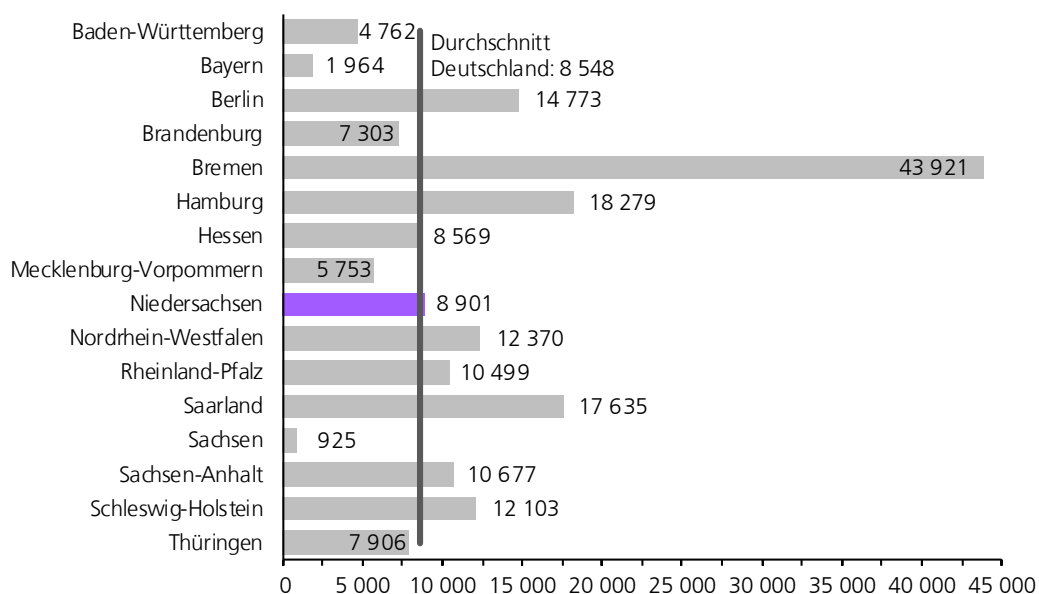
T41

Verschuldung in Niedersachsen leicht gesunken, bundesweit leicht gestiegen

Die Verschuldung der öffentlichen Gesamthaushalte von Ländern, Gemeinden/Gemeindeverbänden und Sozialversicherungen beim nicht-öffentlichen Bereich nahm bundesweit 2019 gegenüber 2018 um 1,0 % zu. In den Vorjahren konnte die Verschuldung 2018 noch um 2,9 % und 2017 um 3,2 % reduziert werden. Der Schuldenstand bundesweit am 31.12.2019 belief sich damit auf 710,1 Mrd. Euro oder 8 548 Euro pro Kopf gerechnet. Die öffentlichen Gesamthaushalte Niedersachsens konnten entgegen dem Bundesdurchschnitt die Verschuldung um 1,5 % reduzieren, auf 71,1 Mrd. Euro oder 8 901 Euro pro Kopf. Die stärksten Abnahmen gegenüber dem Vorjahr wurden für Sachsen (11,2 %) und Bayern (6,6 %) berechnet, die stärksten Zuwächse für Bremen (38,1 %) und Sachsen-Anhalt (4,0 %). Die höchsten Schuldenstände pro Kopf wiesen am 31. Dezember 2019 die Gesamthaushalte der Stadtstaaten Bremen (43 921 Euro) und Hamburg (18 279 Euro) sowie des Saarlands (17 635 Euro) aus, die geringsten Sachsen (925 Euro), Bayern (1 964 Euro) und Baden-Württemberg (4 762 Euro).

■ Schulden je Einwohnerin und Einwohner 2019 – Euro –

Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände
Kernhaushalte und Extrahaushalte



Quotient Schulden/BIP

Ein weiteres Maß zur Abbildung der öffentlichen Verschuldung ist der Quotient aus Schuldenstand und Bruttoinlandsprodukt (BIP). Nach dieser Quote entsprachen die Schulden in Niedersachsen 2019 knapp einem Viertel des BIP (23,2 %) und im Bundesdurchschnitt gut einem Fünftel (20,7 %). Im Ländervergleich ergibt sich ein ähnliches Ergebnis wie bei der Verschuldung pro Kopf. Bremen hatte mit 89,2 % den höchsten Anteil der Schulden gemessen am BIP, gefolgt vom Saarland (48,1 %). In Hamburg fiel die Verschuldung aufgrund des hohen BIP mit 27,3 % weniger stark ins Gewicht. Die geringsten Anteile wiesen wiederum Sachsen (2,9 %), Bayern (4,1 %) und Baden-Württemberg (10,1 %) auf.

Finanzausgleich

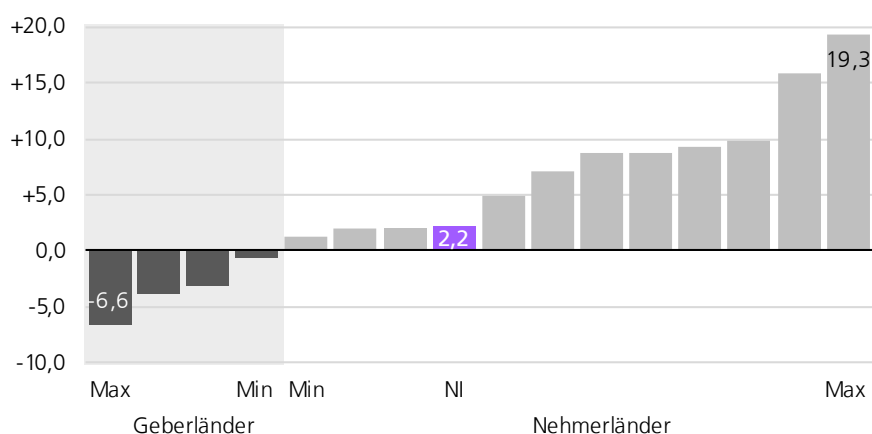
Volumen des Finanzausgleichs gesunken

Bei den Beträgen, die die Länder in den bundesstaatlichen Finanzausgleich einzahlen oder ausgezahlt bekommen, handelt es sich um die Summen des vertikalen und des horizontalen bundesstaatlichen Finanzausgleichs (für 2018 und 2019 sind die Werte noch vorläufig). Der horizontale Länderfinanzausgleich (LFA) verteilt Finanzmittel zwischen den Ländern um. Die Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) bilden den vertikalen Finanzausgleich, bei welchem von einer übergeordneten Gebietskörperschaft (Bund) unter bestimmten Bedingungen Zahlungen an nachgeordnete Gebietskörperschaften (Länder) geleistet werden.

Das Volumen des Finanzausgleichs (LFA und BEZ) ist 2019 im Vergleich zum Vorjahr um 810 Mio. Euro auf 7 593 Mio. Euro gesunken. Zu beachten ist, dass sich die Beträge des Länderfinanzausgleichs (LFA) zwischen den Geber- und Nehmerländern saldieren. Niedersachsen erhielt 2019 aus dieser Summe 1 197 Mio. Euro (bzw. 150 Euro pro Kopf) und damit 82 Mio. Euro weniger als im Vorjahr. Die Geberländer waren wie im Vorjahr Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Hamburg. Pro-Kopf gerechnet waren die Stadtstaaten Berlin (1 688 Euro) und Bremen (1 584 Euro) die Länder mit den höchsten Zuweisungen.

Der Quotient aus Finanzausgleich (LFA und BEZ) geteilt durch die bereinigten Einnahmen der Länder (bei Flächenländern einschließlich ihrer Gemeinden) zeigt das Gewicht des bundesstaatlichen Finanzausgleichs für die Haushalte der Länder. Demnach mussten Bayern 6,6 %, Hessen 3,9 %, Baden-Württemberg 3,1 % und Hamburg 0,6 % ihrer Einnahmen an den bundesstaatlichen Finanzausgleich abführen. Auf Seiten der Nehmerländer hatte der Finanzausgleich vor allem für Berlin (19,3 %) und Bremen (15,8 %) und Mecklenburg-Vorpommern (9,7 %) ein hohes Gewicht. Für die Nehmerländer Nordrhein-Westfalen (1,2 %) sowie Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein (jeweils 2,0 %) hatte der Finanzausgleich eine geringfügigere Bedeutung. Auch für Niedersachsen ist mit 2,2 % des BIP diese Quote vergleichsweise klein.

■ Anteil des Länderfinanzausgleichs (LFA + BEZ) in den Geberländern und Nehmerländern an den bereinigten Gesamteinnahmen 2019 – Prozent –



Informationen:

Einnahmen, Ausgaben und Schulden der öffentlichen Haushalte:

- Einnahmen und Ausgaben: Statistisches Bundesamt (Destatis): Finanzen und Steuern. [Vierteljährliche Kassenergebnisse des Öffentlichen Gesamthaushalts 1.- 4. Vierteljahr](#) (Fachserie 14 Reihe 2)
- Schulden: Statistisches Bundesamt (Destatis): Finanzen und Steuern. [Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts](#) (Fachserie 14 Reihe 5)
- LSN: [Statistische Berichte Niedersachsen](#): L Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern
- LSN: [Statistische Monatshefte Niedersachsen](#): 07/2020 Staats- und Kommunalfinanzen 2019
- **Länderfinanzausgleich:** Bundesministerium der Finanzen: [Länderfinanzausgleich. Daten zur horizontalen Umsatzsteuerverteilung, zum Länderfinanzausgleich und zu den Bundesergänzungszuweisungen](#) (Zusammenfassung der Abrechnungsergebnisse für die Jahre ab 2005)
- LSN: [Statistische Monatshefte Niedersachsen](#): 06/2020 Der kommunale Finanzausgleich 2020

Autor: Sascha Ebgt

Tabellen Finanzen

36. Einnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Einnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾			Einnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Einnahmen		Steuer- einnahme- quote ²⁾ 2019
	2014	2018	2019	2014	2018	2019	2019/2014	2019/2018	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	62 271	76 153	78 469	5 835	6 891	7 077	+26,0	+3,0	73,7
Bayern	77 686	97 215	100 922	6 148	7 456	7 706	+29,9	+3,8	72,2
Berlin	25 744	31 590	31 942	7 482	8 715	8 745	+24,1	+1,1	55,0
Brandenburg	14 855	17 503	17 931	6 061	6 983	7 126	+20,7	+2,4	60,3
Bremen	5 321	6 532	6 834	8 087	9 597	10 002	+28,4	+4,6	49,5
Hamburg	15 222	20 976	20 684	8 704	11 436	11 222	+35,9	-1,4	63,0
Hessen	38 378	47 198	49 179	6 328	7 551	7 836	+28,1	+4,2	70,9
Mecklenburg-Vorpommern	9 714	10 694	11 052	6 081	6 644	6 868	+13,8	+3,3	60,8
Niedersachsen	41 065	51 492	53 279	5 256	6 454	6 667	+29,7	+3,5	69,7
Nordrhein-Westfalen	102 378	127 082	132 945	5 820	7 094	7 415	+29,9	+4,6	66,4
Rheinland-Pfalz	21 321	25 405	26 537	5 329	6 230	6 489	+24,5	+4,5	71,4
Saarland	5 085	6 265	6 710	5 139	6 315	6 790	+32,0	+7,1	65,1
Sachsen	25 059	27 354	27 815	6 194	6 712	6 830	+11,0	+1,7	61,6
Sachsen-Anhalt	13 348	15 679	16 039	5 965	7 082	7 290	+20,2	+2,3	57,4
Schleswig-Holstein	14 637	19 697	20 115	5 189	6 809	6 936	+37,4	+2,1	67,6
Thüringen	12 057	13 806	14 350	5 591	6 435	6 714	+19,0	+3,9	62,3
Deutschland ³⁾	475 759	581 991	602 470	5 879	7 022	7 252	+26,6	+3,5	68,8
Westdeutschland	383 364	478 014	495 673	5 898	7 165	7 411	+29,3	+3,7	69,5
Ostdeutschland	100 777	116 626	119 129	6 326	7 210	7 359	+18,2	+2,1	59,1

1) Dargestellt sind hier die bereinigten Gesamteinnahmen, dabei werden Zahlungen innerhalb der dargestellten Ebene (Land und Gemeinden/Gemeindeverbände) herausgerechnet. Die Angaben für Ost- und Westdeutschland wurden hier allerdings als Summe der Werte der entsprechenden Länder berechnet, die Summe der Werte aus Ost- und Westdeutschland ergibt daher nicht den Deutschlandwert.

2) Quotient aus kassenmäßigen Steuereinnahmen und bereinigten Gesamteinnahmen.

3) 2014 einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

37. Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände			Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Steuereinnahmen		Quotient Steuereinnahmen/BIP 2019
	2014	2018	2019	2014	2018	2019	2019/2014	2019/2018	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	44 748	57 186	57 869	4 193	5 175	5 219	+29,3	+1,2	11,0
Bayern	55 576	71 191	72 866	4 398	5 460	5 564	+31,1	+2,4	11,5
Berlin	13 150	17 054	17 569	3 821	4 705	4 810	+33,6	+3,0	11,5
Brandenburg	7 916	10 446	10 815	3 230	4 167	4 298	+36,6	+3,5	14,6
Bremen	2 570	3 353	3 382	3 905	4 927	4 950	+31,6	+0,8	10,1
Hamburg	9 904	12 635	13 022	5 663	6 888	7 065	+31,5	+3,1	10,6
Hessen	26 685	33 026	34 846	4 400	5 284	5 553	+30,6	+5,5	11,8
Mecklenburg-Vorpommern	5 206	6 349	6 724	3 259	3 945	4 179	+29,1	+5,9	14,4
Niedersachsen	27 963	35 264	37 145	3 579	4 420	4 648	+32,8	+5,3	12,1
Nordrhein-Westfalen	66 024	84 625	88 286	3 753	4 724	4 924	+33,7	+4,3	12,4
Rheinland-Pfalz	14 308	17 658	18 935	3 576	4 330	4 630	+32,3	+7,2	13,1
Saarland	3 463	4 302	4 367	3 500	4 335	4 419	+26,1	+1,5	12,0
Sachsen	13 109	16 268	17 135	3 240	3 992	4 207	+30,7	+5,3	13,4
Sachsen-Anhalt	7 140	8 850	9 199	3 190	3 997	4 181	+28,8	+3,9	14,5
Schleswig-Holstein	9 773	12 886	13 590	3 465	4 454	4 686	+39,1	+5,5	13,9
Thüringen	6 903	8 630	8 936	3 201	4 023	4 181	+29,5	+3,5	14,0
Deutschland ¹⁾	314 436	399 722	414 688	3 886	4 822	4 992	+31,9	+3,7	12,1
Westdeutschland	261 013	332 125	344 309	4 016	4 979	5 148	+31,9	+3,7	11,8
Ostdeutschland	53 423	67 597	70 379	3 354	4 179	4 348	+31,7	+4,1	13,3

1) 2014 einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

38. Ausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Ausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾			Ausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Ausgaben		Quotient Ausgaben/BIP 2019
	2014	2018	2019	2014	2018	2019	2019/2014	2019/2018	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	62 482	71 778	74 570	5 855	6 495	6 726	+19,3	+3,9	14,2
Bayern	74 227	90 670	99 870	5 874	6 954	7 625	+34,5	+10,1	15,8
Berlin	24 766	29 291	30 776	7 197	8 080	8 426	+24,3	+5,1	20,1
Brandenburg	14 282	16 425	18 533	5 827	6 553	7 366	+29,8	+12,8	24,9
Bremen	5 780	6 339	6 618	8 784	9 315	9 687	+14,5	+4,4	19,7
Hamburg	15 169	21 579	20 431	8 673	11 765	11 085	+34,7	-5,3	16,6
Hessen	39 537	45 594	47 329	6 519	7 294	7 542	+19,7	+3,8	16,1
Mecklenburg-Vorpommern	9 306	9 870	10 846	5 826	6 132	6 740	+16,5	+9,9	23,3
Niedersachsen	41 094	47 686	49 861	5 260	5 976	6 240	+21,3	+4,6	16,2
Nordrhein-Westfalen	105 402	121 959	126 135	5 992	6 808	7 035	+19,7	+3,4	17,7
Rheinland-Pfalz	22 284	23 951	24 979	5 570	5 873	6 108	+12,1	+4,3	17,2
Saarland	5 830	5 970	6 470	5 892	6 016	6 547	+11,0	+8,4	17,8
Sachsen	23 803	24 616	26 984	5 884	6 040	6 626	+13,4	+9,6	21,1
Sachsen-Anhalt	13 210	14 873	15 517	5 903	6 718	7 052	+17,5	+4,3	24,4
Schleswig-Holstein	14 923	21 335	20 035	5 291	7 375	6 909	+34,3	-6,1	20,5
Thüringen	11 636	12 701	13 514	5 395	5 920	6 323	+16,1	+6,4	21,2
Deutschland ²⁾	475 134	551 988	580 134	5 871	6 660	6 983	+22,1	+5,1	16,9
Westdeutschland	386 728	456 862	476 298	5 950	6 848	7 121	+23,2	+4,3	16,4
Ostdeutschland	97 003	107 776	116 170	6 090	6 663	7 176	+19,8	+7,8	21,9

1) Dargestellt sind hier die bereinigten Gesamtausgaben, dabei werden Zahlungen innerhalb der dargestellten Ebene (Land und Gemeinden/Gemeindeverbände) herausgerechnet. Die Angaben für Ost- und Westdeutschland wurden hier allerdings als Summe der Werte der entsprechenden Länder berechnet, die Summe der Werte aus Ost- und Westdeutschland ergibt daher nicht den Deutschlandwert.

2) 2014 einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

39. Personalausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Personalausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände			Personalausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Personalausgaben		Personal- ausgaben- quote ¹⁾ 2019
	2014	2018	2019	2014	2018	2019	2019/2014	2019/2018	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	25 536	30 189	31 974	2 393	2 732	2 884	+25,2	+5,9	42,9
Bayern	29 055	33 963	35 708	2 299	2 605	2 726	+22,9	+5,1	35,8
Berlin	8 856	10 700	11 400	2 574	2 952	3 121	+28,7	+6,5	37,0
Brandenburg	5 127	6 139	6 455	2 092	2 449	2 565	+25,9	+5,1	34,8
Bremen	1 951	2 213	2 416	2 965	3 252	3 536	+23,8	+9,2	36,5
Hamburg	5 243	6 436	6 810	2 998	3 509	3 695	+29,9	+5,8	33,3
Hessen	15 441	17 587	18 436	2 546	2 814	2 938	+19,4	+4,8	39,0
Mecklenburg-Vorpommern	3 278	3 749	3 914	2 052	2 329	2 433	+19,4	+4,4	36,1
Niedersachsen	17 859	20 891	21 973	2 286	2 618	2 750	+23,0	+5,2	44,1
Nordrhein-Westfalen	40 744	47 499	49 717	2 316	2 651	2 773	+22,0	+4,7	39,4
Rheinland-Pfalz	9 313	10 724	11 342	2 328	2 630	2 773	+21,8	+5,8	45,4
Saarland	2 453	2 809	2 915	2 479	2 831	2 950	+18,8	+3,8	45,1
Sachsen	8 881	9 855	10 263	2 195	2 418	2 520	+15,6	+4,1	38,0
Sachsen-Anhalt	4 823	5 342	5 517	2 155	2 413	2 507	+14,4	+3,3	35,6
Schleswig-Holstein	5 959	7 168	7 505	2 112	2 478	2 588	+26,0	+4,7	37,5
Thüringen	4 524	4 971	5 224	2 098	2 317	2 444	+15,5	+5,1	38,7
Deutschland ²⁾	189 489	220 233	231 569	2 342	2 657	2 788	+22,2	+5,1	39,9
Westdeutschland	153 553	179 477	188 796	2 363	2 690	2 823	+23,0	+5,2	39,6
Ostdeutschland	35 489	40 756	42 774	2 228	2 520	2 642	+20,5	+5,0	36,8

1) Quotient aus Personalausgaben und bereinigten Gesamtausgaben.

2) 2014 einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

40. Zinsausgaben an den Kreditmarkt der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Zinsausgaben an den Kreditmarkt der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände			Zinsausgaben an den Kreditmarkt der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Ausgaben		Zins-Steuer- Quote ¹⁾ 2019
	2014	2018	2019	2014	2018	2019	2019/2014	2019/2018	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	2 530	1 761	1 521	237	159	137	-39,9	-13,6	2,6
Bayern	1 346	899	804	107	69	61	-40,2	-10,5	1,1
Berlin	1 757	1 235	1 164	510	341	319	-33,8	-5,8	6,6
Brandenburg	547	334	319	223	133	127	-41,7	-4,6	2,9
Bremen	611	632	646	929	928	946	+5,8	+2,3	19,1
Hamburg	940	744	739	538	406	401	-21,4	-0,7	5,7
Hessen	1 740	1 396	1 349	287	223	215	-22,5	-3,4	3,9
Mecklenburg-Vorpommern	381	249	230	239	154	143	-39,6	-7,4	3,4
Niedersachsen	1 895	1 416	1 307	242	178	164	-31,0	-7,8	3,5
Nordrhein-Westfalen	5 580	4 043	3 568	317	226	199	-36,1	-11,7	4,0
Rheinland-Pfalz	1 312	852	727	328	209	178	-44,6	-14,7	3,8
Saarland	558	434	387	564	438	392	-30,5	-10,8	8,9
Sachsen	371	214	173	92	53	43	-53,3	-19,1	1,0
Sachsen-Anhalt	675	406	391	301	183	178	-42,0	-3,6	4,3
Schleswig-Holstein	904	613	545	320	212	188	-39,7	-11,1	4,0
Thüringen	655	400	367	304	186	172	-44,0	-8,2	4,1
Deutschland ²⁾	21 987	15 626	14 237	272	189	171	-35,2	-8,9	3,4
Westdeutschland	17 414	12 789	11 593	268	192	173	-33,4	-9,3	3,4
Ostdeutschland	4 385	2 838	2 644	275	175	163	-39,7	-6,8	3,8

1) Quotient aus Zinsausgaben und Steuereinnahmen.

2) 2014 einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

41. Finanzierungssaldo der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Finanzierungssaldo ¹⁾ der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände			Finanzierungssaldo der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung des Finanzierungssaldos		Quotient Finanzierungs- saldo/BIP 2019
	2014	2018	2019	2014	2018	2019	2019/2014	2019/2018	
	Mio. €			€			Mio. €		%
Baden-Württemberg	-187	+4 403	+3 942	-18	+398	+356	+4 129	-462	+0,8
Bayern	+3 458	+6 545	+945	+274	+502	+72	-2 513	-5 600	+0,1
Berlin	+982	+2 304	+1 170	+285	+636	+320	+188	-1 134	+0,8
Brandenburg	+576	+1 078	-597	+235	+430	-237	-1 173	-1 675	-0,8
Bremen	-459	+183	+215	-698	+269	+314	+674	+31	+0,6
Hamburg	+71	-604	+252	+41	-329	+137	+181	+856	+0,2
Hessen	-1 164	+1 589	+1 834	-192	+254	+292	+2 998	+245	+0,6
Mecklenburg-Vorpommern	+408	+824	+206	+255	+512	+128	-202	-617	+0,4
Niedersachsen	-29	+3 791	+3 380	-4	+475	+423	+3 408	-411	+1,1
Nordrhein-Westfalen	-3 024	+5 122	+6 808	-172	+286	+380	+9 832	+1 686	+1,0
Rheinland-Pfalz	-962	+1 453	+1 558	-241	+356	+381	+2 521	+105	+1,1
Saarland	-745	+296	+240	-753	+299	+243	+985	-56	+0,7
Sachsen	+1 266	+2 761	+831	+313	+677	+204	-435	-1 929	+0,6
Sachsen-Anhalt	+138	+803	+521	+62	+363	+237	+383	-282	+0,8
Schleswig-Holstein	-287	-1 638	+79	-102	-566	+27	+366	+1 717	+0,1
Thüringen	+421	+1 105	+835	+195	+515	+391	+414	-270	+1,3
Deutschland ²⁾	+677	+30 017	+22 220	+8	+362	+267	+21 544	-7 797	+0,6
Westdeutschland	-3 328	+21 142	+19 253	-51	+317	+288	+22 580	-1 889	+0,7
Ostdeutschland	+3 791	+8 874	+2 967	+238	+549	+183	-824	-5 908	+0,6

1) Differenz der bereinigten Einnahmen und bereinigten Ausgaben zuzüglich des „Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen“.

2) 2014 einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

42. Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich¹⁾ der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände (31.12.)			Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Schulden		Quotient Schulden/ BIP 2019
	2014	2018	2019	2014	2018	2019	2019/2014	2019/2018	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	59 743	52 647	52 798	5 598	4 764	4 762	-11,6	+0,3	10,1
Bayern	37 721	27 546	25 719	2 985	2 113	1 964	-31,8	-6,6	4,1
Berlin	59 692	54 403	53 959	17 347	15 008	14 773	-9,6	-0,8	35,2
Brandenburg	20 311	18 003	18 376	8 286	7 182	7 303	-9,5	+2,1	24,7
Bremen	20 594	21 730	30 006	31 299	31 928	43 921	+45,7	+38,1	89,2
Hamburg	28 242	34 362	33 691	16 148	18 734	18 279	+19,3	-2,0	27,3
Hessen	62 889	53 346	53 775	10 370	8 535	8 569	-14,5	+0,8	18,3
Mecklenburg-Vorpommern	11 724	9 320	9 257	7 340	5 790	5 753	-21,0	-0,7	19,9
Niedersachsen	69 667	72 199	71 126	8 917	9 049	8 901	+2,1	-1,5	23,2
Nordrhein-Westfalen	238 503	219 460	221 796	13 558	12 251	12 370	-7,0	+1,1	31,2
Rheinland-Pfalz	45 245	43 799	42 938	11 309	10 740	10 499	-5,1	-2,0	29,6
Saarland	17 461	17 436	17 427	17 647	17 572	17 635	-0,2	-0,0	48,1
Sachsen	7 467	4 242	3 769	1 846	1 041	925	-49,5	-11,2	2,9
Sachsen-Anhalt	23 441	22 594	23 492	10 475	10 206	10 677	+0,2	+4,0	37,0
Schleswig-Holstein	32 078	35 158	35 098	11 372	12 153	12 103	+9,4	-0,2	35,9
Thüringen	18 724	17 048	16 896	8 682	7 946	7 906	-9,8	-0,9	26,5
Deutschland ²⁾	753 503	703 293	710 123	9 311	8 485	8 548	-5,8	+1,0	20,7
Westdeutschland	612 143	577 683	584 374	9 418	8 659	8 737	-4,5	+1,2	20,1
Ostdeutschland	141 360	125 610	125 749	8 874	7 765	7 768	-11,0	+0,1	23,7

1) Die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich beinhalten Kassenkredite, Wertpapiersschulden und Kredite.

2) 2014 einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

43. Länderfinanzausgleich (LFA) und Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) der Länder

Land	LFA und BEZ der Länder insgesamt			LFA und BEZ der Länder je Einwohner/-in			Veränderung insgesamt		Quotient (LFA + BEZ)/ Einnahmen ²⁾ 2019
	2014	2018 ¹⁾	2019 ¹⁾	2014	2018 ¹⁾	2019 ¹⁾	2019/2014	2019/2018	
	Mio. €			€			Mio. €		%
Baden-Württemberg	-2 357	-3 079	-2 436	-221	-279	-220	-79	+643	-3,1
Bayern	-4 856	-6 672	-6 701	-384	-512	-512	-1 845	-29	-6,6
Berlin	5 738	6 382	6 164	1 668	1 761	1 688	+426	-218	19,3
Brandenburg	1 762	1 353	1 260	719	540	501	-502	-93	7,0
Bremen	859	1 041	1 082	1 305	1 530	1 584	+223	+41	15,8
Hamburg	-56	-83	-120	-32	-45	-65	-64	-37	-0,6
Hessen	-1 756	-1 613	-1 905	-290	-258	-304	-149	-292	-3,9
Mecklenburg-Vorpommern	1 417	1 178	1 077	887	732	669	-340	-101	9,7
Niedersachsen	406	1 279	1 197	52	160	150	+791	-82	2,2
Nordrhein-Westfalen	1 372	1 536	1 574	78	86	88	+202	+38	1,2
Rheinland-Pfalz	492	690	520	123	169	127	+28	-170	2,0
Saarland	277	348	329	280	351	333	+52	-19	4,9
Sachsen	3 240	2 594	2 407	801	637	591	-833	-187	8,7
Sachsen-Anhalt	1 932	1 545	1 403	863	698	638	-529	-142	8,7
Schleswig-Holstein	320	416	408	113	144	141	+88	-8	2,0
Thüringen	1 799	1 488	1 334	834	694	624	-465	-154	9,3
Deutschland	10 589	8 403	7 593	131	101	91	-2 996	-810	1,3
Westdeutschland	-5 299	-6 137	-6 052	-82	-92	-90	-753	+85	-1,2
Ostdeutschland	15 888	14 540	13 645	997	899	843	-2 243	-895	11,5

1) Vorläufige Angaben.

2) Bereinigte Gesamteinnahmen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Schulische und berufliche Qualifikation

Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss

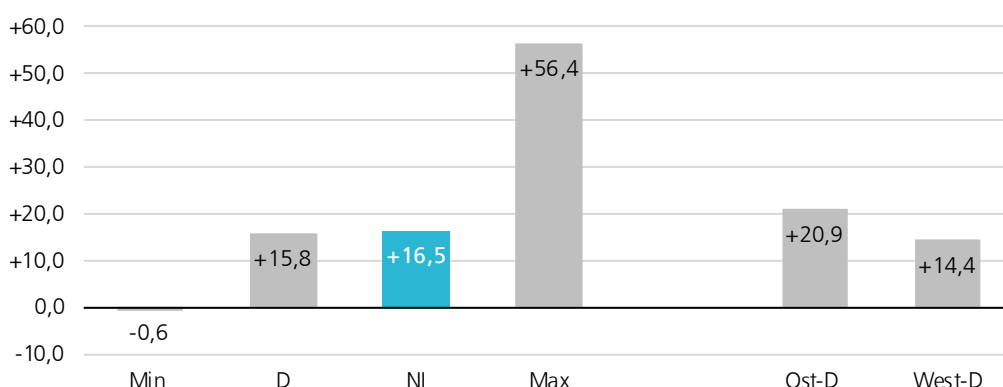
T44

Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss gestiegen

Ein bedeutender Teil der Abgängerinnen und Abgänger ohne Hauptschulabschluss hat einen festgestellten Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot im Förderschwerpunkt Lernen bzw. geistige Entwicklung und schließt die allgemein bildende Schulzeit mit dem Abschluss des entsprechenden Bildungsgangs ab, der Hauptschulabschluss ist nicht das Ziel (s. KMK Dokumentation Nr. 224).

Im Jahr 2018 verließen in Niedersachsen insgesamt 5 093 Jugendliche die Schule, ohne mindestens einen Hauptschulabschluss erworben zu haben; darunter 1 960 Jugendliche aus Förderschulklassen (38,5 %) und 1 248 Jugendliche mit einem Abschluss im Förderschwerpunkt Lernen (24,5 %). Im Vergleich zum Vorjahr waren das insgesamt 263 bzw. 5,4 % Schülerinnen und Schüler mehr. Am stärksten veränderte sich die Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss in Hamburg mit +21,7 %. Eine Steigerung von über 10 % gab es außerdem nur noch in Sachsen-Anhalt (+14,6 %). Im bundesweiten Durchschnitt stieg die Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss im Vergleich zu 2017 um 1,7 % auf 53 603 Personen, darunter 23 765 bzw. 44,3 % aus Förderschulklassen.

Veränderung der Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss 2018 gegenüber 2013 – Prozent –

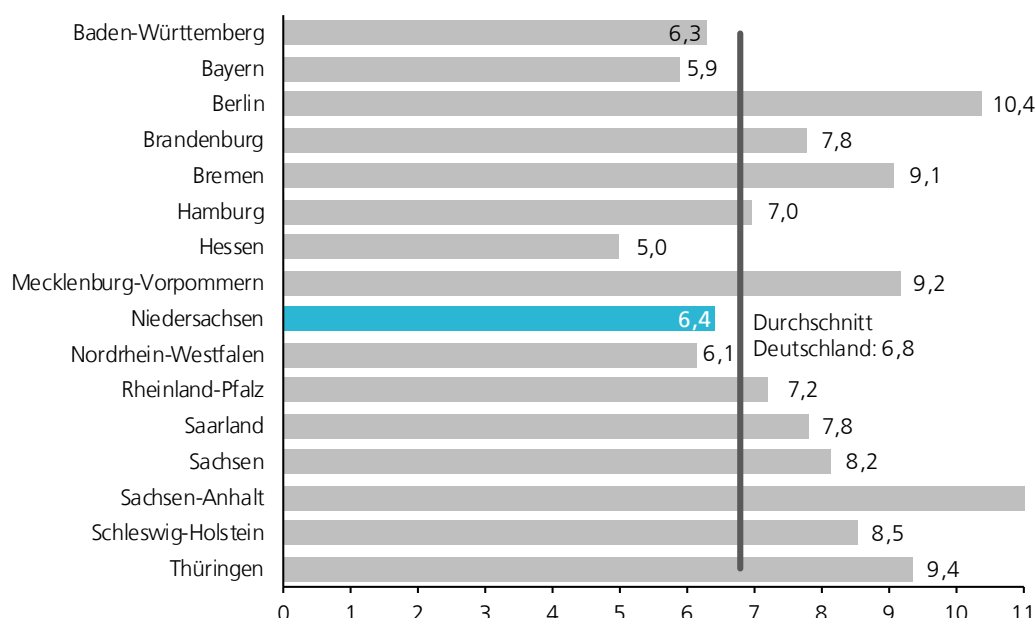


Quote der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss

T44

Die Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss ist mittelfristig 2018 gegenüber 2013 bundesweit um 15,8 % gestiegen, in Niedersachsen hingegen um 16,5 %. In mehr als der Hälfte aller Länder gab es zweistellige Zunahmen; nur in Hessen (-0,6 %) sank die Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss. (Angaben zu den Anteilen weiblicher Schulentlassener nach Abschlussart an allgemein bildenden Schulen 2018 sind im Kapitel Gleichstellung aufgeführt.)

Anteil Schulentlassener ohne Hauptschulabschluss an der gleichaltrigen Bevölkerung 2018 – Prozent –



Die Berechnung der Quoten der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss (T44), der Abiturientinnen und Abiturienten, der Studienberechtigten (T46) sowie der Studienanfängerinnen und Studienanfänger (T50 in Kapitel Wissenschaft und Kultur) erfolgt nach dem sogenannten „Quotensummenverfahren“. Bei dem Verfahren, das vor allem im internationalen Vergleich benutzt wird, wird der Anteil der betrachteten Personen an der Bevölkerung des entsprechenden Geburtsjahres ermittelt. Es werden Quoten für einzelne Geburtsjahrgänge berechnet und anschließend aufsummiert.

Die Quote der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss lag 2018 in Niedersachsen bei 6,4 % und ist damit im Vergleich zu 2017 um 0,5 Prozentpunkte gestiegen. Wie bereits im Jahr zuvor hatte Hessen auch 2018 mit 5,0 % die niedrigste Quote. Eine Quote über 10 % gab es in Berlin (10,4 %) und in Sachsen-Anhalt (11,5 %). Bundesweit stieg die Quote leicht um 0,3 Prozentpunkte auf 6,8 %.

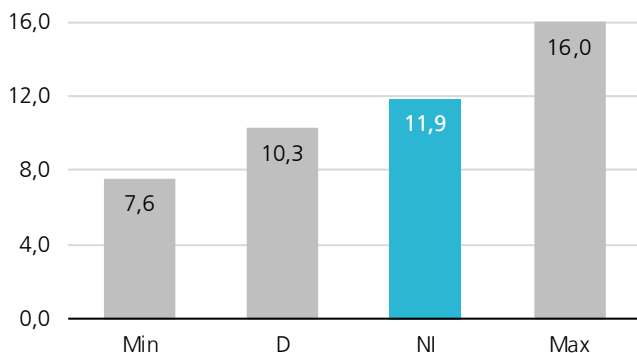
Quote der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger leicht gestiegen

Der internationale Indikator der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger fasst Personen im Alter zwischen 18 bis unter 25 Jahre zusammen, die maximal die Sekundarstufe I abgeschlossen haben und ohne Berufsausbildung sind oder sich nicht in einer solchen befinden und auch nicht an einer Weiterbildung teilnehmen. Die Quote wird auf Basis des Mikrozensus in Bezug auf die gleichaltrige Bevölkerung berechnet. Die in Tabelle 45 dargestellte Auswertung entstammt der Berechnung des statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat).

Quote der frühen Schulabgängerinnen/Schulabgänger
T45

In der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung ist das Ziel formuliert, die Quote der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger bis 2020 auf unter 10 % zu verringern. Im Jahr 2019 waren in Niedersachsen 11,9 % der 18- bis unter 25-Jährigen frühe Schulabgängerinnen und Schulabgänger. Dies entsprach gegenüber 2018 einem Anstieg von 0,8 Prozentpunkten und gegenüber 2014 einem Anstieg von 1,3 Prozentpunkten. Im Bundesdurchschnitt hat sich die Quote der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger gegenüber 2018 nicht verändert und lag 2019 bei 10,3 %. Mittelfristig stieg die Quote zwischen den Jahren 2014 und 2019 um 0,8 Prozentpunkte.

■ Anteil früher Schulabgängerinnen und Schulabgänger (18- bis unter 25-Jährige) 2019 – Prozent –



Soweit Werte nach Geschlecht vorliegen, war die Quote der männlichen frühen Schulabgänger in fast allen Ländern höher als die Quote der frühen Schulabgängerinnen. In Niedersachsen lag die Quote der frühen Schulabgänger bei 13,1 % und die der Schulabgängerinnen bei 10,7 %. In Berlin war der Abstand der geschlechterspezifischen Quoten mit 7,5 Prozentpunkten am größten, wobei die Quote der frühen Schulabgänger bei 15,8 % lag.

Weniger Abiturientinnen und Abiturienten – leicht gestiegene Abiturientenquote

Abiturientenquote
T46

Im Jahr 2018 erlangten 32 088 niedersächsische Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen die allgemeine Hochschulreife. Die Zahl der Absolventinnen und Absolventen verringerte sich damit gegenüber 2017 um 2,0 %. Bundesweit verringerte sich die Zahl der Absolventinnen und Absolventen um 1,9 % auf 338 688 Personen.

Für aussagekräftige Zeit- und Regionalvergleiche wird die Quote der Abiturientinnen und Abiturienten berechnet. Die Abiturientenquote stieg in Niedersachsen 2018 gegenüber 2017 um 0,2 Prozentpunkte auf 37,4 %. Bundesweit sank sie um 0,3 Prozentpunkte auf 39,9 %. Im Ländervergleich zeigt sich eine große Spannweite: Die höchste Quote der Abiturientinnen und Abiturienten (ohne doppelte Abiturientenjahrgänge) gab es 2018 in Hamburg (54,8 %), die niedrigste in Bayern (32,1 %).

Studienberechtigtenquote

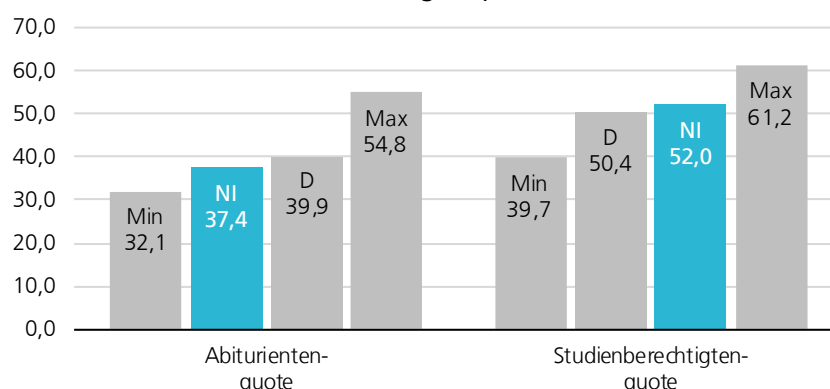
T46

Anteil der Studienberechtigten über Bundesniveau

Die Studienberechtigtenquote gibt den Anteil der zur Aufnahme eines Studiums Berechtigten an der gleichaltrigen Bevölkerung an. Neben dem Abitur berücksichtigt diese Quote also auch andere Abschlüsse, insbesondere die Fachhochschulreife.

Die Studienberechtigtenquote lag 2018 in Niedersachsen bei 52,0 % und damit über dem Bundesdurchschnitt von 50,4 %. Höhere Studienberechtigtenquoten als in Niedersachsen erreichten 5 Länder, darunter Hamburg und das Saarland (jeweils 61,2 %) sowie Berlin (58,3 %). Die niedrigsten Studienberechtigtenquoten gab es 2018 in Sachsen-Anhalt (39,7 %), Sachsen (44,1 %) und Mecklenburg-Vorpommern (44,9 %).

■ Abiturienten- und Studienberechtigtenquote 2018 – Prozent –



Duale Berufsausbildung: Abschlussprüfungen

T48

Duale Berufsausbildung: Anteil Abschlussprüfungen im Ausbildungsbereich Handwerk über Bundesdurchschnitt

In Deutschland gibt es eine besondere Art, seinen Beruf zu lernen: die Duale Berufsausbildung. Ein guter Abschluss der Ausbildung gilt als Einstieg in eine qualifizierte Berufs- und Erwerbstätigkeit. In Niedersachsen bestanden 2019 insgesamt 40 776 Auszubildende die Abschlussprüfung in einem anerkannten Ausbildungsberuf. Der Anteil der Frauen lag bei 38,9 % und damit etwas unter dem Bundesdurchschnitt von 39,7 %. Im Ländervergleich gab es den höchsten Frauenanteil in Berlin (45,7 %), die niedrigsten Quoten wiesen Thüringen und Brandenburg (jeweils 34,8 %) auf. Mehr als die Hälfte (58,6 %) der Abschlussprüfungen wurde im Ausbildungsbereich Industrie und Handel bestanden. Der Bundesdurchschnitt in diesem Ausbildungsbereich betrug 63,3 %. Mit 26,0 % Abschlussprüfungen im Handwerk liegt Niedersachsen über dem Bundesdurchschnitt von 22,0 %.

Im Vergleich 2019 zum Vorjahr verringerte sich die Zahl der bestandenen Abschlussprüfungen in der Dualen Berufsausbildung in Niedersachsen um 1,2 % (Deutschland -1,1 %); 2019 gegenüber 2014 gab es einen Rückgang um 11,2 % (Deutschland -9,6 %).

Aufstiegsfortbildung: Abschlussprüfungen / Meisterprüfungen

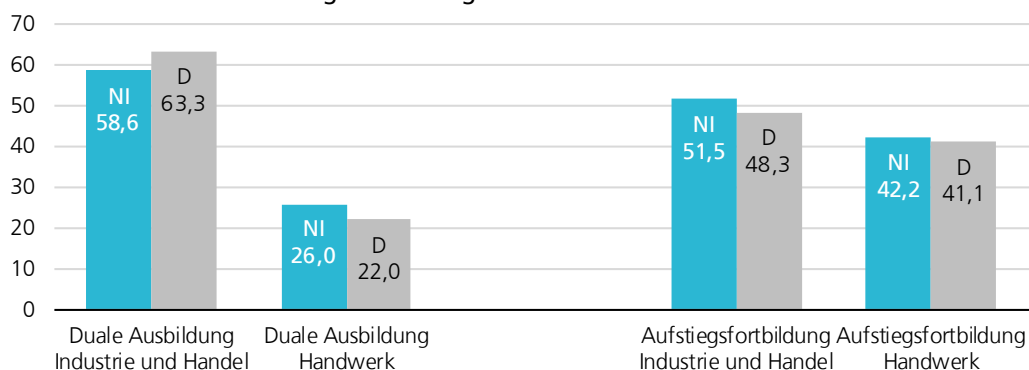
T49

Aufstiegsfortbildung: Anteil Fortbildungsprüfungen im Bereich Industrie und Handel überdurchschnittlich

Die Zulassung zu einer Fortbildungs- oder Meisterprüfung (Aufstiegsfortbildung) setzt in der Regel einen Berufsbildungsabschluss und/oder eine Mindestdauer praktischer Berufstätigkeit voraus. Fortbildungsprüfungen mit der längsten Tradition sind Meisterprüfungen im Handwerk. Sie werden in der Regel mit dem Ziel durchgeführt, festzustellen, ob der Prüfling befähigt ist, einen Betrieb selbstständig zu führen und Auszubildende ordnungsgemäß auszubilden (Handwerksordnung: §§ 45 bzw. 122 Abs. 2 HwO).

Mit einer Fortbildungs- bzw. Meisterprüfung wird in Deutschland eine Aufstiegsfortbildung abgeschlossen z. B. als „Geprüfte Berufsspezialistin/Geprüfter Berufsspezialist“ oder Meisterin/Meister, Staatlich geprüfte Technikerin/Staatlich geprüfter Techniker, Geprüfte Fachwirtin/Geprüfter Fachwirt. Eine erfolgreiche Fortbildungs- bzw. Meisterprüfung legten 2019 in Niedersachsen insgesamt 8 733 Personen ab, darunter waren 30,2 % Frauen (Deutschland: 33,4 %). Die Spannweite der Frauenquoten reichte von 41,4 % in Berlin bis 25,6 % in Sachsen-Anhalt. Mehr als die Hälfte (51,5 %) der Abschlussprüfungen in der beruflichen Aufstiegsfortbildung wurden im Ausbildungsbereich Industrie und Handel bestanden (Deutschland: 48,3 %). Der Anteil der bestandenen Meisterprüfungen im Handwerk betrug 42,2 % (Deutschland: 41,1 %).

■ **Anteile der Ausbildungsbereiche Industrie und Handel sowie Handwerk an bestandenen Abschlussprüfungen in der Dualen Berufsausbildung sowie in der beruflichen Aufstiegsfortbildung 2019 – Prozent –**



Im Vergleich 2019 zum Vorjahr verringerte sich die Zahl der bestandenen Abschlussprüfungen in der beruflichen Aufstiegsfortbildung in Niedersachsen um 0,5 % (Deutschland: -0,8 %); 2019 gegenüber 2014 gab es einen Rückgang um 13,1 % (Deutschland -8,6 %).

Informationen:

Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss sowie Abiturienten- und Studienberechtigtenquoten:

- Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): [KMK Dokumentation Nr. 224 – Juni 2020: Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen 2009 bis 2018](#), Teil C – Absolventen der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, Tabellen C.I.1.1 und C.I.1.1.3 sowie C.III.1.3.2, C.III.1.3.2a und C.III.1.3a
- Niedersächsisches Kultusministerium: [Allgemein bildende Schulen in Zahlen](#)
- Statistisches Bundesamt (Destatis): Genesis-Online: [Bildung, Statistiken 21](#) – Absolventen und Abgänger: Bundesländer, Geschlecht, Schulabschlüsse, Statistiken 21111
- **Berufliche Bildung:** Statistisches Bundesamt (Destatis): Bildung, Forschung und Kultur – Berufliche Bildung (Fachserie 11 Reihe 3, Tabellen 4.2.2 und 4.3.2 Bestandene Abschlussprüfungen sowie Tabelle 6.2.2 Bestandene Fortbildungs-/Meisterprüfungen)

Frühe Schulabgängerinnen und -abgänger:

- Statistische Ämter des Bundes und der Länder: [Amtliche Sozialberichterstattung – frühe Schulabgänger](#)
- Eurostat: Datenbank [Tabelle edat_ifse_16](#)

Autorin: Katja Zielinsky

Tabellen Schulische und berufliche Qualifikation

44. Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss an allgemein bildenden Schulen

Land	Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss insgesamt			Darunter aus Förderschul- klassen ¹⁾	Anteil der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss insgesamt an der gleichaltrigen Bevölkerung ²⁾			Veränderung der Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss	
	2013	2017	2018		2013	2017	2018	2018/2013	2018/2017
	Anzahl				%				
Baden-Württemberg	5 517	7 439	6 951	3 629	4,7	6,5	6,3	+26,0	-6,6
Bayern	5 992	7 496	7 414	3 163	4,5	5,8	5,9	+23,7	-1,1
Berlin	2 115	2 983	2 955	660	8,2	10,5	10,4	+39,7	-0,9
Brandenburg	1 432	1 564	1 628	885	8,0	7,5	7,8	+13,7	+4,1
Bremen ³⁾	449	575	564	58	7,3	8,9	9,1	+25,6	-1,9
Hamburg	697	896	1 090	387	4,6	5,6	7,0	+56,4	+21,7
Hessen	3 029	3 095	3 011	1 556	4,9	5,0	5,0	-0,6	-2,7
Mecklenburg-Vorpommern	1 155	1 133	1 194	598	10,4	8,7	9,2	+3,4	+5,4
Niedersachsen	4 372	4 830	5 093	1 960	5,0	5,9	6,4	+16,5	+5,4
Nordrhein-Westfalen	11 190	11 149	11 522	5 470	5,9	5,8	6,1	+3,0	+3,3
Rheinland-Pfalz	2 346	2 785	2 811	1 420	5,4	6,9	7,2	+19,8	+0,9
Saarland	509	610	656	247	5,2	6,8	7,8	+28,9	+7,5
Sachsen	2 599	2 566	2 637	1 567	9,6	8,0	8,2	+1,5	+2,8
Sachsen-Anhalt	1 479	1 749	2 004	1 017	9,8	9,9	11,5	+35,5	+14,6
Schleswig-Holstein	2 237	2 293	2 453	604	7,3	7,7	8,5	+9,7	+7,0
Thüringen	1 177	1 519	1 620	544	7,7	8,8	9,4	+37,6	+6,6
Deutschland	46 295	52 682	53 603	23 765	5,7	6,5	6,8	+15,8	+1,7
Westdeutschland	36 338	41 168	41 565	18 494	.	.	.	+14,4	+1,0
Ostdeutschland	9 957	11 514	12 038	5 271	.	.	.	+20,9	+4,6

1) Abgängerinnen und Abgänger aus Förderschulklassen (Förderschwerpunkte "Lernen", "Geistige Entwicklung" und "sonstige") nach Vollaufführung der Vollzeitschulpflicht.

2) Anteil der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss an der Bevölkerung des entsprechenden Geburtsjahres. Es werden Quoten für einzelne Geburtsjahrgänge berechnet und anschließend aufsummiert (sog. "Quotensummenverfahren").

3) In Bremen absolvieren im Rahmen der Inklusion Schülerinnen und Schüler mit dem sonderpädagogischen Förderbedarf Wahrnehmung- und Entwicklungsförderung "geistige Entwicklung" ihre Werkstufe von Klasse 10 bis 12 im beruflichen Bereich. Die Daten für Bremen sind daher nur eingeschränkt vergleichbar.

Quelle: Statistische Veröffentlichung der Kultusministerkonferenz, Dokumentation Nr. 224: Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen 2009-2018

45. Frühe Schulabgängerinnen und Schulabgänger (18- bis unter 25-Jährige)¹⁾

Land	Frühe Schulabgänger/-innen insgesamt			Männlich	Weiblich	Veränderung insgesamt	
	2014	2018	2019			2019/2014	2019/2018
	%					Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	7,8	9,7	9,2	10,7	7,7	+1,4	-0,5
Bayern	6,3	7,2	7,6	8,6	6,5	+1,3	+0,4
Berlin	13,5	13,6	12,1	15,8	8,3	-1,4	-1,5
Brandenburg	9,0	11,6	10,8	13,6	/	+1,8	-0,8
Bremen	14,0	14,6	16,0	17,7	/	+2,0	+1,4
Hamburg	11,7	11,0	13,2	13,6	12,8	+1,5	+2,2
Hessen	9,7	10,8	10,3	11,7	8,7	+0,6	-0,5
Mecklenburg-Vorpommern	9,9	11,1	11,5	11,8	/	+1,6	+0,4
Niedersachsen	10,6	11,1	11,9	13,1	10,7	+1,3	+0,8
Nordrhein-Westfalen	11,2	12,0	11,2	12,8	9,4	0,0	-0,8
Rheinland-Pfalz	10,4	11,5	11,6	12,6	10,5	+1,2	+0,1
Saarland	11,9	12,0	11,7	/	/	-0,2	-0,3
Sachsen	6,8	7,5	8,3	9,4	7,1	+1,5	+0,8
Sachsen-Anhalt	9,3	9,3	12,7	14,8	9,9	+3,4	+3,4
Schleswig-Holstein	12,7	10,0	10,8	13,0	8,6	-1,9	+0,8
Thüringen	6,1	8,4	9,6	10,5	/	+3,5	+1,2
Deutschland	9,5	10,3	10,3	11,8	8,8	+0,8	0,0
Westdeutschland
Ostdeutschland

1) Frühe Schulabgängerinnen und Schulabgänger sind Personen, die weder über eine Hochschulzugangsberechtigung wie Abitur oder Fachhochschulreife noch über eine Berufsausbildung verfügen, sich nicht im Grund- und Zivildienst befinden und auch nicht an Aus- oder Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen.

Quelle: Eurostat

46. Schulentlassene mit Hochschulreife an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen

Land	Allgemeine Hochschulreife						Studien- berechtigten- quote ²⁾	Veränderung der Abiturientenquoten	
	Absolventen/-innen			Abiturientenquote ¹⁾				2018/2013	2018/2017
	2013	2017	2018	2013	2017	2018			
	Anzahl			%			Prozentpunkte		
Baden-Württemberg	50 533	52 095	51 199	42,1	42,2	42,4	55,6	+0,3	+0,2
Bayern	42 576	44 568	43 498	31,7	32,1	32,1	46,2	+0,4	-0,0
Berlin	13 337	16 418	15 619	48,3	54,1	51,0	58,3	+2,7	-3,1
Brandenburg	7 381	9 864	9 885	47,3	48,4	47,0	54,0	-0,3	-1,4
Bremen	3 174	2 967	2 827	48,3	39,9	39,4	46,0	-8,9	-0,5
Hamburg	8 699	9 385	9 389	54,4	53,9	54,8	61,2	+0,4	+1,0
Hessen ³⁾	32 087	24 759	24 450	50,9	37,3	37,6	51,5	-13,3	+0,3
Mecklenburg-Vorpommern	3 744	5 095	5 381	36,9	40,1	40,9	44,9	+4,0	+0,8
Niedersachsen	31 822	32 746	32 088	36,8	37,2	37,4	52,0	+0,6	+0,2
Nordrhein-Westfalen ³⁾	126 794	86 631	84 994	65,3	43,2	42,8	49,5	-22,5	-0,4
Rheinland-Pfalz	17 259	18 165	17 584	38,5	40,0	40,0	48,2	+1,5	+0,0
Saarland	3 520	3 522	3 643	34,7	36,3	38,1	61,2	+3,4	+1,8
Sachsen	9 070	12 614	12 357	37,2	39,9	37,1	44,1	-0,1	-2,8
Sachsen-Anhalt	4 214	5 628	6 018	30,4	32,1	33,5	39,7	+3,1	+1,5
Schleswig-Holstein	12 012	14 228	13 145	39,2	44,6	41,6	50,1	+2,4	-3,0
Thüringen	5 183	6 619	6 611	39,2	38,8	37,9	45,9	-1,3	-0,9
Deutschland	371 405	345 304	338 688	45,8	40,2	39,9	50,4	-5,9	-0,3
Westdeutschland	328 476	289 066	282 817
Ostdeutschland	42 929	56 238	55 871

1) Anteil der Absolventinnen und Absolventen mit allgemeiner Hochschulreife (Abitur) an der Bevölkerung des entsprechenden Geburtsjahres. Es werden Quoten für einzelne Geburtsjahrgänge berechnet und anschließend aufsummiert (sog. "Quotensummenverfahren").

2) Anteil der Absolventinnen und Absolventen mit Hochschul- und Fachhochschulreife zusammen an der Bevölkerung des entsprechenden Geburtsjahres ("Quotensummenverfahren").

3) Hessen 1,5facher Abiturjahrgang 2013; Nordrhein-Westfalen doppelter Abiturjahrgang 2013.

Quelle: Statistische Veröffentlichung der Kultusministerkonferenz, Dokumentation Nr. 224: Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen 2009-2018

47. Frauenanteil der Schulentlassenen nach Abschlussart an allgemein bildenden Schulen

Land	Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss weiblich		Schulentlassene mit Hauptschulabschluss weiblich		Schulentlassene mit Mittlerem Schulabschluss ¹⁾ weiblich		Schulentlassene mit Hochschulreife weiblich	
	Anteil	Veränderung	Anteil	Veränderung	Anteil	Veränderung	Anteil	Veränderung
	2018	2018/2013	2018	2018/2013	2018	2018/2013	2018	2018/2013
	%	Prozent- punkte	%	Prozent- punkte	%	Prozent- punkte	%	Prozent- punkte
Baden-Württemberg	38,3	-1,4	39,9	-2,6	47,4	-1,1	53,7	-0,6
Bayern	35,3	-3,9	38,9	-2,0	50,2	-0,9	54,4	+0,6
Berlin	39,8	-2,7	45,2	+1,0	45,7	-1,4	53,6	-0,8
Brandenburg	37,3	-0,5	37,3	-0,6	47,1	-1,0	54,0	-0,2
Bremen	40,4	-0,2	40,4	-1,5	45,3	-4,1	52,7	-1,9
Hamburg	39,5	+0,5	40,5	-0,1	44,3	-1,5	53,2	-0,3
Hessen	37,6	-1,3	39,3	-2,4	48,5	-1,0	56,0	+0,3
Mecklenburg-Vorpommern	32,8	-4,9	38,5	-0,0	47,5	-2,0	56,5	+0,1
Niedersachsen	37,0	-3,4	38,1	-1,7	47,3	-0,8	55,7	+0,5
Nordrhein-Westfalen	38,4	-2,4	39,9	-2,0	48,0	-0,7	54,8	-0,1
Rheinland-Pfalz	35,6	-2,2	37,5	-1,2	48,6	-1,2	55,4	-0,5
Saarland	35,1	-4,2	40,5	-3,5	49,1	-2,4	55,9	-0,3
Sachsen	37,0	-1,7	35,9	-3,7	48,6	+0,9	55,2	+0,7
Sachsen-Anhalt	37,3	-0,8	36,6	-3,6	47,3	-1,0	54,4	-1,5
Schleswig-Holstein	38,7	-0,1	41,2	-0,5	49,2	-0,8	53,3	+0,0
Thüringen	35,6	-0,5	39,6	-1,8	47,4	-1,6	54,5	-0,0
Deutschland	37,4	-2,3	39,4	-1,9	48,2	-0,9	54,7	-0,1
Westdeutschland	37,4	-2,4	39,3	-2,0	48,3	-0,9	54,7	-0,0
Ostdeutschland	37,2	-1,9	39,6	-1,4	47,4	-0,7	54,5	-0,3

1) Mittlerer Schulabschluss einschließlich schulischer Teil der Fachhochschulreife.

48. Duale Berufsausbildung – bestandene Abschlussprüfungen

Land	Bestandene Abschlussprüfungen in anerkannten Ausbildungsberufen ¹⁾							Veränderung bestandene Abschlussprüfungen insgesamt	
	Insgesamt ²⁾			Darunter Anteil von Frauen	Darunter Anteil ohne Hauptschulabschluss	Darunter Anteil in Industrie und Handel ³⁾	Darunter Anteil im Handwerk		
	2014	2018	2019					2019/2014	2019/2018
	Anzahl			%					
Baden-Württemberg	61 995	57 981	57 945	39,9	2,1	64,6	22,0	-6,5	-0,1
Bayern	76 125	71 988	71 355	40,2	2,4	61,1	24,4	-6,3	-0,9
Berlin	12 237	10 503	10 275	45,7	2,8	60,6	19,0	-16,0	-2,2
Brandenburg	7 869	6 726	6 828	34,8	6,6	61,2	22,1	-13,2	+1,5
Bremen	4 428	4 086	4 221	41,6	3,0	70,5	16,4	-4,7	+3,3
Hamburg	10 482	9 621	9 750	42,8	2,8	72,4	15,5	-7,0	+1,3
Hessen	29 493	27 117	26 610	41,0	3,3	66,1	19,1	-9,8	-1,9
Mecklenburg-Vorpommern	5 904	5 049	5 004	38,8	4,2	64,8	17,7	-15,2	-0,9
Niedersachsen	45 918	41 274	40 776	38,9	1,8	58,6	26,0	-11,2	-1,2
Nordrhein-Westfalen	96 510	87 708	85 560	39,7	2,7	65,7	19,2	-11,3	-2,4
Rheinland-Pfalz	21 390	18 783	18 381	38,6	2,1	61,6	23,8	-14,1	-2,1
Saarland	5 532	4 947	4 608	40,2	3,6	64,6	23,2	-16,7	-6,9
Sachsen	14 196	13 119	13 422	36,8	2,0	63,8	22,2	-5,5	+2,3
Sachsen-Anhalt	8 502	7 149	7 140	35,3	3,5	66,1	20,8	-16,0	-0,1
Schleswig-Holstein	15 744	14 439	14 433	40,4	2,5	55,0	28,8	-8,3	-0,0
Thüringen	7 704	6 921	6 987	34,8	2,5	66,9	20,7	-9,3	+1,0
Deutschland	424 029	387 408	383 292	39,7	2,6	63,3	22,0	-9,6	-1,1
Westdeutschland	367 614	337 944	333 639	39,9	2,4	63,2	22,2	-9,2	-1,3
Ostdeutschland	56 415	49 467	49 656	38,1	3,3	63,7	20,7	-12,0	+0,4

1) Alle Ausbildungsbereiche; ohne sogenannte „externe“ Prüfungsteilnehmende, die die Abschlussprüfung ohne ordnungsgemäße Berufsausbildung bestanden haben.

2) Aus Datenschutzgründen sind die Absolutwerte jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Wert für Deutschland kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Die Werte für Westdeutschland und Ostdeutschland sind bis 2017 auf ein Vielfaches von 3 gerundet und für 2018 als Summe der gerundeten Länderwerte berechnet.

3) Einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe.

49. Berufliche Aufstiegsfortbildung – bestandene Abschlussprüfungen (Fortbildungs-/Meisterprüfungen)

Land	Bestandene Fortbildungs-/Meisterprüfungen ¹⁾						Veränderung bestandene Fortbildungs-/Meisterprüfungen insgesamt	
	Insgesamt ²⁾			Darunter Anteil von Frauen	Darunter Anteil in Industrie und Handel ³⁾	Darunter Anteil im Handwerk		
	2014	2018	2019				2019/2014	2019/2018
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	16 671	16 035	16 062	35,8	50,5	39,8	-3,7	+0,2
Bayern	24 087	23 643	23 436	35,3	50,5	35,9	-2,7	-0,9
Berlin	1 938	1 563	1 761	41,4	47,7	31,2	-9,1	+12,7
Brandenburg	2 022	1 824	1 692	36,2	19,1	51,2	-16,3	-7,2
Bremen	1 140	924	894	28,5	67,8	27,2	-21,6	-3,2
Hamburg	2 544	2 304	2 073	31,4	51,2	45,4	-18,5	-10,0
Hessen	5 679	5 172	5 466	35,4	54,0	36,3	-3,8	+5,7
Mecklenburg-Vorpommern	1 767	1 137	1 059	29,2	48,2	38,2	-40,1	-6,9
Niedersachsen	10 047	8 775	8 733	30,2	51,5	42,2	-13,1	-0,5
Nordrhein-Westfalen	17 256	16 668	17 049	30,6	42,7	48,3	-1,2	+2,3
Rheinland-Pfalz	3 801	3 519	3 720	33,8	42,9	44,6	-2,1	+5,7
Saarland	1 053	861	828	28,6	56,9	36,2	-21,4	-3,8
Sachsen	5 019	3 786	3 789	30,6	48,5	45,4	-24,5	+0,1
Sachsen-Anhalt	1 590	1 074	750	25,6	23,6	70,0	-52,8	-30,2
Schleswig-Holstein	1 755	1 674	1 443	34,9	57,2	33,7	-17,8	-13,8
Thüringen	2 364	2 082	1 524	28,1	47,0	46,1	-35,5	-26,8
Deutschland	98 736	91 038	90 276	33,4	48,3	41,1	-8,6	-0,8
Westdeutschland	84 030	79 575	79 704	33,5	49,2	40,6	-5,1	+0,2
Ostdeutschland	14 706	11 466	10 575	32,4	41,7	45,1	-28,1	-7,8

1) Nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) bzw. Handwerksordnung (HwO).

2) Aus Datenschutzgründen sind die Absolutwerte jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Wert für Deutschland kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Die Werte für Westdeutschland und Ostdeutschland sind bis 2017 auf ein Vielfaches von 3 gerundet und für 2018 als Summe der gerundeten Länderwerte berechnet.

3) Einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe.

Wissenschaft und Kultur

Zahl der Erstsemester leicht rückläufig

Im Studienjahr 2018 nahmen insgesamt 36 319 Hochschulzugangsberechtigte ein Studium in Niedersachsen auf. Das waren 7,1 % der bundesweit 511 997 Erstsemester. Damit ging in Niedersachsen die Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger im Vergleich zum Vorjahr leicht um 2,6 % zurück.

Rückläufig (-0,7 Prozentpunkte) war auch die Studienanfängerquote (39,9 %), die die Zahl der Erstsemester in Bezug zur gleichaltrigen Bevölkerung setzt. Bundesweit lag die Studienanfängerquote mit 57,3 % deutlich höher, wobei die Strukturen im Ländervergleich unverändert waren: In den Stadtstaaten mit ihren zentralörtlichen Funktionen und der hohen Attraktivität als Studienort waren die Quoten im Durchschnitt höher als in den Flächenländern.

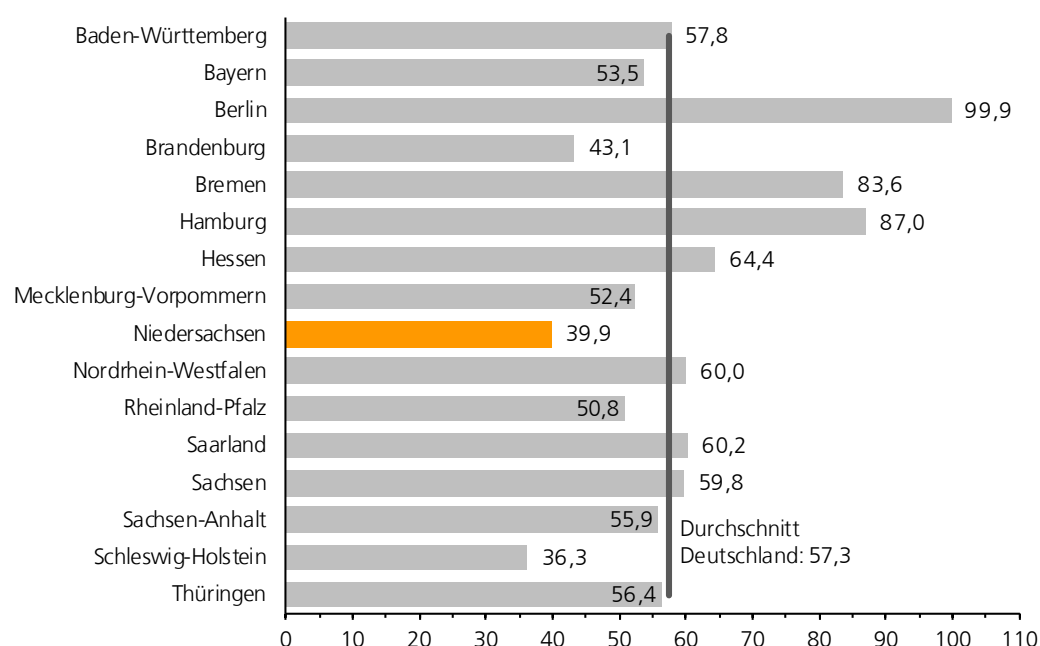
Studienanfängerinnen/
Studienanfänger

T50

Studienanfängerquote

T50

■ Studienanfängerquote 2018 – Prozent –



Im 5-Jahresvergleich zwischen 2013 und 2018 ist die Studienanfängerquote in der Mehrzahl der Länder gestiegen, so auch in Niedersachsen um 1,2 Prozentpunkte. Deutschlandweit war der Anstieg mit 2,8 Prozentpunkten höher. In 5 Ländern ist die Studienanfängerquote dagegen zurückgegangen. Die Werte sind aufgrund doppelter Abiturjahrgänge jedoch nur eingeschränkt vergleichbar.

Studierendenzahl weiter steigend

Im Wintersemester 2018/2019 waren 210 114 Studierende an niedersächsischen Hochschulen eingeschrieben. Bundesweit waren es knapp 2,87 Mio. Damit nahm die Zahl der Studierenden in Niedersachsen mittelfristig gegenüber dem Wintersemester 2013/2014 deutlich um 32 543 Studierende bzw. 18,3 % zu. Dies war prozentual der höchste Anstieg in Deutschland (+9,6 %) und ist unter anderem durch die staatliche Anerkennung von 3 neuen privaten Fachhochschulen in Niedersachsen in diesem Zeitraum zu erklären. Im Ländervergleich ist auffällig, dass die Zahl der Studierenden in den 5 ostdeutschen Flächenländern zurückgegangen ist. In allen westdeutschen Ländern sowie Berlin gab es hingegen Zunahmen.

Studierende

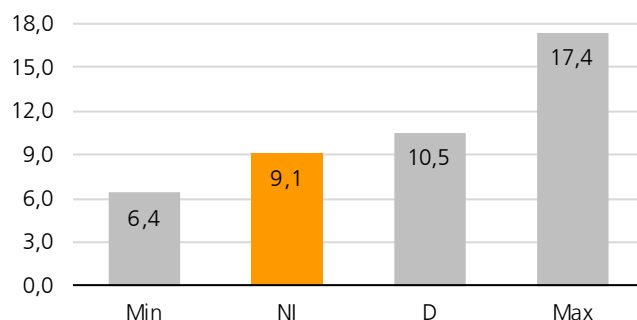
T51

Mehr Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer

Zu den Bildungsausländerinnen und Bildungsausländern werden Studierende gezählt, die ihre (Fach-) Hochschulzugangsberechtigung im Ausland bzw. an einem ausländischen Studienkolleg erworben haben. Der Anteil an allen Studierenden kann als Gradmesser der Internationalisierung und Attraktivität von Hochschulstandorten herangezogen werden.

Der Anteil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer an allen Studierenden nahm sowohl in Niedersachsen als auch in Deutschland insgesamt kontinuierlich zu. Lag dieser in Niedersachsen 2013 noch bei 7,0 %, so waren es 2018 bereits 9,1 %. Im gesamten Bundesgebiet gehörte 2018 mehr als jeder Zehnte zu dieser Gruppe (10,5 %). Im Ländervergleich wies Berlin mit 17,4 % den höchsten Anteil an Bildungsausländerinnen und Bildungsausländern auf, gefolgt von 3 ostdeutschen Ländern sowie Bremen. Die niedrigsten Anteile verzeichneten Schleswig-Holstein (6,4 %) und Nordrhein-Westfalen (8,8 %). Wie bei Bildungsinländerinnen und Bildungsinländern werden auch bei Bildungsausländerinnen und Bildungsausländern verschiedene Aspekte bei der Wahl des Studienortes eine Rolle spielen. Neben der geografischen Lage und gegebenenfalls der Urbanität eines Hochschulstandortes dürften zu den Entscheidungsfaktoren auch das fachliche Studienangebot und dessen Qualität, die Höhe der Semesterbeiträge oder die Ergebnisse von internationalen Hochschulrankings gehören.

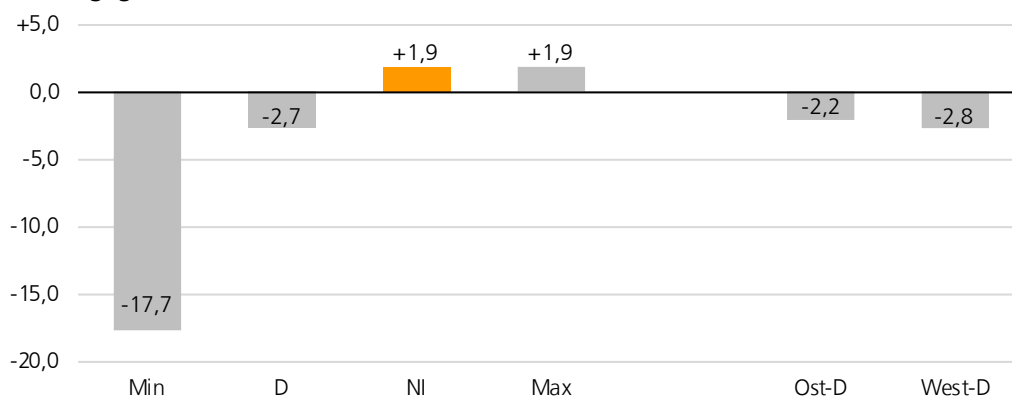
Anteil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer an den Studierenden 2018 – Prozent –



Zunahme der Absolventinnen und Absolventen eines Erststudiums

Im Wintersemester 2018/2019 beendeten 23 777 Studentinnen und Studenten ihr Erststudium (ohne Masterabschlüsse) an niedersächsischen Hochschulen. Das waren 1,9 % mehr als im Vorjahr und war damit der höchste Zuwachs unter den Ländern. In allen anderen Ländern bis auf Hamburg und Brandenburg gingen die Werte dagegen zurück (Bundesdurchschnitt: -2,7 %). Auch mittelfristig im Vergleich zum Wintersemester 2013/2014 nahm die Zahl der Absolventinnen und Absolventen in Niedersachsen zu (+3,0 %), wohingegen der bundesweite Trend leicht rückläufig war (-2,2 %). Vor allem in den ostdeutschen Flächenländern gingen die Zahlen teils deutlich zurück (Ostdeutschland: 16,4 %).

Veränderung der Zahl der Absolventen und Absolventinnen (Erststudium) 2018 gegenüber 2017 – Prozent –



Zahl der Promotionen leicht rückläufig, Zahl der Professuren mit leichten Zunahmen

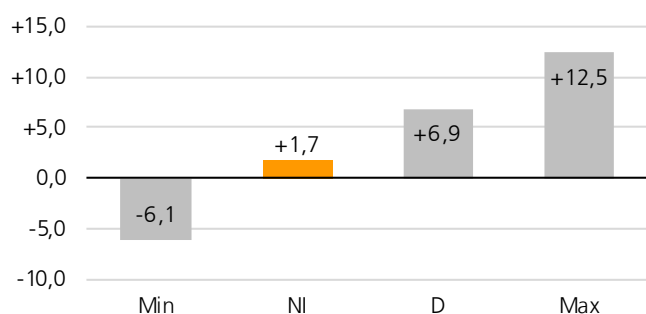
Promotionen
T53

Der akademische Grad des „Doktors“ wurde 2018 in Niedersachsen 2 122 Mal vergeben, das waren 5,7 % Promotionen weniger als im Vorjahr. Bundesweit haben 27 838 Personen einen Dokortitel erworben und damit 2,0 % weniger als 2017. Mittelfristig (2018/2013) blieben die Zahlen in Deutschland nahezu konstant.

Die Zahl der besetzten Professuren erhöhte sich 2018 in Niedersachsen gegenüber dem Vorjahr um 0,7 % auf 3 706 (Deutschland: +1,1 %) und gegenüber 2013 um 1,7 % (Deutschland: +6,9 %). Die Zahl der Professuren nahm damit mittelfristig in allen Ländern mit Ausnahme Sachsen-Anhalts (-6,1 %) zu.

Professuren
T54

Veränderung der Zahl der Professuren 2018 gegenüber 2013 – Prozent –

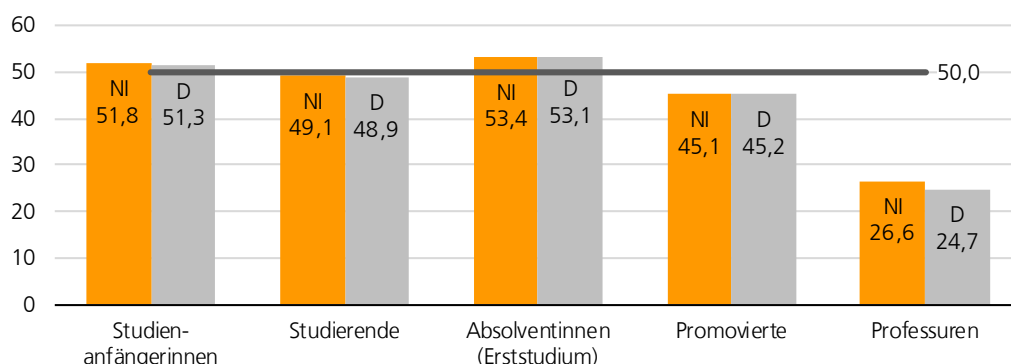


Geschlechterverhältnis: bei Studierenden ausgeglichen, Professorinnen unterrepräsentiert

Das Geschlechterverhältnis zwischen Studentinnen und Studenten ist sowohl bundesweit als auch in Niedersachsen nahezu ausgeglichen. Im Jahr 2018 waren 51,8 % der Erstsemester an niedersächsischen Hochschulen weiblich, der Anteil der Studentinnen an allen Studierenden betrug 49,1 %. Der Anteil der Frauen an allen Absolventinnen und Absolventen, die erfolgreich ein Erststudium abgeschlossen haben, lag in allen Ländern über der 50-Prozent-Marke. In Niedersachsen betrug der Frauenanteil 53,4 % und bundesweit durchschnittlich 53,1 %. Im Ländervergleich variieren die Anteile jedoch in Abhängigkeit der dortigen Hochschullandschaft mit unterschiedlichem Fächerangebot etwas.

Studienanfängerinnen/
Studentinnen/ Absolven-
tinnen/ Promotionen von
Frauen/ Professorinnen
T50, T51, T52, T53, T54

Anteile der Frauen an Studienanfängerinnen/Studienanfängern, Studierenden, Absolventinnen/Absolventen, Promovierten und Professuren 2018 – Prozent –



Im Bereich der höheren akademischen Abschlüsse sind Frauen jedoch noch unterrepräsentiert. Der Anteil der Promotionen, die 2018 in Niedersachsen von Frauen abgelegt wurden, betrug 45,1 % und lag damit auf dem Bundesniveau (45,2 %). Im 5-Jahresvergleich stieg der Wert für Niedersachsen leicht um 0,4 Prozentpunkte (Deutschland: +1,0 Prozentpunkte). Der Anteil der von Frauen besetzten Professuren lag 2018 in Niedersachsen mit 26,6 % über dem Bundesniveau (Deutschland: 24,7 %), jedoch noch weit unter der 50-Prozent-

Marke. Ihr Anteil hat im Vergleich zu 2013 weiter zugenommen (Niedersachsen: +1,7 Prozentpunkte; Deutschland: +3,4 Prozentpunkte). Veränderungsprozesse nehmen in diesem Bereich jedoch mehr Zeit in Anspruch, u. a. auch aufgrund geringerer Fluktuationen. Seit 2000 hat sich der Anteil von mit Frauen besetzten Professuren (12,7 %) mehr als verdoppelt. Im Ländervergleich war der Frauenanteil 2018 in Berlin mit 32,3 % am höchsten und in Bayern mit 20,5 % am niedrigsten.

Ausgaben für Hochschulen

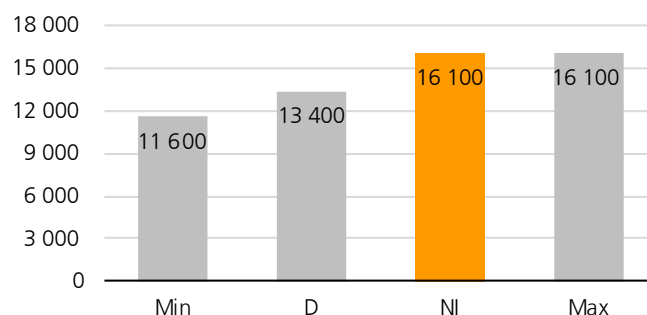
T55

Weiterhin höchste Ausgaben für Hochschulen je studierender Person

Die öffentlichen Ausgaben für Hochschulen beliefen sich im Jahr 2016 in Niedersachsen auf etwa 3,36 Mrd. Euro. Dieser Betrag umfasste Ausgaben für Forschung und Lehre sowie für zusätzliche Dienstleistungen, wie z. B. für Studierendenwerke. Sowohl kurzfristig (2016/2015: +1,5 %) als auch mittelfristig (2016/2011: +23,7 %) stiegen die Ausgaben in Niedersachsen (Deutschland: +2,8 % bzw. +22,9 %).

Die Ausgaben in Relation zur Zahl der Studierenden (einschließlich Promovierende) ergaben ein etwas anderes Bild. Die durchschnittlichen Ausgaben je Studierenden sanken mittelfristig 2016 gegenüber 2011 in Niedersachsen um 1 800 Euro auf nunmehr 16 100 Euro, da die Zahl der Studierenden deutlich stärker anstieg als die Höhe der Ausgaben insgesamt. In 7 weiteren Ländern sind die Ausgaben je Studierenden ebenfalls gesunken. Niedersachsen tätigte damit im Ländervergleich 2016 aber immer noch die höchsten Ausgaben je Studierenden. Bundesweit betrugen die Ausgaben je Studierenden 13 400 Euro.

■ Öffentliche Ausgaben für Hochschulen je Studierenden 2016 – Euro –



Ausgaben für FuE

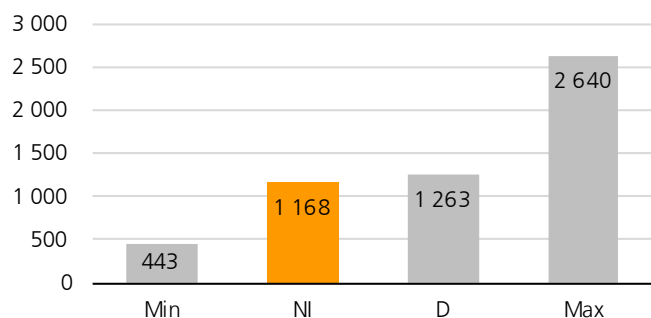
T56

Ausgaben für Forschung und Entwicklung pro Kopf gestiegen

Ausgaben für Forschung und Entwicklung leisten einen relevanten Beitrag zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. Die Höhe der Ausgaben stellt eine Bestimmungsgröße für das Innovationstempo einer Volkswirtschaft dar.

Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) betrugen im Jahr 2018 in Niedersachsen gut 9,3 Mrd. Euro. Diese FuE-Ausgaben umfassen Ausgaben des Staates, privater Institutionen ohne Erwerbszweck, der Hochschulen (interne FuE-Aufwendungen) sowie der Wirtschaft. Im mittelfristigen Vergleich zu 2013 stiegen die Ausgaben deutlich um 32,9 % (Deutschland: 31,3 %). Die Ausgaben je Einwohnerin und Einwohner lagen in Niedersachsen mit 1 168 Euro etwas unter dem Bundesdurchschnitt (1 263 Euro). Im Vergleich zum Vorjahr sind die Pro-Kopf-Ausgaben in Niedersachsen um 46 Euro gestiegen. Dabei verzeichneten alle Länder Zuwächse. Wie in den Vorjahren tätigte Baden-Württemberg die größten Ausgaben pro Kopf (2 640 Euro), mit größerem Abstand gefolgt von Bayern (1 510 Euro).

■ Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE)
je Einwohnerin und Einwohner 2018 – Euro –



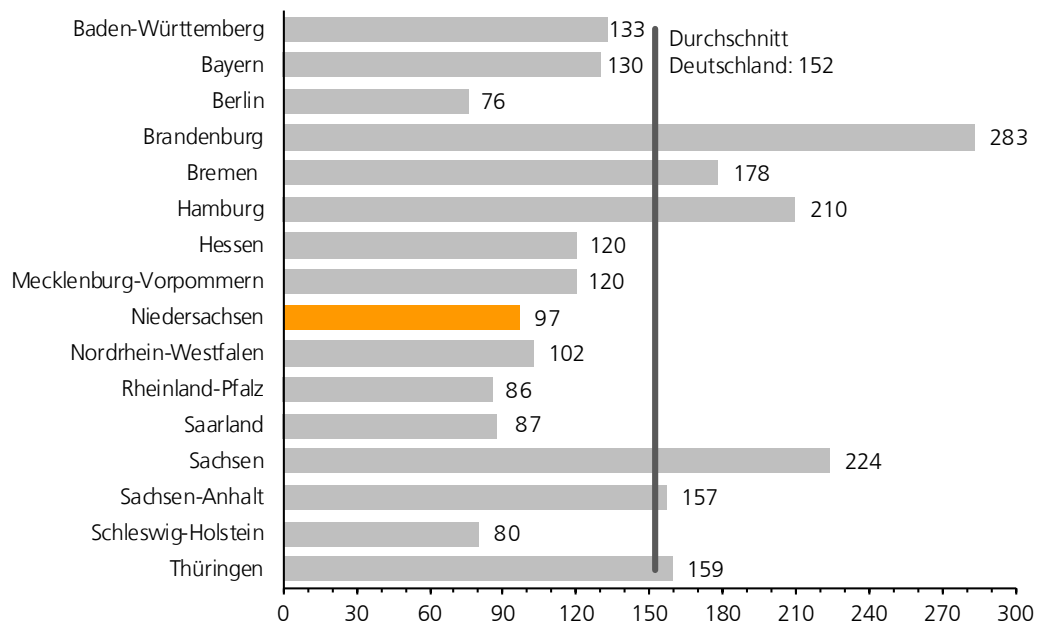
Öffentliche Ausgaben für Kultur deutlich unter Bundesdurchschnitt

Ausgaben für Kultur

T57

Angaben zu öffentlichen Ausgaben für Kultur und kulturnahe Bereiche von Land und Kommunen (Grundmittel) werden in einem 2-jährigen Rhythmus aktualisiert. Die vorliegenden Daten sind gegenüber dem Niedersachsen Monitor 2019 unverändert. Die Ausgaben beliefen sich im Jahr 2015 in Niedersachsen auf rund 762 Mio. Euro. Dies entsprach rund 97 Euro je Einwohnerin und Einwohner. Im Bundesdurchschnitt wurden rund 152 Euro pro Kopf verausgabt, wobei in diesem Wert zusätzlich auch die Ausgaben des Bundes mit enthalten sind. Niedriger als in Niedersachsen waren die Pro-Kopf-Ausgaben in vier Ländern. Überdurchschnittlich waren die Pro-Kopf-Ausgaben in 4 ostdeutschen Ländern sowie in Hamburg und Bremen. Typischerweise beeinflussen kulturelle Angebote mit über-regionaler Strahlkraft die Ausgaben. So besuchen viele Niedersachsen auch kulturelle Veranstaltungen in Hamburg oder Bremen.

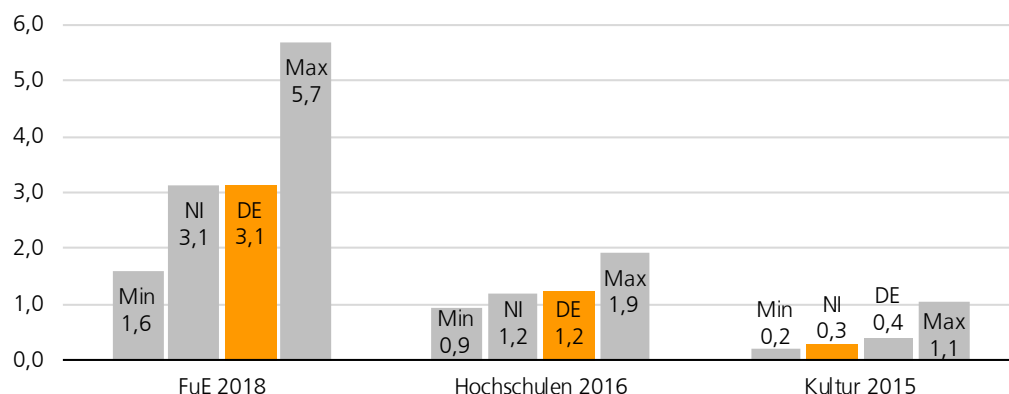
■ Ausgaben für Kultur und kulturnahe Bereiche je Einwohnerin und Einwohner 2015
– Euro –



Ausgaben gemessen am BIP: für Forschung und Entwicklung, für Hochschulen und für Kultur durchschnittlich

In der 2018 zuletzt aktualisierten deutschen Nachhaltigkeitsstrategie ist das Ziel formuliert, dass die privaten und öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung gemessen am BIP (FuE-Quote) bis 2025 jährlich mindestens 3,5 % betragen sollen. (Vormals wurde ein Ziel von mindestens 3,0 % jährlich bis 2030 formuliert.) Für Niedersachsen betrug die FuE-Quote 3,1 % im Jahr 2018 und lag damit im Bundesdurchschnitt (3,1 %), aber noch unter dem Niveau des formulierten Ziels. Auch für Hochschulen wurden im Jahr 2016 (1,2 %) sowie für Kultur und kulturelle Bereiche im Jahr 2015 (0,3 %) in Niedersachsen gemessen am BIP ähnlich hohe Ausgaben getätigt wie im Bundesdurchschnitt (1,2 % bzw. 0,4 %).

■ Ausgaben gemessen am BIP: für Forschung und Entwicklung (FuE) 2018 sowie für Hochschulen 2016 und für Kultur 2015 – Prozent –



Informationen:

Studierende, Absolventinnen/Absolventen, Promotionen, Professuren:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Bildung, Forschung und Kultur. [Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen](#) (Fachserie 11 Reihe 4.3.1)
- Statistisches Bundesamt (Destatis): [Prüfungen an Hochschulen \(u. a. Promotionen\)](#) (Fachserie 11 Reihe 4.2)
- [LSN-Onlinedatenbank](#): Hochschulstatistik (310) und Hochschulpersonal (310)

Ausgaben für Hochschulen:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Bildung, Forschung und Kultur. [Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen](#) (Fachserie 11 Reihe 4.3.2)

Ausgaben für Forschung und Entwicklung:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Bildung, Forschung und Kultur. [Forschung und Entwicklung](#)

Autorin: Rita Skorka

Tabellen Wissenschaft und Kultur

50. Studienanfängerinnen und Studienanfänger nach Land des Studienortes

Land	Studienanfänger/-innen im ersten Hochschulsemester ¹⁾			Frauenanteil	Studienanfängerquote ²⁾			Veränderung der Studienanfängerquote	
	2013	2017	2018		2013	2017	2018	2018/2013	2018/2017
	Anzahl				%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	78 024	74 858	74 138	49,8	62,9	57,7	57,8	-5,1	+0,0
Bayern	73 655	77 032	77 404	50,9	49,0	52,6	53,5	+4,4	+0,9
Berlin	31 877	36 714	36 496	52,5	84,5	100,7	99,9	+15,4	-0,8
Brandenburg	8 280	8 576	8 433	51,5	48,9	44,5	43,1	-5,8	-1,4
Bremen	6 612	6 857	6 721	50,7	97,3	84,5	83,6	-13,7	-0,9
Hamburg	16 459	17 681	17 881	52,1	83,2	86,1	87,0	+3,8	+0,8
Hessen ³⁾	43 109	44 919	44 911	51,7	57,3	63,9	64,4	+7,1	+0,6
Mecklenburg-Vorpommern	6 580	6 993	6 925	50,5	48,1	53,8	52,4	+4,3	-1,4
Niedersachsen	36 331	37 277	36 319	51,8	38,8	40,7	39,9	+1,2	-0,7
Nordrhein-Westfalen ³⁾	128 483	121 570	121 799	51,7	55,6	59,1	60,0	+4,3	+0,9
Rheinland-Pfalz	23 387	22 495	23 058	53,8	48,8	48,7	50,8	+2,0	+2,1
Saarland	5 453	5 870	6 176	51,8	49,5	55,8	60,2	+10,7	+4,4
Sachsen	20 605	20 273	20 275	49,7	62,8	61,8	59,8	-3,0	-2,0
Sachsen-Anhalt	9 874	9 711	10 049	50,3	53,7	54,1	55,9	+2,1	+1,8
Schleswig-Holstein	10 024	11 648	11 556	49,9	30,8	36,4	36,3	+5,6	-0,0
Thüringen	9 868	9 945	9 856	52,5	58,4	57,4	56,4	-1,9	-0,9
Deutschland	508 621	512 419	511 997	51,3	54,6	57,0	57,3	+2,8	+0,3
Westdeutschland	421 537	420 207	419 963	51,3
Ostdeutschland	87 084	92 212	92 034	51,4

1) Jeweiliges Studienjahr: Sommer- und nachfolgendes Wintersemester.

2) Anteil der Studienanfängerinnen und Studienanfänger an der Bevölkerung des entsprechenden Geburtsjahres. Es werden Quoten für einzelne Geburtsjahrgänge berechnet und anschließend aufsummiert (sog. "Quotensummenverfahren").

3) Hessen 1,5facher Abiturjahrgang 2013; Nordrhein-Westfalen doppelter Abiturjahrgang 2013.

51. Studierende sowie Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer

Land	Studierende im Wintersemester			Frauenanteil	Anteil der Bildungsausländer/-innen an den Studierenden			Veränderung des Anteils der Bildungsausländer/-innen an den Studierenden	
	2013	2017	2018		2013	2017	2018	2018/2013	2018/2017
	Anzahl				%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	347 199	361 811	359 824	48,1	9,0	10,3	10,4	+1,3	+0,0
Bayern	355 915	388 893	392 297	49,4	7,6	9,9	10,9	+3,3	+1,0
Berlin	165 923	187 934	192 129	50,3	13,4	16,6	17,4	+4,0	+0,8
Brandenburg	50 272	49 442	49 551	51,5	11,2	13,4	14,2	+3,0	+0,8
Bremen	35 243	37 799	37 440	49,1	10,5	11,9	12,6	+2,1	+0,7
Hamburg	93 814	107 912	109 843	50,0	7,7	8,6	9,3	+1,6	+0,7
Hessen	227 608	260 068	262 362	48,3	8,5	9,0	9,5	+1,0	+0,5
Mecklenburg-Vorpommern	39 274	39 220	38 347	49,6	5,2	8,0	9,1	+3,9	+1,0
Niedersachsen	177 571	209 001	210 114	49,1	7,0	8,5	9,1	+2,1	+0,7
Nordrhein-Westfalen	695 297	772 903	783 208	48,2	7,2	8,3	8,8	+1,6	+0,5
Rheinland-Pfalz	122 646	123 020	123 993	51,6	6,7	8,3	9,4	+2,7	+1,1
Saarland	28 657	31 370	31 455	49,8	11,7	11,6	12,1	+0,4	+0,5
Sachsen	113 394	109 336	108 858	46,9	10,8	13,9	15,1	+4,4	+1,2
Sachsen-Anhalt	55 954	54 600	54 914	49,7	9,3	11,9	12,5	+3,2	+0,6
Schleswig-Holstein	56 113	61 837	64 377	48,5	5,5	6,1	6,4	+0,9	+0,3
Thüringen	52 001	49 832	49 510	49,8	9,0	12,7	14,3	+5,4	+1,6
Deutschland	2 616 881	2 844 978	2 868 222	48,9	8,3	9,9	10,5	+2,2	+0,6
Westdeutschland	2 140 063	2 354 614	2 374 913	48,8
Ostdeutschland	476 818	490 364	493 309	49,5

52. Absolventinnen und Absolventen (Erststudium)¹⁾

Land	Absolventen/-innen (Erststudium) insgesamt ²⁾			Darunter Frauen				Veränderung der Zahl der Absolventen/-innen insgesamt	
				2013	2018	Anteil			
	2013	2017	2018			2013	2018	2018/2013	2018/2017
	Anzahl					%			
Baden-Württemberg	48 771	52 377	50 956	23 806	25 845	48,8	50,7	+4,5	-2,7
Bayern	48 268	49 646	47 882	25 039	25 365	51,9	53,0	-0,8	-3,6
Berlin	18 046	17 197	17 073	9 487	9 386	52,6	55,0	-5,4	-0,7
Brandenburg	6 550	4 715	4 715	3 518	2 636	53,7	55,9	-28,0	0,0
Bremen	4 339	3 985	3 971	2 262	2 027	52,1	51,0	-8,5	-0,4
Hamburg	11 172	9 947	10 104	5 902	5 441	52,8	53,8	-9,6	+1,6
Hessen	24 062	26 290	26 110	12 418	13 934	51,6	53,4	+8,5	-0,7
Mecklenburg-Vorpommern	4 600	4 244	3 934	2 377	2 181	51,7	55,4	-14,5	-7,3
Niedersachsen	23 080	23 334	23 777	12 242	12 704	53,0	53,4	+3,0	+1,9
Nordrhein-Westfalen	63 662	70 844	67 657	32 436	36 276	51,0	53,6	+6,3	-4,5
Rheinland-Pfalz	16 191	13 920	13 628	9 044	7 503	55,9	55,1	-15,8	-2,1
Saarland	3 390	3 560	2 931	1 847	1 505	54,5	51,3	-13,5	-17,7
Sachsen	15 523	13 365	12 980	7 703	6 547	49,6	50,4	-16,4	-2,9
Sachsen-Anhalt	7 056	5 398	5 144	3 787	2 857	53,7	55,5	-27,1	-4,7
Schleswig-Holstein	7 372	6 666	6 369	3 656	3 331	49,6	52,3	-13,6	-4,5
Thüringen	7 788	5 953	5 924	4 153	3 287	53,3	55,5	-23,9	-0,5
Deutschland	309 870	311 441	303 155	159 677	160 825	51,5	53,1	-2,2	-2,7
Westdeutschland	250 307	260 569	253 385	128 652	133 931	51,4	52,9	+1,2	-2,8
Ostdeutschland	59 563	50 872	49 770	31 025	26 894	52,1	54,0	-16,4	-2,2

1) Ohne Masterabsolventinnen und -absolventen.

2) Einschließlich Weiterstudium zur Verbesserung der Prüfungsnote.

53. Promotionen

Land	Bestandene Promotionen insgesamt			Darunter von Frauen bestandene Promotionen				Veränderung der Zahl der Promotionen insgesamt	
				2013	2018	Anteil			
	2013	2017	2018			2013	2018	2018/2013	2018/2017
	Anzahl					%			
Baden-Württemberg	4 633	4 277	4 351	1 995	1 847	43,1	42,5	-6,1	+1,7
Bayern	4 328	4 470	4 731	1 950	2 202	45,1	46,5	+9,3	+5,8
Berlin	2 167	2 335	2 202	1 024	1 100	47,3	50,0	+1,6	-5,7
Brandenburg	357	439	379	151	162	42,3	42,7	+6,2	-13,7
Bremen	364	378	391	145	170	39,8	43,5	+7,4	+3,4
Hamburg	951	950	982	439	465	46,2	47,4	+3,3	+3,4
Hessen	2 179	2 405	2 358	908	1 082	41,7	45,9	+8,2	-2,0
Mecklenburg-Vorpommern	499	463	485	239	218	47,9	44,9	-2,8	+4,8
Niedersachsen	2 159	2 250	2 122	966	958	44,7	45,1	-1,7	-5,7
Nordrhein-Westfalen	5 380	5 758	5 448	2 243	2 360	41,7	43,3	+1,3	-5,4
Rheinland-Pfalz	1 024	1 052	930	483	455	47,2	48,9	-9,2	-11,6
Saarland	251	389	271	106	140	42,2	51,7	+8,0	-30,3
Sachsen	1 422	1 428	1 489	608	626	42,8	42,0	+4,7	+4,3
Sachsen-Anhalt	580	586	520	274	228	47,2	43,8	-10,3	-11,3
Schleswig-Holstein	663	475	452	364	232	54,9	51,3	-31,8	-4,8
Thüringen	750	749	727	361	332	48,1	45,7	-3,1	-2,9
Deutschland	27 707	28 404	27 838	12 256	12 577	44,2	45,2	+0,5	-2,0
Westdeutschland	21 932	22 404	22 036	9 599	9 911	43,8	45,0	+0,5	-1,6
Ostdeutschland	5 775	6 000	5 802	2 657	2 666	46,0	45,9	+0,5	-3,3

54. Professuren an Hochschulen

Land	Professuren insgesamt ¹⁾			Darunter Professuren von Frauen				Veränderung der Zahl der Professuren insgesamt	
				2013	2018	Anteil			
	2013	2017	2018			2013	2018	2018/2013	2018/2017
	Anzahl					%			
Baden-Württemberg	6 995	7 508	7 584	1 310	1 682	18,7	22,2	+8,4	+1,0
Bayern	6 492	6 811	6 884	1 118	1 408	17,2	20,5	+6,0	+1,1
Berlin	3 220	3 531	3 621	997	1 170	31,0	32,3	+12,5	+2,5
Brandenburg	883	938	917	207	271	23,4	29,6	+3,9	-2,2
Bremen	668	679	681	164	197	24,6	28,9	+1,9	+0,3
Hamburg	1 580	1 702	1 702	424	495	26,8	29,1	+7,7	0,0
Hessen	3 489	3 730	3 770	795	980	22,8	26,0	+8,1	+1,1
Mecklenburg-Vorpommern	804	831	819	139	180	17,3	22,0	+1,9	-1,4
Niedersachsen	3 644	3 679	3 706	905	984	24,8	26,6	+1,7	+0,7
Nordrhein-Westfalen	9 229	9 953	10 221	2 017	2 686	21,9	26,3	+10,7	+2,7
Rheinland-Pfalz	2 006	2 122	2 136	411	483	20,5	22,6	+6,5	+0,7
Saarland	495	511	504	93	106	18,8	21,0	+1,8	-1,4
Sachsen	2 260	2 276	2 264	438	509	19,4	22,5	+0,2	-0,5
Sachsen-Anhalt	1 078	1 021	1 012	205	232	19,0	22,9	-6,1	-0,9
Schleswig-Holstein	1 043	1 079	1 098	176	248	16,9	22,6	+5,3	+1,8
Thüringen	1 127	1 197	1 192	188	271	16,7	22,7	+5,8	-0,4
Deutschland	45 013	47 568	48 111	9 587	11 902	21,3	24,7	+6,9	+1,1
Westdeutschland	35 641	37 774	38 286	7 413	9 269	20,8	24,2	+7,4	+1,4
Ostdeutschland	9 372	9 794	9 825	2 174	2 633	23,2	26,8	+4,8	+0,3

1) Professuren: ohne (nebenberufliche) Gastprofessuren und Emeriti; einschließlich zentrale Einrichtungen und sonstige Fächer.

55. Öffentliche Ausgaben für Hochschulen

Land	Ausgaben für Hochschulen ¹⁾			Ausgaben für Hochschulen je Studierenden ^{2) 3)}			Veränderung der Ausgaben für Hochschulen		Quotient Ausgaben für Hochschulen/BIP ⁴⁾
	2011	2015	2016	2011	2015	2016	2016/2011	2016/2015	2016
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	4 734	5 587	5 556	16 300	14 400	14 200	+17,4	-0,6	1,2
Bayern	4 632	5 568	5 766	15 800	14 000	14 300	+24,5	+3,6	1,0
Berlin	1 952	2 464	2 559	13 300	13 900	14 100	+31,1	+3,8	1,9
Brandenburg	525	617	651	10 600	11 800	12 500	+23,8	+5,4	1,0
Bremen	483	502	523	15 300	14 400	14 800	+8,3	+4,2	1,7
Hamburg	1 079	1 323	1 354	14 600	14 400	14 500	+25,5	+2,3	1,2
Hessen	2 742	3 151	3 163	14 100	12 400	12 100	+15,3	+0,4	1,2
Mecklenburg-Vorpommern	556	608	574	14 600	15 800	15 100	+3,2	-5,5	1,4
Niedersachsen	2 715	3 311	3 359	17 900	16 400	16 100	+23,7	+1,5	1,2
Nordrhein-Westfalen	6 484	8 070	8 524	12 700	11 400	11 600	+31,5	+5,6	1,3
Rheinland-Pfalz	1 244	1 431	1 530	11 500	11 300	12 200	+23,0	+6,9	1,1
Saarland	359	447	427	14 200	13 300	12 300	+18,8	-4,5	1,2
Sachsen	1 572	1 818	1 888	14 900	14 700	15 300	+20,1	+3,9	1,6
Sachsen-Anhalt	681	740	772	12 900	12 900	13 400	+13,3	+4,3	1,3
Schleswig-Holstein	646	767	819	12 700	12 300	12 800	+26,9	+6,8	0,9
Thüringen	753	844	840	14 300	14 900	15 200	+11,5	-0,5	1,4
Deutschland	31 156	37 247	38 304	14 300	13 300	13 400	+22,9	+2,8	1,2
Westdeutschland	25 116	30 155	31 020	14 500	13 100	13 200	+23,5	+2,9	1,2
Ostdeutschland	6 040	7 092	7 284	13 500	14 000	14 300	+20,6	+2,7	1,5

1) Forschung, Lehre und zusätzliche Dienstleistungen (z. B. Studierendenwerke) insgesamt (Grund- und Drittmittel).

2) Ausgaben in einem Land (nicht des Landes) für alle Abschlusslevel im Hochschulbereich, das sind die Level 5-8 nach ISCED-2011 (bzw. 2011 die Level 5a/6 nach ISCED-1997).

3) Ausgaben gerundet auf volle 100 Euro.

4) Bruttoinlandsprodukt in aktuellen Preisen, Stand Februar 2020.

56. Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE)

Land	Ausgaben für Forschung und Entwicklung ¹⁾			Ausgaben für Forschung und Entwicklung je Einwohner/-in			Veränderung der Ausgaben für FuE		Quotient Ausgaben für FuE / BIP ²⁾ 2018
	2013	2017	2018	2013	2017	2018	2018/2013	2018/2017	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	20 204	27 910	29 179	1 906	2 540	2 640	+44,4	+4,5	5,7
Bayern	15 942	18 704	19 689	1 270	1 441	1 510	+23,5	+5,3	3,2
Berlin	4 021	4 758	5 111	1 185	1 325	1 410	+27,1	+7,4	3,5
Brandenburg	937	1 195	1 220	383	478	487	+30,2	+2,1	1,7
Bremen	793	909	947	1 211	1 339	1 391	+19,4	+4,2	2,9
Hamburg	2 308	2 500	2 635	1 325	1 373	1 437	+14,2	+5,4	2,2
Hessen	6 865	8 182	8 622	1 139	1 314	1 379	+25,6	+5,4	3,0
Mecklenburg-Vorpommern	683	785	810	428	487	503	+18,5	+3,2	1,8
Niedersachsen	7 009	8 928	9 316	900	1 121	1 168	+32,9	+4,3	3,1
Nordrhein-Westfalen	11 761	14 336	15 189	670	801	848	+29,1	+6,0	2,2
Rheinland-Pfalz	2 655	3 498	3 680	666	859	902	+38,6	+5,2	2,6
Saarland	462	619	624	466	622	629	+35,0	+0,8	1,7
Sachsen	2 872	3 400	3 595	711	834	882	+25,2	+5,7	2,9
Sachsen-Anhalt	780	919	980	347	412	443	+25,6	+6,6	1,6
Schleswig-Holstein	1 198	1 448	1 556	427	502	538	+29,9	+7,5	1,6
Thüringen	1 158	1 362	1 424	535	632	664	+22,9	+4,6	2,3
Deutschland ³⁾	79 729	99 554	104 669	989	1 204	1 263	+31,3	+5,1	3,1
Westdeutschland	69 197	87 034	91 437	1 073	1 309	1 371	+32,1	+5,1	3,2
Ostdeutschland	10 451	12 419	13 140	658	768	812	+25,7	+5,8	2,6

1) Staat, private Institutionen ohne Erwerbszweck, Hochschulen (interne FuE-Aufwendungen), Wirtschaft.

2) Bruttoinlandsprodukt in aktuellen Preisen, Stand Februar 2020.

3) Einschließlich nicht auf die Länder aufteilbarer Mittel.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Stifterverband Wissenschaftsstatistik, Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

57. Öffentliche Ausgaben für Kultur – Grundmittel –

Land	Öffentliche Ausgaben für Kultur und kulturnahe Bereiche ¹⁾			Öffentliche Ausgaben für Kultur und kulturnahe Bereiche je Einwohner/-in			Veränderung der öffentlichen Ausgaben ²⁾		Quotient Ausgaben für Kultur/BIP 2015
	2010	2014 ³⁾	2015 ³⁾	2010	2014	2015	2015/2010	2015/2014	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	1 232	1 394	1 429	115	131	133	+16,0	+2,5	0,3
Bayern	1 484	1 578	1 658	119	125	130	+11,7	+5,1	0,3
Berlin	688	662	698	72	78	76	+6,0	-1,7	0,2
Brandenburg	248	268	263	274	270	283	+1,5	+5,4	1,1
Bremen	119	115	118	181	174	178	-1,0	+2,9	0,4
Hamburg	362	440	371	204	252	210	+2,6	-15,6	0,3
Hessen	763	746	735	126	123	120	-3,6	-1,5	0,3
Mecklenburg-Vorpommern	162	201	192	99	126	120	+18,6	-4,5	0,5
Niedersachsen	666	746	762	84	95	97	+14,3	+2,1	0,3
Nordrhein-Westfalen	1 681	1 791	1 809	94	102	102	+7,6	+1,0	0,3
Rheinland-Pfalz	339	344	346	84	86	86	+2,2	+0,6	0,3
Saarland	82	93	86	81	94	87	+5,0	-6,8	0,3
Sachsen	754	871	908	182	215	224	+20,4	+4,2	0,8
Sachsen-Anhalt	330	325	350	141	145	157	+5,9	+7,6	0,6
Schleswig-Holstein	196	221	227	69	78	80	+16,0	+2,9	0,3
Thüringen	338	349	343	151	162	159	+1,4	-1,8	0,6
Deutschland ⁴⁾	11 513	12 162	12 405	141	150	152	+7,7	+2,0	0,4
Westdeutschland	6 924	7 467	7 542	106	115	115	+8,9	+1,0	0,3
Ostdeutschland	2 521	2 677	2 754	154	168	172	+9,2	+2,9	0,6

1) Revidierte Zeitreihe, Daten weichen daher von den Angaben früherer Kulturfinanzberichte ab. Zu den kulturnahen Bereichen gehören Ausgaben für Volkshochschulen und Sonstige Weiterbildung, kirchliche Angelegenheiten sowie Rundfunkanstalten und Fernsehen.

2) Die Werte sind aufgrund der Umstellung des Kulturbereiches der Kunsthochschulen gemäß des Funktionenplans der staatlichen Haushaltssystematik und der Umstellung von Grundmittel für öffentliche und private Kunsthochschulen auf Trägermittel für öffentliche Kunsthochschulen nicht mit den Werten älterer Ausgaben des Kulturfinanzberichts zu vergleichen.

3) Vorläufige IST-Werte, Stand Dezember 2018.

4) Summe der Grundmittel der Länder plus Bundesmittel in Höhe von 2 067 Mio. Euro im Jahr 2010, 2 017 Mio. Euro im Jahr 2014 und 2 108 Mio. Euro im Jahr 2015.

Umwelt und Energie

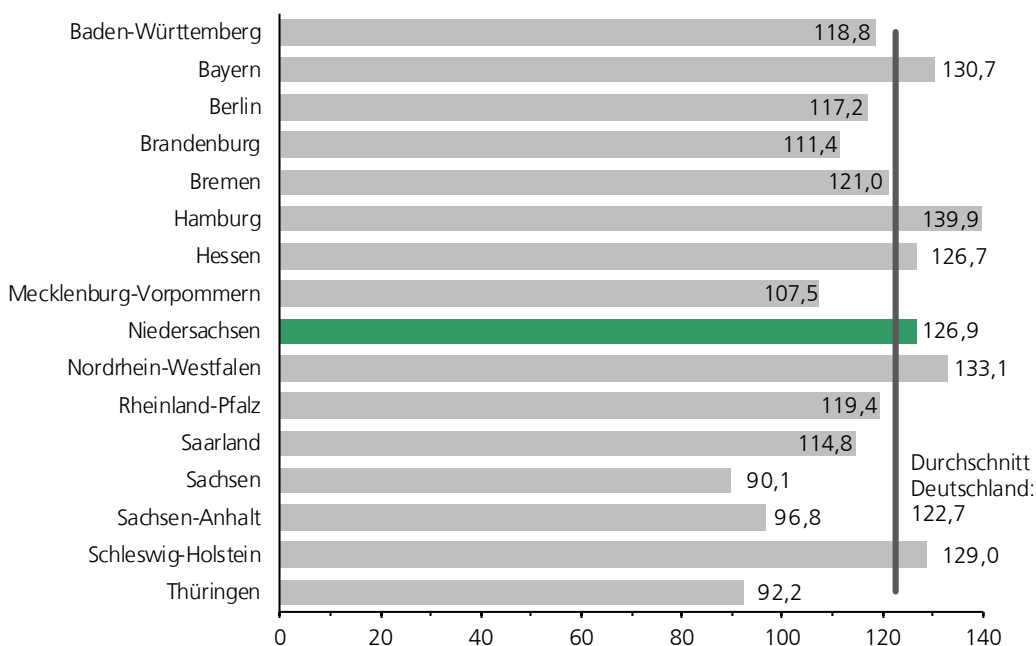
Trinkwasserverbrauch pro Kopf leicht gestiegen

Trinkwasserverbrauch
T58

Im Jahr 2016 wurden von niedersächsischen Wasserversorgungsunternehmen 479 Mio. Kubikmeter Trinkwasser zum Letztgebrauch abgegeben. Die Abgabe an Haushalte und Kleingewerbe (z. B. Bäckereien, Friseursalons, Metzgereien, Arztpraxen) umfasste 367 Mio. Kubikmeter.

Die Pro-Kopf-Abgabe am Tag betrug 2016 in Niedersachsen durchschnittlich 126,9 Liter und war einen halben Liter höher als 2013. Die höchsten Pro-Kopf-Verbräuche wurden von Versorgungsunternehmen 2016 in Hamburg (139,9 Liter), Nordrhein-Westfalen (133,1 Liter) und in Bayern (130,7 Liter) verzeichnet. Niedersachsen lag bei dem Pro-Kopf-Verbrauch um 1,1 Liter pro Tag unter dem Durchschnitt der westdeutschen (128,0 Liter), aber 24,3 Liter pro Tag über dem Durchschnitt der ostdeutschen Länder (102,6 Liter).

■ Täglicher Trinkwasserverbrauch je Einwohnerin und Einwohner (versorgt) 2016 – Liter –



Aufkommen an Haushaltsabfällen gesunken – hohes Wertstoffaufkommen pro Kopf

Haushaltsabfälle
T59

Zum Haushaltsabfall gehören Haus- und Sperrmüll, Bioabfälle sowie getrennt gesammelte Abfälle zur Verwertung (Wertstoffe), z. B. Verpackungen, Glas und Papier, Pappe und Karton.

Das Haushaltsabfallaufkommen in Niedersachsen ist 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 2,3 % auf 4,09 Mio. Tonnen gefallen; im Vergleich zu 2013 (3,91 Mio. Tonnen) stieg das Aufkommen jedoch um 4,6 %.

Die öffentlich-rechtliche Abfallentsorgung ist bundesweit unterschiedlich gut ausgebaut und verschieden über Holsysteme und Sammelstellen organisiert. Aus diesem Grund gibt es zum Teil große Unterschiede bei dem erfassten Aufkommen an Haushaltsabfällen, die u. a. verschiedene Anteile hausmüllähnlicher Gewerbeabfälle enthalten. Pro Kopf gerechnet lagen 189 kg zwischen dem Minimum in Sachsen (334 kg) und dem Maximum in Rheinland-Pfalz (523 kg). Niedersachsen erreichte mit 512 kg pro Kopf bundesweit die zweithöchste Menge (Deutschland: 455 kg).

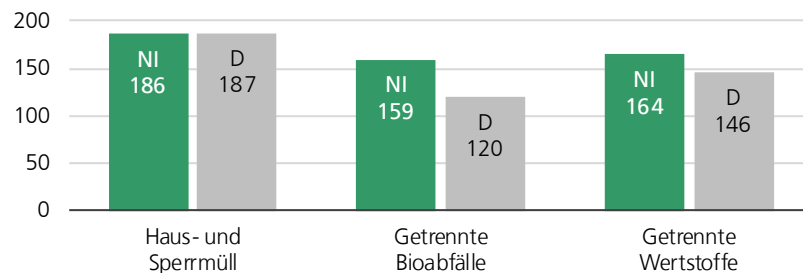
Ein wichtiger Grund für das hohe Pro-Kopf-Aufkommen in Niedersachsen ist die stark ausgeprägte Erfassung der Bioabfallaufkommen. Das Kreislaufwirtschaftsgesetz verpflichtet die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger dazu, biologisch abbaubare Garten-, Park- und Friedhofsabfälle getrennt zu sammeln und zu verwerten. Mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Aufkommen von 159 kg getrennter Bioabfälle lag Niedersachsen 2018 um 39 kg über dem Bundesdurchschnitt (120 kg) und im Ländervergleich an zweiter Position nach Rheinland-Pfalz (173 kg).

Haushaltsabfälle – getrennte Wertstoffe pro Kopf

T59

Bei den getrennt gesammelten Wertstoffen wie Altpapier, Altglas etc. überstieg das niedersächsische Pro-Kopf-Aufkommen mit 164 kg ebenfalls den Bundesdurchschnitt von 146 kg. Hingegen lag das Restabfallaufkommen in Niedersachsen (Haus- und Sperrmüll) mit 186 kg pro Kopf in etwa auf Bundesniveau (187 kg). Den höchsten Pro-Kopf-Wert unter den Ländern hatte hier Hamburg (262 kg), gefolgt von Berlin (241 kg).

■ Aufkommen Haushaltsabfälle 2018 je Einwohnerin und Einwohner (31.12.) – Haus- und Sperrmüll, getrennte Bioabfälle, getrennte Wertstoffe – kg –



Primärenergieverbrauch: erneuerbare Energien

T60

Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch leicht gestiegen

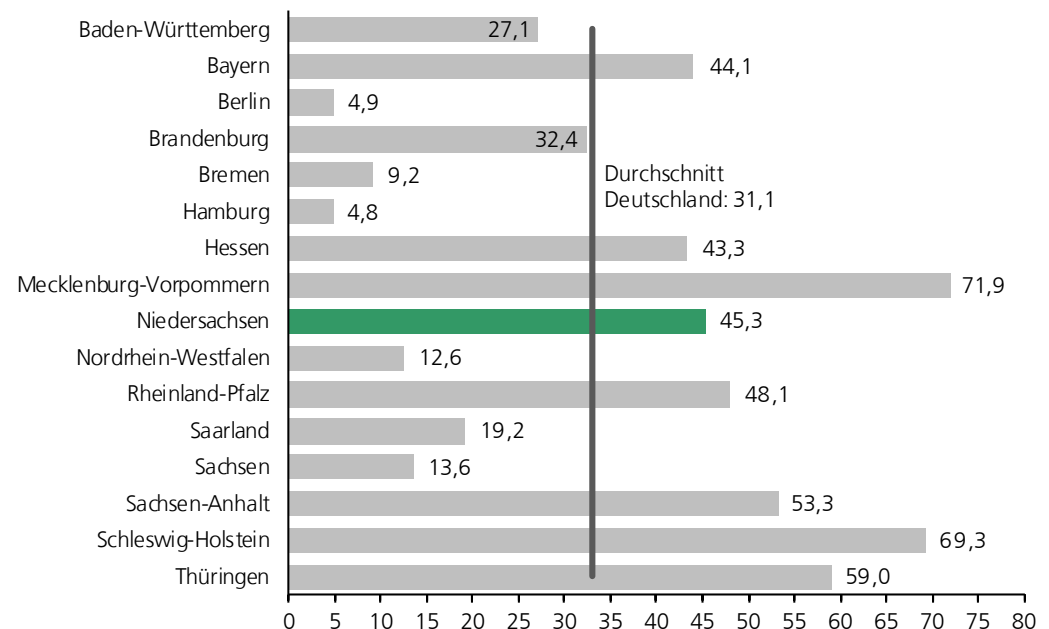
Der Primärenergieverbrauch ist der Einsatz der ursprünglichen Energieträger (Kohle, Erdöl, Erdgas, Windkraft, Biomasse, Solarenergie und Wasserkraft) vor der Umwandlung beispielsweise in Strom oder Wärme. Durch Verluste bei der Umwandlung (z. B. in Kraftwerken, Raffinerien) ist der Primärenergieverbrauch größer als der Endenergieverbrauch.

Der Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch in Niedersachsen stieg 2017 gegenüber dem Vorjahr um 1,6 Prozentpunkte auf 19,0 %. Im Bundesdurchschnitt stammten im Jahr 2017 lediglich 13,3 % des Primärenergieverbrauches aus erneuerbaren Energien. Der Primärenergieverbrauch aus erneuerbaren Energien betrug im Jahr 2017 in Niedersachsen 69 941 Mio. kWh. Im Ländervergleich war dies der zweithöchste Wert hinter Bayern (99 866 Mio. kWh), Nordrhein-Westfalen belegte Platz 3 (56 164 Mio. kWh).

Stromerzeugung: erneuerbare Energien

T61

■ Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien 2017 – Prozent –



Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung deutlich gestiegen

In Niedersachsen wurden 2017 insgesamt 86 336 Mio. kWh Strom erzeugt. Vor allem aufgrund des Zubaues in der Windenergie konnte damit ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr um +8,2 % (Bundesdurchschnitt: +0,5 %) verzeichnet werden. 45,3 % der gesamten Stromerzeugung gingen in Niedersachsen auf den Einsatz erneuerbarer Energien zurück, 5,1 Prozentpunkte mehr als 2016. Im Bundesdurchschnitt lag der Anteil der erneuerbaren Energien 2017 bei 33,1 %. Mit 39 114 kWh Strom aus erneuerbaren Energien (darunter 68,9 % aus Windenergie) schob sich Niedersachsen auf den Spitzenplatz vor Bayern (37 324 kWh), das beim Einsatz erneuerbarer Energien insbesondere Strom aus Wasserkraft und Photovoltaik gewinnt.

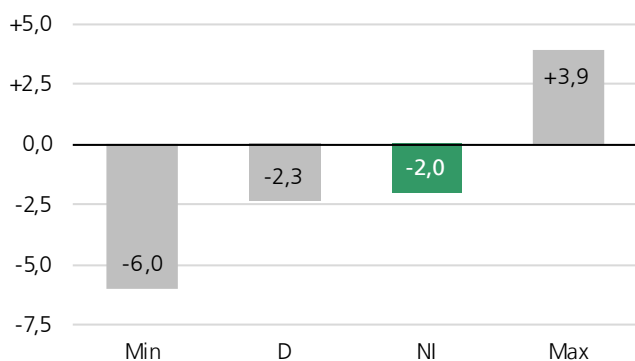
Energiebedingte CO₂-Emissionen weiter rückläufig

Energiebedingte
CO₂-Emissionen
T62

Die sogenannte Quellenbilanz schließt Emissionen für ausgeführten Strom ein und solche für Importstrom aus. Grundlage der Berechnungen sind die Verbrauchsmengen je eingesetztem fossilen Energieträger und ihr jeweiliger Kohlenstoffgehalt. Die Entwicklung der CO₂-Emissionen ist vor dem Hintergrund internationaler Vereinbarungen zum Klimaschutz (Kyoto- und Folge-Abkommen) zu sehen. Die Höhe der Emissionen hängt unmittelbar von der Entwicklung des Energieverbrauchs und damit von Konjunktur und Witterungsverhältnissen ab.

Die energiebedingten CO₂-Emissionen lagen im Jahr 2017 in Niedersachsen mit knapp 64,4 Mio. Tonnen um 2,0 % niedriger als 2016. Im Vergleich zu 2012 betrug der Rückgang 0,6 %. Die energiebedingten CO₂-Emissionen 2017 sanken gegenüber dem Referenzjahr 1990 (Kyoto-Protokoll) um 16,2 % (siehe Niedersächsische Energie- und CO₂-Bilanzen 2017). Das rechnerische CO₂-Aufkommen je Einwohnerin und Einwohner 2017 verringerte sich um 0,2 Tonnen auf 8,1 Tonnen und lag unter dem Bundesdurchschnitt (8,9 Tonnen).

■ Veränderung der CO₂-Emissionen aus Primärenergieverbrauch 2017 gegenüber 2016* – Prozent –



*soweit Werte verfügbar

Waldzustand: jeder vierte Baum geschädigt

Waldzustand
T63

Die Waldzustandserhebung nach dem Bundeswaldgesetz ist Teil des Umweltmonitorings. Die Daten der Länder für die Berichterstattung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, BMEL (Ergebnisse der Waldzustandserhebung) gewährleisten bundesweit abgestimmte Erhebungsmethoden und Auswertungansätze.

Die Erhebung erfolgt anhand einer Stichprobe von Baumgruppen. Dabei wird unterschieden in vier Schadstufen: 1. schwache Kronenverlichtung (Warnstufe) sowie 2. mittelstarke und 3. starke Kronenverlichtung und 4. abgestorben. Die Schädigungen werden hauptsächlich am Blattverlust sowie an der Vergilbung der Blätter der Baumkronen festgemacht. Nadel- und Laubbäume sind je nach Baumart in unterschiedlichem Maße von Schäden betroffen, sodass die Zusammensetzung des gesamten Waldbestandes Einfluss auf den Anteil der Schädigungen haben kann. Auch die Lage hat je nach Höhe Einfluss auf den Eintrag der Schadstoffe. Fehlende Niederschläge zu Beginn der Vegetationszeit und Spätfrostschäden in Jungbeständen können zu Belastungen der Wälder führen.

Nach den Kriterien der Waldzustandserhebung hatten 2019 in Niedersachsen 27 % aller Waldbäume eine deutliche Kronenverlichtung (Schadstufen 2 bis 4), ein Anstieg gegenüber 2018 um 7 Prozentpunkte. Ebenso stark war die Änderung bundesweit (7 Prozentpunkte), allerdings stieg hier der Anteil deutlich geschädigter oder abgestorbener Bäume von 29 % auf 36 %. Der starke Anstieg ist auf die trockenen Sommer 2018 und 2019 in Verbindung mit Schädlingsbefall zurückzuführen, welche die Forsten sehr geschwächt haben. Im Ländervergleich war der Anteil von 27 % deutlich geschädigter oder abgestorbener Bäume in Niedersachsen der niedrigste. In neun Ländern lag der Anteil zwischen 30 und 40 %. Die höchsten Anteile deutlich geschädigter oder abgestorbener Waldbäume hatten Thüringen (53 %), Baden-Württemberg (43 %) und Nordrhein-Westfalen (42 %).

Flächenverbrauch

T64

Flächenverbrauch weiterhin zu hoch

Die Umnutzung von landwirtschaftlichen oder naturbelassenen Flächen in Siedlungs- und Verkehrsfläche wird als Flächenverbrauch bezeichnet. In der Nachhaltigkeitsstrategie für Niedersachsen wird angestrebt, den mittleren Flächenverbrauch bis zum Jahr 2030 auf maximal 4 Hektar (ha) pro Tag zu begrenzen. Bundesweit soll gemäß Nationaler Nachhaltigkeitsstrategie der Flächenverbrauch bis dahin unter 30 ha pro Tag liegen.

Grundlage für die Ermittlung des Flächenverbrauchs ist die amtliche Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung. Seit dem 1.1.2016 basiert diese Statistik in allen Ländern auf dem Amtlichen Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS®). Die 2011 begonnene Ablösung des Automatisierten Liegenschaftsbuchs (ALB) der Katasterverwaltungen als Datengrundlage wurde damit in allen Ländern abgeschlossen.

Mit der Umstellung vom ALB auf ALKIS® sind Änderungen verbunden, die sich auf die Flächenerhebung, und damit auf die Berechnungsgrundlage des Indikators Flächenverbrauch auswirken. Die räumliche Zuordnung der Nutzungsarten erfolgte beim ALB über Flurstücke, beim ALKIS® werden hingegen überwiegend Luftbilder ausgewertet. Die neue ALKIS®-Systematik orientiert sich stärker an der realen Bodennutzung. Außerdem sind die Nutzungsarten im ALKIS® nicht identisch mit denen aus dem ALB. Die Vermessungsverwaltungen haben deshalb im Rahmen des Umstellungsprozesses Flächen neu zugeordnet. Diese Neuzuordnungen waren bis 2016 noch nicht in allen Ländern abgeschlossen und wurden auch 2017 und 2018 weiter fortgesetzt.

Wegen der auf die Umstellung zurückzuführenden Effekte sind Zeitvergleiche und die exakte Berechnung von Veränderungen nur eingeschränkt möglich. Der tägliche Flächenverbrauch wird deshalb derzeit als gleitender Vierjahresdurchschnitt nachgewiesen. Auf Bundesebene wurden zusätzlich größere Neuzuordnungen weitestgehend herausgerechnet.

Ende 2018 wurden in Deutschland 13,9 % der gesamten Bodenfläche als Siedlungs- und Verkehrsfläche genutzt. In Niedersachsen lag dieser Nutzungsanteil mit 14,1 % geringfügig über dem Bundeswert. Die niedersächsische Siedlungs- und Verkehrsfläche (6 713 km²) bestand ungefähr zu je einem Drittel aus Verkehrs- und Wohnbau- sowie sonstigen Siedlungsflächen, darunter z. B. Industrie- und Gewerbeflächen, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen oder Gebäude- und Freiflächen der Land- und Forstwirtschaft.

Der Flächenverbrauch lag in Niedersachsen im vierjährigen Mittel von 2015 bis 2018 bei 6,0 ha pro Tag; bundesweit nahm die Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV) im Vierjahresdurchschnitt täglich um rund 56,0 ha zu.

Im Vergleich 2018 gegenüber 2017 nahm die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Niedersachsen um 0,4 % zu. Der Anstieg war damit etwas geringer als im Bundesdurchschnitt (+0,6 %). Auf weitere Aussagen zum Jahresvergleich wird hier verzichtet, da er nicht für alle Länder gleichermaßen aussagekräftig ist. In einigen Ländern beeinflussen neben tatsächlichen Nutzungsänderungen noch immer vor allem Neuzuordnungen der einzelnen Nutzungsarten den Zeitvergleich.

Ökologischer Landbau

T65

Ökologisch bewirtschaftete Fläche gering

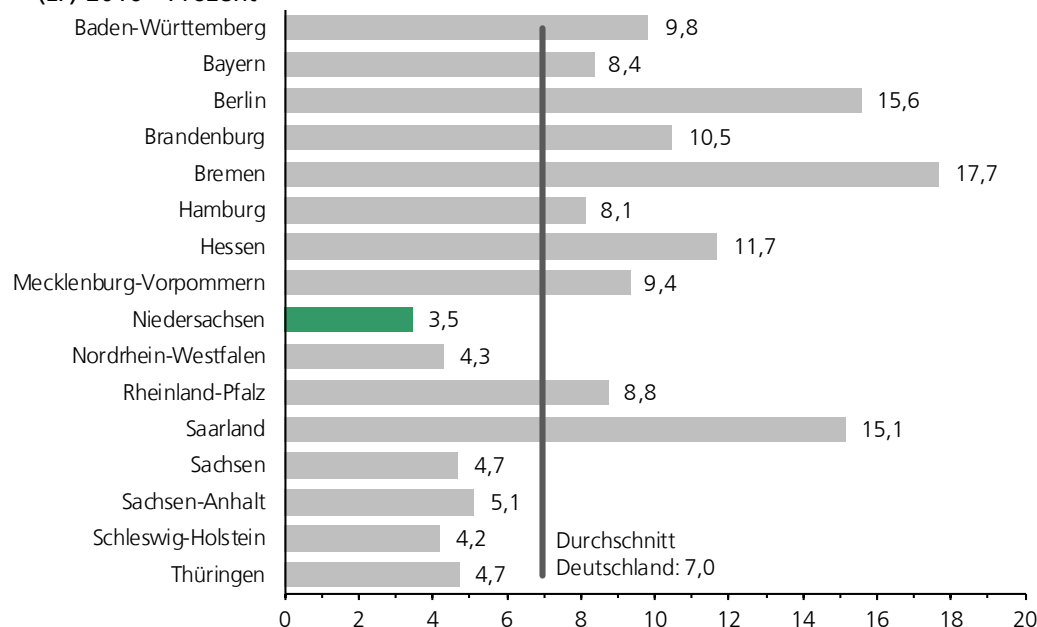
Die Fläche von Betrieben mit ökologischem Landbau stieg in Niedersachsen von etwa 78 500 ha im Jahr 2010 auf etwa 90 500 ha im Jahr 2016 (+15,3 %). Damit wurden 2016 insgesamt 3,5 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) in Niedersachsen ökologisch bewirtschaftet. Im Vergleich der Länder weist Niedersachsen weiterhin den geringsten Anteil ökologisch genutzter LF auf. Bundesweit wurden 7,0 % der LF nach den Regelungen der EU-Öko-Verordnung oder weitergehenden Vorschriften (Demeter, Bioland etc.) bewirtschaftet.

Geringe Anteile wiesen auch Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein mit unter 4,5 % der LF aus, also Länder mit stark konventionell ausgerichteter Erzeugungsstruktur, hohen Viehdichten und überdurchschnittlich hohen Pachtpreisen. Hohe Anteile ökologisch bewirtschafteter LF waren aufgrund der guten Absatzmöglichkeiten in den Stadtstaaten Bremen (17,7 %) und Berlin (15,6 %) zu finden. Von den Flächenländern ragten das Saarland (15,1 %) sowie Hessen und Brandenburg mit jeweils mehr als 10 % ökologisch bewirtschafteter LF heraus.

Der Anteil ökologisch bewirtschafteter Fläche stieg in nahezu allen Ländern im Jahr 2016 sowohl im Vergleich zu 2010 als auch zu 2013 an. Lediglich in Brandenburg und Thüringen ging er geringfügig zurück. Der Anstieg war in den westdeutschen Ländern mit 0,9 Prozentpunkten in den letzten 3 Jahren etwas höher als in den ostdeutschen Ländern mit 0,3 Prozentpunkten (Niedersachsen +0,4 Prozentpunkte).

Eine niedersächsische Besonderheit ist, dass etwa 20 % der Betriebe mit ökologischem Landbau ihre Betriebe nur zu Teilen auf ökologische Produktion umgestellt haben, also auch noch konventionellen Landbau oder konventionelle Viehhaltung betreiben.

■ Anteil ökologisch bewirtschafteter Fläche an der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) 2016 – Prozent –



Informationen:

- **Aufkommen an Haushaltsabfällen:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [Umwelt, Abfallentsorgung](#) (Fachserie 19 Reihe 1)
- Statistisches Bundesamt (Destatis): [GENESIS Online](#): Umwelt: Abfallwirtschaft, Statistiken 321 bzw. [Aufkommen an Haushaltsabfällen](#), Statistik 32121
- **Primärenergieverbrauch, Stromerzeugung, energiebedingte CO₂-Emissionen:** [Länder Arbeitskreis Energiebilanzen](#)
- **Umweltbundesamt: Treibhausgas-Emissionen:** [Trendtabellen Treibhausgase](#)
- Niedersächsisches Ministerium für Umwelt: [Niedersächsische Energie- und CO₂-Bilanzen](#)
- **Waldzustand:** Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL): [Ergebnisse der Waldzustandserhebung](#)
- **Waldzustandsberichte** des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie für Hessen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein
- **Flächenverbrauch:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [Land- und Forstwirtschaft, Fischerei](#). Bodenfläche nach Art der tatsächlichen Nutzung (Fachserie 3 Reihe 5.1)
- LSN: [Themenbereich Flächennutzung](#). [Statistische Berichte](#): Bodenflächen in Niedersachsen nach Art der tatsächlichen Nutzung
- **Ökologischer Landbau:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [Land- und Forstwirtschaft, Fischerei](#). Betriebe mit ökologischem Landbau (Fachserie 3 Reihe 2.2.1)

Autoren: Uwe Mahnecke, Sibylle Sauer

Tabellen Umwelt und Energie

58. Wasserverbrauch der öffentlichen Wasserversorgung

Land	Wasserabgabe ¹⁾ zum Letztverbrauch insgesamt		Darunter an Haushalte und Kleingewerbe ²⁾						
			Verbrauch		täglicher Pro-Kopf-Verbrauch der versorgten Einwohner/-innen			Veränderung des Pro-Kopf-Verbrauchs	
	2010	2016	2010	2016	2010	2013	2016	2016/2010	2016/2013
	Mio. m ³				Liter			%	
Baden-Württemberg	564	582	453	476	115,3	116,4	118,8	+3,0	+2,0
Bayern	722	758	582	609	129,1	129,6	130,7	+1,2	+0,8
Berlin	193	206	142	152	112,9	113,8	117,2	+3,8	+3,0
Brandenburg	112	117	95	100	104,8	107,8	111,4	+6,4	+3,4
Bremen	37	38	30	31	122,2	120,6	121,0	-1,0	+0,4
Hamburg	103	108	96	101	134,4	137,8	139,9	+4,1	+1,5
Hessen	301	320	265	283	121,3	124,4	126,7	+4,5	+1,9
Mecklenburg-Vorpommern	85	89	64	63	106,3	104,5	107,5	+1,1	+2,9
Niedersachsen	461	479	363	367	126,3	126,4	126,9	+0,5	+0,4
Nordrhein-Westfalen	1 101	1 077	866	861	134,5	133,4	133,1	-1,1	-0,2
Rheinland-Pfalz	219	224	176	179	119,1	118,6	119,4	+0,2	+0,7
Saarland	53	52	42	42	112,1	113,6	114,8	+2,4	+1,1
Sachsen	187	199	127	134	84,2	86,3	90,1	+7,0	+4,4
Sachsen-Anhalt	106	110	78	79	90,9	92,6	96,8	+6,4	+4,5
Schleswig-Holstein	164	166	128	126	133,5	129,4	129,0	-3,4	-0,4
Thüringen	93	95	73	73	88,6	88,3	92,2	+4,1	+4,5
Deutschland	4 500	4 622	3 577	3 676	120,7	121,2	122,7	+1,6	+1,3
Westdeutschland	3 724	3 805	3 000	3 075	126,6	126,8	128,0	+1,1	+1,0
Ostdeutschland	776	817	577	601	97,2	98,5	102,6	+5,5	+4,2

1) Die regionale Zuordnung erfolgt nach dem Sitz des Wasserversorgungsunternehmens.

2) Zum Kleingewerbe zählen z. B. Bäckereien, Friseursalons, Metzgereien, Arztpraxen.

59. Aufkommen an Haushaltsabfällen

Land	Aufkommen an Haushaltsabfällen ¹⁾				Darunter			Veränderung des Aufkommens an Haushaltsabfällen	
					Haus- und Sperrmüll	getrennte Bioabfälle ²⁾	getrennte Wertstoffe		
	2013	2017	2018					2018/2013	2018/2017
	1 000 Tonnen				kg je Einwohner/-in 31.12.			%	
Baden-Württemberg	4 701	4 887	4 869	440	139	136	163	+3,6	-0,4
Bayern	5 941	6 253	6 230	476	167	147	158	+4,9	-0,4
Berlin	1 390	1 386	1 358	373	241	25	106	-2,2	-2,0
Brandenburg	963	1 084	1 057	421	211	69	138	+9,7	-2,5
Bremen	287	296	289	422	224	78	120	+0,5	-2,5
Hamburg	790	806	788	428	262	46	117	-0,3	-2,2
Hessen	2 789	2 854	2 783	444	177	128	138	-0,2	-2,5
Mecklenburg-Vorpommern	682	710	704	438	229	78	131	+3,3	-0,8
Niedersachsen	3 907	4 183	4 087	512	186	159	164	+4,6	-2,3
Nordrhein-Westfalen	8 128	8 392	8 290	462	213	112	136	+2,0	-1,2
Rheinland-Pfalz	2 042	2 148	2 137	523	177	173	168	+4,7	-0,5
Saarland	488	485	473	478	192	127	158	-2,9	-2,4
Sachsen	1 300	1 384	1 362	334	150	59	124	+4,8	-1,6
Sachsen-Anhalt	1 010	1 027	994	450	192	114	139	-1,5	-3,2
Schleswig-Holstein	1 325	1 455	1 421	491	226	114	150	+7,2	-2,3
Thüringen	882	925	916	427	183	109	134	+3,9	-1,0
Deutschland	36 624	38 274	37 759	455	187	120	146	+3,1	-1,3
Westdeutschland	30 398	31 759	31 368	469	185	132	150	+3,2	-1,2
Ostdeutschland	6 226	6 515	6 392	395	198	69	126	+2,7	-1,9

1) Ohne Elektro-/Elektronikaltgeräte.

2) Biotonne; biologisch abbaubare Garten- und Parkabfälle einschließlich Friedhofsabfälle.

60. Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch

Land	Primärenergieverbrauch			Darunter aus erneuerbaren Energien	Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch			Veränderung des Anteils erneuerbarer Energien	
	2012	2016	2017		2012	2016	2017	2017/2012	2017/2016
	Mio. kWh				%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	386 893	403 226	396 087	51 521	12,1	12,6	13,0	+0,9	+0,4
Bayern	552 749	538 017	540 547	99 866	15,5	17,9	18,5	+3,0	+0,6
Berlin	77 440	75 139	74 734	3 139	3,6	4,0	4,2	+0,6	+0,2
Brandenburg	186 839	184 327	187 645	37 400	17,6	18,4	19,9	+2,4	+1,5
Bremen	44 119	44 169	44 919	2 715	5,2	6,1	6,0	+0,8	-0,1
Hamburg	67 281	74 163	75 118	3 110	4,7	4,1	4,1	-0,6	+0,1
Hessen	236 881	244 812	243 400	24 010	8,3	9,4	9,9	+1,5	+0,5
Mecklenburg-Vorpommern	55 686	57 221	31,9	39,4
Niedersachsen	369 620	365 264	367 566	69 941	14,7	17,4	19,0	+4,3	+1,6
Nordrhein-Westfalen	1 166 468	1 121 251	1 100 909	56 164	4,3	4,8	5,1	+0,8	+0,3
Rheinland-Pfalz	175 183	178 802	182 571	23 517	10,7	12,7	12,9	+2,2	+0,2
Saarland	74 507	65 527	.	.	3,0	4,6	.	.	.
Sachsen	172 537	176 171	182 034	16 518	8,0	9,1	9,1	+1,1	-0,0
Sachsen-Anhalt	143 201	143 834	138 494	.	16,9
Schleswig-Holstein	119 033	117 939	106 285	31 738	16,3	24,4	29,9	+13,5	+5,5
Thüringen	67 083	67 130	67 698	17 838	21,7	24,5	26,3	+4,7	+1,8
Deutschland ¹⁾	3 735 294	3 747 393	3 756 386	465 624	10,3	12,4	13,3	+3,0	+0,9
Westdeutschland	3 192 735	3 153 170	.	.	9,5	11,0	.	x	x
Ostdeutschland	702 785	703 822	15,1	.	.	x	.

1) Die Absolutwerte für den Primärenergieverbrauch Deutschlands (AG Energiebilanzen) weichen aufgrund einer veränderten Berechnungsmethodik von der Summe der Länder ab.
Quelle (Absolutwerte): für die Länder: Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Stand Juli 2020; sowie für Mecklenburg-Vorpommern und Saarland 2016: Agentur für Erneuerbare Energien; für Deutschland: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V.

61. Stromerzeugung¹⁾ aus erneuerbaren Energien

Land	Stromerzeugung			Darunter aus erneuerbaren Energien	Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien			Veränderung des Anteils erneuerbarer Energien	
	2012	2016	2017		2012	2016	2017	2017/2012	2017/2016
	Mio. kWh				%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	58 083	62 671	60 444	16 402	23,9	25,3	27,1	+3,3	+1,8
Bayern	93 720	81 527	84 694	37 324	32,4	43,3	44,1	+11,7	+0,8
Berlin	8 121	7 778	7 835	381	3,1	4,5	4,9	+1,8	+0,3
Brandenburg	54 757	55 069	56 721	18 376	23,2	28,5	32,4	+9,2	+3,9
Bremen	7 664	6 697	8 763	804	7,8	11,6	9,2	+1,3	-2,5
Hamburg	2 473	10 023	10 938	526	16,1	4,6	4,8	-11,3	+0,2
Hessen	16 270	16 852	16 897	7 308	26,7	37,3	43,3	+16,6	+6,0
Mecklenburg-Vorpommern	11 229	14 629	15 834	11 387	54,3	66,8	71,9	+17,7	+5,1
Niedersachsen	69 243	79 766	86 336	39 114	33,6	40,3	45,3	+11,7	+5,1
Nordrhein-Westfalen	178 435	169 478	157 272	19 774	7,9	10,3	12,6	+4,7	+2,3
Rheinland-Pfalz	17 691	19 596	20 676	9 945	33,4	45,5	48,1	+14,7	+2,6
Saarland	10 189	10 480	7 180	1 381	7,7	14,8	19,2	+11,5	+4,4
Sachsen	38 978	41 798	43 591	5 917	11,3	12,8	13,6	+2,3	+0,8
Sachsen-Anhalt	23 910	24 116	26 801	14 291	41,8	50,8	53,3	+11,6	+2,6
Schleswig-Holstein	26 359	35 038	32 618	22 593	39,1	54,8	69,3	+30,2	+14,5
Thüringen	7 749	9 271	10 331	6 096	50,2	56,9	59,0	+8,8	+2,1
Deutschland	629 700	650 700	653 700	216 300	22,8	29,2	33,1	+10,3	+3,9
Westdeutschland	480 126	492 128	485 816	155 171	21,7	28,0	31,9	+10,3	+3,9
Ostdeutschland	144 743	152 661	161 113	56 448	25,8	31,9	35,0	+9,2	+3,2

1) Einschließlich Eigenverbrauch der Anlagen.
Quelle (Absolutwerte): für die Länder: Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Stand Juli 2020; sowie für Mecklenburg-Vorpommern und Saarland 2016, 2017: Agentur für Erneuerbare Energien; für Deutschland: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V.

62. Energiebedingte CO₂-Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch (Quellenbilanz)¹⁾

Land	Energiebedingte CO ₂ -Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch insgesamt			Energiebedingte CO ₂ -Emissionen je Einwohner/-in			Veränderung der CO ₂ -Emissionen aus Primärenergieverbrauch	
	2012	2016	2017	2012	2016	2017	2017/2012	2017/2016
	1 000 t (Gg)			t			%	
Baden-Württemberg	66 021	69 374	69 932	6,3	6,3	6,4	+5,9	+0,8
Bayern	78 785	78 749	78 860	6,3	6,1	6,1	+0,1	+0,1
Berlin	17 437	16 932	16 661	5,2	4,8	4,6	-4,4	-1,6
Brandenburg	57 539	56 587	55 797	23,5	22,7	22,3	-3,0	-1,4
Bremen	13 442	13 058	13 557	20,6	19,3	20,0	+0,8	+3,8
Hamburg	11 524	15 951	16 448	6,7	8,9	9,0	+42,7	+3,1
Hessen	48 862	50 462	49 603	8,1	8,2	8,0	+1,5	-1,7
Mecklenburg-Vorpommern	10 997	10 653	...	6,9	6,6
Niedersachsen	64 778	65 675	64 371	8,3	8,3	8,1	-0,6	-2,0
Nordrhein-Westfalen	266 641	258 202	242 776	15,2	14,4	13,6	-9,0	-6,0
Rheinland-Pfalz	26 025	26 563	26 875	6,5	6,5	6,6	+3,3	+1,2
Saarland	21 762	19 813	.	21,9	19,9	.	.	.
Sachsen	48 536	49 628	51 558	12,0	12,2	12,6	+6,2	+3,9
Sachsen-Anhalt	27 625	25 403	24 954	12,2	11,3	11,2	-9,7	-1,8
Schleswig-Holstein	18 059	17 108	17 168	6,4	5,9	5,9	-4,9	+0,4
Thüringen	10 369	10 286	10 385	4,8	4,8	4,8	+0,2	+1,0
Deutschland ²⁾	766 024	752 475	735 109	9,5	9,1	8,9	-4,0	-2,3
Westdeutschland	615 898	614 956	.	9,5	9,3	.	.	.
Ostdeutschland	172 501	169 489	...	10,9	10,5

1) Einschließlich Emissionen für ausgeführten Strom, ohne Emissionen für eingeführten Strom.

2) In Teilen abweichende Berechnungsmethodik der AG Energiebilanzen für Deutschland, daher weichen die Werte von der Summe der Länder ab.

Quelle (Absolutwerte): für die Länder: Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Stand Juli 2020; sowie für Mecklenburg-Vorpommern und Saarland 2016: Agentur für Erneuerbare Energien; für Deutschland: Umweltbundesamt, Nationale Trendtabellen für die deutsche Berichterstattung atmosphärischer Emissionen.

63. Waldzustand

Land	Anteile der Schadstufen 2 bis 4 (Kronenverlichtung 26 bis 100 %)¹) an allen Baumarten			Nachrichtlich: Waldfläche	Veränderung der Anteile der Schadstufen 2 bis 4	
	2014	2018	2019	2018	2019/2014	2019/2018
	%			km²	Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	42	38	43	13 527	+1	+5
Bayern	23	26	35	24 901	+12	+9
Berlin	17	15	36	158	+19	+21
Brandenburg	10	11	37	10 320	+27	+26
Bremen	8	15	.	5	.	.
Hamburg	x	x	x	40	x	x
Hessen	34	34	38	8 400	+4	+4
Mecklenburg-Vorpommern	16	17	33	4 936	+17	+16
Niedersachsen	19	20	27	10 306	+8	+7
Nordrhein-Westfalen	36	39	42	8 487	+6	+3
Rheinland-Pfalz	24	37	37	8 059	+13	-
Saarland	27	29	39	856	+12	+10
Sachsen	15	26	30	4 952	+15	+4
Sachsen-Anhalt	16	23	28	4 570	+12	+5
Schleswig-Holstein	22	18	30	1 624	+8	+12
Thüringen	33	41	53	5 405	+20	+12
Deutschland	26	29	36	106 546	+10	+7
Westdeutschland
Ostdeutschland

1) Schadstufen: 1. schwache Kronenverlichtung (Warnstufe) sowie 2. mittelstarke und 3. starke Kronenverlichtung und 4. abgestorben (2-4: deutliche Kronenverlichtung).

Quelle (Anteile der Schadstufen): Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: Ergebnisse der Waldzustandserhebung

64. Flächenverbrauch: Siedlungs- und Verkehrsfläche

Land	Siedlungs- und Verkehrsfläche am 31.12. ¹⁾			Anteil an Bodenfläche insgesamt	Flächen- verbrauch (Gleitender Durch- schnitt) ²⁾	Zu- und Ab- nahme der Siedlungs- und Ver- kehrsfläche
	2013	2017	2018			
	km²					
Baden-Württemberg	x	5 203	5 220	14,6	x	+0,3
Bayern	x	8 476	8 512	12,1	11,1	+0,4
Berlin	x	628	629	70,5	0,2	+0,1
Brandenburg	x	2 813	2 818	9,5	1,7	+0,2
Bremen	x	237	237	56,4	0,1	-0,1
Hamburg	x	445	445	58,9	-0,4	-0,1
Hessen	x	3 356	3 366	15,9	x	+0,3
Mecklenburg-Vorpommern	x	1 938	1 940	8,3	3,9	+0,1
Niedersachsen	x	6 687	6 713	14,1	6,0	+0,4
Nordrhein-Westfalen	x	7 822	7 840	23,0	x	+0,2
Rheinland-Pfalz	x	2 843	2 848	14,3	0,6	+0,2
Saarland	x	549	550	21,4	0,8	+0,1
Sachsen	x	2 462	2 478	13,4	x	+0,7
Sachsen-Anhalt	x	2 256	2 256	11,0	0,7	-0,0
Schleswig-Holstein	x	2 058	2 069	13,1	2,6	+0,6
Thüringen	x	1 732	1 897	11,7	x	+9,5
Deutschland	x	49 505	49 819	13,9	56,0	+0,6
Westdeutschland	x	37 675	37 800	15,2	x	+0,3
Ostdeutschland	x	11 829	12 019	11,0	x	+1,6

1) Ergebnisse der Flächenerhebungen nach Art der tatsächlichen Nutzung (Stichtag 31.12.); Werte nach Umstellung vom Automatisierten Liegenschaftsbuch (ALB) auf das Amtliche Liegenschaftskataster-Informationssystem ALKIS® erst ab 2016 für alle Länder verfügbar.

2) Die "tägliche Flächenneuanspruchnahme" wird als gleitender 4-Jahres-Mittelwert angegeben (dabei wurden bis 2015 Werte nach der Systematik des ALB verwendet). Für Deutschland insgesamt erfolgte die Berechnung mit methodisch bereinigten Werten der Siedlungs- und Verkehrsflächen durch das Statistische Bundesamt (Destatis).

3) Zwischen 2017 und 2018 erfolgten noch Neuvermessungen und Neuzeichnungen, die die zeitliche Vergleichbarkeit einschränken.

65. Ökologischer Landbau

Land	Ökologisch bewirtschaftete Fläche ¹⁾			Anteil ökologisch bewirtschafteter Fläche			Veränderung des Anteils der ökologisch bewirtschafteten Fläche	
	2010	2013	2016	2010	2013	2016	2016/2010	2016/2013
	1 000 ha			%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	112,2	124,0	138,5	8,0	8,7	9,8	+1,8	+1,1
Bayern	194,1	217,6	261,0	6,2	6,9	8,4	+2,2	+1,4
Berlin	0,3	0,3	0,3	12,4	15,0	15,6	+3,2	+0,6
Brandenburg	140,8	137,7	137,6	10,6	10,5	10,5	-0,2	-0,0
Bremen	0,8	1,0	1,4	9,8	11,8	17,7	+7,8	+5,9
Hamburg	1,0	1,0	1,2	6,8	6,9	8,1	+1,3	+1,2
Hessen	72,7	81,6	89,7	9,5	10,6	11,7	+2,2	+1,1
Mecklenburg-Vorpommern	117,8	120,4	126,3	8,7	9,0	9,4	+0,7	+0,4
Niedersachsen	78,5	79,5	90,5	3,0	3,1	3,5	+0,4	+0,4
Nordrhein-Westfalen	54,5	62,9	61,9	3,7	4,3	4,3	+0,6	-0,0
Rheinland-Pfalz	38,0	47,3	61,3	5,4	6,7	8,8	+3,4	+2,1
Saarland	8,5	9,3	11,8	10,9	11,9	15,1	+4,2	+3,2
Sachsen	38,0	35,3	42,3	4,2	3,9	4,7	+0,5	+0,8
Sachsen-Anhalt	49,6	53,4	60,1	4,2	4,6	5,1	+0,9	+0,6
Schleswig-Holstein	35,2	35,8	41,4	3,5	3,6	4,2	+0,7	+0,6
Thüringen	39,0	39,8	36,7	5,0	5,1	4,7	-0,3	-0,4
Deutschland	980,9	1 047,0	1 161,9	5,9	6,3	7,0	+1,1	+0,7
Westdeutschland	595,3	660,0	758,6	5,3	5,9	6,8	+1,5	+0,9
Ostdeutschland	385,5	386,9	403,3	6,9	7,0	7,3	+0,4	+0,3

1) Nachgewiesen wird die gesamte bewirtschaftete Landfläche der ökologisch wirtschaftenden Betriebe, unabhängig davon, ob sie bereits umgestellt ist, sich in Umstellung befindet oder konventionell bewirtschaftet wird.

Armutsgefährdungsquote

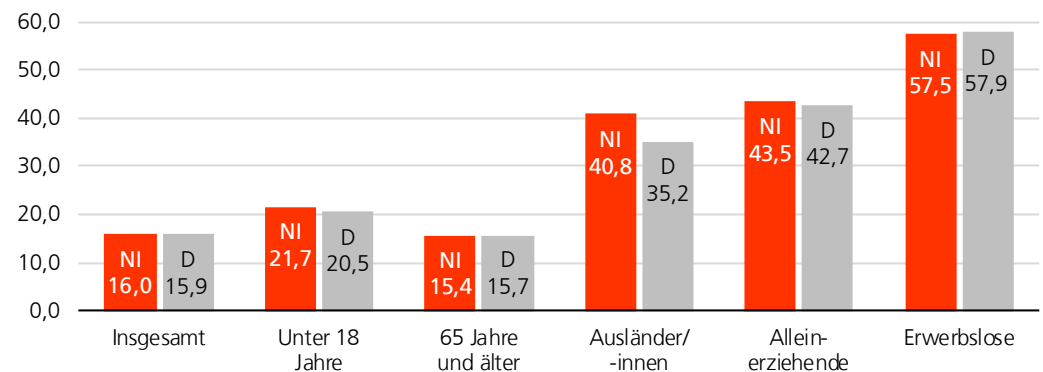
T66

Armutsgefährdung 2019 höher als in den Vorjahren

Als armutsgefährdet gelten Menschen, deren monatliches Nettoeinkommen auch nach Erhalt von Transferzahlungen weniger als 60 % des Median-Einkommens beträgt (hier gemessen am jeweiligen Landeswert). Der entsprechende Wert wird als Armutsgefährdungsschwelle bezeichnet. Das Median-Einkommen ist das Einkommen, das sich genau in der Mitte der betrachteten und nach Größe sortierten Einkommen befindet. Die Armutsgefährdungsschwelle lag 2019 in Niedersachsen für einen Einpersonenhaushalt bei 1 049 Euro, für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren bei 2 203 Euro. Bei Haushalten von Alleinerziehenden mit einem Kind unter 14 Jahren waren es 1 364 Euro.

In Niedersachsen lag die Armutsgefährdungsquote im Jahr 2019 bei 16,0 %. Damit waren rund 1,26 Mio. Menschen betroffen. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Quote um 1,0 Prozentpunkte an und bundesweit um 0,4 Prozentpunkte auf 15,9 %. Auch im mittelfristigen Vergleich gegenüber 2014 nahm die Quote in Niedersachsen (+0,7 Prozentpunkte) wie in fast allen Ländern zu, im Bundesdurchschnitt um 0,5 Prozentpunkte. Nur in 4 Ländern gingen die Quoten leicht zurück.

■ Armutsgefährdungsquoten 2019 insgesamt sowie nach Merkmalen – Prozent –



Zwar nahm in Niedersachsen bei fast allen Altersgruppen und Haushaltstypen die Armutsgefährdung 2019 im Vergleich zu 2018 zu. Besonders deutlich zeigte sich der Anstieg jedoch bei Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren. Mit einem Anstieg um 2,4 Prozentpunkte auf 21,7 % waren 2019 anteilig so viele Minderjährige wie noch nie seit Berechnung der Zahlen (2005) von Armut bedroht (Deutschland: 20,5 %, +0,4 Prozentpunkte).

Die Armutsgefährdung im Alter (65 Jahre und älter) nahm in Niedersachsen 2019 gegenüber 2018 ebenfalls überdurchschnittlich um 1,2 Prozentpunkte zu (Deutschland: 1,0 Prozentpunkte). Unter den älteren Menschen waren 2019 somit 15,4 % armutsgefährdet. Auch die seit 2016 gesunkene Quote bei Alleinerziehendenhaushalten mit unter 18-jährigen Kindern stieg 2019 in Niedersachsen wieder deutlich an – um 4,8 Prozentpunkte auf 43,5 % (Deutschland: 42,7 %, +1,2 Prozentpunkte).

Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften

T67

2. Jahr in Folge weniger Personen in SGB II-Haushalten

Trotz gestiegener Armutsgefährdungsquote lebten 2019 deutlich weniger Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften (Haushalte mit Empfängerinnen und Empfängern von Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld) als im Vorjahr. Gegenüber 2018 sank ihre Zahl in Niedersachsen um 5,5 % auf 548 510. Auch in allen anderen Ländern waren die Zahlen das 2. Jahr in Folge rückläufig. Bundesweit lebten 2019 rund 5,5 Mio. Menschen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften, 5,4 % weniger als im Vorjahr. Unter den Deutschen betrug der Rückgang in Niedersachsen 7,1 %, unter den Ausländerinnen und Ausländern hingegen nur 2,5 %.

Der Anteil der Personen im Alter bis unter 65 Jahren in SGB II-Bedarfsgemeinschaften an der gleichaltrigen Gesamtbevölkerung betrug 2019 in Niedersachsen 8,8 % (Deutschland: 8,5 %). Damit verringerte sich die Quote gegenüber dem Vorjahr wie in Deutschland insgesamt um 0,5 Prozentpunkte. Bei Kindern unter 18 Jahren lag die Quote 2019 bei 13,1 % (Deutschland: 12,9 %).

Soziale Mindestsicherung – weniger Empfängerinnen und Empfänger insgesamt

Soziale Mindestsicherung

T68

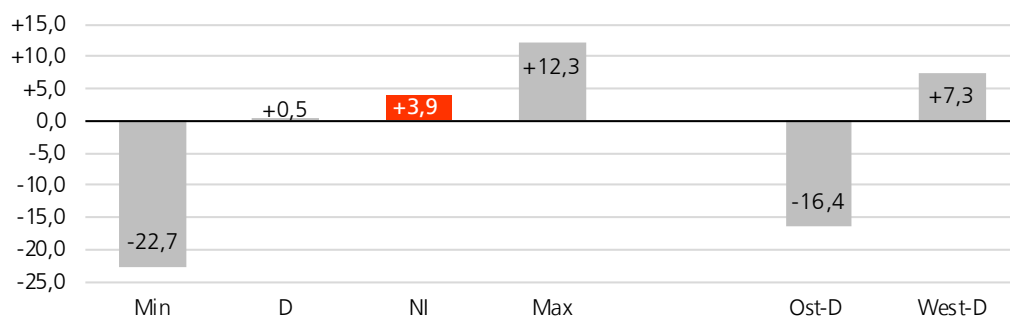
Die Mindestsicherungszahlen geben Auskunft darüber, wie viele Menschen insgesamt auf existenzsichernde staatliche Hilfen angewiesen waren. In Niedersachsen betraf dies im Jahr 2018 insgesamt 714 194 Personen bzw. 8,9 % der Bevölkerung (Deutschland: 8,7 %). In den Ländern reichte die Spanne von 4,6 % in Bayern bis 17,4 % in Bremen.

Die Zahl der Mindestsicherungsempfängerinnen und -empfänger umfasst neben den SGB II-Leistungen (Hartz IV), die Sozialhilfeleistungen nach SGB XII (Hilfe zum Lebensunterhalt sowie Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (siehe Informationen).

Die Zahl der Beziehenden ging 2018 in Niedersachsen gegenüber dem Vorjahr um 4,4 % zurück. Auch in allen anderen Ländern sanken die Zahlen, bundesweit um 5,1 %. In Niedersachsen verringerte sich die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Asylbewerberregelungen mit 10,7 % im Vergleich zu den anderen Leistungsarten am stärksten (Deutschland: -12,2 %). Die Zahl der Regelleistungsberechtigten (ALG II und Sozialgeld) verringerte sich um 5,0 % und die Zahl der Beziehenden von Hilfe zum Lebensunterhalt (außerhalb von Einrichtungen) um 1,9 % (Deutschland: -5,7 % bzw. -4,2 %). Vergrößert hat sich nur die Zahl der Beziehenden von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung um 1,0 % (Deutschland: +1,9 %).

Im mittelfristigen Vergleich von 2013 zu 2018 stieg die Zahl der Mindestsicherungsbeziehenden in Niedersachsen mit 3,9 % stärker als in Deutschland insgesamt (+0,5 %).

Veränderung der Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von sozialer Mindestsicherung 2018 gegenüber 2013 – Prozent –



Insolvenzen seit 9 Jahren rückläufig

Verbraucherinsolvenzen

T69

Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen ging in Niedersachsen 2019 das 9. Jahr in Folge zurück. Im Vergleich zu 2018 sank ihre Zahl um 4,7 % auf 9 247. Deutschlandweit war der Rückgang mit -7,3 % noch deutlicher. Die Quote je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner verringerte sich in Niedersachsen um 0,6 auf 11,6. Das war im Ländervergleich 2019 wie im Vorjahr der zweithöchste Wert hinter Bremen (12,0). Der Bundesdurchschnitt betrug 7,5 Insolvenzen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner.

Deutlich mehr Pflegebedürftige

Pflegebedürftige

T70

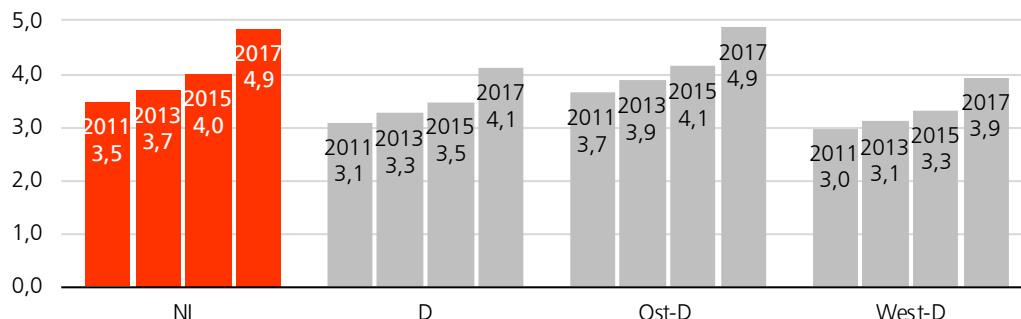
Im Jahr 2017 waren in Niedersachsen 387 293 Menschen pflegebedürftig. Dies entsprach einer Zunahme gegenüber 2015 um mehr als ein Fünftel (22,0 %) und um 43,2 % gegenüber 2011. Bundesweit fielen die Anstiege niedriger aus (19,4 % bzw. 36,5 %). Der starke Zuwachs (in Niedersachsen um knapp 70 000 Pflegebedürftige) im Vergleich zu 2015 dürfte zum großen Teil durch das seit Januar 2017 geltende Begutachtungsverfahren in der Pflegeversicherung bedingt sein. Nach diesem Verfahren ist der Grad der Selbständigkeit eines Menschen Maßstab für die Pflegebedürftigkeit. So werden seit 2017 Personen, die an Demenz erkrankt sind, die gleichen Pflegeleistungen zugesichert wie körperlich Pflegebedürftigen. Mehr als vier Fünftel (81,1 %) aller Pflegebedürftigen in Niedersachsen waren 65 Jahre und älter (Deutschland: 81,3 %).

Pflegequote

T70

Der Anteil der Pflegebedürftigen an allen Einwohnerinnen und Einwohnern erhöhte sich 2017 in Niedersachsen auf 4,9 % (2015: 4,0 %). Dies war der höchste Wert unter den westdeutschen Ländern. Deutschlandweit waren die Pflegequoten niedriger (2017: 4,1 %). Den niedrigsten Wert wies 2017 Bayern mit einer Quote von 3,1 % auf, den höchsten Mecklenburg-Vorpommern mit 5,7 % – wobei auch die unterschiedlichen Altersstrukturen in den Ländern die Quoten beeinflussen.

■ Anteil der Pflegebedürftigen an allen Einwohnerinnen und Einwohnern
2017, 2015, 2013 und 2011 – Prozent –



In Niedersachsen war knapp ein Fünftel (18,1 %) der Bevölkerung ab 65 Jahren pflegebedürftig. Bei den 85- bis unter 90-Jährigen waren es mehr als die Hälfte (51,6 %) und bei den ab 90-Jährigen mehr als drei Viertel (78,6 %). In Deutschland insgesamt waren die Pflegequoten niedriger (65 Jahre und älter: 15,7 %; 85 bis unter 90 Jahre: 44,5 %; 90 Jahre und älter: 70,9 %).

Die steigende Lebenserwartung und das Geburtendefizit tragen zu einem höheren Anteil älterer Menschen in der Bevölkerung bei. Dies führt sowohl zu einem absoluten Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen als auch zu einer Erhöhung der Quote. Neben den demografischen Faktoren wurde der Anstieg kurzfristig auch durch die 2017 erfolgte Ausweitung des Pflegebegriffs beeinflusst.

Vorläufige Schutzmaßnahmen

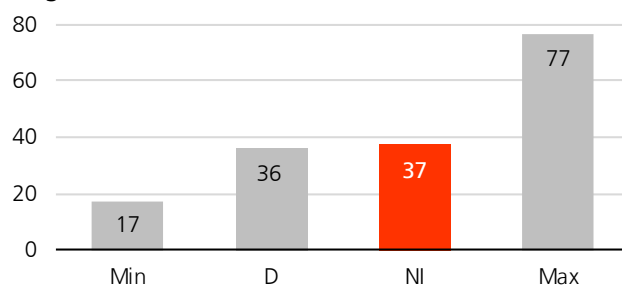
T71

Zahl vorläufiger Schutzmaßnahmen nimmt weiter ab

Bei einer vorläufigen Schutzmaßnahme ist das Jugendamt verpflichtet, Kinder und Jugendliche in Obhut zu nehmen, wenn sie darum bitten oder eine dringende Gefahr für ihr Wohl besteht. Das Jugendamt ist zudem verpflichtet, ausländische Kinder oder Jugendliche in Obhut zu nehmen, die unbegleitet nach Deutschland kommen und sich weder deren Personensorge- noch Erziehungsberechtigte im Inland aufhalten.

Im Jahr 2019 ging die Zahl der von den Jugendämtern in Obhut genommenen Kinder und Jugendlichen in Niedersachsen gegenüber 2018 um 6,3 % auf 4 957 zurück. Bundesweit betrug die Zahl der vorläufigen Schutzmaßnahmen 49 510, was einem Rückgang von 5,9 % gegenüber dem Vorjahr entsprach. Auf 10 000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren kamen in Niedersachsen 37 Schutzmaßnahmen. Im Bundesdurchschnitt waren es 36. Den niedrigsten Wert verzeichnete Bayern (17) und den höchsten Bremen (77).

■ Vorläufige Schutzmaßnahmen je 10 000 Kinder und Jugendliche 2019 – Anzahl –



Mehr als die Hälfte (53,4 %) der vorläufigen Schutzmaßnahmen betraf 2019 in Niedersachsen Kinder und Jugendliche zwischen 14 und unter 18 Jahren (Deutschland: 55,6 %). Zwischen 6 und unter 14 Jahren waren 30,3 % und unter 6 Jahre 16,3 % (Deutschland: 27,0 % bzw. 17,3 %). Der häufigste Anlass für eine vorläufige Schutzmaßnahme in Nie-

dersachsen war „Überforderung der Eltern bzw. eines Elternteils“ (43,7 %; Deutschland: 38,4 %). Der Anteil der unbegleitet eingereisten Minderjährigen aus dem Ausland unter den in Obhut genommenen ging 2019 wie in den Vorjahren weiter zurück auf 12,0 % (Deutschland 17,5 %).

Zahl der Schwangerschaftsabbrüche niedriger als im Vorjahr

Schwangerschaftsabbrüche

T72

Im Jahr 2019 wurden bei Frauen aus Niedersachsen 8 220 Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen und somit etwas weniger als im Jahr zuvor (-1,0 %). Bundesweit lag die Zahl der Abbrüche bei 100 893 (-0,1 %). In Niedersachsen wurden 228 Abbrüche bei Minderjährigen vorgenommen.

Um demografische Effekte zu verringern, wird die Zahl der Eingriffe auf die Anzahl der Lebendgeborenen bezogen. In Niedersachsen kamen 2019 auf 1 000 Lebendgeborene 112 Schwangerschaftsabbrüche; 5 Jahre zuvor waren es 119. Bundesweit lag 2019 die Zahl der Abbrüche mit 130 je 1 000 Lebendgeborene ebenfalls unter dem Wert von 2014 (139). Niedrigere Werte als in Niedersachsen gab es 2019 wie in den Vorjahren nur in Baden-Württemberg (93), Bayern (95) und Rheinland-Pfalz (97). Die höchsten Werte wurden 2019 in Berlin (244) und Sachsen-Anhalt (201) registriert.

Zahl der Straftaten 2019 auf Vorjahresniveau – deutlich weniger Wohnungseinbruchdiebstähle

Straftaten

T73

Die Polizei registrierte 2019 in Niedersachsen insgesamt 506 582 Straftaten und damit fast exakt genau so viele wie im Vorjahr (506 585). Bundesweit wurde ein Rückgang um 2,1 % auf rund 5,44 Mio. Straftaten verzeichnet. Auf 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen in Niedersachsen 6 346 Straftaten und damit weniger als im bundesdeutschen Durchschnitt (6 548). Die Aufklärungsquote von 63,4 % lag über dem Bundesdurchschnitt (57,5 %). In den Stadtstaaten fielen die Häufigkeitszahlen am höchsten aus und die Aufklärungsquoten mit unter 50 % am niedrigsten.

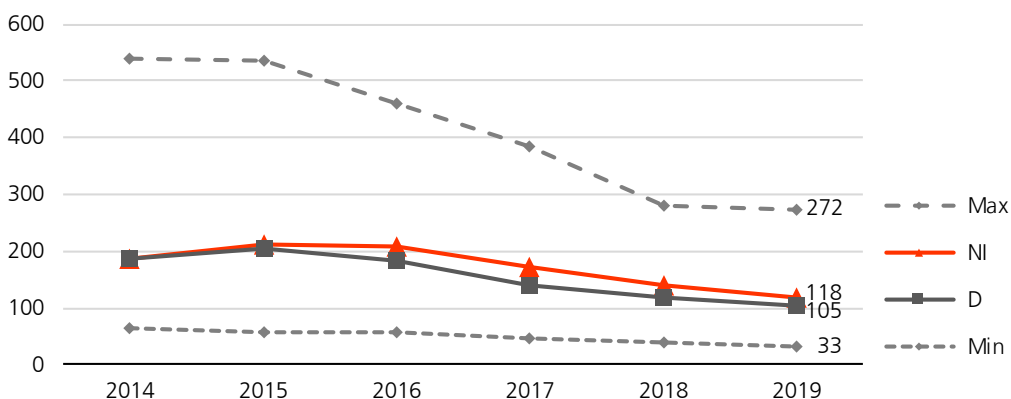
Besonders aussagekräftig ist die Häufigkeitszahl für den Wohnungseinbruchdiebstahl. Hier dürfte die „Dunkelziffer“ relativ gering sein. Zugleich ist ein Wohnungseinbruch ein Ereignis, das das Sicherheitsgefühl der Einbruchsopfer und deren Nachbarschaft tief beeinträchtigt. Die Zahl der Straftaten geht aus der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) hervor, die von den jeweiligen Landeskriminalämtern erhoben wird. In der PKS werden nur die der Polizei bekannt gewordenen Straftaten einschließlich der mit Strafe bedrohten Versuche registriert. Die Erfassung erfolgt nach Abschluss der polizeilichen Ermittlungen bei Abgabe der Anzeigen an die Staatsanwaltschaft.

Insgesamt wurden 2019 in Niedersachsen 9 456 Fälle von Wohnungseinbruchdiebstahl erfasst, ein Rückgang um 15,6 % gegenüber dem Vorjahr. Damit ist die Anzahl der Wohnungseinbruchdiebstähle zum 3. Mal in Folge in ähnlicher Größenordnung zurückgegangen. Deutschlandweit ging die Zahl der Einbrüche um 10,6 % auf 87 145 zurück. Auf 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner (am 31.12.2018) kamen in Niedersachsen 2019 insgesamt 118 Wohnungseinbruchdiebstähle (Vorjahr: 141). In Bremen (272), Hamburg (234) und Berlin (219) waren die Werte am höchsten, in Bayern (33) und Thüringen (47) am niedrigsten (Deutschland: 105).

Wohnungseinbruchdiebstahl

T73

Wohnungseinbruchdiebstähle je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2014 bis 2019 – Anzahl –

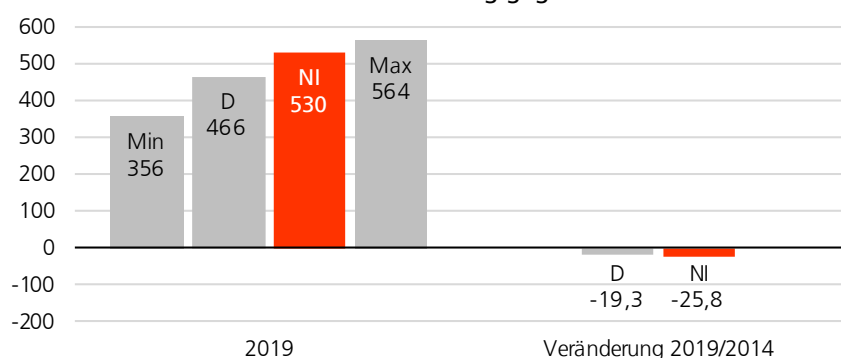


Zahl der Verunglückten im Straßenverkehr erneut gesunken

Die Zahl der Verunglückten (Verletzte und Getötete) im Straßenverkehr ist in Niedersachsen 2019 im Vergleich zum Vorjahr um 1,0 % auf 42 348 leicht gesunken. Bundesweit verunglückten 387 276 Personen und damit 3,0 % weniger als 2018. Gegenüber 2014 betrug der Rückgang in Niedersachsen 2,5 % (Deutschland: -1,4 %).

Je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner verzeichnete Niedersachsen 2019 rund 530 Verunglückte im Straßenverkehr. Nur in Bremen (564) und Schleswig-Holstein (550) fiel der Wert höher aus (Deutschland: 466). Im Vergleich zum Vorjahr (-6,0) und zu 2014 (-25,8) verringerte sich die Quote sowohl in Niedersachsen als auch in Deutschland insgesamt (-15,5 bzw. -19,3).

■ Verunglückte bei Straßenverkehrsunfällen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2019 sowie Veränderung gegenüber 2014 – Anzahl –



Die Zahl der tödlich Verunglückten im Straßenverkehr lag 2019 in Niedersachsen insgesamt bei 432 und damit um 14 Personen bzw. +3,3 % höher als im Vorjahr. Bundesweit verunglückten 3 046 Menschen tödlich (siehe Informationen), was einem Rückgang um 229 bzw. 7,0 % entsprach. Die Zahl der im Straßenverkehr getöteten Kinder unter 15 Jahren ging deutschlandweit auf 55 zurück (-24 gegenüber 2018) und in Niedersachsen auf 9 (-3 gegenüber 2018).

Bei den Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrern in Niedersachsen nahm die Zahl der Verunglückten im Straßenverkehr zwar leicht um 0,5 % auf 9 833 ab (Deutschland: -1,8 % auf 92 667); die Zahl der Getöteten stieg jedoch deutlich um 13 bzw. 21,7 % auf 73 (Deutschland: +4 bzw. +0,9 % auf 459). Etwa 7 von 10 (71,2 %) der getöteten Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer in Niedersachsen waren 65 Jahre und älter; hingegen war bei den im Straßenverkehr Getöteten insgesamt jede bzw. jeder Dritte in diesem Alter.

Informationen:

- **Armutsgefährdungsquoten, soziale Mindestsicherung:** Statistische Ämter des Bundes und der Länder: [Amtliche Sozialberichterstattung](#)
- **SGB II-Leistungen:** Bundesagentur für Arbeit: [Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende](#), Eckwerte bzw. Strukturen
- **Verbraucherinsolvenzen:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [Unternehmen und Arbeitsstätten](#). Insolvenzen (Fachserie 2 Reihe 4.1)
- **LSN: Themenbereich Unternehmen, Gewerbeanzeigen, Insolvenzen:** Statistische Berichte – [D III 1 Insolvenzverfahren](#)
- **Pflegebedürftige:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [Pflege](#): Pflegebedürftige - Ländervergleich
- **Vorläufige Schutzmaßnahmen:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Vorläufige Schutzmaßnahmen](#)
- **LSN: Themenbereich Soziales.** Statistische Berichte: [K Sozialleistungen](#): K I 3. Jugendhilfe, Erzieherische Hilfen
- **Schwangerschaftsabbrüche:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [Schwangerschaftsabbrüche](#). (Fachserie 12 Reihe 3)
- **Straftaten:** [Bundeskriminalamt](#): [Polizeiliche Kriminalstatistik \(PKS\)](#): PKS 2019 - BKA Übersicht (Länder-, Kreis- und Städte) Falltabellen
- **Verunglückte im Straßenverkehr:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [Verkehrsunfälle - jährlich](#). Zeitreihen (siehe Tab. 3.2(5)(6) sowie 3.4)
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder: [Unfallatlas](#)
- **LSN: Themenbereich Verkehr:** 46241 - Statistik der Straßenverkehrsunfälle – Unfälle mit Fahrradbeteiligung

Autor: Arne Lehmann

Tabellen Soziales und Sicherheit

66. Armutsgefährdung

Land	Armutsgefährdungsquoten auf Basis des Medians der jeweiligen Regionaleinheit ¹⁾		In der Altersgruppe		Von Ausländern/-innen	Von Alleinerziehenden	Von Erwerbslosen	Armutsgefährdungsschwelle Einpersonenhaushalt	Veränderung der Armutsgefährdungsquoten		
			unter 18 Jahre	65 Jahre u. älter							
	2014	2018	2019							2019/2014 ²⁾	2019/2018
	%							€	Prozentpunkte		
Baden-Württemberg	15,0	15,2	15,6	19,1	18,2	30,9	42,5	49,2	1 167	+0,6	+0,4
Bayern	14,8	14,5	14,7	16,4	22,0	28,8	42,4	50,3	1 155	-0,1	+0,2
Berlin	14,1	16,5	17,8	22,6	13,4	33,5	34,7	58,3	1 045	+3,7	+1,3
Brandenburg	13,4	13,1	13,3	17,9	10,4	/	40,8	67,3	1 030	-0,1	+0,2
Bremen	17,3	17,6	18,5	31,5	10,6	41,3	43,2	50,0	975	+1,2	+0,9
Hamburg	18,0	18,4	17,9	22,3	18,1	36,7	37,3	62,2	1 145	-0,1	-0,5
Hessen	15,9	16,9	17,0	23,1	17,0	34,1	44,9	53,5	1 095	+1,1	+0,1
Mecklenburg-Vorpommern	12,0	14,2	13,4	15,2	8,3	/	37,5	58,0	937	+1,4	-0,8
Niedersachsen	15,3	15,0	16,0	21,7	15,4	40,8	43,5	57,5	1 049	+0,7	+1,0
Nordrhein-Westfalen	16,2	16,6	17,0	23,1	15,2	38,7	43,3	58,0	1 042	+0,8	+0,4
Rheinland-Pfalz	16,7	16,5	16,5	20,7	19,1	36,9	48,3	60,3	1 100	-0,2	-
Saarland	16,1	16,0	17,1	22,6	18,5	40,2	47,9	58,3	1 076	+1,0	+1,1
Sachsen	11,6	12,3	12,5	15,0	7,9	/	29,6	65,4	968	+0,9	+0,2
Sachsen-Anhalt	14,1	14,0	14,8	21,2	8,5	/	38,3	67,8	958	+0,7	+0,8
Schleswig-Holstein	15,4	15,9	15,9	21,5	14,8	48,3	43,9	56,8	1 113	+0,5	-
Thüringen	11,6	11,9	12,4	16,5	8,3	/	32,3	52,6	966	+0,8	+0,5
Deutschland	15,4	15,5	15,9	20,5	15,7	35,2	42,7	57,9	1 074	+0,5	+0,4
Westdeutschland	16,0	16,1	16,4	21,3	17,5	35,5	44,6	56,4	1 100	+0,4	+0,3
Ostdeutschland	12,6	13,4	13,8	17,7	9,3	38,2	33,9	60,3	986	+1,2	+0,4

1) Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen. - Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

2) Durch Effekte der Umstellung auf eine neue Stichprobe im Berichtsjahr 2016 sowie durch Sondereffekte im Kontext der Bevölkerungsentwicklung ist die Vergleichbarkeit der Mikrozensusergebnisse ab dem Berichtsjahr 2016 mit den Vorjahren eingeschränkt.

67. Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften¹⁾

Land	Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften (Dezember)			Darunter sonstige Personen ²⁾	Personen in SGB II-Bedarfs- gemeinschaften je 100 Einwohner/-innen ³⁾			SGB II-Quote für Kinder unter 18 Jahren ⁴⁾	Veränderung der Zahl der Leistungsempfänger/-innen	
	2014	2018	2019		2014	2018	2019		2019/2014	2019/2018
Anzahl						%				
Baden-Württemberg	441 738	452 779	431 803	20 395	5,1	5,1	4,9	7,6	-2,2	-4,6
Bayern	433 158	422 287	395 354	23 277	4,3	4,1	3,8	5,8	-8,7	-6,4
Berlin	576 667	513 489	486 091	16 990	20,6	17,4	16,4	26,3	-15,7	-5,3
Brandenburg	241 338	183 316	164 761	8 831	12,8	9,7	8,7	11,2	-31,7	-10,1
Bremen	96 058	101 818	99 964	3 822	18,5	18,9	18,6	30,0	+4,1	-1,8
Hamburg	185 667	187 270	181 266	7 990	13,0	12,4	12,0	18,9	-2,4	-3,2
Hessen	425 727	426 648	401 546	16 944	8,8	8,6	8,1	13,0	-5,7	-5,9
Mecklenburg-Vorpommern	186 803	141 578	125 765	8 706	15,1	11,7	10,5	13,3	-32,7	-11,2
Niedersachsen	586 097	580 406	548 510	29 006	9,5	9,3	8,8	13,1	-6,4	-5,5
Nordrhein-Westfalen	1 651 791	1 669 437	1 614 332	67 707	11,8	11,8	11,4	17,6	-2,3	-3,3
Rheinland-Pfalz	227 594	232 071	220 285	12 010	7,2	7,3	6,9	10,6	-3,2	-5,1
Saarland	78 836	86 762	83 171	3 316	10,3	11,5	11,1	18,1	+5,5	-4,1
Sachsen	384 353	287 358	259 523	16 062	12,6	9,5	8,7	11,0	-32,5	-9,7
Sachsen-Anhalt	273 592	217 573	198 259	13 094	16,3	13,4	12,4	16,4	-27,5	-8,9
Schleswig-Holstein	223 490	221 377	208 868	10 530	10,2	9,9	9,4	14,2	-6,5	-5,7
Thüringen	176 588	141 065	127 975	8 551	10,8	8,9	8,1	11,2	-27,5	-9,3
Deutschland	6 189 497	5 865 234	5 547 473	267 231	9,7	9,0	8,5	12,9	-10,4	-5,4
Westdeutschland	4 350 156	4 380 855	4 185 099	194 997	8,4	8,3	7,9	12,2	-3,8	-4,5
Ostdeutschland	1 839 341	1 484 379	1 362 374	72 234	15,0	12,1	11,1	15,6	-25,9	-8,2

1) Darunter fallen Regelleistungsberechtigte (erwerbsfähig und nicht-erwerbsfähig) sowie sonstige Leistungsberechtigte, vom Leistungsanspruch ausgeschlossene Personen und Kinder ohne Leistungsanspruch.

2) Sonstige Leistungsberechtigte sowie vom Leistungsanspruch ausgeschlossene Personen und Kinder ohne Leistungsanspruch.

3) Bevölkerung im Alter von 0 bis unter 65 Jahren am 31.12. des jeweiligen Jahres.

4) Leistungsberechtigte (LB) Kinder unter 18 Jahren bezogen auf die Bevölkerung unter 18 Jahren am 31.12.2018.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Eckwerte der Grundsicherung SGB II, Stand: Juli 2020; Kinder in Bedarfsgemeinschaften (Monatszahlen), Nürnberg, April 2020

68. Soziale Mindestsicherung am 31.12.

Land	Empfänger/-innen von sozialer Mindestsicherung ¹⁾			Mindestsicherungsquote					Veränderung der Zahl der Empfänger/-innen	
				Empfänger/-innen von sozialer Mindestsicherung je 100 Einwohner/-innen 31.12.		männlich	weiblich			
	2013	2017	2018	2013	2017	2018		2018/2013	2018/2017	
	Anzahl			%						
Baden-Württemberg	529 023	621 914	586 407	5,0	5,6	5,3	5,4	5,2	+10,8	-5,7
Bayern	547 772	637 584	600 409	4,3	4,9	4,6	4,7	4,5	+9,6	-5,8
Berlin	655 320	640 317	612 398	19,2	17,7	16,8	17,7	15,9	-6,5	-4,4
Brandenburg	271 110	236 246	217 825	11,1	9,4	8,7	9,3	8,1	-19,7	-7,8
Bremen	110 300	122 364	119 168	16,8	18,0	17,4	17,7	17,2	+8,0	-2,6
Hamburg	226 968	244 574	239 065	13,0	13,4	13,0	13,4	12,6	+5,3	-2,3
Hessen	504 842	566 891	543 127	8,4	9,1	8,7	8,8	8,5	+7,6	-4,2
Mecklenburg-Vorpommern	210 698	179 046	162 912	13,2	11,1	10,1	10,9	9,3	-22,7	-9,0
Niedersachsen	687 079	746 929	714 194	8,8	9,4	8,9	9,2	8,7	+3,9	-4,4
Nordrhein-Westfalen	1 889 832	2 104 467	2 017 535	10,8	11,7	11,3	11,5	11,0	+6,8	-4,1
Rheinland-Pfalz	264 445	301 887	287 580	6,6	7,4	7,0	7,2	6,9	+8,7	-4,7
Saarland	90 889	106 452	102 085	9,2	10,7	10,3	10,7	10,0	+12,3	-4,1
Sachsen	423 467	356 724	327 263	10,5	8,7	8,0	8,6	7,5	-22,7	-8,3
Sachsen-Anhalt	301 133	261 350	238 823	13,4	11,8	10,8	11,5	10,1	-20,7	-8,6
Schleswig-Holstein	261 085	287 777	275 913	9,3	10,0	9,5	9,9	9,1	+5,7	-4,1
Thüringen	194 494	173 020	159 013	9,0	8,0	7,4	7,8	7,0	-18,2	-8,1
Deutschland	7 168 457	7 587 542	7 203 717	8,9	9,2	8,7	8,9	8,4	+0,5	-5,1
Westdeutschland	5 112 235	5 740 839	5 485 483	7,9	8,6	8,2	8,4	8,0	+7,3	-4,4
Ostdeutschland	2 056 222	1 846 703	1 718 234	12,9	11,4	10,6	11,3	10,0	-16,4	-7,0

1) Leistungen nach dem SGB II: Arbeitslosengeld II (ALG II) und Sozialgeld, Leistungen nach dem SGB XII: Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in und außerhalb von Einrichtungen sowie Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Quellen: Leistungen nach SGB II: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, alle weiteren Daten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

69. Verbraucherinsolvenzen

Land	Verbraucherinsolvenzen			Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Verbraucherinsolvenzen	
	2014	2018	2019	2014	2018	2019	2019/2014	2019/2018
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	7 484	5 694	5 234	7,0	5,2	4,7	-30,1	-8,1
Bayern	8 896	6 552	5 381	7,0	5,0	4,1	-39,5	-17,9
Berlin	3 643	3 168	3 129	10,6	8,7	8,6	-14,1	-1,2
Brandenburg	3 475	2 535	2 481	14,2	10,1	9,9	-28,6	-2,1
Bremen	1 303	996	822	19,8	14,6	12,0	-36,9	-17,5
Hamburg	2 352	1 760	1 612	13,4	9,6	8,7	-31,5	-8,4
Hessen	5 341	3 984	3 684	8,8	6,4	5,9	-31,0	-7,5
Mecklenburg-Vorpommern	2 014	1 674	1 550	12,6	10,4	9,6	-23,0	-7,4
Niedersachsen	11 613	9 698	9 247	14,9	12,2	11,6	-20,4	-4,7
Nordrhein-Westfalen	22 485	17 382	15 797	12,8	9,7	8,8	-29,7	-9,1
Rheinland-Pfalz	3 834	2 858	2 742	9,6	7,0	6,7	-28,5	-4,1
Saarland	1 510	1 132	1 103	15,3	11,4	11,2	-27,0	-2,6
Sachsen	3 827	3 173	2 982	9,5	7,8	7,3	-22,1	-6,0
Sachsen-Anhalt	2 794	2 309	2 355	12,5	10,4	10,7	-15,7	+2,0
Schleswig-Holstein	3 835	3 087	3 073	13,6	10,7	10,6	-19,9	-0,5
Thüringen	1 892	1 595	1 440	8,8	7,4	6,7	-23,9	-9,7
Deutschland	86 298	67 597	62 632	10,7	8,2	7,5	-27,4	-7,3
Westdeutschland	68 653	53 143	48 695	10,6	8,0	7,3	-29,1	-8,4
Ostdeutschland	17 645	14 454	13 937	11,1	8,9	8,6	-21,0	-3,6

70. Pflegebedürftige

Land	Pflegebedürftige insgesamt ¹⁾			Anteil weiblich	Anteil der Pflegebedürftigen insgesamt an der Bevölkerung insgesamt			Veränderung der Zahl der Pflegebedürftigen	
	2011	2015	2017		2011	2015	2017	2017/2011	2017/2015
	Anzahl				%				
Baden-Württemberg	278 295	328 297	398 612	62,5	2,6	3,0	3,6	+43,2	+21,4
Bayern	329 341	348 253	399 357	62,5	2,6	2,7	3,1	+21,3	+14,7
Berlin	107 917	116 424	135 680	62,0	3,2	3,3	3,8	+25,7	+16,5
Brandenburg	95 970	111 595	132 426	62,5	3,9	4,5	5,3	+38,0	+18,7
Bremen	22 178	24 787	28 998	63,7	3,4	3,7	4,3	+30,8	+17,0
Hamburg	47 207	52 649	63 145	62,8	2,7	2,9	3,4	+33,8	+19,9
Hessen	199 655	223 579	261 757	63,1	3,3	3,6	4,2	+31,1	+17,1
Mecklenburg-Vorpommern	67 559	79 145	91 029	62,9	4,2	4,9	5,7	+34,7	+15,0
Niedersachsen	270 399	317 568	387 293	63,0	3,5	4,0	4,9	+43,2	+22,0
Nordrhein-Westfalen	547 833	638 103	769 132	63,2	3,1	3,6	4,3	+40,4	+20,5
Rheinland-Pfalz	112 743	132 283	161 164	63,2	2,8	3,3	4,0	+42,9	+21,8
Saarland	32 793	37 991	45 582	63,3	3,3	3,8	4,6	+39,0	+20,0
Sachsen	138 987	166 792	204 797	63,4	3,4	4,1	5,0	+47,3	+22,8
Sachsen-Anhalt	88 021	99 119	110 624	63,4	3,9	4,4	5,0	+25,7	+11,6
Schleswig-Holstein	80 221	89 428	109 162	61,4	2,9	3,1	3,8	+36,1	+22,1
Thüringen	82 322	94 280	115 620	62,9	3,8	4,3	5,4	+40,4	+22,6
Deutschland	2 501 441	2 860 293	3 414 378	62,9	3,1	3,5	4,1	+36,5	+19,4
Westdeutschland	1 920 665	2 192 938	2 624 202	62,9	3,0	3,3	3,9	+36,6	+19,7
Ostdeutschland	580 776	667 355	790 176	62,9	3,7	4,1	4,9	+36,1	+18,4

1) In die zweijährliche Erhebung werden nur die Personen einbezogen, die entweder Pflegegeld erhalten oder die von einem Pflegedienst ambulant oder in einem Pflegeheim stationär versorgt werden und Leistungen nach dem SGB XI erhalten. Berücksichtigt werden ab 2017 zusätzlich die teilstationär versorgten Pflegebedürftigen des Pflegegrades 1, da diese abweichend von den Pflegegraden 2-5 kein Pflegegeld erhalten (§ 28a SGB XI).

71. Vorläufige Schutzmaßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe

Land	Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche			Anteil männlich ¹⁾	Schutzmaßnahmen je 10 000 Kinder und Jugendliche ²⁾			Veränderung der Zahl der Schutzmaßnahmen	
	2014	2018 ³⁾	2019 ³⁾		2014	2018	2019	2019/2014	2019/2018
	Anzahl				%	Anzahl			%
Baden-Württemberg	4 601	4 949	4 752	53,4	25	26	25	+3,3	-4,0
Bayern	4 675	3 944	3 755	53,0	22	18	17	-19,7	-4,8
Berlin	2 666	2 621	2 309	59,8	49	44	38	-13,4	-11,9
Brandenburg	1 773	2 059	1 846	52,5	49	52	46	+4,1	-10,3
Bremen	904	1 006	853	57,7	89	91	77	-5,6	-15,2
Hamburg	2 045	1 506	1 634	55,6	73	49	53	-20,1	+8,5
Hessen	3 948	4 181	4 116	53,6	39	40	39	+4,3	-1,6
Mecklenburg-Vorpommern	845	1 113	1 280	52,7	37	46	52	+51,5	+15,0
Niedersachsen	3 885	5 288	4 957	50,8	30	40	37	+27,6	-6,3
Nordrhein-Westfalen	13 198	14 502	13 503	51,4	45	48	45	+2,3	-6,9
Rheinland-Pfalz	1 229	1 897	1 681	49,0	19	29	25	+36,8	-11,4
Saarland	817	624	704	50,1	58	43	48	-13,8	+12,8
Sachsen	2 800	3 502	3 054	55,0	47	55	47	+9,1	-12,8
Sachsen-Anhalt	972	1 489	1 259	53,5	32	46	39	+29,5	-15,4
Schleswig-Holstein	2 475	2 554	2 456	56,9	53	54	52	-0,8	-3,8
Thüringen	1 226	1 355	1 351	49,9	40	42	42	+10,2	-0,3
Deutschland	48 059	52 590	49 510	53,0	37	39	36	+3,0	-5,9
Westdeutschland	37 777	40 451	38 411	52,5	35	37	34	+1,7	-5,0
Ostdeutschland	10 282	12 139	11 099	54,5	44	48	44	+7,9	-8,6

1) Kinder und Jugendliche mit der Signierung des Geschlechts „ohne Angabe (nach § 22 Absatz 3 PStG)“ werden dem männlichen Geschlecht zugeordnet.

2) Bevölkerung unter 18 Jahren am 31.12. des gleichen Jahres.

3) Doppelzählungen von Kindern/Jugendlichen sind möglich, wenn diese zum Beispiel zunächst vorläufig nach § 42a SGB VIII und im Anschluss noch einmal regulär nach § 42 Absatz 1 Nummer 3 SGB VIII in Obhut genommen wurden.

72. Schwangerschaftsabbrüche

Land	Schwangerschaftsabbrüche nach dem Wohnsitz der Frauen			Häufigkeitszahl je 1 000 Lebendgeborene			Veränderung der Häufigkeitszahl	
	2014	2018	2019	2014	2018	2019	2019/2014	2019/2018
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	10 452	9 937	10 145	109	91	93	-14,8	+2,0
Bayern	12 102	11 868	12 131	106	93	95	-10,9	+1,7
Berlin	8 643	9 525	9 645	231	237	244	+5,6	+3,1
Brandenburg	3 170	3 416	3 352	164	172	173	+5,8	+0,9
Bremen	1 421	1 457	1 219	229	203	171	-25,5	-16,2
Hamburg	3 318	3 372	3 573	174	160	171	-2,1	+6,9
Hessen	8 173	8 374	8 122	150	137	135	-9,6	-1,5
Mecklenburg-Vorpommern	2 633	2 395	2 309	205	184	183	-10,9	-0,5
Niedersachsen	7 895	8 301	8 220	119	113	112	-5,7	-0,5
Nordrhein-Westfalen	20 105	21 378	21 552	130	123	126	-2,4	+2,4
Rheinland-Pfalz	3 816	3 726	3 592	114	99	97	-15,4	-2,4
Saarland	1 216	1 203	1 242	166	148	155	-6,5	+5,1
Sachsen	5 420	5 250	5 160	151	146	150	-0,8	+2,3
Sachsen-Anhalt	3 474	3 304	3 346	204	190	201	-1,1	+6,1
Schleswig-Holstein	3 210	3 329	3 261	141	132	132	-6,1	+0,3
Thüringen	3 417	3 070	2 935	191	176	176	-7,7	+0,1
Deutschland ¹⁾	99 715	100 986	100 893	139	128	130	-7,0	+1,1
Westdeutschland	71 708	72 945	73 057	125	113	114	-8,4	+0,9
Ostdeutschland	26 757	26 960	26 747	191	187	192	+0,8	+2,5

1) Inkl. nicht zuzuordnender Wohnsitze und Auslandswohnsitze. In den Summen für West- und Ostdeutschland sind nicht zuzuordnende Wohnsitze und Auslandswohnsitze nicht enthalten.

73. Polizeilich bekannt gewordene Straftaten, Wohnungseinbruchdiebstahl und Aufklärungsquote

Land	Polizeilich bekannt gewordene Straftaten insgesamt					Darunter Wohnungs- einbruchdiebstahl ¹⁾		Veränderung der Zahl der Straftaten insgesamt	
	erfasste Fälle			Häufigkeits- zahl ²⁾	Aufklärungs- quote	erfasste Fälle	Häufigkeits- zahl ²⁾		
	2014	2018	2019					2019/2014	2019/2018
	Anzahl				%	Anzahl		%	
Baden-Württemberg	594 534	572 173	573 813	5 184	60,8	6 418	58	-3,5	+0,3
Bayern	650 868	635 421	603 464	4 615	67,0	4 342	33	-7,3	-5,0
Berlin	543 157	511 677	513 426	14 086	44,7	7 965	219	-5,5	+0,3
Brandenburg	196 033	172 828	171 828	6 841	56,3	2 654	106	-12,3	-0,6
Bremen	83 777	74 524	78 228	11 454	48,7	1 861	272	-6,6	+5,0
Hamburg	239 998	218 594	210 832	11 451	46,7	4 313	234	-12,2	-3,6
Hessen	396 931	372 798	364 833	5 823	65,2	6 768	108	-8,1	-2,1
Mecklenburg-Vorpommern	116 609	108 665	111 329	6 916	62,8	887	55	-4,5	+2,5
Niedersachsen	552 730	506 585	506 582	6 346	63,4	9 456	118	-8,3	-0,0
Nordrhein-Westfalen	1 501 125	1 282 441	1 227 929	6 847	53,3	26 857	150	-18,2	-4,3
Rheinland-Pfalz	264 553	244 468	241 529	5 913	64,9	3 248	80	-8,7	-1,2
Saarland	75 706	70 873	74 719	7 543	54,0	1 480	149	-1,3	+5,4
Sachsen	327 196	278 796	271 796	6 665	56,2	3 040	75	-16,9	-2,5
Sachsen-Anhalt	194 486	175 625	173 347	7 850	55,0	2 383	108	-10,9	-1,3
Schleswig-Holstein	202 301	186 894	183 445	6 333	54,7	4 476	155	-9,3	-1,8
Thüringen	142 060	143 158	129 301	6 033	61,1	997	47	-9,0	-9,7
Deutschland	6 082 064	5 555 520	5 436 401	6 548	57,5	87 145	105	-10,6	-2,1
Westdeutschland	4 562 523	4 164 771	4 065 374	6 084	59,1	69 219	104	-10,9	-2,4
Ostdeutschland	1 519 541	1 390 749	1 371 027	8 465	52,8	17 926	111	-9,8	-1,4

1) Wohnungseinbruchdiebstahl nach § 244 Abs. 1 Nr. 3, 244a StGB (seit 2016 erweitert um die bandenmäßige Begehung).

2) Anzahl je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner am 31.12.2018.

Quelle: Bundeskriminalamt, Polizeiliche Kriminalstatistik, April 2020

74. Verunglückte bei Straßenverkehrsunfällen

Land	Verunglückte insgesamt			Verunglückte je 100 000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Verunglückten	
	2014	2018	2019	2014	2018	2019	2019/2014	2019/2018
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	47 914	48 536	47 240	448,9	439,2	426,1	-1,4	-2,7
Bayern	70 153	70 919	67 620	555,2	543,9	516,3	-3,6	-4,7
Berlin	17 491	18 216	17 811	508,3	502,5	487,6	+1,8	-2,2
Brandenburg	10 895	11 849	11 979	444,5	472,7	476,1	+9,9	+1,1
Bremen	3 941	4 118	3 852	598,9	605,1	563,8	-2,3	-6,5
Hamburg	9 916	9 720	9 296	567,0	529,9	504,3	-6,3	-4,4
Hessen	28 382	28 547	27 497	468,0	456,7	438,2	-3,1	-3,7
Mecklenburg-Vorpommern	6 573	7 097	7 001	411,5	440,9	435,1	+6,5	-1,4
Niedersachsen	43 418	42 765	42 348	555,7	536,0	529,9	-2,5	-1,0
Nordrhein-Westfalen	77 469	80 095	78 268	440,4	447,1	436,5	+1,0	-2,3
Rheinland-Pfalz	19 290	19 553	18 710	482,2	479,5	457,5	-3,0	-4,3
Saarland	5 201	4 907	4 761	525,6	494,5	481,8	-8,5	-3,0
Sachsen	17 036	17 731	17 124	421,1	435,1	420,5	+0,5	-3,4
Sachsen-Anhalt	10 613	10 443	10 207	474,2	471,7	463,9	-3,8	-2,3
Schleswig-Holstein	16 107	16 036	15 945	571,0	554,3	549,8	-1,0	-0,6
Thüringen	8 513	8 761	7 617	394,7	408,4	356,4	-10,5	-13,1
Deutschland	392 912	399 293	387 276	485,5	481,7	466,2	-1,4	-3,0
Westdeutschland	321 791	325 196	315 537	495,1	487,5	471,8	-1,9	-3,0
Ostdeutschland	71 121	74 097	71 739	446,5	458,1	443,2	+0,9	-3,2

Gleichstellung von Frauen und Männern

Ergänzend zu den vorangegangenen Kapiteln werden nachfolgend einige wichtige Indikatoren aus verschiedenen Bereichen differenziert nach Geschlecht dargestellt: Themenfelder Beruf und Familie (T5 bis T9), Erwerbstätigkeit (T15, T16), Schulische und berufliche Qualifikation (T47 bis T49) sowie Verdienste (Wirtschaft: T29).

Geschlechterspezifische Erwerbstätigenquoten (T14) und Arbeitslosenquoten Jugendlicher (T18) werden außerdem im Kapitel Erwerbstätigkeit beschrieben. Angaben zu den Quoten der Schulabgängerinnen und Schulabgänger (T45) sowie bei beruflichen Abschlussprüfungen (T48, T49) stehen im Kapitel Schulische und berufliche Qualifikation. Eine Zusammenstellung zu den Geschlechterverhältnissen an Hochschulen 2018 enthält das Kapitel Wissenschaft und Kultur (T50 bis T54).

Sozialversicherungs- pflichtig Beschäftigte (Arbeitsort) T15

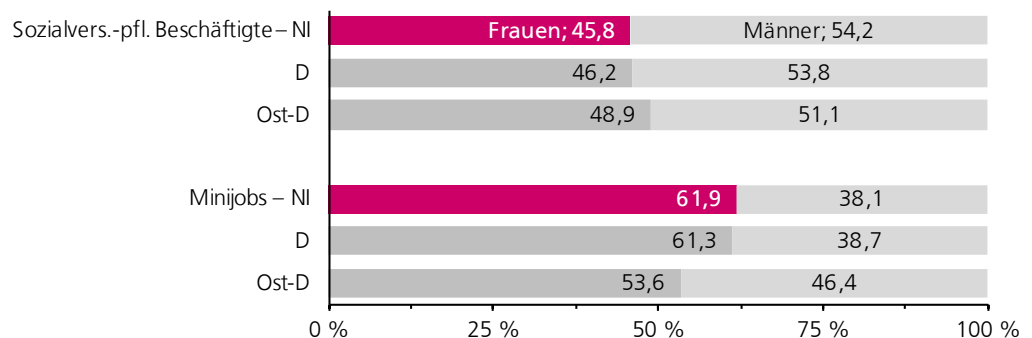
Bei sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung höherer Männeranteil – bei Minijobs deutlich größerer Frauenanteil

Von den 2019 gut 3,0 Mio. in Niedersachsen arbeitenden sozialversicherungspflichtig Beschäftigten waren 45,8 % Frauen (2014: 45,3 %). Dieser Anteil lag leicht über dem westdeutschen Durchschnitt (45,5 %). In den ostdeutschen Ländern war das Geschlechterverhältnis nahezu ausgeglichen.

Minijobs T16

In Niedersachsen waren 2019 knapp 489 500 Personen ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte (Minijobs), darunter 61,9 % Frauen. Der Frauenanteil war etwas niedriger als im Durchschnitt der westdeutschen Länder (62,4 %), aber deutlich höher als in Ostdeutschland (53,6 %). In Niedersachsen sank der Frauenanteil mittelfristig gegenüber 2014 um 3,9 Prozentpunkte (Deutschland: -2,9 Prozentpunkte).

■ Anteil Frauen und Männer an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie an Minijobs (ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte) 2019 – Prozent –



Teilzeittätige (Wohnort) T8

Frauenanteil bei Teilzeittätigen weiterhin sehr hoch

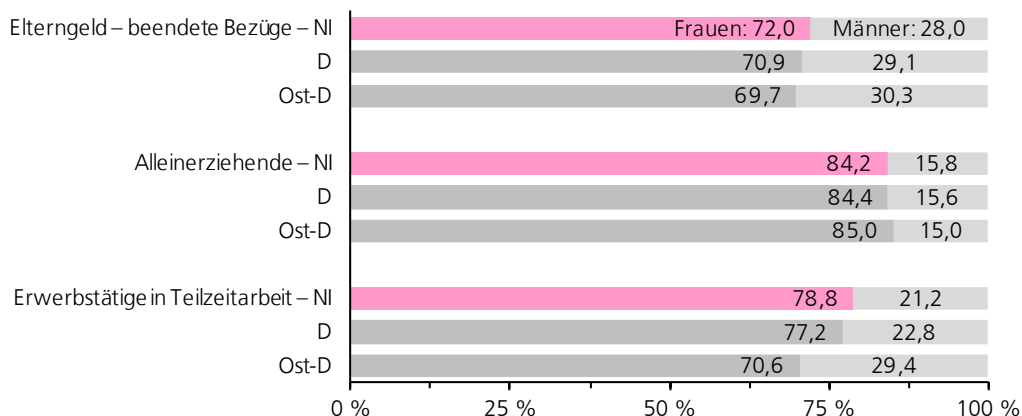
Bei den gut 1,2 Mio. Erwerbstätigen in Teilzeit blieb der Frauenanteil 2019 in Niedersachsen mit 78,8 % etwa auf dem Vorjahresniveau (-0,2 Prozentpunkte). Im Bundesdurchschnitt lag der Anteil 2019 bei 77,2 % (-0,1 Prozentpunkte). Den mit Abstand höchsten Männeranteil bei Teilzeitjobs gab es auch 2019 in Berlin mit 37,8 % (Frauenanteil: 62,2 %).

Alleinerziehende T9

Alleinerziehende und Elterngeldbeziehende überwiegend Frauen

Unter den Alleinerziehenden waren 2019 in Niedersachsen 84,2 % Frauen (Deutschland: 84,4 %). Traditionell übernehmen Mütter auch in Paarbeziehungen den überwiegenden Teil der Erziehung. Dies führt oft dazu, dass Mütter gar nicht oder in Teilzeit arbeiten, während die Väter in Vollzeit tätig sind.

■ **Anteil Frauen und Männer bei beendeten Bezügen von Elterngeld 2020 sowie an Alleinerziehende 2019 und Erwerbstätige in Teilzeit 2019 – Prozent –**



Auch bei den bis März 2020 beendeten Bezügen von Elterngeld für 2017 geborene Kinder zeigte sich diese Ungleichheit: Von den Elternteilen waren in Niedersachsen 72,0 % Frauen (Deutschland: 70,9 %). Der Anteil der Mütter sank 2020 gegenüber 2014 in Niedersachsen allerdings um 6,5 Prozentpunkte und in Deutschland um 5,8 Prozentpunkte.

Elterngeld

T7

Fehlende Betreuungsmöglichkeiten für Kinder und unflexible Arbeitszeitmodelle tragen neben anderem dazu bei, dass Eltern ihre Erwerbstätigkeit nicht immer nach ihren Vorstellungen gestalten können. Der Ausbau der Kindertagesbetreuung und besonders der Ganztagsbetreuung unterstützt die Möglichkeit, Familie und Beruf zu vereinbaren und Verdiensteile durch familienbedingte Erwerbsunterbrechungen zu reduzieren.

In Niedersachsen lag die Quote der Ganztagsbetreuung bei den unter 3-Jährigen 2019 bei 13,5 % und die Quote bei den 3- bis unter 6-Jährigen bei 35,2 %. Im bundesweiten Durchschnitt wurden bei den unter 3-Jährigen Quoten von 19,3 % und bei den 3- bis unter 6-Jährigen von 47,0 % erreicht, in Ostdeutschland von 41,4 % bzw. 73,9 %.

Ganztagsbetreuung für Kinder

T5, T6

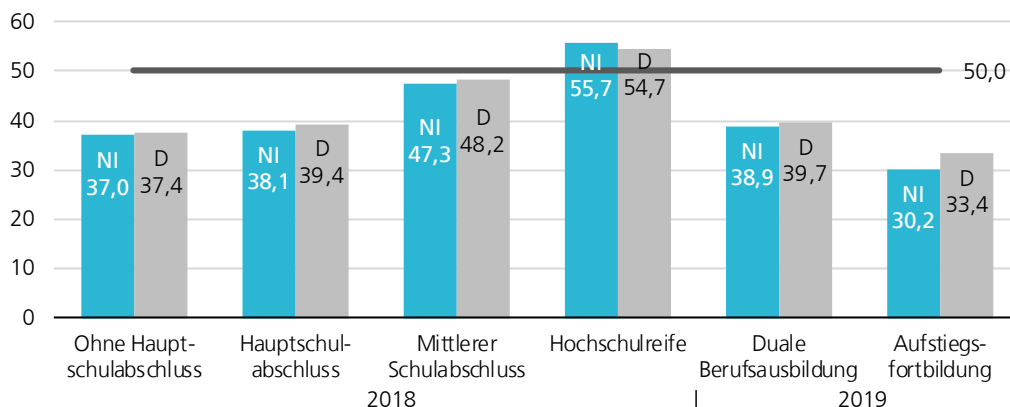
Hoher Frauenanteil bei Schulentlassenen mit Hochschulreife – in der Dualen Berufsausbildung und beruflichen Aufstiegsfortbildung größerer Männeranteil

Schulentlassene

T47

Schulentlassene von allgemein bildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss sowie mit Hauptschulabschluss waren 2018 überwiegend Männer. Die Frauenanteile in Niedersachsen lagen mit 37,0 % bzw. 38,1 % jeweils knapp unter dem bundesweiten Durchschnitt. Beim mittleren Schulabschluss war das Geschlechterverhältnis fast ausgeglichen mit einem Frauenanteil von 47,3 % in Niedersachsen (Deutschland: 48,2 %). Bei Schulentlassenen mit Hochschulreife lag der Frauenanteil mit 55,7 % leicht über dem bundesweiten Durchschnitt (54,7 %).

■ **Frauenanteile der Schulentlassenen nach Abschlussart an allgemein bildenden Schulen 2018 sowie bei Abschlussprüfungen in der Dualen Berufsausbildung und der beruflichen Aufstiegsfortbildung 2019 – Prozent –**



Duale Ausbildung/ Aufstiegsfortbildung

T48, T49

In der Dualen Berufsausbildung und der beruflichen Aufstiegsfortbildung sind Männer überrepräsentiert. Bei den bestandenen Abschlussprüfungen betrug der Frauenanteil in Niedersachsen 2019 bei den anerkannten Ausbildungsberufen 38,9 % (Deutschland: 39,7 %) und bei den bestandenen Fortbildungs- und Meisterprüfungen lediglich 30,2 % (Deutschland 33,4 %).

Studierende/ Professoren

T50, T51, T52, T53, T54

Das Geschlechterverhältnis zwischen Studentinnen und Studenten war 2018 sowohl bundesweit als auch in Niedersachsen nahezu ausgeglichen. Im Bereich der höheren akademischen Abschlüsse waren Frauen jedoch noch unterrepräsentiert (siehe Kapitel Wissenschaft und Kultur).

Unbereinigter Gender Pay Gap

T30

Unbereinigter Gender Pay Gap: Verdienstabstand zwischen den Geschlechtern weiter auf hohem Niveau

Entsprechend internationaler Konventionen ist der unbereinigte Gender Pay Gap (GPG) definiert als Differenz des durchschnittlichen Bruttostundenverdienstes der Frauen und Männer im Verhältnis zum durchschnittlichen Bruttostundenverdienst der Männer (jeweils ohne Sonderzahlungen). Die Angaben beziehen sich auf die Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich (ohne öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung).

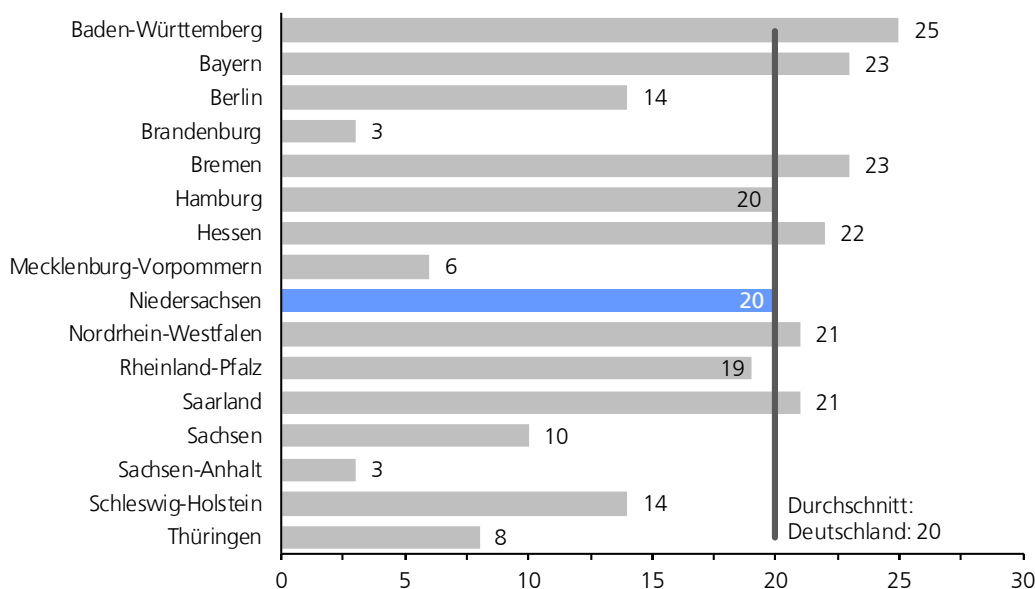
Der unbereinigte GPG ist eine wichtige Maßzahl zur Beschreibung des Verdienstabstandes von Männern und Frauen, der jedoch nicht gleichzusetzen ist mit verschiedenen Verdiensten bei prinzipiell gleicher Tätigkeit.

Der unbereinigte GPG misst die konkreten Einkommensunterschiede, die sowohl strukturelle Unterschiede als auch Benachteiligungen zwischen den Geschlechtern beinhalten. Dabei entstehen strukturelle Unterschiede (Hierarchiestufen, Tätigkeiten, Branchen) auch durch ein gesellschaftlich geprägtes, geschlechterspezifisches Verhalten bei der Berufswahl, der Karrieregestaltung und bei familienbedingten Erwerbsunterbrechungen.

Frauen in Niedersachsen verdienten 2019 im Durchschnitt pro Stunde etwa 20 % weniger als Männer. Der unbereinigte Gender Pay Gap (GPG) lag damit 2 Prozentpunkte unter dem Niveau von 2014 (22 %). In Deutschland insgesamt ergaben sich die gleichen Werte. Der langfristige Vergleich zeigt eine positive Entwicklung: 2006 lag der unbereinigte GPG in Niedersachsen noch bei 25 % und in Deutschland bei 23 %.

Im Ländervergleich zeigen sich große Unterschiede. In den ostdeutschen Flächenländern lag der unbereinigte GPG 2019 zwischen 3 % (Brandenburg, Sachsen-Anhalt) und 10 % (Sachsen), Berlin verzeichnete 14 %. In Westdeutschland reichte die Spanne von 14 % (Schleswig-Holstein) bis 25 % (Baden-Württemberg) – mit einem fast durchgängigen Anstieg von Nord nach Süd.

■ Unbereinigter Gender Pay Gap 2019 – Prozent – Verdienstabstand von Frauen zu Männern im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich gemessen am Bruttostundenverdienst



Bereinigter Gender Pay Gap: großer Teil der Verdienstunterschiede strukturell erklärbar

Für das Jahr 2014 wurde ein bereinigter Gender Pay Gap für die Länder ermittelt, der den Verdienstabstand von Männern und Frauen mit vergleichbaren Qualifikationen, Tätigkeiten und Erwerbsbiografien aufzeigt. In den westdeutschen Ländern mit einem hohen unbereinigten GPG ist der statistisch erklärbare Anteil des Verdienstunterschiedes zwischen Männern und Frauen besonders groß (siehe Informationen: WISTA 4/2018). Allerdings wird gegen den bereinigten GPG eingewandt, dass er die Verdienstunterschiede um Faktoren bereinigt, die ihrerseits bereits Ausdruck von Benachteiligungen sind.

In Niedersachsen lag der bereinigte GPG nach EU-Abgrenzung 2014 bei 5,2 % (unbereinigter GPG: 22,2 %) leicht unter dem bundesweiten Niveau (5,8 %). Die Spanne reichte in den Ländern von 4,3 % in Thüringen bis 9,6 % in Brandenburg. Der unbereinigte GPG war höher und variierte deutlich stärker zwischen 5,1 % in Sachsen-Anhalt und 27,2 % in Baden-Württemberg.

Informationen:

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ): [Gleichstellungsatlas](#)
- Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung: [Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Niedersachsen](#)

Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen:

- Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung: [IAB-Infoplattform – Arbeitsmarkt](#)
- Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) Dossier Arbeitsmarktpolitik – [Geschlechterungleichheiten: Gender Pay Gap](#)
- Statistisches Bundesamt (Destatis): [Verdienste -Verdienstunterschiede](#). Unbereinigter Gender Pay Gap nach Bundesländern ab 2006
- Statistisches Bundesamt (Destatis): [Martin Beck: Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen nach Bundesländern](#), in: WISTA Wirtschaft und Statistik. WISTA 4/2018, Seite 26 ff. Wiesbaden 2018
- LSN: Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern, Bruttostundenverdienst [Pressemitteilung 28/2020](#)

Autorin: Dr. Margret Koch-Sterrenberg

Ansicht:
Deutschland und seine Länder





www.statistik.niedersachsen.de